

Die zornigen alten Männer

Gedanken über
Deutschland seit 1945

Die
zornigen
alten
Männer

Gedanken über Deutschland
seit 1945/Wolfgang Abendroth/
Heinrich Albertz/Jean Améry/
Wolf Graf Baudissin/Heinrich
Böll/Axel Eggebrecht/Bernt
Engelmann/Walter Fabian/
Ossip Flechtheim/Eugen Kogon/
Fritz Sänger/Rowohlt

Elf zornige alte Männer, zornig geworden über Chancen, die vertan, und Hoffnungen, die gescheitert sind, blicken zurück auf drei Jahrzehnte bundesdeutscher Entwicklung.

«Wir alle waren 1945 instande zu beurteilen, was wir in den vergangenen zwölf Jahren erlebt hatten, es zu analysieren, seine Ursachen zu untersuchen. Jeder von uns hatte sich auf irgendeine Art als Gegner Hitlers erwiesen. Aber nicht nur von der Nazi-Zeit wollen wir sprechen – obwohl sie zwangsläufig in diesem Buch eine wichtige Rolle spielen muß, sondern vielmehr von den drei seitdem vergangenen Jahrzehnten.»

Die erste deutsche Republik wurde nur fünfzehn Jahre alt. So mag es im Vergleich ermutigend scheinen, daß die zweite deutsche Republik nun schon drei Jahrzehnte besteht und daß ihre politische und gesellschaftliche Stabilität nicht nur allerorts beschworen, sondern auch empfunden wird. Oder haben wir es nur mit einer trügerischen Fassade zu tun, hinter der sich die alten wie die neuen Gegner dieser Demokratie ungestört neu formieren können? Ist die jüngste deutsche Geschichte eher ein Beweis dafür, daß zwölf Jahre der Schreckensherrschaft nicht so sehr das Verlangen nach bürgerlichen Freiheiten, sondern vielmehr den alten Untertanengeist gefördert haben? Waren die Hoffnungen und Ziele der Männer der ersten Stunde berechtigt oder bloßer Eskapismus von Gleichgesinnten? Entstand daraus eine dialektische Weiterentwicklung unserer Gesellschaft? Wurde die Kollektivscham, die den Bürgern dieser Republik von ihrem ersten Bundespräsidenten empfohlen wurde, über dem Ruf «nun sind wir wieder wer» vergessen und verdrängt? Haben die Währungsreform und das vielgerühmte Wirtschaftswunder zu einem Vakuum in unserem politischen Bewußtsein, zu einer Mehrheit von politisch Passiven, ja geradezu Gleichgültigen geführt? Haben Konflikte, Probleme und Krisen in der Geschichte dieser jungen Demokratie das demokratische Bewußtsein ihrer Bürger eher getrübt als geschärft, ihr Verantwortungsgefühl mehr gelähmt als gefördert?

Auch für die Männer dieses Buches gilt der Satz, den Karl Jaspers vor zwanzig Jahren seiner Analyse «Wohin treibt die Bundesrepublik?» voranstellte: «Nicht Verneinung ist die Absicht, sondern eine, wenn auch noch so winzige, Hilfe durch Besinnung.»

1. Auflage Mai 1979

Copyright © 1979 by Rowohlt Verlag GmbH,

Reinbek bei Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Ges[^]pitherstellung Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

ISBN 3 498 01616 4

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Inhalt

Axel Eggebrecht

Vorwort 7

Ossip K. Flechtheim

Blick zurück im Zorn

Westdeutschland 1945 bis 1960 29

Eugen Kogon

Dreissig Jahre – wohin? 71

Gespräch mit Heinrich Böll 104

Wolfgang Abendroth

Haben wir «Alten» noch etwas zu sagen?

Sind wir «zornig»? 143

Walter Fabian

Versagen wir zum zweitenmal?

Die Bildungsreform, zum Beispiel 165

Heinrich Albertz

Über die Aufrichtigkeit in der Politik 193

Gespräch mit Wolf Graf von Baudissin 203

Fritz Sänger
Gefährdete Meinungsfreiheit 225

Bernt Engelmann
Die Deutschen
Ein Volk der Dichter und Denker 241

Jean Améry
In den Wind gesprochen 258

Über die Autoren 280

Axel Eggebrecht

Vorwort

Einer der Mitarbeiter an diesem Buch ist, ausnahmsweise, erst Ende Fünfzig. Alle anderen befinden sich jenseits der Pensionsgrenze – ohne sich zur Ruhe gesetzt zu haben. Wir alle waren 1945 imstande zu beurteilen, was wir in den vergangenen zwölf Jahren erlebt hatten, es zu analysieren, seine Ursachen zu untersuchen. Jeder von uns hatte sich auf irgendeine Art als Gegner Hitlers erwiesen: In der Emigration, im Gefängnis oder Konzentrationslager, oder auch nur, weil er zwölf unendlich lange Jahre hatte heucheln, sich verstellen müssen, um zu überleben. Keiner hatte vor der Diktatur kapituliert. Dieses gemeinsame Erlebnis schuf ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, das bis heute lebendig blieb; dafür sorgten immer neue bittere Erfahrungen.

Alexander Mitscherlich hat die leider übliche Haltung gegenüber der Nazi-Vergangenheit eine «Unfähigkeit zu trauern» genannt. Darum geht es, dagegen müssen und wollen wir etwas tun. Nicht etwa, um uns als Lehrmeister der Nation aufzuspielen oder gar als moralische Elite. Wir wollen glaubwürdig bleiben. Dazu gehört, dass wir uns abgrenzen gegen die Gleichgültigen; und erst recht gegen jene erwiesenermassen Mitschuldigen, die es verstanden, ihre Vergangenheit zu vernebeln und bis in massgebende Stellen unserer Republik vorzudringen. Die Fälle sind bekannt genug oder sollten es sein.

Wir wollen keine Schulbekenntnisse, keine späte Sühne oder dergleichen. Aber es darf ja wohl verlangt werden, dass solche Leute sich endlich schweigend zurückziehen. Dass

dies bis jetzt kaum geschah, ist eine wesentliche Ursache unseres Zorns.

Die drei seit 1945 vergangenen Jahrzehnte waren, verglichen mit der vorangegangenen, eine ruhige, eine «normale» Zeit. Nur entwickelte sich alles ganz anders, als wir es unmittelbar nach 1945 erwarteten.

Es kam zu Spannungen und Konflikten, welche den Blick auf die so gerade noch überstandene Katastrophe rasch verdeckten. Und so manche Nachwirkungen des Nationalsozialismus wurden gar nicht mehr als solche wahrgenommen, bis auf den heutigen Tag. Das gilt verständlicherweise besonders für die Jüngeren, denen unsere Erfahrungen fehlen, von jeher haben alte Leute ihre Erfahrungen gern an die ganz jungen weitergegeben. Und schon immer galt es, dabei gewisse Barrieren zu überwinden. Nicht weil junge Menschen etwa eine Abneigung gegen ihre Grosseltern gehabt hätten; doch zwischen diesen beiden Generationen stand und steht ja eine dritte, die der Eltern. Sie wirken nicht selten als Schranke, bewusst oder unbewusst. Denn begreiflicherweise sind sie nicht eben begeistert, wenn ihre Kinder sich mit ihnen weniger gut verstehen als mit den Grosseltern.

Das alles klingt heutzutage, ich weiss es wohl, ein bisschen altmodisch; indessen handelt es sich noch immer um eine handfeste Realität, ja diese besondere Beziehung ist sogar wichtiger geworden als ehemals. Das hängt, wie so vieles in unserem unheilvollen Jahrhundert, mit dem Nationalsozialismus zusammen.

Es kann kaum bestritten werden, dass die Bedrohung des Menschen durch den Menschen in unseren Tagen ein Ausmass erreicht hat, das Vergleiche mit historischen Mustern kaum noch erlaubt. Herrschsucht, Brutalität, Torheit, Besitzgier und die Überwachung des Einzelnen durch den Staat nehmen in beängstigender Weise zu. Das hat zur Folge, dass sich auch die Generationen einander entfremden. Deshalb wird die einst übliche Beziehung zwischen Grossvater und Enkel zu einer Aufgabe, ja geradezu zur Pflicht; und zwar für beide Teile, für Siebzigjährige wie für Zwanzigjährige.

Axel Eggebrecht (Hg.)

Die zornigen alten Männer

Gedanken über
Deutschland seit 1945

Axel Eggebrecht
13. 10. 82.



Herausgegeben von Axel Eggebrecht

Wolf Graf von Baudissin und Heinrich Böll
wurden von Charles Schüddekopf interviewt.

Wir danken dem Norddeutschen Rundfunk dafür,
dass wir den Titel **Die zornigen alten Männer**
verwenden durften.

A.E.



Die Aufeinanderfolge der Generationen wurde mehr als einmal unterbrochen. Das begann wohl schon während des Ersten Weltkriegs und der Wirren danach. Der Nationalsozialismus zielte dann planmässig auf Entfremdung der Kinder von ihren Eltern. Dadurch entstanden, wie man weiss, Konflikte mit zuweilen tragischem Ausgang. Nach 1945 entwickelten sich andere Spannungen, als nun diejenigen Eltern wurden, die 1933 jünger als zwanzig gewesen waren.

Diese Generation hatte damals, am Ende der Weimarer Ära, nur eine ungenaue Vorstellung vom Krieg und seinen Folgen. Um so nachhaltiger wurde sie durch die 1929 hereinbrechende Wirtschaftskrise geprägt. Das machte sie anfällig für Parolen wie «Brot und Arbeit». Als Hitler an die Macht kam, wurden solche Versprechungen scheinbar erfüllt; freilich um den Preis der Aufrüstung für kommende Eroberungskriege. Das haben aber Millionen erst vor Stalingrad und in den Bombennächten des Zweiten Weltkriegs durchschaut.

Auch unter den Älteren gab es 1933 viele Hitlerbegeisterte: nostalgisch schwärmende Kaiserstreue, aber auch enttäuschte Sozialisten aller Schattierungen. Doch mindestens ebenso viele um die Jahrhundertwende Geborene standen dem Mann aus Braunau von Anfang an distanziert gegenüber. Sie waren in der Lage, sein Tausendjähriges Wunderreich mit der vorangegangenen, bei allen Fehlern jedenfalls humaneren Zeit zu vergleichen. Das machte sie gewiss nicht alle zu aktiven Widerstandskämpfern; aber es brachte sie, um Jean-Paul Sartre zu zitieren, doch dahin, «zu jeder Tages- und Nachtstunde NEIN zu sagen».

Keiner darf sich das als besondere Ehre anrechnen, es gehörte nicht allzuviel Mut dazu. Aber diese Haltung berechtigt dazu, offen und kritisch über jene Jahre zu sprechen, über welche die mittleren Jahrgänge aus begreiflicher Scheu meist geschwiegen haben. Auch wenn sie sehr oft keinen Anteil an Hitlers Untaten hatten, schämten sie sich später, dabeigewesen zu sein, ohne offen Widerstand gezeigt zu haben. So kam es, dass ihre Kinder sie insgeheim für

schuldiger hielten als sie waren. Daraus entstand Unruhe, Gegnerschaft, schliesslich Aufruhr bis hin zu den Wahnsinnstaten der Terroristen; die haben zumindest teilweise hier ihre Ursache, davon bin ich überzeugt.

Das ist aber nur ein Beispiel für Versäumnisse, deren Aufarbeitung wir Älteren nachholen sollten. Das gab mir – und ja wohl auch den anderen Mitarbeitern an diesem Buch – den Anstoss, uns zusammenzutun.

Mit der verruchten braunen Vergangenheit ist ja niemals ernstlich abgerechnet worden. Sie wurde vielmehr buchstäblich «bewältigt»; aus dem Gedächtnis getilgt, unter den Teppich gekehrt, so gründlich, wie das vor drei Jahrzehnten auch die erklärtesten Pessimisten nicht voraussahen. Natürlich war uns auch damals schon klar, dass auf irgendeine Weise alle Deutschen (auch wir selbst!) in die Misere verstrickt waren und zeitlebens von dieser bitteren Erinnerung nicht mehr loskommen würden.

Aber wir nahmen es doch als selbstverständlich an, dass die meisten unserer Mitbürger gleich uns den Untergang Hitlers als Befreiung empfinden müssten; schon damit irrten wir, wie sich alsbald zeigen sollte. Fast sofort begann ein allgemeiner Streit darüber, wer denn nun für die Katastrophe verantwortlich zu machen sei. Einer schob es auf den andern, bis sich schliesslich keiner mehr belastet fühlte.

Die Frage, ob es eine deutsche Kollektivschuld gäbe oder nicht, erregte die Öffentlichkeit zeitweise in einem heute kaum noch vorstellbaren Masse. Das war natürlich der sicherste Weg, sie schleunigst zu verdrängen. In der Tat wurde das als leidig empfundene Thema verschlissen, nach wenigen Jahren schien es verbraucht – und es *war*, ja, es ist immer noch ein Thema, da lasse ich mir nichts abhandeln. Ungefähr von 1950 an wurde es kaum noch erwähnt, öffentlich wie privat, in Schulen wie in Familien. Es war, als müsse man die Heranwachsenden vor der Ansteckung mit einer gefährlichen, schmachlichen Krankheit bewahren. Gerade deshalb blieb das Übel ansteckend bis heute.

Das war 1945 nicht vorauszusehen. Damals wurden die

Verbrechen des Nationalsozialismus noch nicht als «Unheil», als unentrinnbares Schicksal oder sonstwie verharmlost – sie hiessen Verbrechen. Man durfte auf eine gründliche Reinigung hoffen, auf einen neuen Beginn. Und der würde, so dachten viele, besser gelingen als nach 1918. Diesmal war die Niederlage vollständig gewesen, keine verlogene Dolchstosslegende könnte die Ursachen vernebeln. Auch wenn uns die demokratische Ordnung zum zweitenmal als Folge eines verlorenen Krieges zugefallen und nicht aus eigener Kraft errungen worden war – jetzt *musste* doch die ganze Nation diesen unverdienten Glücksfall begrüßen, den neuen Staat bejahen, unserer seit langer Zeit fehlgeleiteten Geschichte endlich eine Wendung geben.

Denn so weit gingen unsere ausschweifenden Hoffnungen: Was seit Jahrhunderten versäumt worden war, würde sich vielleicht nachholen lassen. Die niemals überwundene Spaltung durch die lutherische Reformation, die elende Kleinstaaterei mit ihren fortgeschleppten Feudalstrukturen, die Flucht aus der politischen Wirklichkeit in romantische Sehnsüchte, das unentwickelte bürgerliche Selbstgefühl gegenüber jeder Form von Obrigkeit – das alles erschien uns als Nährboden des Hitlerismus, und nun würden alle begreifen, was bis jetzt nur einzelne aufsässige Geister gesehen hatten: Georg Büchner, Karl Marx, auch Friedrich Nietzsche; und ein so eigensinniger und origineller Mann wie Ernst Niekisch, der – aus Hitlers Lagern gerade noch lebend entkommen – die Formel von der «deutschen Daseinsverfehlung» verkündete. Musste sie nicht von Millionen verstanden werden?

In unserem optimistischen Überschwang täuschten wir uns. So wollten wir es nicht wahrhaben, dass die Mehrheit der Deutschen von jeher unpolitisch ist. Das hatte sich ja gerade in den Schreckensjahren wieder gezeigt, da wurde viel gemeckert und doch alles geduldig hingenommen. Nun aber waren wir überzeugt davon, unsere eigene kritische Haltung überall in der Bevölkerung wiederzufinden; davon konnte aber nicht die Rede sein. Man hielt uns, wenn wir

nach so langem Schweigen endlich offen und öffentlich über den Nazismus sprachen, für rachsüchtig oder für opportunistische Helfer der Besatzungsmächte. Eben das waren wir ganz und gar nicht, im Gegenteil, wir opponierten gegen viele Massnahmen der Militärbehörden, oft mit Erfolg. Und wir dachten nicht daran, als rabiate Jakobiner jeden Nazi zu köpfen – nicht einmal bildlich gesprochen. Nein, heute bin ich ganz sicher, dass wir viel zu versöhnlich waren.

Dadurch wurden wir mitschuldig an dem, was Eugen Kogon den «Geburtsfehler der deutschen Demokratie» genannt hat, an der versäumten Abrechnung mit den nachweislich Verantwortlichen der Hitler-Zeit. In den allerersten Jahren nach 1945 hätte sie gelingen können, nachher kam dann nur noch Stückwerk zustande. Die mit Recht unpopulären Spruchkammern betrieben die elende «Entnazifizierung» teils dilettantisch, teils engstirnig nach Parteiinteressen. Träumer und Eiferer sassens nebeneinander und urteilten nach völlig unzureichenden Massstäben, das konnte nicht gutgehen.

Rückblickend frage ich mich manchmal, ob es die berühmte «Stunde Null», den Kahlschlag, die Tabula rasa überhaupt jemals gegeben habe. Ich bin davon überzeugt, füge aber sogleich hinzu, dass die unwiederholbare Chance leider bald verspielt wurde; auch von uns, die es besser hätten wissen müssen.

Statt die geringen Möglichkeiten in unserem ausgebluteten Land nüchtern einzuschätzen, haben wir vielfach drauflosgeplant, in bester Absicht zwar, aber häufig schwer verständlich für die Allgemeinheit. Ich will das aber auch wieder nicht überbewerten; noch heute, Jahrzehnte später, erinnern sich viele Leute ein bisschen wehmütig an den Elan der frühen Jahre nach Hitler, und das sind keineswegs nur Intellektuelle oder progressive Politiker. Zuzugeben ist, dass wir zu ungeduldig waren; darüber ist heute leicht spotten. Doch es gab ja wirklich mancherlei Anzeichen für eine mögliche positive Entwicklung in unserem Sinne. Einige Beispiele mögen das beweisen.

Die ersten Prozesse gegen Nazi-Verbrecher wurden von einem grossen Teil des Volkes gebilligt. Wenn auch von Gerichten der Sieger geführt, schienen sie doch eine völlig neue Ära des Völkerrechts zu eröffnen. Ich selbst habe das im Herbst 1945 in jenem Lüneburger Verfahren gegen die Bewacher des Konzentrationslagers Bergen-Belsen erlebt. Der Prozess war überhaupt sinnvoller als die meisten späteren; überlebende Zeugen waren noch versammelt, die Angeklagten grossenteils geständig, die Urteile differenziert und angemessen. Aber:

Elf der rund fünfzig Angeklagten wurden zum Tode verurteilt. Als entschiedener Gegner der Todesstrafe kritisierte ich diesen Spruch scharf, noch am selben Abend, im Hamburger Rundfunk, einem Sender der Militärregierung! Das schon beweist die erstaunliche Meinungsfreiheit, die in der britischen Zone für diejenigen galt, die sich öffentlich äussern durften; natürlich nicht für Nazis. Eine so vollkommene Liberalität habe ich sonst niemals erlebt; übrigens nahmen Amerikaner und Franzosen daran mehrfach Anstoss.

Wir hatten Glück mit unserer Besatzungsmacht. Im bitteren Winter 1946/47 froren und hungerten die Briten beinahe genauso wie wir. Natürlich gab es den Schwarzen Markt, die Schieber, den grausamen Hunger von Millionen. Aber unser Militärregime, das selber ständig mit dem Mangel kämpfte, verwaltete die allgemeine Armut ziemlich gerecht; wer hatte das erwartet, nach alledem, was Deutsche in ganz Europa angerichtet hatten . . . Unsere Beziehung zu den Siegern war unbefangen, durchaus ohne die Beflissenheit von Kollaborateuren, die wir tatsächlich niemals wurden. Auch untereinander entwickelten wir eine, später leider verlorengegangene Gemeinschaft; damals fragte niemand den andern: Bist du Demokrat, Sozialist, Kommunist, bekennender Christ; ein spontaner Pluralismus kennzeichnete jene ersten Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches.

Und noch etwas darf nicht unterschätzt werden: Die bescheidene, aber doch recht beachtliche Blüte der Kunst, des

Theaters, der Musik, der Literatur, die wir nach zwölf dürren Jahren dankbar genossen.

Was immer die alliierten Kulturoffiziere anboten, wurde angenommen und akzeptiert; oft wahllos, jüngere Deutsche kamen ja zum erstenmal mit der weiten freien Welt in Berührung, die ihnen so lange versperrt gewesen war. Unvermeidbar entstand daraus in den Köpfen ein skurriles Sammelsurium. Und natürlich wurden anderwärts längst geschlagene Schlachten auf dem Gebiet der Kultur und Geisteswissenschaften bei uns noch einmal ausgefochten, mit deutscher Pedanterie; wobei gewisse Vorurteile aus der Hitler-Zeit nachwirkten, ja bis heute nachwirken, geben wir's nur ehrlich zu.

Was wir selber vorzuweisen hatten, war nicht viel. Aus den gern zitierten geheimen Schubladen kam nicht allzuviel zutage. Am glücklichsten stellte Erich Kästner eine Verbindung her zu vergangenen, besseren Zeiten. Wolfgang Borchert wurde sofort als repräsentativer Poet der Stunde anerkannt und blieb es auch nach seinem frühen Tod. Es ereigneten sich aber auch sonderbare Missverständnisse. Der anspruchsvolle Gottfried Benn fand zahllose Bewunderer; sein nationalsozialistischer Sündenfall wurde verziehen, so lange war das schon her, er selber hatte sich inzwischen davon distanziert, wenn auch nur kühl, unverbindlich, wie es seine Art war.

Ähnliche Konfusionen ereigneten sich auch in anderen Bereichen, ich halte mich an die Literatur als ein mir zugängliches Beispiel. Da entstand alsbald eine Art Führungsstab, die Gruppe 47, rasch berühmt, ohne Zweifel enorm einflussreich wie kaum jemals eine deutsche Literatenschar. Aus ihrer Mitte sollten später die Erfolgreichen der sechziger und siebziger Jahre kommen. Mir erschien die Vereinigung, die ich fast nur von aussen beobachtete, aus anderen Gründen wichtig; da eröffneten Schriftsteller sich eine neue Dimension. Der «Geist» nahm Einfluss auf die «Macht» – was immer die damals gern strapazierte Formel besagen wollte. Der Gegensatz beider Begriffe dünkte uns fruchtbar.

Heute mutet es utopisch an, auch nur daran zu denken, dass auch bei uns die Literatur einmal unmittelbar auf die Politik einwirken könnte. Tatsächlich ist es aber ein paarmal geschehen! Der Schriftsteller Carlo Schmid war nach Kriegsende erster Regierungschef von Württemberg-Hohenzollern; der Publizist Theodor Heuss wurde gar der erste Bundespräsident. Später liefen die Dinge freilich anders, wie jedermann weiss; der Tag war nicht allzu fern, an dem Intellektuelle wieder Pinscher genannt wurden.

Etwas muss noch gesagt werden. Wir Leute der ersten Stunde wollten niemals Kultur- oder Politfunktionäre werden, dachten überhaupt nicht an den möglichen eigenen Vorteil. Uns erfüllte eine lebhaft und sogar idealistische Zuversicht, wir dachten an einen besseren Staat, an eine wahrhafte Demokratie, soziale Gerechtigkeit, an Freiheit in jedem Sinne des Wortes. Dafür wirkte jeder von uns nach seinen Kräften, angespannt und freudig. Mit Ulrich von Hutten hätten wir ausrufen können: «O Jahrhundert! O Wissenschaften! Es ist eine Lust zu leben!»

Doch war uns die unerträglich schwere Lage der meisten Mitbürger bewusst. Wir waren realistisch genug, um uns zu sagen: Etwas muss hinzukommen, um unseren Optimismus zu rechtfertigen – gutes, wertbeständiges Geld! Lange wurde davon nur geredet. Im Juni 1948 erfüllte sich unser Wunsch durch die Währungsreform.

Dann aber kam alles ganz anders.

Die Währungsreform wird als Grosstat gefeiert, sie gilt geradezu als die wahre Gründung unseres florierenden Wohlstandsstaates. Das trifft zu. Zugleich aber legte die Einführung des neuen Geldes den Keim zu Fehlentwicklungen, die drei Jahrzehnte später nicht mehr zu leugnen sind. Tatsächlich wurde nämlich der Kapitalismus nahezu in vollem Umfang wiederhergestellt, und zwar von vornherein verbunden mit seinen schlimmsten Begleiterscheinungen.

Wer das heute offen ausspricht, macht sich unbeliebt und wird als linker Extremist verfemt; dennoch ist es wahr. Und was damals geschah, hatte die grosse Mehrheit des Volkes

bestimmt nicht gewollt; am allerwenigsten diejenigen, die nachher, als die Entwicklung nicht mehr aufzuhalten war, ihre eigenen früheren Einsichten vergassen und, schlimmer noch, vergessen machen wollten.

Ich spreche, wie man schon ahnen wird, vom «Ahlemer Programm» der CDU, einer programmatischen Erklärung, die Anfang Februar 1947 formuliert wurde. Es lohnt sich, einige Kernsätze aus diesem häufig erwähnten, im genauen Wortlaut aber nur ungenügend bekannten Dokument zu zitieren:

«Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.»

Gefordert wird eine gemeinwirtschaftliche Ordnung, wie sie, so die Denkschrift, vor 1933 in wichtigen Bereichen schon erreicht war. Als Beispiele werden Eisenbahn, Post, Rundfunk, Gas- und Wasserversorgung, Erzeugung von Elektrizität und Teile des Bergbaus genannt. Dann heisst es:

«Die Zeit von 1933 hat zu grosse Zusammenballungen industrieller Unternehmungen gebracht. Diese bekamen dadurch einen monopolartigen Charakter. Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar . . . Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Grossbanken und der grossen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu grosse wirtschaftliche und damit zu grosse politische Macht.»

Um das zu ändern, wird vorgeschlagen: Konzerne und «ähnliche wirtschaftliche Gebilde, die nicht technisch, sozial oder wirtschaftlich absolut notwendig sind, sind zu entflechten». Kartellgesetze müssen erlassen werden. Dringend

wird die Vergesellschaftung des Bergbaus und der eisen-schaffenden Industrie empfohlen. Ausserdem muss das Verhältnis Arbeitgeber-Arbeitnehmer neu geordnet werden; dabei wird an Mitbestimmung gedacht. Schliesslich heisst es wörtlich:

«Planung und Lenkung wird auch in normalen Zeiten der Wirtschaft in gewissem Umfange notwendig sein, was sich aus unserer Auffassung ergibt, dass die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat.»

Planung und Lenkung! Das klingt ja wohl ungemein sozialistisch. Damals wurden also «Freiheit und Sozialismus» von führenden Christdemokraten durchaus nicht als unvereinbare Gegensätze betrachtet. Im Herbst 1947 nannte Konrad Adenauer die Ahlener Grundsätze einen «Markstein in der Geschichte des deutschen Wirtschafts- und Soziallebens».

Wir befanden uns also mit unseren Hoffnungen in recht honoriger Gesellschaft; es war kein törichtes Hirngespinnst, wenn wir annahmen, die neue harte Währung werde fortschrittlichen Prinzipien zugute kommen. Es dauerte dann einige Zeit, bis wir begriffen, was wirklich geschah.

Es stimmt freilich, dass jeder Westdeutsche die gleiche kleine Summe alten Geldes in neues, stabiles umtauschen konnte. Und selbstverständlich war jeder Arbeiter und Angestellter froh, fortan für Lohn und Gehalt wieder sinnvolle Dinge kaufen zu können. Ein wesentliches Moment aber wurde im ersten Freudenrausch nicht erkannt: Es traf gar nicht zu, dass jeder die gleiche Startchance hatte. Wer über irgendwelche handfesten Werte verfügte, war vom ersten Tage an bevorzugt. Er bekam auf vorhandene Warenlager oder Firmennamen, besonders aber wenn er Grund und Boden besass, sofort Kredit, der dem durchschnittlichen Sterblichen verwehrt blieb. In der Stunde der Währungsreform waren zwei von Grund auf verschiedene Klassen geschaffen. Ohne Übertreibung lässt sich sagen, dass dadurch der Kapitalismus – der ja beispielsweise vom «Ahlener Programm» so entschieden verworfen wurde – nun wiederum

und erst recht fundiert worden war, mit allen seinen Nebenerscheinungen.

Umgehend setzte der Wettlauf ums materielle Wohlergehen ein, das robuste Streben nach Erfolg wurde alsbald ganz offen zum Motor sozialen Lebens ausgerufen; und es gilt ja bis heute als eigentliche Ursache des vielbestaunten bundesdeutschen Wirtschaftswunders.

Rasch bildete sich jener neue deutsche Typus aus, der nach dem Motto «Wir sind wieder wer» selbstsicher und ein wenig bedenkenlos auftrat, fest entschlossen, sich seinen Anteil am grossen Kuchen der Weltgeschäfte zu sichern. Und das gelang über Erwarten gut. Sechs, sieben Jahre nach der schlimmsten Katastrophe unserer neueren Geschichte waren die Bundesdeutschen obenauf, von den Siegern beneidet und als Verbündete im Kalten Krieg begehrt. Gegen die Wiederaufrüstung gab es keine wirksame Opposition, und dabei hatten sich nach 1945 sämtliche Parteien dagegen hoch und heilig geschworen. Zweifellos hing die heftige Prosperität mit den ständigen Weltkrisen zusammen; dabei fügte sich der Bonner Staat immer fester in das westliche Militärbündnis ein. Wer vor dieser Entwicklung warnte, wurde sogleich zu einem *fellow traveller* des Kommunismus gemacht, geriet in Verruf oder galt bestenfalls als Miesmacher und Nörgler; die Goebbels-Vokabeln waren gleich wieder zur Hand.

Die grosse Mehrheit indessen genoss die unerwartete und unverdiente Konjunktur ohne viel Nachdenken. Und nun folgte unaufhörlich eine der bekannten Wellen auf die andere, nach der Fress- kam die Kleider-, nach der Wohn- die Reisewelle, nur eine Lesewelle gab's nie; im Gegenteil, der Hunger nach Bildung war in den ersten kargen Jahren nach dem Krieg weit stärker gewesen. Selbstverständlich hatten auch wir kritischen Beobachter Vorteile vom allgemeinen Aufschwung, das ist nicht zu leugnen. Doch mehr und mehr bedrückten uns die Schattenseiten unserer hochgerühmten Demokratie. Otto Normalverbraucher, die wahrlich bezeichnende Figur der Hungerjahre, verwandelte sich im Eil-

tempo; aus dem dünnen Jammergestell wurde ein Dickwanst, mit dem Körper verfettete die Seele, mit der Seele auch die Moral. Moral – ein leicht altmodisch anmutender Begriff, damals war er für uns recht lebendig. Unmoralisch kam uns die ungezügelt ausbrechende Besitzgier vor. Waren wir allzu puritanisch? Nein, noch immer bekenne ich mich zu unserem Hochmut, wir hatten im Wesentlichen recht. Alte feudale Machtpositionen verfestigten sich, neue wurden binnen weniger Jahre aufgebaut, Riesenvermögen kamen, weiss der Teufel, durch welche Methoden, zusammen – und das alles bewunderte die Allgemeinheit entzückt. Um die Prominenz rankte sich unendlicher Klatsch, von dem die florierende Skandalpresse lebte. Billigste Sensationen verdeckten soziale Schäden, die jedermann hätten beunruhigen müssen.

Das Streben nach äusserlicher Geltung, nach dem unsinnigen «Status» wurde und blieb ein hervorstechendes Element. Und während die Ungerechtigkeit zunahm, hiess es: Klassen gibt es endlich nicht mehr, also auch keine Klassenkämpfe. Weil nur noch wenige darbt, wurden solche Schlagworte hingenommen. Unerwartet war ein neues Zeitalter angebrochen, das denen gehörte, die sich belügen liessen und sich selbst belogen. Nach den ersten schönen Jahren unserer Erwartung war das doppelt ernüchternd.

Anfang der fünfziger Jahre war aus dieser Ernüchterung schon tiefe, quälende Enttäuschung geworden.

Noch sträubten wir uns, das zuzugeben, was wir doch Tag für Tag erlebten. Ein Faktum war nun nicht mehr zu leugnen: Die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus, schon früher nicht sonderlich populär, kam fast völlig ins Stocken.

Das war übrigens immer allgemein bekannt; zwei aus verschiedenen Zeiten stammende Floskeln beweisen es.

In den Jahren, da die mit Recht umstrittenen Spruchkammern ihre Urteile fällten, redete man viel von «Persilscheinen», die bereitwillige Zeugen solchen Personen ausstellten, die angeblich keine Nazis gewesen waren. Zehn Jahre später

hiess es in ähnlichen Fällen wesentlich bösartiger: «Die haben wohl gemeinsam eine Leiche im Keller!» Diese Redensart wird noch heute angewendet; zeitweise war sie so gang und gäbe, als hätte jeder zweite Bundesbürger sein böses Geheimnis aus Hitler-Zeiten zu verbergen.

Und ist es nicht, recht überlegt, tatsächlich so? Wir alle haben uns um die endgültige Abrechnung herumgedrückt. Sonst wäre es doch mindestens dann zu einer unwiderstehlichen Flut von Protesten gekommen, als Adenauer einen Mann wie Hans Globke zu seinem Hauptberater machte. Dieser einstige Geburtshelfer und Kommentator der Nürnberger Rassengesetze war nur einer in der langen Reihe beflissener Hitler-Diener, die in unserer Demokratie zu hohen und höchsten Posten aufsteigen durften. Die meisten Namen sind nun schon vergessen, sie mögen es bleiben; erinnern wir uns immerhin, dass ein regierender Bundeskanzler darunter war, der in aller Öffentlichkeit von der Frau eines einst rassisch Verfolgten gehohlet wurde. Wann wurde dergleichen je erlebt? Der traurige Fall Filbinger ist nur der letzte in der langen Kette. Die viel zu spät geführten Prozesse gegen Nazi-Verbrecher wurden von der Öffentlichkeit wenig beachtet, teilweise sogar ganz offen als unnötig abgelehnt.

Immer häufiger war die Ansicht zu hören, man solle doch endlich Schluss machen mit diesem Teil unserer Vergangenheit. Offenbar störte es wenige, dass mitten unter ihnen Beschuldigte, ja sogar schwerer Untaten Überführte unbehelligt leben konnten. Das musste besonders bei einem Berufsstand auffallen: Kaum ein Richter oder Staatsanwalt, der in der Nazi-Zeit an krassen Terrorurteilen mitgewirkt hatte, wurde dafür zur Verantwortung gezogen. Fatal wirkte es, dass manche dieser NS-Juristen umsattelten und als Anwälte in Prozessen gegen NS-Verbrecher auftraten. Spitzfindig verteidigten sie die schlimmsten Folterknechte und Mordgesellen; es kam sogar zu Provokationen gegen jüdische Zeugen, die als ehemalige KZ-Opfer aussagten. Auch

das erregte nur geringes Aufsehen, wie denn überhaupt immer deutlicher wurde: In unserem nahezu judenleeren Lande hielt sich schier unausrottbar ein meist verdeckter Antisemitismus, der sich aber zuweilen schon wieder offen hervorwagte. Ein Gegenstück fand er in jenem aufdringlich propagierten Philosemitismus, wie ihn etwa Zeitungen des Springer-Konzerns pflegten. Objektiv beobachtende jüdische Emigranten, auch jüngere Besucher aus Israel lehnten diese eigentümliche Kameraderie ab; sie trug ja dazu bei, dass noch immer kein selbstverständliches Zusammenleben von Juden und Deutschen zustande kam.

Alle diese Symptome stimmten uns natürlich skeptisch; doch in mancher Hinsicht sahen wir mit unserem Optimismus nüchterner als die ausgesprochenen Schwarzseher. Beispielsweise haben wir die wechselnden rechtsradikalen Parteien in der Bundesrepublik immer für Splittergruppen ohne reale Chancen gehalten.

Ich jedenfalls halte den sogenannten Neonazismus heute und wohl noch auf längere Zeit hinaus für keine unmittelbare Gefahr. Ganz andere Kräfte formieren sich gegen Sozialismus, humane Liberalität und radikale Demokratie; und zwar innerhalb der bestehenden Parteien, die insgesamt ihr Gewicht unmerklich nach rechts verlagern. Gewisse durchaus honorige, diskutabile Begriffe verändern unmerklich ihren Sinn: Konservativ wird zu reaktionär, religiös zu klerikal und nicht zuletzt objektiv zu unverbindlich. Auf diese Weise werden brennende Fragen nicht beantwortet, sondern verdrängt; Entscheidungen werden weitgehend durch Kompromisse ersetzt.

Kompromisse sind an sich nicht unehrenhaft; leider wurden sie bei uns überwiegend auf Kosten der Linken geschlossen. Diese Art fauler Kompromisse liesse sich ohne allzu grosse Übertreibung als vorherrschende politische Methode in unserem Staat beschreiben. Dabei waren bestimmte süddeutsche Politiker der Rechten, voran Franz Josef Strauss, zumeist die Wegbereiter. In München hatten, alles in allem, die Linken schon in den frühen Jahren der Bundes-

republik nur noch wenig zu sagen – und das Wenige unter schmähhlichen Bedingungen. 1960 wurde dort ein Mann verurteilt, weil er das unbestritten brutale Vorgehen der Polizei kritisiert hatte. Begründung des Gerichts: «Der Bürger hat nicht das Recht, öffentlich seiner Empörung Ausdruck zu verleihen, wenn sich ein Polizeibeamter rechtswidrig verhält.»

So etwas wurde hingenommen. Höchstens murrte der oder jener über die Anmassung der Oberen, die insgesamt, diese Meinung herrschte vor, doch machten, was sie wollten. Das zeigte, wie wenig die Bevölkerung der jungen Demokratie traute. Dabei muss objektiv gesagt werden, dass in vielen Fällen der Bundestag besser war als die ihn Wählenden. Beispiele: Dem populären Ruf nach Wiedereinführung der Todesstrafe wurde nicht nachgegeben; das Haftrecht wurde mehrfach verbessert; die Frist zur Verfolgung von NS-Verbrechen wurde von Abgeordneten aller Parteien verlängert.

Bedenklich blieb es, dass zwölf Jahre Diktatur nicht so sehr das Verlangen nach bürgerlichen Freiheiten wie vielmehr den alten Untertanengeist gefördert hatten. Nicht selten erinnerte ich mich an Sätze, die Carl von Ossietzky in den späten Weimarer Jahren schrieb:

«Die Gleichgültigkeit der Massen am politischen Betrieb ist unbeschreiblich. Und was wäre selbst das bisschen Konsolidierung, auf das immer so stolz gepocht wird, ohne die spornende und peitschende Kraft verhöhnter und gemiedener Aussenseiter? Alles musste erkämpft werden gegen die kompakte Majorität.»

Die bissige Formulierung, übernommen vom alten Henrik Ibsen, mutet auf den ersten Blick antidemokratisch an. Sie war und ist noch immer Widerhall jener Resignation, die auch den aktivsten Demokraten gelegentlich (um noch einmal Ibsen zu bemühen) zum «Volksfeind» macht. Wir Männer der ersten Stunde hatten uns wahrhaftig nie als Elite empfunden. Nun aber, ein Jahrzehnt nach Hitler, gerieten wir in eine misslichere Lage: Wir kamen uns fremd vor in

diesem unserem Staat, von dem wir uns doch so viel erhofft hatten. Es konnte auch nicht ausbleiben, dass wir uns fragten, ob nicht wir selber an dieser ungunstigen, unfruchtbaren Spannung schuldig wären. Die Fakten mehrten sich, die unserer Enttäuschung immer neuen Antrieb lieferten. Ein wichtiges Ereignis war in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die Studentenrevolte, auch und gerade für uns Alte; ein auf den ersten Blick überraschender Zusammenhang, über den zu reden sein wird.

Hier nur ein paar Andeutungen. Mir scheint, dass wir die weit zurückliegenden Ursachen ein wenig besser begriffen als die Vierzig- und Fünfzigjährigen, die oft nur die aktuellen Exzesse sahen. Es geriet ja rasch in Vergessenheit, dass auch die rabiatesten Rebellen, voran Ulrike Meinhof, ziemlich lange Zeit versuchten, mit Argumenten zu wirken; bis sie dann Kaufhäuser anzündeten, zur MP griffen und Banken überfielen. Der Terror ist durch nichts, ich wiederhole: durch absolut nichts zu entschuldigen oder auch nur zu beschönigen. Aber der Weg bis dorthin kann, muss untersucht werden, die Wurzeln dieses weltweiten Aufstands sollten sorgfältig und ohne blinden Hass erforscht werden – sonst wird der Wahnsinn in immer neuen Formen sich wiederholen. Ich fürchte, dass sich die mittleren, die Staat und Gesellschaft bestimmenden Jahrgänge für solche geduldigen Bemühungen herzlich wenig interessierten. Sie fühlten sich gestört in jener behaglichen Selbstsicherheit, die Alfred Grosser in seiner bekannten Paulskirchen-Rede zu Recht als fatale neudeutsche Haltung gebrandmarkt hat.

Mit siebzig rebelliert man nicht so leidenschaftlich wie mit fünfundzwanzig; dennoch konnten wir Alten uns damals durchaus in die Stimmung der aufgebrachtten Jugend versetzen, aus einem einfachen Grund: Wir waren gleich ihnen verzweifelt, wenn auch auf andere Art. Dann wurde uns manches klarer durch die Theorien, denen sie zumindest anfangs folgten. Wurden diese auch oft in arg verklausulier-

ter Sprache, in jenem vielbespöttelten Soziologendeutsch vorgetragen – gewisse Grundeinsichten überzeugten auch uns. Repressive Toleranz und Konsumterror waren ja tatsächlich Elemente einer neuen Unfreiheit, die auch wir immer deutlicher spürten.

Manches unterschied uns, natürlich. Wir beschimpften nicht unseren Staat in Bausch und Bogen als faschistisch oder, wie es modisch hiess, «faschistoid». Die jungen Revolteure hatten nie den realen Faschismus erlebt; den wir übrigens besser nicht so nennen, sondern mit dem deutschen Unheilsetikett Nazismus bezeichnen sollten. Die gedachte Leitfigur einer möglicherweise siegreichen bundesdeutschen Reaktion sah für uns nicht aus wie Hitler oder Himmler; weit eher wie Metternich, Papen oder auch wie Hugenberg. Also Axel Springer gleichend. Und dergleichen war ja nicht nur Denkspiel von Pessimisten. Uns bedrückte sehr gegenwärtig eine schier unbegreifliche Hingabe an leere Formen und Formeln. Bezeichnend war der Erfolg einer etikettenseligen Frau Pappritz in Bonn. Bürgerliche Gier nach Orden nahm schon wieder lächerliche Ausmasse an. Das alles verachteten wir genauso wie die Generation der Enkel. Und aufrichtig hofften wir, dass deren Aufstand wenigstens einiges ändern möchte.

Das geschah auch, in bescheidenem Ausmass, doch wird es bis heute ungerne zugegeben. Wo kämen wir auch hin, wenn gestandene Leute in Amt und Würden Anregungen aufnehmen sollten, die von ein paar tausend aufmüppigen jungen Leuten stammten! Da wurde schleunigst ein Riegel vorgeschoben. Die Neuerer bekamen ein schockfarbenes Etikett umgehängt: «Systemveränderer» wurden sie gescholten. Und vielleicht lässt sich an eben diesem Wort zeigen, wie verholzt, versteinert unsere vielgerühmte freiheitlich-demokratische Grundordnung wurde.

Wie entstand denn unser Grundgesetz? Beschlossen wurde es von einem Gremium, dass die westlichen Besatzungsmächte einberufen, in das die eben erst entstandenen Länderregierungen und Parlamente ihre Vertreter entsandt hat-

ten. Nun sollte, um überhaupt erst einmal einen Anfang zu machen, ein halbwegs brauchbarer Leitfaden für die kommenden Aufbaujahre beraten und beschlossen werden. Das Ergebnis erhielt den eindrucksvollen Namen «Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland», datiert vom 23. Mai 1949. Danach erst, im August, wurde der erste Bundestag gewählt. Festzuhalten ist also, dass die Magna Charta der Bundesrepublik keineswegs durch das Parlament beschlossen wurde. Dennoch blieb sie, ursprünglich ein ganz pragmatisches Instrument auf Zeit, bis heute in Kraft; wenn auch mehr als einmal abgeändert und ergänzt, in der richtigen Erkenntnis, dass ein Provisorium nicht ewig dauern kann.

Doch just das wurde und wird der Nation ständig eingebleut. Der hastig zusammengebastelte Notbau soll als Jahrhundertmonument verehrt werden. Die «Väter des Grundgesetzes» dachten darüber anders.

Klugerweise sahen sie voraus, dass ihr mühsam erarbeiteter Text früher oder später verbesserungsbedürftig sein würde. Die Artikel 79 bis 81 befassen sich deshalb recht ausführlich mit den dazu notwendigen Prozeduren. In der Folge geschah Sonderbares. Gar nicht selten wurden kleine Schönheitsreparaturen am Grundgesetz vorgenommen, ohne allzu grosse Skrupel, denn pragmatisch war so etwas unvermeidbar. Zugleich aber bekam das gesamte Gesetzeswerk, je älter es wurde, um so mehr den Rang eines Heiligtums, an das man nicht rühren, das niemand in Frage stellen durfte. Dieser widersprüchliche Prozess regt zu Überlegungen über das Wesen der Tradition, des Tabus, auch der vielzitierten «normativen Kraft des Faktischen» an. Oder liegt die Sache ganz einfach so, dass vulgär verstandener Hegel im Spiel war? Das Grundgesetz ist da, also ist es gut. . .

Und wenn es gar so gut nicht war, nun, dann fand man sich halt ab und lebte damit, so gut es eben ging. Auf Kosten derer, die sich möglicherweise ein etwas freieres, humaneres Fundament des Zusammenlebens gewünscht hätten. Da war

viel Geistessträgheit zu beobachten, oder darf ich sagen: Herzensträgheit? Gegen die richtet sich vor allem der Zorn, der diesem Buch den Titel gibt. Mein Zorn und, so vermute ich, der Zorn so manches Mitarbeiters.

Und so will ich, zum Abschluss dieser einführenden Überlegungen, etwas über diesen Zorn sagen.

Der Zorn gehört ja, nach christlicher Auffassung, zu den sieben Todsünden. So ganz rigoros ist das aber wiederum nicht gemeint; denn ich unbekehrbarer Agnostiker erinnere mich mit einigem Vergnügen daran, dass in der Bibel ja auch allerlei über den Zorn Jahwes zu lesen ist. Demnach gibt es auch einen geradezu heiligen Zorn. Und den, nur keine falsche Scheu, den nehme ich für uns in Anspruch. Es ist eine Art Zorn, der nicht blind macht, sondern sehend, klarblickend. Mehr noch – er reinigt das Gemüt von allerlei Schlacken der Feigheit, des Zögerns, der Passivität, er stärkt die Entschlusskraft, zwingt zum Handeln: Um nämlich seine Ursachen herauszufinden und aus der Welt zu schaffen. Mit einem Wort: Es ist dies ein progressiver, ein tatendurstiger Zorn, der alles andere ist als eine kurze Aufwallung, eine Emotion. Er bedeutet recht überlegt eine dauerhafte Haltung, einen erbitterten Widerspruch gegen das, was man als Unrecht erkennt (meinetwegen: erkannt zu haben meint – läuft das nicht auf das gleiche hinaus?). Es ist, um nun endlich das verleumdete, klare Wort zu brauchen, ein *linker* Zorn. Und den können auch tief überzeugte *Rechte* spüren, darauf bestehe ich. Nur nennen die ihn dann vielleicht anders. Ein weites Feld . . .

Und so begnüge ich mich mit dieser Bemerkung, an Stelle einer Summe, die zu ziehen ich nicht befugt bin. Wohl auch gar nicht imstande, aber wer ist das heute? Noch immer oder schon wieder ist die Zeit aus den Fugen. Wer kittet sie wieder zusammen? Ich sehe mich nach Helfern um. Wenig Vertrauen habe ich zu den etablierten Parteien. Noch weniger freilich zu solchen, die sich mit lärmendem Anspruch etablieren möchten. Dürfen wir auf die Gewerkschaften rechnen? Deren materielle Macht könnte das schaffen, was

edelste Ideen nicht zustande bringen. Doch wie oft haben sie kooperiert, also beinahe kapituliert, statt zu kämpfen. Jetzt haben sie ein Haar gefunden in der konzertierten Aktion mit Staat und Kapital, die sie an Händen und Füssen fesselte. Werden sie die Verweigerung durchhalten?

Genug der aktuellen Zusammenhänge, ich erwähnte sie nur, weil sie letztlich doch mit der grossen alten Misere der deutschen Geschichte Zusammenhängen. Martin Luthers Obrigkeitsseligkeit triumphiert wie eh und je. Aufklärung hat bei uns nur in homöopathischen Dosen stattgefunden, im Unterschied zu unseren Nachbarnationen. An keinem 14. Juli tanzt bei uns das Volk auf den Strassen. Kein Marschall legt die Hand ans Käppi, wenn die Marseillaise erklingt, die Hymne der Revolution. Bei uns ruft das nationale Feierlied eine Bewusstseinspaltung hervor, unvermeidbar, um der Demokratie und des lieben Friedens willen soll nur der dritte Vers gesungen werden; wer will, hält sich nicht daran, träumt von einem Deutschland über alles, das führt zu Kalamitäten.

Unsere Traditionen sind nun einmal nicht freiheitlich, sondern mehr konservativ, ja restaurativ. Ob sich das je ändert? Niekischs «Deutsche Daseinsverfehlung» ist nicht überwunden. Auf was denn nun hoffen? Immer wieder auf die von Ossietzky beschworene «spornende und peitschende Kraft gemiedener Aussenseiter»?

In diesem Buch wird ja wohl so etwas Ähnliches versucht. Ich freue mich darüber, doch ein wenig mit schlechtem Gewissen. Denn mir schwant, dass unsere Gegner wieder einmal nur die Achseln zucken werden. Und unsere Freunde werden uns wieder einmal vorhalten, wir lieferten doch nur faule Ausreden, Beschönigungen, spanische Wände, hinter denen die Mauern weiter bröckeln und modern. Nur Worte. Aber mehr als das Wort haben wir ja nicht. Und als Optimist bin ich, bei aller Skepsis, fest davon überzeugt, dass die Welt auf lange Sicht nur durch das Wort geändert werden kann, geändert werden wird. Nur darf keiner hoffen, dass es noch zu seinen Lebzeiten geschieht.

Einer der Mitarbeiter fragt sehr richtig: Weshalb befinden sich unter den Autoren keine Frauen? Ich gestehe, ein wenig reuig: Die Frage wurde erörtert – doch nicht früh genug. Der Titel des Buches stand da schon fest. . .

Doch hoffe ich, dass der Verlag sich dazu bewegen lässt, ein zweites Buch herauszubringen, ein Gegenstück, mit Beiträgen kritischer Autorinnen.

Zum Schluss gedenke ich eines Freundes, der sein Manuskript getreulich ablieferte, aber das Erscheinen nun nicht mehr erlebt: Jean Améry schrieb seinen Beitrag kurz vor dem selbstgewollten Ende. Erst danach erhielten wir den Text.

Ossip K. Flechtheim

Blick zurück im Zorn

Westdeutschland 1945 bis 1960

I

Jede Bewertung der Nachkriegsentwicklung Westdeutschlands hängt vom Standpunkt des Betrachters ab. Vergleichen wir etwa die Bundesrepublik von 1959 mit dem Dritten Reich von 1939, mit dem damaligen Russland Stalins oder auch dem Spanien Francos, so dürfte die Bundesrepublik nicht schlecht abschneiden. Wie sieht es aber aus, wenn wir Westdeutschland an den Erwartungen von 1945, den Möglichkeiten von heute oder gar den Erfordernissen der Zukunft messen? Liest sich die Bilanz nicht auch dann eher negativ, wenn man die Verfassungswirklichkeit mit den Ansprüchen und Aussprüchen der «Offiziellen» konfrontiert? Muss man da nicht sagen: Gewogen und für zu leicht befunden?

Übertreiben wir etwa, wenn wir behaupten, Deutschland sei nach wie vor das Land der misslungenen Revolutionen, der halbherzigen Reformen und der am Ende doch erfolgreichen Gegenrevolutionen? Der Bauernkrieg und die Revolutionen von 1848 und 1918 scheiterten, die Reformen nach 1815, 1945 und 1968 blieben in ihren Anfängen stecken – um so nachhaltiger sind die Auswirkungen der Konterrevolution nach 1525, 1848, 1918, aber auch nach 1945 und heute. Wer wundert sich da, dass wir Alten, die wir noch den Umschlag der Revolution von 1918 in die Gegenrevolution von 1933 miterleben mussten und die wir 1945 gehofft hatten, dass zumindest eine radikale Reform auf das Dritte Reich folgen würde, angesichts der Restauration der fünfziger Jahre tief erschüttert waren? Wir haben daher die Ade-

nauersche Restaurationspolitik immer wieder angeprangert – wenn schon nicht in gerechtem, so doch in gerechtfertigtem Zorn.

Heute muss man sich mit den ersten anderthalb Jahrzehnten Westdeutschlands schon deshalb befassen, weil wir eine neue Restauration erleiden. Wieder einmal scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Dabei war man 1945 doch so gut wie sicher, dass das Ende einer jahrhundertalten Obrigkeitsepoche gekommen war. Von den Besten im Lande wurde der Zusammenbruch als Chance eines Neubeginns erlebt. Aus den Trümmern sollte eine neue, eine bessere Welt der Demokratie und des Sozialismus erstehen. Aber die Reformen blieben aus. Drei Hindernisse waren es vor allem, die einen dritten Weg jenseits von westlichem Kapitalismus und östlichem Kommunismus versperren sollten: Erstens gerieten die Alliierten, auf deren Programm ursprünglich die Demokratisierung Deutschlands gestanden hatte, in ihren Kalten Krieg, für den sie die beiden Teile Deutschlands als Bundesgenossen in ihren Dienst nahmen. Zweitens waren die materiellen und moralischen Zerstörungen durch den Nationalsozialismus und den von ihm verursachten Zweiten Weltkrieg so ungeheuerlich, dass sich im Interesse des raschen Wiederaufbaus der Städte und Industrien die Wiederherstellung der Institutionen und Verhaltensraster nach «altbewährtem» Muster als der Weg des geringsten Widerstands erwies. Drittens zeigte es sich, dass die alten Traditionen und Mächte in Deutschland immer noch viel stärker waren, als die Neuerer es sich damals vorstellen konnten. Da keine Zeit blieb, die plutokratischen Strukturen in der Wirtschaft und die bürokratischen Traditionen in der Politik und im Staat radikal zu beseitigen, lag es nahe, sich insbesondere nach der Währungsreform und der Bildung des westdeutschen Teilstaates ihrer wieder zu bedienen. Insofern hat das Jahr 1945 weder die Kontinuität gebrochen noch die Restauration verhindert.

II

Die Entstehung der zweiten deutschen Republik war also von vornherein mit schweren Geburtsfehlern behaftet. Sie verdankte ihre Existenz keiner demokratischen Massenerhebung, sondern der totalen Niederlage und dem Diktat der westlichen Besatzungsmächte. Wie Waldemar Besson richtig erkannt hat, ergab sich der Gegensatz der beiden deutschen Staaten in dieser ersten Phase aus dem Ost-West-Konflikt: «Die Bundesrepublik wurde in den Stäben Washingtons geplant. Sie sollte an der strategisch entscheidenden Stelle den Damm gegen die kommunistische Flut bilden. Der Antikommunismus war der Bundesrepublik in die Wiege gelegt, und deshalb hatte sie es auch so schwer, der späteren Verwandlung des Ost-West-Konflikts rechtzeitig zu folgen.» Obwohl die Bundesrepublik Deutschland in ihrem Grundgesetz zunächst als ein Provisorium und Transitorium konzipiert war, verstand sich dieser Teilstaat unter Adenauer nur allzubald als Bollwerk gegen den Kommunismus und als Kernstaat für alle Deutschen. In dem Maße wie die beiden deutschen Teilstaaten als Vorreiter des Kalten Krieges missbraucht wurden, verlor der Kampf gegen den Osten die Qualität des Widerstands gegen den totalitären Stalinismus im Sinne Kurt Schumachers und gewann den Charakter eines Kreuzzugs gegen die marxistisch-leninistischen «Sowjets» im Sinne Adenauers. Damit war die Chance, aus Deutschland ein demokratisch-sozialistisches Gemeinwesen zu machen, das als Brücke zwischen Ost und West hätte dienen können, verspielt.

Dennoch muss, um allen späteren Vertuschungsversuchen vorzubeugen, immer wieder betont werden, dass man 1945 nicht nur auf eine umfassende Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens gehofft hatte, sondern zunächst auch bereit war, die von den Besatzungsmächten und den Antifaschisten unternommenen Versuche einer Wirtschafts-, Boden- und Schulreform zu akzeptieren. Bevor der Kalte Krieg alles andere überschattete, schien diese Politik

auf Teilgebieten Erfolge aufzuweisen. So wurde etwa eine demokratische Presse geschaffen. Doch haben sich hier noch stärker als im Rundfunk oder Fernsehen die restaurativen Kräfte so weit durchgesetzt, dass die Mehrheit der «klugen Köpfe» ihren täglichen Informationen aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und die der «kleinen Leute» aus der *Bild-Zeitung* bezog. Auch das Bildungsmonopol war nur vorübergehend erschüttert worden und konnte sich rasch restaurieren. An der konfessionellen oder christlichen Dreiklassenschule hatte sich kaum etwas geändert. Arbeiterstudenten blieben nach wie vor in einer verschwindenden Minderheit. Die Trennung von Kirche und Schule wurde nicht ernsthaft in Angriff genommen, von der Trennung von Kirche und Staat ganz zu schweigen.

Nach der Währungsreform wurde in der Wirtschaft das marktwirtschaftliche und oligopolkapitalistische «Ordnungsprinzip» wieder vorherrschend, woran auch die bescheidene Mitbestimmung in den Unternehmen und die beschränkte Demokratisierung des Konsums nichts Wesentliches geändert haben. Man mochte den Anbruch eines neuen Zeitalters der «sozialen Marktwirtschaft» noch so laut verkünden – niemand dachte daran, am Privateigentum, an den Produktionsmitteln etwas zu ändern. Dank dem Einfluss Adenauers und Erhards wurde aus der 1945 selbst von der CDU geforderten Demokratisierung oder Sozialisierung der Wirtschaft nichts. Zugegeben, das Wort Kapitalismus wurde in der Bundesrepublik tabuiert, und von Gewinn oder Profit zu sprechen galt fast schon als obszön. Dennoch konnte die Presse berichten: «Die Reichen werden reicher – Ein Vermögender versteuert mehr als hundert Mittelständler – Klub der Millionäre hat wieder Zuwachs erhalten – 30 Prozent Zunahme innerhalb von drei Jahren – Zeiten wie im Kaiserreich.» Nach herrschender Auffassung krankte unser Wohlfahrtsstaat (vom Militärstaat war auch nach 1956 so gut wie nie die Rede!) immer daran, dass die Gewerkschaftsführer, statt Mass zu halten, stets aufs neue die «Lohn-Preis-Spirale» vorantrieben. Obwohl diese

Sprachregelung durch ein sich ausbreitendes Meinungsmonopol immer stärker abgesichert wurde, zelebrierte sogar die konservative Wochenzeitung *Christ und Welt* ganz offen «die totale Macht der hundert Männer (die zugleich Vorstands- wie Aufsichtsratsmitglieder sind)» und bekannte dabei: «425 börsen-notierte Gesellschaften werden von den Banken beherrscht. Von einer Aktiendemokratie kann man bei solchen Tatbeständen eigentlich nur in Witzblättern schreiben . . . Nichtsdestoweniger ist die totale Macht der hundert Männer und ihr kollektives Selbstbestimmungsrecht über die Angemessenheit des eigenen Einkommens voll des sozialen Sprengstoffs. So lange die Mehrheit der Wähler – deren Durchschnitt ja weniger einnimmt als ein Kombi-Manager in der Woche – satt und zufrieden ist, bleibt dieser Sprengstoff gefahrlos.»

Schon 1956 hatte der frühere Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Paul Sethe richtigerkannt, «dieser Staat wird vom Bürgertum, genauer gesagt freilich vom Grossbürgertum geführt», während Peter von Oertzen ihn als «konstitutionelle Oligarchie» charakterisierte. Es war auch keine Übertreibung, wenn man in der Bundesrepublik einen CDU-Staat sehen wollte. Bereits im neukonstituierten Bundestag hatte der Führer der Opposition Kurt Schumacher auf die Erklärung der ersten Regierung Adenauer erwidert: «Wesen und Zusammensetzung dieser Regierung bringen die grosse Gefahr, dass dieser neue Staat ein autoritärer Besitzverteidigungsstaat werden kann. Wir haben heute einen Staat, den wir Sozialdemokraten als einen Staat der überwiegenden sozialen Restauration ansehen. Wir haben einen Staat, von dem wir befürchten, dass seine Führung gar zu leicht in die Versuchung kommt, die Volksmassen als Objekte zu behandeln.» Wahrhaft hellichtig hatte Kurt Schumacher damals schon die künftigen Gefahren für die noch in den Kinderschuhen steckende Demokratie vorausgesehen.

Ungeachtet der eindeutigen Artikel des Grundgesetzes wurde die aktive Mitwirkung der Bürger und ihrer Organi-

sationen am politischen Leben nicht ermutigt, sondern entmutigt. Jegliche kritische oder gar oppositionelle Haltung in den entscheidenden Fragen der Aussenpolitik, der Wirtschaftsverfassung, ja auch der Kulturpolitik war stets in Gefahr, als «staatsfeindlich», «atheistisch» und «kommunistisch» diffamiert zu werden. Das Klima dieser Republik war ausgesprochen konformistisch und provinziell; in diesem Pseudo-Biedermeierstaat erschien jeder frische Wind als lebensbedrohender Orkan. Wer noch radikal von links zu kritisieren wagte, musste gewärtig sein, aus der «Volksgemeinschaft» ausgestossen zu werden. Der Ketzer wurde zwar nicht mehr verbrannt (und dafür wollen wir schon dankbar sein!), aber in der durchorganisierten Gesellschaft wurde er ausgeschaltet und isoliert (natürlich blieb doch der eine oder andere übrig, der nicht resignierte und sich nicht akkomodierte).

Obwohl die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik immer autoritärere und restaurativere Züge annahm, wurde das Grundgesetz nicht ausser Kraft gesetzt oder, wie manche befürchteten, durch sogenannte faschistische Notmassnahmen lahmgelegt. Die formale Struktur Westdeutschlands blieb weiter so demokratisch, wie es das Grundgesetz vorgesehen hatte, das heisst eben ohne die Elemente einer unmittelbaren Demokratie nach Schweizer oder amerikanischem Muster. Freilich wurden die in einigen seiner Artikel ausdrücklich vorgesehenen demokratisierenden Ausführungsgesetze zunächst nicht erlassen. Trotz Artikel 26 wurde der Angriffskrieg nicht geächtet, trotz Artikel 3 und 6 die Gleichstellung des unehelichen Kindes und zunächst auch die der Frau nicht verwirklicht. Trotz Artikel 21 musste ein demokratisches Parteiengesetz jahrelang auf sich warten lassen. An die Stelle einer möglichen Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln nach Artikel 15 trat die Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Dafür machte man sich daran, das Grundgesetz in der entgegengesetzten Richtung zu «ergänzen»: Der Artikel 143 wurde durch die Kautschukbestimmungen eines

weitmaschigen politischen Strafrechts ersetzt. Das Parteienverbot nach Artikel 21 wurde im Fall der KPD nicht nur gegen Parteimitglieder, sondern auch gegen so manchen sonstigen unliebsamen Linken wirksam. Es folgten die Einführung der Wehrpflicht und des Schutzes der Zivilbevölkerung, wobei die Grundrechte für Angehörige der Streitkräfte eingeschränkt wurden. Der Verfassungsschutz und die anderen Nachrichten- (lies Spionage-)Dienste wurden immer weiter ausgebaut, bis schliesslich diese verfassungsrechtliche Stärkung des «Vater Staat» in der Notstandsgesetzgebung der sechziger Jahre gipfelte.

Zugleich unterliess man es, all jene einfachen Gesetze, die den Obrigkeitsstaat von vor 1945 widerspiegeln, ausser Kraft zu setzen oder sie dem liberal-demokratisch-sozialen Geist des Grundgesetzes anzupassen. Weder am klassischen Eigentums-, Familien- oder Erbrecht noch am Straf- oder Polizeirecht wurde etwas geändert. Die vorsintflutlichen Strafandrohungen für Aufsässigkeit gegen die Obrigkeit oder für Eigentumsdelikte blieben ebenso in Kraft wie die milden Sanktionen gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Macht oder die Misshandlung Schwacher und Abhängiger. Kein noch so perfektionistischer Politiker oder gesetzverbesserungsfreudiger Bürokrat kam in den fünfziger Jahren auf die Idee, auch nur die Termini des aus den Jahren der finstersten preussischen Reaktion stammenden Strafgesetzbuches zu modernisieren – und das nicht nur aus Zeitmangel!

III

Deutschland hat sicherlich nie an einem Mangel an Beamtenpersonal gelitten. In keiner anderen Demokratie werden so viele Positionen von Beamten oder Bediensteten mit einem beamtenähnlichen Status eingenommen. Selbst die Arbeitnehmer bei Bahn und Post sind Beamte oder Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst. Sie alle genie-

sen beachtliche Privilegien, zugleich stehen sie aber als «Staatsdiener» in einem besonderen «Treueverhältnis» zum «Vater Staat». Die feudal-absolutistische Tradition, die zwischen den Staatsdienern und der «nichtbeamteten Bevölkerung» unterscheidet, ist ungebrochen.

Eine parlamentarische Kontrolle über diese riesige Bürokratie, die die Minister im Namen der Demokratie ausüben sollen, steht weitgehend auf dem Papier.

Auch die dritte Gewalt, die Rechtspflege, obliegt einer Justizbürokratie, die nicht gerade demokratisch bestellt ist und kaum demokratisch kontrolliert wird. Der Laienrichter ist ein fünftes Rad am Wagen, die Position des selbständigen Rechtsanwalts wird ständig schwächer. Im Gegensatz zum Staatsanwalt ist der Richter nach dem Grundgesetz zwar unabhängig, fühlt sich aber in Wirklichkeit – auch aus Karrieregründen – stärker als seine Kollegen in England oder Amerika vor allem dem Staat verpflichtet. Die staatsbeflissene und wenig liberale Grundeinstellung der deutschen Justizbürokratie ergibt sich sowohl aus ihrer Sozialisation als auch aus ihrer fachlichen Ausbildung. Die Masse der Richter und Staatsanwälte kommt aus den Mittel- und Oberschichten. Wie eine Analyse von Urteilen zeigt, werden deren gängige Vorstellungen meist unbefragt übernommen. An alldem hat sich seit den fünfziger Jahren so gut wie nichts geändert. Damals wie heute war die Rechtsprechung auf einem Auge blind und handelte nach dem Motto: In dubio pro auctoritate. Schliesslich waren es dieselben Richter, die schon dem Dritten Reich recht willig, der Weimarer Republik eher unwillig und in manchen Fällen noch dem Kaiserreich loyal gedient hatten.

Nur einige, aber keineswegs untypische Urteile aus den fünfziger und sechziger Jahren: 2'000 DM Geldstrafe für einen Elektromonteur, der acht Gewehrschüsse in die Fenster eines kommunistischen Büros feuerte; drei Monate Gefängnis ohne Bewährung für einen Konstruktionstechniker, der einen Stein gegen eine Fensterscheibe eines Gerichtsgebäudes warf. Ein Jahr Gefängnis für eine Kanzler-Ohrfeige;

Freispruch für den Polizisten, der einen Studenten erschoss (Polizisten, die ausnahmsweise einmal angeklagt wurden, da sie wehrlose Demonstranten niedergeknüppelt hatten, erhielten äusserstenfalls ein paar hundert Mark Geldstrafe). Eine Lehrerin, die jahrelang Kindersommisschadete hatte, dass diese für ihr Leben geschädigt waren, erhielt zwei Monate Gefängnis mit Bewährung. Ein Lehrer, der einen Schüler blutig geschlagen hatte, wurde freigesprochen.

Vollkommen überfordert war eine so rechtslastige Justiz, wenn es darum ging, Massenmörder zu bestrafen, die einmal als «Staatsorgane» für «Volk und Reich» tätig gewesen waren. Freigesprochen wurde schliesslich der Freisler-Gehilfe Rehse. Überhaupt ist sonst noch nie ein nationalsozialistischer Blutrichter vor Gericht gestellt worden (seit 1871, als das Strafgesetzbuch in Kraft trat, ist auch noch nie ein Richter wegen Rechtsbeugung verurteilt worden!). Der SS-Führer Wolff erhielt fünfzehn Jahre Zuchthaus wegen der Ermordung von 300'000 Juden (das Leben eines Juden war also etwas über zwanzig Minuten Zuchthaus wert).

Wenn einmal ausnahmsweise ein nationalsozialistischer Massenmörder zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde, so konnte er einer baldigen Begnadigung sicher sein. So wurden zum Beispiel von acht «Lebenslänglichen» zwei nach sechs Jahren freigelassen, ein einziger sass ganze dreizehn Jahre ab. Die Mehrheit der Verfahren führte zu Freispruch oder Einstellung. Die Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen wurde erst 1958 eröffnet. Mit der Durchführung jener Verfahren, die man schliesslich doch nicht vermeiden konnte, liess man sich unvorstellbar viel Zeit. Durch die Presse ging kürzlich ein Bericht, wonach ein Prozess nach achtzehnjähriger Vorbereitung eröffnet worden sei!

Die Verhältnisse in der Justiz illustrieren das Fiasko der Entnazifizierung vielleicht am deutlichsten. Wie der konservative Publizist W. Görlitz bereits 1956 zugab, begann der Wiederaufbau 1945 «unter einer noch halbtotitären Verwaltungsmaschinerie». Diese zu säubern verloren die Alli-

ierten nach anfänglichen Versuchen bald die Lust. Im Kalten Krieg erschienen die Nazis als natürliche Verbündete – schliesslich waren sie ja stets die erbittertsten Feinde des Kommunismus und Marxismus, der Sowjets und Russlands gewesen. Und was die Deutschen selber angeht, so hatte sich die grosse Mehrheit so sehr mit Hitler und seinen Desperados identifiziert und derart von ihren Missetaten profitiert, dass sie nie den Mut zu einem offenen Bekenntnis ihrer Mitverantwortung gefunden hat. Wenn Nietzsche einmal gesagt hat: «Mein Gewissen sagt, dass ich schuldig bin, aber mein Stolz sagt, dass ich unschuldig bin», so ist sogar fraglich, ob man auch nur von erheblichen Gewissensplagen bei all denen sprechen kann, die alle nur «mitgemacht» oder «Befehle ausgeführt» haben wollen. Je furchtbarer die Verbrechen waren, um so vollkommener schien der Verdrängungsmechanismus zu funktionieren – und zwar nicht nur bei den Tätern, sondern auch bei manchem guten Demokraten, der grosszügig sogenannte Persilscheine ausstellte. So wurde der gesamte Komplex der damaligen Entnazifizierung und der späteren Renazifizierung zu einem Paradebeispiel der Täuschung und Selbsttäuschung, der Vertuschung und des *double talk* im Sinne Orwells. Noch bis zum heutigen Tage bleiben die Tore zum Berlin Document Center oder zu dem Archiv der Gestapoakten in Düsseldorf mit all dem Belastungsmaterial für das allgemeine Publikum hermetisch verschlossen.

In den fünfziger Jahren war nicht zuletzt dank Artikel 131 des Grundgesetzes die Renazifizierung des Staatsapparats so weit fortgeschritten, dass man sich fast wunderte, wenn man doch hier und da auf Beamte ohne braune Vergangenheit stiess. Man darf auch nicht verschweigen, dass schon unter den 402 Mitgliedern des ersten Bundestages 53 Abgeordnete Mitglieder der NSDAP gewesen waren. Dem standen zwar 90 Emigranten und Verfolgte gegenüber, von diesen entfielen aber auf die KPD vierzehn und auf die SPD 55. In den bürgerlichen Parteien blieben so nur 21 aktive Antinazis. Frühere Nazis scheinen auch rasch Aufnahme in

die neuen demokratischen Parteien gefunden zu haben. Wir haben darüber nur eine Information: Von tausend Mitgliedern, die 1946 in Hamburg der CDU beitraten, waren nur 171 Mitglieder der Zentrumsparterie gewesen, dagegen 254 Mitglieder der NSDAP (darunter 36 Amtsträger). Das Braunbuch der DDR geht so weit zu behaupten, 21 Minister und Staatssekretäre der Bundesrepublik und etwa hundert Generale und Admirale der Bundeswehr seien «frühere Nazi-Aktivisten» gewesen. In der Justiz hätten 828 «Ehemalige» als hohe Richter und Staatsanwälte gedient, im Auswärtigen Amt 245 frühere Nazis und bei der Polizei und dem Verfassungsschutz 297 Spitzenfunktionäre. Diese Angaben mögen übertrieben sein – warum hat man sie dann aber bisher in der Bundesrepublik weder widerlegt noch auch nur gründlich untersucht?

Fest steht jedenfalls, dass nationalsozialistisch belastete Minister in der Bundesrepublik eine Rolle gespielt haben – jeder von uns erinnert sich noch an Oberländer, Lübke, Seehofer, Krüger, Maunz oder Asbach. Eifrige Diener des Dritten Reiches wie die Staatssekretäre Globke, Hopf und Vialon hatten Schlüsselpositionen inne. Der zu 25 Jahren verurteilte grossdeutsche General Foertsch («Kampf in aussichtsloser Lage bis zum Letzten – eine Forderung an die Soldaten, die zu allen Zeiten und auch in Zukunft gilt») konnte zum Generalinspekteur der Bundeswehr avancieren. Die Personalreferate (ebenso wie die mit Beamtenrechten befasste Abteilung des Bundesinnenministeriums) waren fast ausschliesslich mit ehemaligen PGs besetzt. Ähnliches galt für die Polizei und den Verfassungsschutz. In Aachen, Bonn, Mönchengladbach, Köln, Krefeld, Düsseldorf, Essen, Dortmund und Gelsenkirchen waren die Leiter der Kripo durchweg ehemalige SS-Sturmbannführer, ebenso wie der Kriminaldirektor im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen. Klarsfeld entdeckte, dass der Massenmörder Karl-Heinz Müller Chef der Landespolizeistelle Celle, der ehemalige Gestapo-Chef von Paris Heinrich Illers Senatspräsident am Landessozialgericht Celle und ein früherer

Ortsgruppenleiter der NSDAP Präsident der Rechtsanwaltskammer in Celle waren.

Wie bereits erwähnt, war die Zahl der nationalsozialistischen Richter, die nach 1945 wieder eingestellt und sogar befördert wurden, besonders gross. Von den ersten 48 Mitgliedern des Bundesverwaltungsgerichts waren 40 Mitglieder der NSDAP gewesen. Selbst die Terrorurteile, die manche Richter vor 1945 verkündet hatten, schaden ihrer Laufbahn nicht. Die ursprüngliche Verurteilung von Rehse in erster Instanz wegen siebenfachen Mordes oder der Rücktritt des schwer belasteten Generalbundesanwalts Fränkel sind die Ausnahmen, die die Regel bestätigen.

Einige der schlimmsten Schreibtischmörder, wie der für das Oradour-Gemetzel verantwortliche SS-General Lammerding, der leitende Judenvernichter in Ungarn, SS-Standartenführer Veesenmayer, der auf die Ermordung jüdischer Kriegsgefangener spezialisierte Chef des Einsatzkommandos 7 c Franz Six und der Stellvertreter Heydrichs, Werner Best, wirken oder wirkten als angesehene Männer in der Wirtschaft. Um Lutz Lehmann zu zitieren: «Die promovierten Herren, die den Massenmord in Schlüsselpositionen anleiteten, erfreuen sich bester Gesundheit, und niemand krümmt ihnen ein Haar. Auch hat sich keine deutsche Universität veranlasst gesehen, ihnen etwa den Dokortitel abzuerkennen.»

Zu diesem bundesrepublikanischen Trauerspiel gehört die unterschiedliche finanzielle Versorgung ehemaliger Nazi-Grössen und ehemaliger Widerstandskämpfer. Zwar hat man jüdischen Besitzern von Vermögenswerten einen erheblichen Teil ihres Vermögens zurückerstattet und sie auch einigermaßen entschädigt. Jüdische und nichtjüdische Opfer der Zuchthäuser und Konzentrationslager wurden dagegen nur minimal bedacht. Für einen Monat KZ oder Zuchthaus erhielt man 150 DM. Wer also die ganzen zwölf Jahre in Oranienburg, Dachau oder Auschwitz verbracht hat, erhielt etwa 20'000 DM. Ein ehemaliger Nazi-Staatssekretär oder Hitler-General hat hingegen für den gleichen Zeitraum

etwa 600'000 DM Pension bezogen. Die Witwe des Massenmörders Heydrich erhielt eine monatliche Pension von 5'000 DM.

Eine derart liebevolle Integration so vieler alter Parteigenossen in die Eliten der Bundesrepublik mag erklären, warum sich seit 1945 so viele von ihnen verbal zur Demokratie und Republik bekannten. Dennoch kann man wohl unterstellen, dass, wer dem Dritten Reich loyal gedient hatte, in der Demokratisierung der Bundesrepublik nicht gerade seine Lebensaufgabe sah. Sicher ist, dass von diesen Eliten demokratische Impulse nicht ausgehen konnten. 1945 waren sie (bis auf die ostelbischen Grossgrundbesitzer und die Militärs, welche letztere aber durch die Aufrüstung wieder zu Ehren kamen) nicht entmachtet, sondern nur verdrängt worden. Die Denkweise dieser Gruppen war nach wie vor konservativ, autoritär und autokratisch.

Für die Mentalität der Wirtschaftselite spricht das folgende Bekenntnis des *Industriekurier*. «Die Demokratisierung der Wirtschaft ist so unsinnig wie eine Demokratisierung der Schulen, der Kasernen und der Zuchthäuser.» Der gleiche Geist spricht aus einer Meinungsbefragung über die Todesstrafe: Von 350 Generaldirektoren und Industriellen waren 262 für diese. Ganz ähnlich war die Einstellung der höheren Bürokratie: Von 378 Oberbürgermeistern, Polizeipräsidenten und anderen hohen Beamten waren 218, von 1'750 Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten 1'025 für die Todesstrafe. Dagegen hebt sich die tolerantere Haltung der politischen Führungselite vorteilhaft ab: Von zwanzig Bundes- und Länderministern sprachen sich nur drei für die Todesstrafe aus, von 243 Bundes- und Landtagsabgeordneten 78.

Widersprüchlich war interessanterweise die Haltung der intellektuellen Elite: Von 523 Hochschulprofessoren waren immerhin noch 266 für die Todesstrafe. Bei den Intendanten, Künstlern, Verlegern, Schriftstellern und Chefredakteuren traten 159 für und 223 gegen die Todesstrafe ein. Abgesehen davon, dass die deutsche Intelligenz schon im-

mer weniger «radikal» und «links» war als ihr französisches Pendant, hatte sie sich in den fünfziger Jahren noch nicht von dem Aderlass von 1933 erholt. Während des Kalten Krieges war sie hin und her gerissen zwischen der konservativen Front des Westens und der autoritären Front des Ostens. Kaum war die «braune» Vergangenheit leidlich überwunden, fühlte man sich schon von dem «roten» Gegenüber eines pseudo-sozialistischen Systems bedroht, das den Terror des russischen Stalinismus mit der Kleinlichkeit eines typisch deutschen Spiessertums zu kombinieren schien.

So bot sich die Rückkehr in die «abendländische» Kultur manchem Intellektuellen noch als das kleinere Übel an. Andere resignierten schliesslich vor der Macht des Status quo. Wie Karl Hermann Flach es formulierte, war kein «Mangel an unabhängigen Meinungen, kritischen Schriften und pointierten Äusserungen; sie sind reichlich vorhanden. Bedenklich ist nur, dass sie praktisch nichts bewirken.»

Als Adenauer die «Göttinger Achtzehn» mit seiner Bemerkung herausforderte, wer der Bundeswehr «moderne Waffen» vorenthalten wolle, versündigte sich am deutschen Volk und sei ein Narr oder noch Schlimmeres, wagten die prominenten Gelehrten es nicht, diese Verdächtigungen entschieden zurückzuweisen und zum Gegenangriff überzugehen. Intellektuelle haben später einiges dazu getan, Strauss zur Demission zu zwingen. Aber wo blieb der Aufschrei der Empörung bei den Hochschullehrern und Juristen, als die Bundesregierung in den Entwürfen zu den sieben «einfachen Notstandsgesetzen» ihre Absicht kundtat, ohne Verfassungsänderung entscheidende Grundrechte wie etwa die Freizügigkeit oder die Freiheit der Arbeit auszuhöhlen oder im Notstandsverfassungsgesetz selber nicht nur die Meinungs- und Pressefreiheit, sondern sogar die Freiheit der Kunst und Wissenschaft, der Forschung und Lehre zur Disposition der Exekutive zu stellen?

Eine Gesellschaft, deren oberste Maxime «*Enrichissez-vous!*» lautete, bot der kritischen Intelligenz keine Atmosphäre, in der sie produktiv werden konnte. Es fehlte jene

Balance von Ordnung und Gesittung einerseits, von Kampf und Kontroverse andererseits, aus der grosse intellektuelle Leistungen hervorgehen. Das Wirtschaftswunder verleitete zur Flucht ins Private oder zu emotionaler Denunziation und unreflektiertem Extremismus. In ihrer Ohnmacht und Isolierung erlagen grosse Teile der Intelligenz den Lockungen der Wohlstandsgesellschaft und den Drohungen des Kalten Krieges. Wer nicht in die Transzendenz der Ideen oder des «Ewigen» flüchten wollte, beschied sich mit dem Prestige, der Position und der Perspektive (oder Perspektivlosigkeit!) des Spezialisten.

In den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs waren die Eliten bereit, unsere «Schönwetterdemokratie» schliesslich zu akzeptieren – im Falle einer ernsten Krise hätten freilich viele ein autoritäres Regime im Stile Francos oder Salazars vorgezogen. Die Demokratie wurde vor allem deshalb hoffähig, weil sie auf die Ideale der klassischen Demokratie – Volksherrschaft gegen die Privilegierten, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, Institutionalisierung dynamischen Wandels – verzichtete. Hatte noch Karl Marx geglaubt, die bürgerliche Demokratie müsse labil sein, da sie entweder «von der politischen Emanzipation zur sozialen fort-» oder «von der sozialen Restauration zur politischen zurückgehen» müsse, so schien mit der Domestizierung der Massen im Sozialstaat eine neue Form der «statischen Staatsdemokratie» erreicht. Diese konnte nun unbehelligt Ruhe und Ordnung gewährleisten, den Status quo verewigen, die Privilegien von Besitz und Bildung garantieren.

Was blieb in einem solchen Klima des grossen Geschäfts und der kleinen Politik, des Parochialismus der *pressure groups* und des Partikularismus der Parteien für das Parlament zu tun übrig? Seine langsame Auszehrung wurde unvermeidlich. Während in der Frühphase des Parlamentarismus das Parlament als Sammelbecken unabhängiger aristokratischer oder bürgerlicher Abgeordneter die Regierung kontrollierte und eine starke Oppositionspartei der Exekutive entgegentrat, während das Parlament als «Redeparla-

ment» die grossen Alternativen formulierte, zwischen denen der Wähler dann zu entscheiden hatte, wurde der Deutsche Bundestag seit dem Tode Schumachers immer mehr zu einem sogenannten Arbeitsparlament. Abgeordnete aller Parteien einschliesslich derjenigen der Opposition konzentrierten sich auf die Detailarbeit an einzelnen Gesetzen, vor allem in den Ausschüssen und hinter den Kulissen, und zwar unter stärkster Mitwirkung der Ministerialbürokratie. Die Zahl der Beamten (die als Mitglieder des Bundestages die Exekutive kontrollieren sollten!) nahm im Bundestag – wie übrigens auch in den Länderparlamenten – stets zu. Das Nein der Opposition wurde als Störfaktor empfunden. Den Ton gab die konservative Regierungspartei an. Als permanente Hegemonial- und Mehrheitspartei wurde die CDU/CSU zu einer Art Staatspartei, dergegenüber sich die Opposition nur in bescheidenem Masse ausserparlamentarisch über die öffentliche Meinung, die Interessenverbände, Massenaktionen usw. Gehör verschaffen konnte.

IV

Um das Bild der westdeutschen Entwicklung bis 1960 abzurunden, ist es unerlässlich, die Geschichte der Parteien in diesem Zeitraum etwas genauer darzustellen. Am Werdegang der CDU/CSU und der SPD ist abzulesen, wie die Bereitschaft zum Neubeginn nach wenigen Jahren einer konservativen Haltung wich. Wer kann sich heute überhaupt noch vorstellen, wie sehr die 1945 neu begründeten, sogenannten Lizenzparteien – die KPD, die SPD, die CDU/CSU und auch die LDP/FDP – sich alle zunächst für eine neue, antifaschistisch-demokratische Ordnung aussprachen – bei schärfster Ablehnung nicht nur des Dritten Reiches, sondern auch gewisser antidemokratisch-reaktionärer Tendenzen, die bereits vor 1933 den Nationalsozialismus begünstigt hatten. Christentum und Demokratie, Sozialismus,

Pazifismus und Internationalismus erschienen nun als die wahren Alternativen zum Nationalsozialismus, der nicht nur als antichristlich und undemokratisch, sondern auch – entgegen seiner irreführenden Bezeichnung – als antisozialistisch und kapitalistisch, nationalistisch und imperialistisch gesehen wurde.

Bei der SPD standen zunächst die innerdeutschen Probleme im Vordergrund. In den ersten programmatischen Äusserungen nach dem Ende des Dritten Reiches kam der grundlegende Gegensatz zur bürgerlichen Welt noch schärfstens zum Ausdruck. Die Ideen von Marx und Engels seien unsterblich, insbesondere deren Grundforderung: Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Beseitigung jeder Klassenherrschaft. Noch 1950 analysierte Carlo Schmid in der Manier von Marx die Entfremdung, betonte allerdings auch schon, dass die Partei keine Ersatzkirche und keine «geistige Heimat» sein könne. Nur eine vollkommene Umgestaltung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse sichere Freiheit und Frieden, hiess es 1946. Der Unterschied von Reform und Revolution sei überholt, denn ein vorwärts drängender und neugestaltender Sozialismus, der human sei, sei darum nicht weniger revolutionär. Die Sozialdemokratie ist eine Arbeiterpartei, und nur die Arbeiterklasse – «die Hausmacht der SPD» – kann durch den Klassenkampf – «die grosse gesellschaftliche Tatsache» – die klassenlose Gesellschaft verwirklichen. Wie schon der Name zeigte, sei die SPD die Partei des Sozialismus *und* der Demokratie: Sozialismus ist ohne Demokratie nicht möglich, die deutsche Demokratie muss aber auch sozialistisch sein – «oder die gegenrevolutionären Kräfte werden sie wieder zerstören» – so Schumacher 1952.

Im Rahmen einer antifaschistischen parlamentarisch-demokratischen «Deutschen Republik» will die SPD 1945 sogar mit der KPD Zusammenarbeiten – die organisatorische Einheit der Arbeiterklasse ist anzustreben. Alle Spuren des Faschismus sind zu vernichten. Da die privatkapitalistische Profitwirtschaft unerträglich geworden sei, gehe es um

einen Neubau nach sozialistischen Plänen. Es müsse eine auf Planung und Gemeinwirtschaft beruhende sozialistische Wirtschaft an deren Stelle treten. Eine solche Wirtschaft sei auch gekennzeichnet durch Zinsbegrenzung und Beschränkung des Erbrechts, durch eine Bodenreform sowie die Sozialisierung der Banken, Versicherungsunternehmen und Bodenschätze, der Bergwerke und der Energiewirtschaft oder, wie es im Mai 1946 hiess, aller Betriebe des Bergbaus, der Eisen- und Stahlerzeugung und -bearbeitung bis zum Halbfabrikat, des grössten Teils der chemischen Industrie und der synthetischen Industrien, jeder Form der Versorgungswirtschaft und aller Grossbetriebe der verarbeitenden Industrie. Im Berliner Programm von 1946 war ähnlich die Rede von der Vergesellschaftung der Grund- und Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen, des Verkehrs und der Energieversorgung sowie bestimmter Versorgungsindustrien des Massenkonsums. Dabei bestand nie ein Zweifel daran, dass die Vergesellschaftung in verschiedenen Formen erfolgen sollte: kein kommandierter Kasernensozialismus, sondern «so viel wirtschaftliche Selbstverwaltung wie möglich neben stärkster Beteiligung der Arbeiter und Verbraucher». Im Übrigen wurde auf den Ausbau der Sozialpolitik Wert gelegt und in der Kulturpolitik an der traditionellen Forderung nach Trennung von Kirche und Staat festgehalten (1946).

Die SPD wollte schon 1945 eine Vorkämpferin auch der nationalen Interessen des deutschen Volkes sein. Während Diktatur, Nationalismus und Imperialismus in jeder Form abgelehnt wurden, wurden die nationale Freiheit und Einheit des deutschen Volkes nachdrücklich bejaht. Ein sozialistisches Deutschland sollte Glied einer demokratischen und sozialistischen Föderation europäischer Staaten werden. So ist die SPD «nicht britisch und nicht russisch, nicht amerikanisch und nicht französisch», sie fühlt sich als «die Partei der deutschen Patrioten und internationalen Sozialisten» (Schumacher 1952).

Mit der Bildung der Bundesrepublik rückten die interna-

tionalen Beziehungen stärker in den Vordergrund. Die Außenpolitik der Bundesregierung wurde scharf abgelehnt: Sie sei voll von einseitigen Souveränitätsbeschränkungen, nehme die Zweitrangigkeit Deutschlands hin und erschwere die friedliche Wiedervereinigung. Mithin wandte sich die SPD 1952/53 gegen den Eintritt der Bundesrepublik in den Europa-Rat, gegen die Adenauersche Saar-Politik, gegen den Schuman-Plan als «Plan einer konservativ-kapitalistischen Föderation Kleinst-Europas», gegen den Generalvertrag und die EWG. Bei aller Gegnerschaft gegen die Sowjetunion und den Kommunismus ebenso wie gegen die Abtrennung der 1937 zu Deutschland gehörenden Gebiete müsse die Bundesrepublik die Aufspaltung der Welt in feindliche Blöcke überwinden helfen. Deutschland könne und müsse daher eine unabhängige und vermittelnde Stellung zwischen den grossen Machtblöcken einnehmen. Nur so könne seine nationale Einheit bewahrt oder, besser gesagt, wiederhergestellt werden. Aber nicht nur geographisch, sondern auch politisch, wirtschaftlich und kulturell würde es dann eine Brücke zwischen dem kommunistischen Osten und dem kapitalistischen Westen bilden. Dieses neue sozialistische Deutschland könnte dann die guten Seiten der UdSSR – zum Beispiel in der Wirtschaftsplanung – mit den guten Seiten der USA – politische Demokratie – verbinden. Natürlich waren die Sozialdemokraten keineswegs an einer Übertragung russischer Verhältnisse auf Deutschland interessiert; aber auch die westlichen Systeme wollten sie damals nicht einfach nachahmen.

Die Spannungen seien nur durch Verhandlungen zu lösen – erst eine Politik der Entspannung eröffne die Aussicht auf friedliche Wiedervereinigung. Dies ist die dringendste politische Forderung – sie hat Vorrang vor der westeuropäischen Integration und vor der vorgesehenen deutschen Aufrüstung. An die Stelle der festen Eingliederung der Teile Deutschlands in westliche und östliche Bündnissysteme soll die Mitgliedschaft eines auf Grund von freien gesamtdeutschen Wahlen wiedervereinigten Deutschland in einem all-

umfassenden System kollektiver Sicherheit treten. Freilich war schon 1954 die SPD unter bestimmten, genau festgelegten Bedingungen bereit, an der militärischen Verteidigung der Freiheit teilzunehmen, falls die Einheit Deutschlands im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems nicht erreichbar sei. Zugleich wurde aber auf allgemeine, international kontrollierte Abrüstung und Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen Wert gelegt, denn «oberstes Ziel sozialdemokratischer Aussenpolitik ist die Sicherung des Friedens».

Auch bei der CDU wurde 1945 die Frage nach der Verantwortung für das Dritte Reich deutlich gestellt. «Gross ist die Schuld weiter Kreise unseres Volkes, die sich nur allzu bereitwillig zu Handlangern und Steigbügelhaltern für Hitler erniedrigten», hiess es in ihrem Gründungsaufwurf. Für die Katastrophe wurden vor allem der Materialismus, aber auch die «Herrschaft des Militarismus und der grosskapitalistischen Rüstungsmagnaten» verantwortlich gemacht. Deshalb verlangte man jetzt nach einem neuen Deutschland, einem anderen, das wahrhaft demokratisch, rechtsstaatlich, sozial, friedlich, vor allem aber auch christlich sein sollte.

Da das kapitalistische Wirtschaftssystem der Vergangenheit den Lebensinteressen des Volkes nicht gerecht geworden sei, müsse eine neue Wirtschaftsstruktur gesucht werden. Man steht nicht an zu erklären, diese solle auf einem wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage beruhen oder aber, wie häufiger formuliert wird, auf einem wahren christlichen Sozialismus. Das Privateigentum wurde zwar bejaht, aber «es hat zu weichen gegenüber einem auch nach ethischen Grundsätzen höheren Recht». Das Gemeineigentum ist so zu erweitern, wie das Allgemeinwohl es fordert. Häufig findet sich die Forderung nach einheitlicher Planung und Lenkung der Wirtschaft. Da die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht die wirtschaftliche und politische Freiheit gefährdet, ist ein gewisses Mass an Vergesellschaftung oder sogar Verstaatlichung unvermeidlich. Hierfür werden am häufigsten die Bodenschätze und der Koh-

lenbergbau vorgeschlagen. Das Ahlener Programm von 1947 spricht sogar ausdrücklich von einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung für das deutsche Volk.

Eigentlich war es nur die LDP/FDP, die schon 1945 eine sozialistische Neuordnung der Wirtschaft grundsätzlich ablehnte und sich – abgesehen von Zeiten der Not – zum freien Wettbewerb und zur freien Wirtschaft bekannte. Paradox scheint es, dass gerade auch die KPD im Zeichen der Volksfront 1945 ein klares Bekenntnis zum Sozialismus vermied. Ihre praktische Politik zeigte freilich schon bald, dass sie nur allzu bereit war, tiefreichende Eingriffe in die privat-kapitalistische Wirtschaftsordnung vorzunehmen. Aber noch 1946 entwickelten die Kommunisten die Theorie vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus. Wie ihr ideologischer Sprecher Ackermann in einem vielbeachteten Aufsatz in der *Einheit* erklärte, würde man in Deutschland – anders als 1917 in Russland – auf friedlichem Wege mittels der parlamentarischen Demokratie ohne bewaffneten Aufstand, ohne proletarische Diktatur und Räteherrschaft zum Sozialismus gelangen.

Die Bereitschaft der grossen Parteien zu kühnen neuen Konzeptionen war um so grösser gewesen, als sie sozusagen in einem politischen Vakuum operieren mussten. Die eigentliche Regierungsgewalt lag ja in den Händen der Besatzungsmächte. Die Haltung der Parteien entsprach zudem noch der weltpolitischen Lage. Die Grossmächte selber schienen sich – wie erwähnt – in Potsdam auf ein neues, nichtmonopolistisches und nichtkommunistisches «demokratisch-antifaschistisches» Deutschland des «Dritten Weges» geeinigt zu haben. Fraglich wurde dieser aber, sobald sich die Mächte ihrer verschiedenen Interessen und unterschiedlichen Auffassungen von «Demokratie» bewusst wurden. In dem Masse, wie sich die Westmächte und die Sowjetunion entfremdeten, setzte auch in Deutschland eine Polarisierung ein. KPD wie SPD bezogen wieder ihre alte Frontstellung gegeneinander. Ein jeder begann daran zu zweifeln, ob es dem anderen denn tatsächlich mit dem neuen «Dritten

Weg» ernst sei: Schumacher war von vornherein davon überzeugt gewesen, dass der «besondere deutsche Weg» für die Kommunisten nur Taktik sei. Sobald sie stark genug sein würden, würden sie zum russischen Vorbild zurückkehren. Die Kommunisten hingegen hielten auf Grund ihrer historischen Erfahrungen mit der Sozialdemokratie diese für zu opportunistisch und verbürgerlicht, als dass sie den Sozialismus auch gegen ernsthafte Widerstände des Bürgertums rücksichtslos durchsetzen würde. Daher drängte die KPD, die sich unbedingt mit der «Friedenspolitik» der Sowjetunion gegen die «imperialistisch-aggressiven» Westmächte identifizierte, auf die Verschmelzung mit der SPD, die so unter ihre Kontrolle gebracht werden sollte. Gerade durch die in der sowjetisch besetzten Zone stattgefundenene Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD erhielt aber die Konzeption vom «Dritten Weg» bereits 1946 einen ganz entscheidenden Stoss. Endgültig und offiziell wurde dann die Theorie vom «Dritten Weg» von Seiten der SED 1948/49 verdammt – im Zusammenhang mit der Stalinisierung der kommunistischen Parteien beim Bruch mit Tito.

Während so in der sowjetisch besetzten Zone an die Stelle einer sozialistischen Demokratie eine stalinisierte «Volksdemokratie» trat und in den Westzonen die traditionellen bürgerlich-kapitalistischen Kräfte wieder zu erstarren begannen, wurde zwischen dem Anprall von östlichem «Anti-imperialismus» und westlichem «Antibolschewismus» der Lebensraum für einen demokratischen – wie auch für einen christlichen! – Sozialismus immer schmaler. Zwar verschwand in den Westzonen die SPD nicht einfach als selbstständige Partei; sie verlor aber die Schlüsselstellung, die sie 1945 zunächst erlangt hatte, an die CDU/CSU, und zwar an eine CDU, die – nicht zuletzt unter dem Einfluss ihres Führers Adenauer sowie des bürgerlichen Flügels – inzwischen die Zielvorstellung eines christlichen Sozialismus weitgehend aufgegeben hatte. Die Auflösung der Allparteienkoalitionen in den Ländern und die damit einhergehende Ausschaltung der KPD und Schwächung der SPD, die Wäh-

rungsreform von 1948 und die Erhardsche Wirtschaftspolitik des Abbaus der Zwangswirtschaft und somit der Stärkung der Position der Unternehmer und der Selbständigen, die Gründung der Bundesrepublik mit den ersten Bundestagswahlen, die eine bürgerliche Mehrheit ergaben, die Bildung der bürgerlichen Koalitionsregierung unter Adenauer sind Etappen auf dem Weg der Isolierung der SPD und der Konsolidierung der konservativen Kräfte. Die bereits ange-deutete ungewöhnliche Regenerationsfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft wurde in dem Masse deutlich, wie an Stelle der vier D (Denazifizierung, Demilitarisierung, De-kartellisierung und Demokratisierung) nun die sogenannten drei K (Kirche, Kapital, Kapitol in Washington) traten. Von besonderem Gewicht war wohl, dass sich in Anknüpfung an die traditionellen Formen und Institutionen Deutschlands die grösste Partei Westdeutschlands, die CDU/CSU, für die Erhardsche «soziale Marktwirtschaft» entschied.

Die Kehrtwendung der CDU lässt sich deutlich an den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 ablesen. Zwar werden auch jetzt noch «im industriellen Raum Unternehmungsformen in Gemeineigentum» dann bejaht, «wenn sie wirtschaftlich zweckmässig, betriebstechnisch möglich und politisch notwendig sind». Auch werden die «vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms anerkannt» – «jedoch nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt». Die neue Konzeption ist die einer «sozialen Marktwirtschaft», die im scharfen Gegensatz zur Planwirtschaft steht, gleich ob diese zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmässig organisiert ist. Die soziale Marktwirtschaft ist gekennzeichnet «durch echten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle». Planung und Lenkung von Produktion, Arbeitskraft und Absatz werden abgelehnt; die planvolle Beeinflussung der Wirtschaft mit marktkonformen Mitteln (Geld- und Kredit-, Handels- und Zoll-, Steuer-, Investitions- und Sozialpolitik) wird jedoch bejaht. Verstaatlichung und sozialistisches Gemeineigen-

tum werden aber verworfen. Allerdings wird noch an eine Neuordnung der Grundstoffindustrien gedacht; diese soll aber vor allem durch die Mitbestimmung (einschliesslich der Mitberatung und Mitwirkung) der Arbeitnehmer in betriebsgerechter Form unter Wahrung der echten Unternehmerverantwortung gesichert werden.

Von der CDU wurde stets die breitere Streuung des Eigentums als wünschenswert bezeichnet. Seit den fünfziger Jahren wurde zwar jede «Andersverteilung» des Kapitals und Besitzes als sozialistisch scharf verurteilt, zugleich aber «Eigentum für alle» auch durch Schaffung von Miteigentum für die Arbeitnehmer mittels deren Beteiligung bei der Neubildung von betrieblichem Eigentum verlangt. Angesichts der fortschreitenden Konzentration der Kapitalbildung, die weitgehend als unvermeidlich angesehen wurde, wurde das Gewicht zunehmend verlagert auf die Privatisierung von staatlichen Unternehmen, indem man Volksaktien ausgab. Im Übrigen gäbe es keinen grossen Spielraum mehr bei den Sozialleistungen. Wolle man nicht in den modernen egalitären Massenstaat abrutschen, so müsse man sich der jetzt erreichten Grenzen des sozialen Rechtsstaates bewusst werden. Soziale Sicherheit und Versorgungsstaat seien nicht dasselbe: «Wir lehnen den Versorgungsstaat ab», heisst es 1962.

In ihrer Mittelstandspolitik wollten die CDU und CSU die Marktwirtschaft ausdehnen: Die Verkehrs- und Energiewirtschaft sollten in diese übergeleitet, die Unternehmen der öffentlichen Hand und das gemeinnützige Wohnungswesen privatisiert, die Umsatzsteuer und die Gemeindefinanzen reformiert werden. Insbesondere setzten sich die CDU und die CSU auch für eine leistungsstarke und wettbewerbsfähige bäuerliche Landwirtschaft ein. Später versuchten die beiden Parteien das Konzept einer umfassenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu entwickeln. Überall, auch in der Arbeitswelt, solle «der Mensch im Mittelpunkt der sozialen Marktwirtschaft stehen». Der Verbrauch würde demokratisiert; nun soll auch jeder Bürger

Eigentum bilden können. «Wohlstand verpflichtet zu gesamtwirtschaftlichem Denken.»

Durch die Kulturpolitik in den CDU-Programmen zieht sich wie ein roter Faden die Forderung: «Die geistige Kraft des christlichen Glaubens muss alle Lebensgebiete durchdringen.» Während sich 1945 noch hier und da Formulierungen finden, die an die Forderung nach Trennung von Kirche und Staat anklingen, trat schon bald das Bekenntnis zum Zusammenwirken von Staat und Kirchen in den Vordergrund. Die Kirchen haben im öffentlichen Leben einen wichtigen Auftrag, den sie in voller Unabhängigkeit vom Staat erfüllen müssen. Was das Verhältnis von Kirche und Schule anlangt, so wird durchgehend das Erziehungsrecht der Eltern als ein allen Verfassungen vorgehendes Naturrecht verkündet. Dieses bildet die Grundlage für die weltanschauliche Gestaltung des Schulwesens. Da die katholische Kirche die Konfessionsschule bevorzugt, kann diese auf dem Weg über das Recht der katholischen Eltern, den Charakter der Schule zu bestimmen, verwirklicht werden. An der traditionellen Dreiteilung von Volks-, mittleren und höheren Schulen wurde noch 1960 festgehalten.

Als Reaktion auf die Gewalt- und Kriegspolitik von vor 1945 finden sich in allen frühen Programmen der CDU allgemein gehaltene, aber darum nicht weniger überzeugend klingende Absagen an jede Form und Äusserung der Gewalt und des Krieges: «Wir bekennen uns zur Ächtung des Krieges.» – «Deutschland muss führend sein in der Verwirklichung der Sehnsucht der Völker nach einem ewigen Frieden», heisst es 1945 im Entwurf der Kölner Leitsätze. Das Friedensbekenntnis wird zwar in den späteren Programmen wiederholt, zugleich wird aber immer nachdrücklicher betont, dass die Bundesrepublik durch das bolschewistische Sowjetrussland bedroht sei. Entsprechend hatte zwar noch 1950 Adenauer eine deutsche Armee abgelehnt, sich aber schon für die Beteiligung eines deutschen Kontingents an einer europäischen Armee erklärt. Nach dem Scheitern dieses Plans trat dann 1954 die CDU für den Beitritt zur

NATO, die Deutschland und die freie Welt sichern solle, ein. Solange die gegenwärtige Weltspannung anhalte, sei der Glaube an die Neutralität Deutschlands unreal. Erst nach dem Fortfall der europäischen Zersplitterung und Schwäche wäre die Sowjetunion zu Verhandlungen bereit. Die CDU setzte sich zugleich besonders für die wirtschaftliche und politische Integration der Bundesrepublik in das westeuropäische System ein. Immer wieder wurde «die Intensivierung und der Ausbau der europäischen Integration» verlangt. Die europäische Einigung werde auch nicht die deutsche Wiedervereinigung gefährden. Die soziale Marktwirtschaft als Politik einer freien Gesellschaft diene der Wiedervereinigung des deutschen Volkes. Selbst nach dem 13. August 1961 hielt die CDU daran fest, dass sich ihre Aussenpolitik bewährt habe. Eine Alternative sei nicht gegeben. Adenauer hob nun um so mehr die Bedeutung der Freundschaft mit Frankreich hervor. Schröder unterstrich die Notwendigkeit der Integration Grossbritanniens in das freie Europa und dessen enge Verbindung mit den USA. «Unbeirrt wird die CDU auch in Zukunft jeden notwendigen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung, zur Entfaltung der wirtschaftlichen Kraft der freien Welt und zur Entwicklungshilfe leisten» (1962).

V

Nach 1950 ist eine langsame Akzentverschiebung auch in der Programmatik der Sozialdemokratie festzustellen, in dem Masse, wie nun die SPD dem Zuge der bürgerlichen Parteien zu einer «massvollen» Rechtspolitik zu folgen begann. Damit schwächte sich der Gegensatz zwischen diesen und der Sozialdemokratie erheblich ab. Angesichts der Erfolge von Erhards neoliberaler Marktpolitik einerseits, der Unpopularität der Zwangswirtschaft der ersten Nachkriegsjahre im Sowjetblock, aber auch in England andererseits

wurde das Bekenntnis zur Planwirtschaft problematischer. An die Stelle der altüberlieferten sozialistischen Vorstellung von der Überlegenheit der Planung und Kooperation trat eine beachtliche Aufwertung des Prinzips der Konkurrenz. Zwar verlangte man noch nach einem neuen Deutschland mit einem neuen politischen und sozialen Inhalt, nach der Neugestaltung der Gesellschaft im Geiste des Sozialismus, nach einer Welt, die die Ausbeutung und Knechtung ächtet (Zitat aus der Erklärung der Sozialistischen Internationale vom 3. Juli 1951, der die SPD angeschlossen ist und die sie als verbindlich betrachtet), doch kann man zwischen den Zeilen lesen, dass der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sehr langsam und vorsichtig vonstatten gehen wird. Neben Marx und Engels werden 1954 Lassalle, Bebel, Schumacher, Böckler und Reuter stärker herausgestellt. Seit Marx und Engels hätten sich die Bedingungen für den kämpfenden Sozialismus tiefgehend gewandelt. Die sozialistische Bewegung sei keine Religionsgemeinschaft – sie fusse auf klassischer Philosophie, Humanismus und Christentum. Nachdem Schumacher schon 1945 davon gesprochen hatte, die Partei müsse «viele Wohnungen für viele Arten von Menschen» haben, hiess es 1954, die SPD sei aus einer Partei der Arbeiter zu einer Partei des Volkes geworden – ihr Kampf diene dem Interesse aller.

Der Gedanke einer Plan- und Gemeinwirtschaft trat zurück hinter der Vorstellung von einer Wirtschaft, die man, was immer sie darstellen möge, als Mischform von Kapitalismus und Sozialismus ansehen kann. Schon 1945 hatte Schumacher in der Wirtschaftsdemokratie ein Zwischenland zwischen Kapitalismus und Sozialismus gesehen. Der Sozialismus sei mit der Existenz von Privateigentum auf wichtigen Gebieten (Landwirtschaft, Kleinhandel, Handwerk, Klein- und Mittelindustrie) vereinbar, hiess es 1951. Eine sozialdemokratische Regierung wird sogar das kleine und mittlere Privateigentum fördern. Während noch 1949 nur von der Sicherung der freien Entfaltung des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstands gesprochen wird, findet sich erst-

mals im Wahlprogramm von 1953 eine positive Einstellung auch zu dem Eigentum des kleineren und mittleren Fabrikanten (1954 werden sie allerdings im Gegensatz zu den Kaufleuten und Gewerbetreibenden nicht mehr erwähnt). Ebenso symptomatisch ist der Umstand, dass die Sozialisierung nun auf die Grundstoffwirtschaft (Kohle-, Eisen-, Stahl- und Energiewirtschaft) beschränkt wurde. Diese solle aber nicht verstaatlicht werden; die Erfahrungen zum Beispiel in England hätten gezeigt, dass eine demokratische Kontrolle nur durch Selbstverwaltung, das heisst Beteiligung der Gewerkschaften und der öffentlichen Hand, gesichert werden könne. Nachdem sich Nölting 1951 sowohl von Erhards «sozialer Marktwirtschaft» wie von der Zwangswirtschaft abgegrenzt und sich zugunsten der «Lenkung der leichten Hand» – «Planwirtschaft ist Lenkungswirtschaft» – ausgesprochen hatte, erhielt 1952 neben der Planung der Wettbewerb erhöhte Bedeutung – die «soziale» Marktwirtschaft wurde nicht mehr absolut verworfen. Auf der wirtschaftspolitischen Tagung in Bochum wurde die seitdem klassisch gewordene Formulierung gefunden: «Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig.»

Entsprechend wurde die Ablehnung der Zwangswirtschaft und die Bejahung der freien Konsumwahl hervorgehoben. Noch stärker in den Vordergrund traten jetzt aber auch die schon früher angemeldeten Forderungen nach einer aktiven, auf Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung gerichteten Wirtschaftspolitik, nach einer Einkommenspolitik zugunsten der wirtschaftlich Schwachen, nach einem Ausbau des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer, die die Demokratie auch in der Wirtschaft begründen solle, nach einer aktiveren Sozialpolitik, die mittels eines Sozialplans soziale Sicherheit für alle garantiert. Die sonstigen innenpolitischen Forderungen gipfelten im Verlangen nach politischer und religiöser Toleranz, nach Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung, nach der Gemeinschaftsschule, nach Schulgeld- und Lernmittelfreiheit.

1956 suchte die SPD die Probleme des neuen Atomzeit-

alters zu meistern. «Die zweite industrielle Revolution» verlange den Umbau der gesellschaftlichen Ordnung – sie erfordere «Planung in Freiheit und Planung für die Freiheit des Menschen». In einem «Atomplan» wurde die Errichtung einer Atomkommission gefordert, in einem «Plan Z» ein grosszügiger Ausbau von Bildung und Wissenschaft, um «die Zukunft zu meistern». Nur noch tagespolitisch orientiert war hingegen schon das Wahlprogramm von 1957. Unter dem Motto «Sicherheit für alle» wurden sozial- und kulturpolitische Ziele herausgestellt: Sicherung des freien Wettbewerbs vor dem Machtmissbrauch der Kartelle, finanzielle Sicherung des Alters und Beendigung der Wohnungsnot, gleiche Bildungs- und Berufsmöglichkeiten für alle, Schutz der Demokratie und Geistesfreiheit vor der Alleinherrschaft der CDU/CSU. Neu war der Gedanke, die Arbeitnehmer sollten in den Stand gesetzt werden, sich an der Vermögensbildung der Wirtschaft zu beteiligen. An der Spitze standen aber jetzt bewusst die aussenpolitischen Forderungen: «Frieden durch Abrüstung und Entspannung – Schluss mit der Wehrpflicht und dem Wettrüsten! Wiedervereinigung in Freiheit und Sicherheit – Schluss mit der Tatenlosigkeit! Atomenergie nur zum Wohle der Menschheit – Schluss mit der Atombombenpolitik!»

Angesichts der Schwierigkeit, unter den gewandelten Bedingungen Klarheit über das Wesen des Sozialismus zu gewinnen, war der Ruf nach einem neuen Grundsatzprogramm – das letzte war das Heidelberger von 1925 gewesen! – laut geworden. Der sehr umfangreiche Entwurf von 1958 zeigte (ähnlich wie die letzte Fassung), wie sehr sich die Vorstellungen gegenüber denen von 1945/46 gewandelt hatten. Der Nachdruck lag jetzt auf einer Reihe von Reformen, die sich zunächst im Rahmen der bestehenden Ordnung halten, diese dann allerdings im Endergebnis erheblich modifizieren sollten. Der später gestrichene erste Teil des Entwurfs war «Das Bild unserer Zeit» überschrieben und sollte ähnlich wie die früheren Grundsatzprogramme eine Gesamtanalyse unserer Kultur und Gesellschaft bieten – in

Wahrheit enthielt er eher einen gedrängten Überblick über die gleichen Probleme, die dann in den einzelnen Abschnitten genauer behandelt wurden. Die in den anderen Abschnitten angesprochenen Probleme kehren zum Teil in der endgültigen Fassung wieder. Besonders interessant ist der letzte Abschnitt «Der einzige Weg». Hier fand sich noch ein letzter Versuch, die sozialistische Arbeiterbewegung nach zwei Seiten hin abzugrenzen – nicht nur gegen das revolutionäre Überspringen von Etappen, wie es in Russland mit negativem Ausgang versucht wurde, sondern auch gegen die Politik einer blossen Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter unter Anpassung an die bestehenden Verhältnisse. Diese Fragestellung kennt die Endfassung des Godesberger Programms von 1959 nicht mehr – ebensowenig finden hier etwa der Klassenkampf oder Karl Marx Erwähnung.

Das Godesberger Programm sieht nun von einer ausführlichen Zeitanalyse ab; es enthält nur noch einen kurzen Vorspruch über den Widerspruch unserer Zeit. In dem Abschnitt «Grundwerte des Sozialismus» wird der Sozialismus unter bewusstem Verzicht auf die Verkündung letzter Wahrheiten als an der Gerechtigkeit, der Solidarität, vor allem aber an der Freiheit orientiert definiert. Es wird unterstrichen, dass die SPD zu einer Partei des Volkes geworden ist. Der Proletarier nimmt jetzt seinen Platz ein als Staatsbürger mit gleichen Rechten und Pflichten. Die Hoffnung der Welt ist der demokratische Sozialismus als die Gemeinschaft aller, die guten Willens sind.

In der Grundsatzfrage nach der Wirtschaftsordnung war damit der Gegensatz zwischen der SPD und den bürgerlichen Parteien eher zu einem graduellen Unterschied verblasst. Stärker spürbar war dieser noch im Bereich der Sozial- und Finanzpolitik. Alle diese mehr oder weniger grossen Differenzen traten aber noch einmal hinter dem fundamentalen Gegensatz im Komplex Wiedervereinigung, der auch die Wehr- und Aussenpolitik bestimmte, zurück. Hier prallten die Parteien besonders scharf aufeinander, ging es doch letztlich um die Existenz der Bundesrepublik heute

und morgen. Geradlinig und eindeutig verfolgte die CDU/CSU ihre Politik der immer engeren Integrierung der Bundesrepublik in die westeuropäisch-nordatlantischen Systeme (NATO, EWG usw.).

Ihre Deutschlandpolitik ging dabei von drei Hypothesen aus, die sich rasch zu Dogmen verhärteten:

1. Die Welt besteht aus zwei Lagern – dem der abendländischen Freiheit und dem der asiatischen Tyrannei – zwischen diesen herrscht Todfeindschaft. Einen echten Ausgleich kann es nicht geben – Kompromiss wäre stets «Beschwichtigung» auf Kosten der «Freiheit».

2. Bei dem Gegner haben wir es mit einem monolithischen aggressiv-imperialistischen Totalitarismus zu tun, dessen Hauptziel die Bolschewisierung der Welt durch Weltrevolution und Eroberung ist. Militärische Stärke ist vor allem erforderlich, diesen Feind zum Stehen zu bringen und dann zurückzurollen.

3. Im Verhältnis West-Ost wird der Westen rasch erstarren, vor allem aber der Osten ständig und schnell an Macht und Einfluss verlieren. Da der Bolschewismus ein absolutes Unrechts- und Terrorsystem darstellt, wird dieses von inneren Krisen geschüttelt und vermag nicht zu überleben. Freiheit ist die Voraussetzung aller wissenschaftlich-technischen Leistungen und Fortschritte. In einem Regime totaler Unfreiheit sind sogar die Naturwissenschaften und die Technik zum Untergang verurteilt (so wörtlich der amerikanische Botschafter, Universitätspräsident und Naturwissenschaftler Conant und ebenso sogar der Nobelpreisträger und Pazifist Bertrand Russell. Dieser erklärte in seinen *Unpopulären Betrachtungen*, in Russland müsse der «Intellekt» stagnieren und sogar der technologische Fortschritt bald zu seinem Ende kommen). Daher brauchen wir nur zu rüsten und abzuwarten, bis wir von einer Position der Stärke aus mit den Sowjets «verhandeln» können.

Die Zeit arbeitet also für den Westen und gegen den Osten. Dieser bleibt immer weiter zurück – in allen Bereichen, vor allem aber auch im Rüstungswettlauf. Der Kreaml

wird mithin früher oder später die Gebiete, die er seit 1939 erobert hat, räumen; ja, auch in Russland wartet das Volk, das unterdrückt und unglücklich ist und sich nach der Freiheit und Befreiung sehnt, nur auf seine westlichen Retter: «Ex occidente lux!» Allerdings werden vielleicht die Bolschewisten nicht einfach kapitulieren, sondern in ihrer Verzweiflung zur Gewalt greifen, sobald sie merken, dass ihnen die Felle wegschwimmen. Sie inszenieren dann nicht nur Rebellionen und Insurrektionen, Streiks und Bürgerkriege, sondern entfesseln einen Angriffskrieg, selbst wenn sich dieser zum dritten Weltkrieg ausweitet. Aber die militärische Niederlage des «roten Zaren» ist unvermeidlich. Die Westmächte konnten daher guten Gewissens der Bundesrepublik die Wiedervereinigung als Belohnung für deren Integration in das westliche Bündnissystem und für die Wiederaufrüstung in Aussicht stellen – möglicherweise sogar in den Grenzen von 1937.

Demgegenüber wuchsen bei der SPD die Vorbehalte gegen eine Politik der endgültigen Konsolidierung und Einordnung Westdeutschlands in das westliche System, da man – wie inzwischen sonnenklar geworden ist – diese Politik die Spaltung nie überwinden, vielmehr nur noch vertiefen konnte. Aber auch die FDP, die zunächst die Adenauersche Aussen- und Wehrpolitik gestützt hatte, wurde skeptischer. Nach ihrem Ausscheiden aus der Koalition 1956 argumentierte sie ähnlich wie die SPD. Da die Bundesrepublik nun erstarkt sei und ihre Gleichberechtigung gegenüber dem Westen verwirklicht habe, sei es an der Zeit, in Verhandlungen mit der Sowjetunion die Wiedervereinigung um den Preis von Rüstungsbeschränkungen, verdünnter Zone, «Disengagement», Sonderstatus des wiedervereinigten Deutschland usw. zu erreichen. Diese Phase der Auseinandersetzung erreichte ihren dramatischen Höhepunkt 1958 in den großen Debatten um Atomrüstung und Wiedervereinigung in einem Bundestag, der sich nun als Redeparlament erwies. Ihren Abschluss fand die Auseinandersetzung im Deutschlandplan von 1959 – der Antwort der SPD auf die

Berlin-Krise, der aber wohl fünf, wenn nicht zehn Jahre zu spät vorgelegt wurde! Nachdem man 1956 erklärt hatte, die SPD lehne zwar alle «sozialen Errungenschaften» auch für die sowjetisch besetzte Zone ab, wolle dort aber auch keine kapitalistische Restauration, wollte die Sozialdemokratie nun im Anschluss an verschiedene Entspannungspläne (Kennan, Gaitskill, Rapacki usw.) durch militärische Entspannung und Auseinanderrücken («Disengagement») die Voraussetzungen für die Zusammenführung der Bundesrepublik und der DDR (dieses Mal ohne Führungszeichen, die aber bald wieder gebraucht werden sollten!) schaffen. Erst am Ende dieses mehrstufigen Prozesses würden freie Wahlen zum gesamtdeutschen Parlament stehen.

Nach dem Scheitern des Deutschlandplans war die Hoffnung, in einem wiedervereinigten Deutschland eine neue demokratisch-sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung verwirklichen zu können, für lange Zeit begraben. So suchte die SPD nun als «Volkspartei» die Wähler davon zu überzeugen, dass sie die Bundesrepublik wenn auch nicht so qualitativ anders, so doch quantitativ besser regieren würde als die CDU/CSU. Zwar hielt das Godesberger Programm in der Aussenpolitik noch weitgehend an der traditionellen Politik der SPD fest, doch wurde seit 1960 gerade in den Wahlprogrammen eine immer stärkere Annäherung an die Position der CDU/CSU deutlich. 1960 hatte Herbert Wehner im Bundestag ein Höchstmass an Gemeinsamkeit verlangt. Nun hören wir ein deutliches Bekenntnis zur NATO, zur Wehrpflicht und zur wirksamen Ausrüstung der Bundeswehr.

Entsprechend wurde in den Jahren nach dem Parteitag von Godesberg 1959 immer lauter beteuert: Nicht Klassenkampf, sondern Volksgemeinschaft! Auf dem Parteitag in Hannover 1960 appellierte Willy Brandt sogar an den Familiensinn: «Wir alle sind eine Familie!» Auch nach dem Fiasko des 13. August 1961 wagte es die SPD nicht, der Wehr- und Deutschlandspolitik Adenauers eine grundlegend andere eigene Konzeption entgegenzusetzen. Und als es so aussah, als ob die Vereinigten Staaten eine deutsche

Beteiligung an der multilateralen Atomstreitkraft hinnehmen oder gar begrüßen würden, trat der Karlsruher Parteitag 1964 (auf Initiative von Fritz Erler) auch noch dafür ein – ebenso wie für das Deutschland in den Grenzen von 1937, und das gar zu einem Zeitpunkt, da bereits die nationale Demagogie der äussersten Rechten die ersten Erfolge zu zeitigen begann.

Trotz ihres Anspruchs, die Arbeiter zu vertreten, war die SPD 1945 schon längst nicht mehr einfach die Arbeiterpartei, die sie im 19. Jahrhundert einmal gewesen war. Der Einfluss der Angehörigen des sogenannten «Neuen Mittelstands» in ihren Reihen war beträchtlich. «Selbständige», Akademiker, vor allem aber auch Angehörige der sogenannten Managerschicht einschliesslich der «Kommunal- und Sozialbürokratie» prägten stärker das Gesicht der Partei. Das recht «neoliberale» Godesberger Programm preist nicht zufällig die «freie Unternehmer-Initiative».

VI

Die SPD hatte schon in der Adenauer-Ära einen bescheidenen, aber doch ständigen Zuwachs an Wählern verzeichnen können – von 29 Prozent im Jahre 1949 auf 36 Prozent im Jahre 1961. Zugleich war aber der Abstand zwischen den beiden grossen Parteien zunächst noch grösser geworden. Noch 1949 erzielte die CDU/CSU bei den Wahlen zum ersten Bundestag nur 31 Prozent der Stimmen (139 Mandate) verglichen mit 29 Prozent und 131 Mandaten für die SPD. Bereits 1953 gewann jene die absolute Mehrheit der Mandate und 1957 sogar auch die der Stimmen. Erst 1961 erlitt die CDU/CSU einen Rückschlag und verlor die absolute Mehrheit. Die FDP erreichte zwar mit fast 13 Prozent der Stimmen einen grossen Wahlerfolg, der sich aber schon 1965 als einmalig erweisen sollte. Nach wie vor erschien daher die CDU/CSU noch als die stärkste Partei. Ihre Hege-

monie folgte nicht nur aus ihren Wahlerfolgen; sie war teilweise auch Ausdruck einer diese erst wieder begründenden Machtkonstellation im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich. Ihre «christliche Orientierung» schien so weiträumig, dass sie als Integration für alle die bestehende Ordnung grundsätzlich bejahenden Kräfte zu dienen vermochte. Hinzu trat die Unterstützung seitens der mächtigsten *pressure groups*. Konnte man 1962 von der CDU/CSU als der Partei Adenauers sprechen, so war aber auch der «CDU-Staat» noch weitgehend von der Persönlichkeit und Politik, dass heisst der sehr persönlichen Politik des «Alten» geprägt. Auch nach der Wahl von 1961, die die CDU/CSU ihre absolute Mehrheit gekostet hatte, wurde die Bundesregierung immer noch von einer Koalition einer starken CDU/CSU mit einer erheblich schwächeren FDP getragen. Die Stellung der CDU/CSU als der «geborenen» Mehrheitspartei konnte nur unter aussergewöhnlichen Umständen ernsthaft erschüttert werden.

In dem Masse, wie die Erhardsche Wirtschaftspolitik zur Hebung des Lebensstandards der breiten Massen beitrug, geriet die Innen- und Aussenpolitik der Bundesrepublik in den Schatten der Wehrpolitik und schien der zentralistische Militärstaat, vor dem die Bayernpartei schon 1958 gewarnt hatte, Gestalt anzunehmen. Rückten die grossen Parteien – die anderen wurden immer mehr von der politischen Arena verdrängt – zu Beginn der sechziger Jahre immer stärker nach rechts – trotz einiger kultur- oder sozialpolitischer Konzessionen an die Linke –, so bekannten sie sich nun alle – die CDU wie die SPD wie die FDP und schliesslich auch die NPD! – nicht nur zur Demokratie; jede von ihnen gab zudem vor, schon in ihren eigenen Reihen die wahre Synthese der Ideale «christlich», «sozial», «frei» und «national» zu verwirklichen.

Angesichts dieser Annäherung hat man nicht zu Unrecht von einer Art «Amerikanisierung» gesprochen; all das erinnert aber auch unheimlich an Spenglers Antizipation eines neuen «cäsaristischen» Zeitalters, charakterisiert durch den

Niedergang der philosophischen Prinzipien, der politischen Programme, der sozialen Bewegungen. Und war nicht in der Tat die sogenannte Entideologisierung der Politik und Parteien in aller Munde? Diese stellte sich freilich etwas anders dar, als es auf den ersten Blick den Anschein hatte. Sie bedeutete doch vor allem Anpassung an die Gewohnheiten und Vorurteile, Ideen und Ideale der tonangebenden Schichten und der etablierten Institutionen, nicht aber an die Erwartungen, Forderungen und Möglichkeiten in die Zukunft weisender Gruppen und Kräfte. Die Ernüchterung, die man nach dem Bankrott der Begeisterung von 1933 bis 1945 nur begrüßen kann, wurde – oft im Zusammenhang mit einem wenig reflektierten Antikommunismus – von einer Renaissance neuer (zum Teil aber doch gar nicht so neuer) konservativer oder restaurativer Denkschablonen begleitet. Sicherlich konnte man darüber hinaus hier und da zumindest verbal allererste Ansätze einer neuen zukunftsorientierten, futurologischen Sicht erkennen – die grossen Institutionen und Organisationen suchten aber immer noch in entscheidenden Lebensbereichen eine Wirklichkeit zu konservieren, die von dem Wandel unserer Gesellschaft noch nicht erfasst ist, ihm aber immer weniger oder doch nur um den Preis von Katastrophen zu widerstehen vermag – sie wollen so ein Heute wahren, das, welthistorisch gesehen, schon ein Gestern ist.

Dem Zueinander der Parteien ging eine, allerdings recht bescheidende, Differenzierung innerhalb der jeweiligen Partei parallel – so wenn etwa ein auf dem rechten Flügel einer Linkspartei stehender Politiker mehr mit einem Kollegen einer rechten Partei gemein hatte als mit seinen eigenen linken Parteifreunden. Diese der deutschen Tradition geschlossener Weltanschauungsparteien widersprechende Auflockerung wurde von den Parteispitzen keineswegs begrüsst. Vielleicht ist sie ein Grund mehr dafür, dass diese alle jene, die wider den Stachel lockten, zu disziplinieren oder hier und da gar zu eliminieren suchten. Natürlich widersprach das Festhalten an für eine Programmpartei adäqua-

ten Prinzipien wie Fraktionsdisziplin oder Körperschaftsdisziplin, wie es insbesondere für die SPD typisch ist, durchaus dem so laut verkündeten neuen Ideal einer möglichst breiten, offenen, umfassenden Volkspartei. Die Behauptung oder Verstärkung eines autokratisch-zentralistischen Regimes innerhalb einer solchen Partei hatte im Wesentlichen nur noch die Funktion, die Bewegungsfreiheit der Führungen abzusichern, nicht aber mehr die Programme durchzusetzen. Die Führungen konnten dabei vor allem auf die Unterstützung der Partei- und Staatsbürokratie zählen, die dafür wiederum die verstärkte Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen in Partei und Staat verlangte. Die sogenannte Volkspartei wurde so nolens volens vor allem auch zur Dienstleistungsorganisation und Patronagepartei, die sich nun vor allem auch für die Besetzung des Staatsapparats mit ihren eigenen Anhängern interessierte. Kein Wunder, dass sich dann auch die Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft veränderte: Während sich der öffentliche Bedienstete und der Postenanwärter nun schon eher in eine politische Partei hineinwagten, verlor derjenige, der in der Partei und mittels ihrer ein umfassendes Programm durchsetzen wollte, zusehends das Interesse an solchen Organisationen, die sich immer mehr bürokratisierten und «entpolitisierten». Ging somit der Einfluss der nichtbeamteten Mitglieder und unteren Funktionäre zurück, so wuchs deshalb der der Wähler doch nicht entsprechend. Die grosse Masse der Wähler war bereits weitgehend entpolitisiert und manipuliert, obwohl sie dauernd befragt, umworben und hofiert wurde. Berücksichtigt wurden ihre Meinungen doch meist nur dort, wo sie mit den Wünschen der bestorganisierten und kapitalkräftigsten Interessenverbände, die auch zur Finanzierung zumindest der bürgerlichen Parteien erheblich beigetragen haben, zusammenfielen.

In dem Masse, wie in der modernen Volkspartei oder Allerpartei (Otto Kirchheimer), die möglichst alle Wählerschichten erfassen wollte und sich so immer mehr von der Programm- und Mitgliederpartei der Vergangenheit unter-

schied, die Massen das Prestige der Führer oder gar des Führers abstützten, wurde das cäsaristische Moment im Sinne Spenglers auch hier deutlicher. All das galt für die grossen Parteien, die sich damit immer mehr von den kleineren auch qualitativ abhoben. Zusehends wurden jene zu Verwaltern und Managern des laufenden Staatsbetriebs, wobei sie als «staatstragende Parteien», Verfassungsorgane usw. immer mehr nach staatlicher Garantie und Sanktionierung ihres Besitzstands sogar auch im Verfassungsrecht strebten.

In der Logik dieser Entwicklung lag in der Tat die immer weitergehende Institutionalisierung, «Konstitutionalisierung» und «Etatisierung» der grossen Parteien, die sich schliesslich immer mehr öffentlich-rechtlichen Anstalten oder Körperschaften annäherten. Entfremdeten sie sich so den dynamischen und demokratischen Kräften in der Gesellschaft, so wurden sie dafür um so brauchbarer für den bürokratischen Verwaltungs-, Wohlfahrts- und Sozial-, Polizei- und Militärstaat, der sich der Partei als seines verlängerten Arms, als eine Art von Transmissionsriemen bediente, um so alle Schichten und Klassen in die sozial- und rüstungs-kapitalistische Gesellschaft und Wirtschaft zu integrieren.

VII

Ist nun aber nicht die hier genauer untersuchte Restaurationsepoche 1969/70 zu Ende gegangen? In der Tat ist in der Ära der Reformen zu Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre einiger vorsintflutlicher Schutt weggeräumt worden: Verbote und Tabus im Sexualbereich verschwanden, die Schulen öffneten sich neuen Ideen und Personen, in der Kunst und Wissenschaft, in der Literatur und Publizistik spürte man den Einfluss moderner Gedanken und Formen, neuer Ansätze und Methoden. Das «soziale Netz» wurde weiter und dichter gespannt. In der Aussenpolitik verdrängte die Entspannung den Kalten Krieg. Am

wenigsten änderte sich in der Innenpolitik und im Wirtschaftssystem.

Inzwischen sind zwar nicht alle Reformen und Innovationen rückgängig gemacht worden; die Ewig-Gestrigen nutzen und nutzen aber ihre wirtschaftliche und soziale Übermacht, ihren Einfluss in der Politik und Gesellschaft geschickt aus, um die «Errungenschaften» der Reformperiode zunichte zu machen. Ja, es gelingt ihnen sogar hier und da in der Innenpolitik, Justiz, Polizei und «Landesverteidigung», ja auch in der Wirtschaft und Kultur hinter die Ausgangsposition der sozial-liberalen Ära zurückzufallen und Zustände herzustellen, die trotz aller Unterschiede im Einzelnen noch hinter der «Demokratie» Adenauers Zurückbleiben. Das Demokratiedefizit der Bundesrepublik dürfte daher heute kaum geringer sein als zu Beginn der sechziger Jahre.

Nun mag man einwenden, dass sich die Bundesrepublik in alldem doch gar nicht so sehr von anderen westlichen oder bürgerlichen Demokratien unterscheidet. Ja und nein! Sicherlich gibt es Gesetze und Institutionen in Westeuropa oder in den Vereinigten Staaten, die noch reaktionärer und autoritärer sind als die entsprechenden in Westdeutschland. Nur werden sie dort meist in der Praxis anders gehandhabt und ausgelegt – liberaler, humaner oder zumindest «schlampiger». Der deutsche Hang zum Perfektionismus ist nach wie vor einzigartig; er bedeutet, dass der aufgeblähte und unbewegliche Staatsapparat nicht zuletzt auf Kosten des Individuums, des Nonkonformisten und des Dissidenten operiert und funktioniert. Radikalenerlass und Berufsverbote nach dem Muster der Bundesrepublik kennt man weder in den skandinavischen Staaten noch in England oder Italien. Und selbst wenn es sie gäbe – nur deutsche Beamte und Richter können sie so absurd und extrem praktizieren, wie es bei uns nun seit Jahr und Tag geschieht. Hinzu kommt, dass in der Bundesrepublik ein ganz anderes politisches Klima herrscht als in manchen anderen Demokratien: Das politische Parteienspektrum reicht in anderen Ländern zum Teil erheblich weiter, gelegentlich nach rechts, häufiger aber

nach links. Die konservativen Parteien in Schweden dürften kaum rechts von der SPD stehen; dafür gibt es dort oder auch in Italien oder Frankreich politische Gruppierungen, die in Deutschland als links, radikal oder marxistisch verschrien und dem Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit ausgesetzt wären. Während in Frankreich Begriffe wie «radikal» oder «links» jahrzehntelang eher einen positiven Beiklang hatten, sind solche Termini für Westdeutschland tabu.

So erscheint Westdeutschland in Europa als eine Art Zwischenland zwischen einem bürgerlich-revolutionären Westen und einem bürokratisch-autoritären Osten, aber zugleich auch als eine Art Niemandsland zwischen einem Norden, der auf alte demokratische Traditionen der Selbstverwaltung und des Bürgerstolzes zurückblicken kann, und einem Süden, der, ohne dass er demokratisch wäre, den Besucher durch warme Beziehungen von Mensch zu Mensch beeindruckt.

Muss man daraus schliessen, dass es einen so anders gearbeteten deutschen «Nationalcharakter» gibt? Höchstens, wenn man sich bewusst bleibt, dass beachtliche Minderheiten andere Persönlichkeitsstrukturen aufweisen. Zudem wandelt sich der Nationalcharakter im Laufe der Zeiten. Der Deutsche von heute mag weniger nationalistisch und nüchterner sein als sein Vorfahre 1914; eine Art «Amerikanisierung» dürfte sicherlich seit 1945 im Gange sein. Andererseits muss man aus der Sicht von 1978 zugeben, dass bei aller Versachlichung und «Entideologisierung» stark sadistisch-masochistische oder zumindest autoritäre Wesenszüge des «Radfahrers» oder «Untertanen» überdauert haben. Der deutsche Spiesser mit seinen Ureigenschaften – seinem Mangel an echtem Mitgefühl für die leidende Kreatur, seiner Wehleidigkeit sich selbst gegenüber, seinem Ordnungsfanatismus – ist nicht einfach von der Bildfläche verschwunden. Diese spezifisch historisch-gesellschaftliche, erworbene Charakteristik ist letzten Endes auch aus dem Aufprall eines höchst effizienten, modernen Industriekapitalismus

auf wenig erschütterte, feudale und militärisch-absolutistische Strukturen zu erklären und lässt sich daher unter günstigeren Bedingungen auch wieder abbauen.

So besteht immerhin die Hoffnung, dass die jüngere Generation nicht einfach in die Fusstapfen der «nichtzornigen Alten» treten und den Rückschlag, den wir heute erleiden, rechtzeitig überwinden wird. Die Krise unserer Epoche wird sich sicherlich nur lösen lassen, wenn auch die Bundesrepublik die autoritären Verhaltensweisen und reaktionären Strukturen in der Welt abzutragen hilft und so der Gefahr einer neocäsaristischen Zukunft entgegenwirkt. Die Bundesrepublik ist heute ein überragender Machtfaktor in der Weltwirtschaft und im westlichen Militärbündnis. Sie ist wohl auch der engste Verbündete der Vereinigten Staaten, deren Politik sie immer wieder den anderen europäischen Demokratien gegenüber vertritt. So ist Westdeutschland heute zu einem Bollwerk des Konservatismus gegenüber starken demokratischen und sozialistischen Strömungen im Norden, Süden und Westen des Kontinents geworden. Dass diese Kräfte ihrerseits in Zukunft Westdeutschland stärker als bisher beeinflussen, dafür spricht nicht zuletzt das Erstarken des sogenannten Eurokommunismus. «Ein als echter demokratischer Sozialismus konzipierter und glaubwürdig gewordener Eurokommunismus eröffnet endlich die Möglichkeit einer Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung und der Linken überhaupt und damit einer geeinten ebenso kategorisch demokratisch-freiheitlichen wie kategorisch sozialistischen europäischen Linken, die die politische Landschaft Europas grundlegend verändern könnte» – so Arnold Künzli.

Diese von Künzli erhoffte Entwicklung hatte Thomas Mann schon 1950 angedeutet, als er dem inhumanen Kommunismus einen «humanistischen Kommunismus» gegenüberstellte. Er sprach davon im Zusammenhang mit «einer universellen Friedenskonferenz, auf der nicht nur dem vererblichen Wettrüsten ein Ende gemacht, sondern . . . der Plan entworfen werden sollte zu einer umfassenden Finan-

zierung des Friedens, zu einer Konsolidierung aller ökonomischen Kräfte der Völker ...» Schon 1945 hatte dieser angeblich so unpolitische Dichter zu einer «sozialen Weltreform» aufgerufen, «die gerade Deutschlands innersten Anlagen und Bedürfnissen die grössten Glücksmöglichkeiten bietet. Weltökonomie . . . das Erwachen der Menschheit zum Bewusstsein ihrer praktischen Einheit. . . wie sollte all dieser . . . soziale Humanismus . . . dem deutschen Wesen fremd und zuwider sein?» Schliesslich hat der liberale und gemässigte Sozialist, zu dem er wurde, schon 1937 «einer umfassenden Reform der Besitzordnung und der Güterverteilung, einer Sozialisierung der Rohstoffe . . .im Geiste des Friedens» das Wort gesprochen.

Intellektuelle Redlichkeit gebietet festzustellen, dass weder Deutschland noch die Welt seit dem Tode Thomas Manns der Lösung der von ihm aufgeworfenen Problematik erheblich näher gekommen sind – diese ist nun noch dringlicher geworden.

Eugen Kogon

Dreissig Jahre – wohin?

Zwei Vorbemerkungen

Ich bin, im Rückblick, auf nichts und niemanden zornig. Über manches, nicht nur dies und jenes, sondern Wesentliches, enttäuscht – ja. Und es gibt Politiker jetzt, die ich, im Vergleich mit denen aus der Anfangszeit der Republik verachte. Mit ihnen hat Auseinandersetzung keinerlei Wert. Sie beherrschen zwar von der demokratischen Szene einiges. (Steht die Sonne tief, werfen die Zwerge lange Schatten, sagt ein arabisches Sprichwort.) Ich kann nicht sagen, wie das noch zu ändern wäre: Wahlen richten dagegen nichts aus, und die Parteiapparate lassen sich nicht reformieren. Man muss versuchen, den Qualifizierten der politischen Klasse in den gesellschaftlichen Bereichen, in denen man Einfluss hat, nach- und zuzuarbeiten, wie es nur eben geht. Wohin es, ausser zum Fortbestand – was ja nun wiederum nicht einfach wenig ist –, führen wird, ist unberechenbar. Wir navigieren in der Entwicklung ohne rechte Zielsetzungen. Aber vielleicht werden sich die jetzt Fünfundzwanzig- bis Fünfunddreissigjährigen neu orientieren und die ihnen Nachfolgenden, angesichts dann der unermesslichen Herausforderungen, denen sie in der Grossdrift der industriewirtschaftlichen Zivilisation werden begegnen müssen.

Die zweite Vorbemerkung ist kurz. Wenn ich im Verlauf meiner Darlegungen «wir» sage, so sind die Freunde und Kooperateure der Anfangsjahre gemeint – bedeutende Namen darunter. Die meisten von ihnen leben nicht mehr. Um

so entfernter ist alles. Nachwirkungen, immerhin, sind aber doch geblieben. (Nur erinnern sich die diskontinuierlichen Präsentisten und Punktualisten nicht; ihnen fehlt das Bewusstsein von Zusammenhängen.)

Der Neubeginn damals

«Die Stunde Null» – was verstanden wir darunter?

Die Bezeichnung ist bereits 1945 entstanden. Vom Vorherigen war unter der Wucht der Niederlage so gut wie alles zusammengebrochen: das Militär, die Verwaltung, die Justiz und die Polizei, die Wirtschaft, der Verkehr, in Stadt und Land Millionen Gebäude, die Versorgung, dazu aber ausserdem und Gott sei Dank die NSDAP, die Propaganda, der Terror. Unter den Trümmern lagen ferner die Idole sowie die missbrauchten Ideale. Ein Wunder, dass die ungezählten Flüchtlinge und Vertriebenen, die aus dem Osten in das verengte deutsche Gebiet einströmten, nahezu überall doch Unterkunft fanden. Die halbe Bevölkerung suchte selbst nach Familienangehörigen.

Der wahrhaft totalen Ohnmacht standen in den vier Zonen, in die das Territorium der Besiegten aufgeteilt war, die Besatzungsmächte mit Waffen und Formularen gegenüber. Wenn das «unterhalb» nicht vollends chaotisch enden sollte, mussten sich Deutsche den Siegern zur Verfügung stellen.

Die Sowjetrussen brachten «ihre Deutschen» aus Moskau mit – Kommunisten. Sie sorgten, die Besatzungsmacht im Rücken und zumeist an der Seite, alsbald dafür, dass die «SBZ»-Verhältnisse, wie für «historisch richtig» gehalten und wie gewünscht, in Ordnung kamen. Es war eine harte Ordnung. Stalin verfügte, dass die Deutschen, durch Arbeitsleistung und Ablieferungen sowie durch unerbittliche Kontrolle, bestraft werden mussten. Aber nicht zu lange: sie waren zu Partnern bestimmt. Schon in den ersten Junitagen 1945, noch während des Beginns der Potsdamer Konferenz

der Alliierten, die Anordnungen für das ganze Deutschland treffen sollte, liess die sowjetische Militäradministration «antifaschistische Parteien und Gewerkschaften» zu, auch die Liberalen also und die Christlichen Demokraten neuer Formierung. Es sollte vom Start an klar sein, wie es um die Gesinnungs- und Richtungstendenzen in der Zone bestellt war. Es wurden, die massgebenden Positionen in der Hand der Kommunisten, elf Zentralverwaltungen eingesetzt. Der Zusammenschluss der KPD mit der SPD zur «Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands» (SED) wurde vorbereitet, im März/April des darauffolgenden Jahres vollzogen. Auf ihr Betreiben vereinigten sich die übrigen organisierten «gesellschaftlichen Kräfte» zur «antifaschistischen Front».

Die «Stunde Null» dauerte in der «Sowjetisch Besetzten Zone» keinen Tag lang, – die Ziele standen vom ersten Augenblick an fest.

Das verhielt sich «im Westen» anders. Vor allem die Amerikaner hatten durchgreifende Umerziehungskonzepte mitgebracht, jahrelang vorbereitet von weimardemokratisch erfahrenen Emigranten-Intellektuellen; man dachte vorerst einmal an eine längere Ausschaltung der Deutschen aus aller Politik, anzusehen, wenn man wollte, als eine zwei- bis dreijährige «Ruhepause». Manche bezeichneten es als einen verordneten, aber gleichzeitig willig anzunehmenden «Urlaub von der Geschichte», als Verzicht, nach solchem Debakel mit den moralischen und weltgeschichtlichen Folgen, auf Souveränität und aktive Teilnahme für längere Zeit. Es war eine bare Illusion, schon was das gewöhnliche tägliche Leben betraf, das, so dürftig es fürs erste sein mochte, in Gang gehalten und aus den Resten wieder in Gang gesetzt werden musste. Binnen kürzester Frist bedienten sich auch die Amerikaner, nicht nur wie von Anfang an die praktischeren Briten – und erst recht die machtrealistischen Franzosen –, deutscher Hilfskräfte. Unter dem Druck des sowjetrussischen Vorgehens, das dem Westen nicht erlaubte, gegenüber dem Osten in Sachen «Demokratie» zurückzubleiben, vollzog sich unvorhergesehen rasch der Wieder-

aufbau von der Kommunal- bis zur Landesebene, dann im Zusammenschluss zuerst der amerikanischen und der britischen Zone, schliesslich der drei westlichen Besatzungsbezirke zum wirtschaftlich-politischen Vorgelände der Bundesrepublik.

Die Uneinheitlichkeit der alliierten Interessen und Auffassungen, die in den vier Zonen unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche Auslegung der Potsdamer Generalrichtlinien, die Notwendigkeit im amerikanischen Besatzungsbereich, das mitgebrachte ursprüngliche Konzept einer lange dauernden «Umerziehung» der Deutschen, ehe sie zu eigener Politik wieder zugelassen werden sollten, preiszugeben, schufen dem Versuch eine reale Chance, im Westen eine Staatsneugründung idealistischen Einschlags zu unternehmen. Es fehlte an Nahrung, Kleidung, Wohnungen, Heizung, von den Bildungsstätten und Bildungsmitteln zu schweigen, aber die nazistisch Belasteten waren vom Zugang zu den Positionen der Entscheidung ausgeschaltet, eben deshalb konnte jede Möglichkeit neuen Aufbaus überlegt, erörtert, geplant, in Vorschlag gebracht, vielleicht beschlossen werden. Es war die Stunde der Deutschen, die es wagten, in Zusammenarbeit mit den Einsichtigen der Besatzungsbehörden dem Tag für Tag unmittelbar pragmatischen Unternehmen, das doch weit in die Zukunft wirken sollte, eine alles beeinflussende Moral der Humanität zugrunde legen zu wollen. Heute, dreieinhalb Jahrzehnte nachher in einer Erfolgssituation so sehr veränderter Prägung, erscheint es beinahe als Kuriosität, dass Politiker, Professoren, Publizisten, die den Nationalsozialismus, die Konzentrationslager, die Verfolgung, in vielen Fällen die Vertreibung überlebt hatten, der Meinung waren, dem Schock der totalen Niederlage werde eine alles umfassende Besinnung folgen, aus der sich produktive Phantasie zur Arbeit an einer neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit in Deutschland erheben werde. Gewiss, die Geschichte, ausser just die israelitische, wies kein Beispiel dafür auf, dass Moral Politik gebar, aber stand nicht diesmal die Idealität der äusserlich Machtlo-

sen im Einklang mit den Interessen der Mächtigen, die den Nationalsozialismus und den Militarismus in Deutschland radikal ausgemerzt, das mörderische System doch durch eine im Bewusstsein, in den Gesinnungen fest zu begründende Demokratie für immer abgelöst wissen wollten? Freiheitliche Kräfte aus den USA, aus Grossbritannien, aus Frankreich ermunterten uns, Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit eines «anderen Deutschland» gegen alle Schwierigkeiten in Angriff zu nehmen.

Die drei Zielsetzungen

Es gab für die «deutsche Erneuerung» keinen Generalstab. Unter den unmittelbaren Nachkriegsverhältnissen fehlte dafür vor allem die Möglichkeit regulärer Verbindungen. Ausserdem war man, ziemlich lange, in der jeweiligen Zone an die «eigene» Besatzungsmacht gewiesen. Trotzdem stellten sich bei Treffen, die stattfanden, Übereinstimmungen heraus. Sie wurden im Masse der allmählichen, wenigstens relativen Normalisierung der Verhältnisse rasch deutlicher und intensiver.

Politische Erneuerung von Grund auf

Die Übereinstimmung betraf an erster Stelle die Parteien und den sozialen Status, der als die neue gesellschaftliche Norm angestrebt werden sollte.

Niemand mehr wollte den Weimarer Vielparteien-Staat. Das uneingeschränkte Verhältniswahlrecht – mehr als dreissig Parteien bewarben sich zum Reichstag um die Stimmen der Wählerschaft – hatte dazu beigetragen, die Stabilität und die Effizienz der von ihnen abhängigen Regierungen zu untergraben. Aus den Debatten darüber schälte sich die Empfehlung heraus, für die Teilnahme an der parlamentarischen Repräsentanz einen Mindestwahlerfolg festzusetzen. (Die «Grossen» haben daraus nach und nach die Praxis

entwickelt, unterlegene Minderheiten, der totalitären Praxis den «Dissidenten» gegenüber angenähert, als «Abweichter» und «Störenfriede» zu behandeln, statt ihre Ideen und Forderungen im Masse des richtig und zweckmässig Erscheinenden bei der politischen Konzeptbildung zu berücksichtigen. Die Entstehung der Ausserparlamentarischen Opposition in den sechziger Jahren ging mit auf diese Praxis zurück. Bis heute sind die Nachwirkungen daraus, die die repräsentative Demokratie beeinträchtigen, festzustellen, so in den und jenen Bürgerinitiativen.)

Die zweite wesentliche Verbesserung der Methoden des Systems, das künftig jeder radikalen Gefährdung standhalten sollte, war das «konstruktive Misstrauensvotum», das vorgeschlagen und vom Verfassungskonvent in Herrenchiemsee dann eingeführt wurde: Keine parlamentarische Mehrheit kann die Regierung stürzen, ohne sich gleichzeitig auf den neuen Bundeskanzler geeinigt zu haben. Die Kontinuität der demokratischen Führung ist dadurch gesichert, einem häufigen Kabinettswechsel vorgebeugt. In dreissig Jahren ist es nicht ein einziges Mal gelungen, die Bundesregierung während einer Legislaturperiode durch Mehrheitsvotum abzulösen. Die Macht der Parteien ist im Staatsbereich der Exekutive zu deren Festigung beschränkt worden.

Hat man die Parteien aber sonst renoviert?

Für die Kommunisten war das keine Frage: sie blieben, was sie waren, und traten nur neu an. Doch liess sich mit ihnen, im Westen, immerhin reden, denn sie waren, vom Krieg her und nun darüber hinaus, für Kooperation. Wohin das führen mochte, konnte sehr bald nicht mehr erprobt werden.

Von drei anderen, auf der Gegenseite, war Reform in dem hier vorausgesetzten Sinn nicht zu erwarten: von der Bayernpartei, der Deutschen Partei und dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Sie waren zeitweise nicht ohne Einfluss, zu keinem Zeitpunkt aber bestimmend. Was an Einsicht hätte man von ihnen im Rückblick zu gewinnen? Ihre restaurative Substanz ist in die anderen Parteien eingegangen.

Bleiben die Liberalen (im Westen als «Freie Demokratische Partei» firmierend), die Sozialdemokraten und die CDU/CSU.

Die ersten beiden, jede aus ihrer grossen, hundertjährigen Tradition, waren Garanten eines ehrlichen Ringens um die modernen Inhalte der bei den Liberalen mehr individuell, bei den Sozialdemokraten mehr kollektiv gemeinten Freiheit, doch keine die andere ausschliessend und jede in nationaler Absicht auf das ganze Deutschland gerichtet. In ihren Reihen gab es bedeutende reformatorische Kräfte – entschlossen, aus dem Erfahrenen, nicht zuletzt, wenn es um die eigenen Fehler von seinerzeit ging, in Theorie und Praxis Lehren zu ziehen.

Die völlig neue Formation waren die Christlichen Demokraten, in Bayern die Christlich-Sozialen. Man darf, die heutigen Nachfahren vor Augen, nicht Gefühlen freien Lauf lassen, denn nichts an solchem Vergleich nützt mehr etwas. Wie das enden soll, was bei nicht wenigen damals mit respektheischenden menschlichen und politischen Qualitäten begonnen hat: mit Weitblick und Einsicht, Aufgeschlossenheit, Bereitschaft zur Zusammenarbeit, Prinzipienfestigkeit, Aufrichtigkeit der Gesinnung, Sachkenntnis, Bildung . . . ? Katholiken und Protestanten zusammen wollten, so mustergültig wie nur eben erreichbar, den geistigen, kirchlichen, erzieherischen, politischen, sozialen, betrieblichen, wirtschaftlichen Neuaufbau Deutschlands.

Der «Deutsche Caritasverband», eine kirchliche Organisation also, bezeichnete es in einer Denkschrift zum Flüchtlingsproblem (noch im Herbst 1946 kamen allein in der amerikanischen Zone wöchentlich auf jeden Landkreis zwischen 400 und 1'200 aus Osteuropa Ausgewiesene . . .), einerseits was geschah, andererseits was zu geschehen hatte, als «das Ende der kapitalistischen Epoche in Deutschland», die gesamte Struktur der Wirtschaft und Gesellschaft bedürfe «der Neuordnung und Planung». Das Ziel, so meinten wir, Walter Dirks und ich, Mitbegründer der CDU in Hessen, im ersten Jahrgang unserer Monatsschrift für Kultur und Poli-

tik *Frankfurter Hefte*, das Ziel müsse «ein personalistischer Sozialismus aus christlicher Verantwortung» sein. Als Träger der «mit Freiheit durchgesetzten Wirtschaftsplanung» war «nicht eine Clique – von Kapitalisten, Bürokraten, Parteiführern» – gedacht, «nicht der Staat – er nur ‚federführend‘, jeweils vorläufig, stellvertretend und partiell –, sondern das Volk» – in «Sozialgemeinschaften» beispielsweise, wie Harald Koch, Wirtschaftsminister, als dies möglich geworden war, in Hessen, sie nachmals vorschlug. «Sozialisieren heisst nicht verstaatlichen», schrieb Dirks, «sondern vergenossenschaften . . . Das bedeutet technisch-organisatorisch so etwas wie Wirtschaftsdemokratie). (Wir haben nicht vergessen, dass die Demokratie von 1918 auch deshalb machtlos war, weil sie nur den Staat, nicht aber die Wirtschaft zu demokratisieren unternahm.) Aber jenes schwache Wort begreift die epochale Wendung nicht ein, die das bedeutet, nicht die elementaren und tiefen Forderungen, die sie an den Menschen, seine Moral, seine Lebensführung stellt. Wir wissen ja, dass die europäischen Völker, wenn sie ihre Wirtschaft planmässig organisieren und diesen Plan in hundert Formen und Arten im Volk verwurzeln, in eine neue geschichtliche Epoche eintreten – in die des verwirklichten Sozialismus.» Vielerorts in den drei Zonen ist die Christlich-Demokratische Union bei ihrer Gründung in diesem Sinne – der «Frankfurter Leitsätze», der «Kronberger Beschlüsse», des «Ahlener Programms» – gedacht worden.

Die Verfassungsgebende Versammlung Gross-Hessens hat mit dem Artikel 41 des neuen Landesgrundgesetzes die Möglichkeit geschaffen, den Bergbau, die Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft, das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen, die Grossbanken und die Versicherungen als Gemeineigentum zu erklären. (Die Unternehmensführung sollte den von Harald Koch vorgeschlagenen «Sozialgemeinschaften» überantwortet werden, die ihrerseits das fachkundige Management zu berufen hatten.) Die Artikel 27 bis 47 der Verfassung regelten mit Bestimmungen über Vergemein-

schaftungen anderer Art, über Staatskontrollen, Bodenreform, Genossenschaften und Gewerkschaften wesentliche Bereiche der Wirtschafts- und Sozialordnung. In Nordrhein-Westfalen beschloss der Landtag im Februar 1947 die Enteignung der Ruhrkohlengruben. Die Briten verweigerten die Zustimmung. In Hessen verlangten die Amerikaner, dass der Artikel 41 dem Volk gesondert zur Abstimmung vorgelegt wurde: er erhielt 72 Prozent Ja-Stimmen (die übrige Verfassung 76,8 Prozent). Er wurde von der Besatzungsbehörde daraufhin suspendiert, bis er 1950 im Landtag unter veränderten Bedingungen mit 41 gegen 41 Stimmen zu Fall gebracht wurde.

Die Absicht war, wie man sieht, nicht schlichte Illusion, die bedeutendsten Parteien waren, allerdings mit unterschiedlicher Entschlossenheit, dafür, sie wussten sich mit weiten Kreisen der Bevölkerung eins, Vernünftig-Wohlgesinnte im Ausland erwarteten es: dass Deutschland, in wiedererlangter Besonnenheit, aus dem elenden Zustand, in den es der Nazismus gebracht hatte, durch geduldige Arbeit, obschon vermutlich erst nach Jahren, wieder hochgebracht, dass die Arbeitsergebnisse gerecht verteilt, nicht der erste Rang dem Kapital eingeräumt, Grosseigentum, von dessen Verwaltung das Gemeinwohl abhing, privater Verfügungsgewalt entzogen, dass die Freiheit im neuen Staat durch das Recht gesichert, die Demokratie in den Gesinnungen und Institutionen fest verankert, dass im Masse der wirtschaftlich-sozialen Erholung nach Möglichkeit Wiedergutmachung für das Unrecht geleistet wurde, das im Dritten Reich anderen zugefügt worden war. Die Absicht ist so trotzdem nicht in Erfüllung gegangen.

Föderalistische Internationalität

Vergleichbar ist auch die zweite Zielsetzung nicht Wirklichkeit geworden, das heisst nur in etwa, nicht genügend, anders als notwendig und möglich gewesen wäre: die europäische Integration, Deutschland voll darin einbezogen.

In zwei bedeutenden Reden hatte Winston Churchill, in Fulton/Missouri und in Zürich, 1946 den Zusammenschluss der Kontinentalstaaten zu einer «Union», eventuell unter Beitritt Grossbritanniens, gefordert. Man wagte bei uns kaum, daran zu glauben, dass dabei in der Tat bereits an uns mitgedacht sein sollte. Es zeigte sich, dass es, aus weltpolitischen Erwägungen, so war. (Noch hatte James Byrnes, im April 1946, bei einer Konferenz der alliierten Aussenminister in Paris für die USA die Ansicht geäussert, dass Deutschland wohl sehr lange, möglicherweise ein Vierteljahrhundert, besetzt bleiben müsse; im September 1946 deutete er in Stuttgart dann an, dass über das Schicksal der ehemals deutschen Gebiete in Mittel- und Osteuropa nicht endgültig entschieden sei; im Juli des Jahres darauf wurde die Amerikanisch-Britische Zone in die Marshall-Plan-Hilfe einbezogen.)

Man gründete, als privaten Verband, die deutsche «Europa-Union», die überall, wo sie begann, Versammlungen abzuhalten, grossen Zuspruch fand. Sie knüpfte die ersten «Gleichberechtigungs»beziehungen mit dem Ausland an. Die Konferenz von Hertenstein (Schweiz), an der wir teilnahmen, legte für die Einigung das föderalistische Prinzip fest: Keine Vorherrschaft irgendeiner Macht oder Mächtegruppe, bundesstaatlicher Zusammenschluss, also weder nur ein Staatenbund noch umgekehrt ein zentralistisches Einheitsgebilde. In Paris erfolgte anschliessend der Beitritt zur «Union Europeenne des Federalistes», die sich rasch in den sechs Kernländern Europas ausbreitete: in Frankreich und Italien sowie in den drei «Benelux»-Ländern und in den deutschen Westzonen durch die «Europa-Union». (Warum «Kernländer»? Weil sie, wie in Hertenstein föderalistisch

richtig gesehen, das erforderliche politische und wirtschaftliche Machtminimum, als solches zugleich aber ein zureichendes Optimum darstellten: Ausgleich der «Grossen» durch die Kleineren, Ergänzung der Kleineren durch die «Grossen».) Diese sechs sollten die Föderation bilden, ihr konnten sich andere in mehr oder minder lockerer Form assoziieren. (Daraus ist die Theorie der drei politischen konzentrischen Kreise entstanden: Um die kontinentaleuropäische Föderation die weiterreichende Assoziation zusammen mit Grossbritannien, beide in einer Atlantischen Union.)

Die Idee des Zusammenschlusses, damals nicht begrenzt auf West- und Mitteleuropa, war während der III. Reichs-Hegemonie von aktiven Widerstandskräften, die miteinander in keiner Verbindung standen, in Frankreich, Italien und den Niederlanden, ausserdem im Konzentrationslager Buchenwald, wo politische Gefangene aus zahlreichen Ländern beisammen waren, als Nachkriegszielsetzung gleichzeitig konzipiert worden. Man war sich im Klaren darüber, dass die nationalstaatliche Vollsouveränität von vormals nicht mehr in Betracht kam, wenn Europa unter den Bedingungen, die nach der Niederlage des Nationalsozialismus voraussehbar gegeben sein würden, zwischen den USA und der Sowjetunion ein mitbestimmender Faktor der Weltpolitik bleiben sollte. Interessanterweise dachte man im Widerstand nicht an ein «deutsches Vakuum» inmitten Europas, sondern an demokratische deutsche Partner von bewährter antifaschistischer Gesinnung. Die «Union Europäischer Föderalisten» war es daher auch, die als erste mit uns – und man muss sagen: kameradschaftlichen – Kontakt aufnahm. Die Gleichberechtigung der NS-Gegner, die überlebt hatten, war in diesen Kreisen eine Selbstverständlichkeit.

Die demokratische Legitimation der gedachten Neuordnung Europas sollte eine überparteiliche, möglichst viele der bestehenden Parteien mitumfassende Volksbewegung schaffen. Winston Churchill schlug einen «Völkerkongress» in der Hauptstadt der Niederlande vor, bei dem repräsenta-

tive Delegationen die Einigungsforderung proklamieren sollten. Es bildeten sich zwischen Dezember 1947 und April 1948 in Paris, Rom, Brüssel, Den Haag, Luxemburg und, von der «Europa-Union» organisiert, im westdeutschen Dreizonengebiet Gründungskomitees, zu denen die gesellschaftlichen Führungskräfte mit der Bitte eingeladen wurden, sich an ihnen durch Männer und Frauen des gemeinsamen Engagements vertreten zu lassen.

Der «Haager Kongress» fand am 8. bis 10. Mai 1948 statt. Eine fünfzig Personen umfassende deutsche Delegation nahm daran teil, Konrad Adenauer darunter. (Ich hatte als Präsident der «Europa-Union» dafür sorgen müssen, dass er und die anderen aus dem vereinigten Wirtschaftsgebiet der Doppelzone die Reisegenehmigung der Besatzungsbehörde erhielten, dazu holländische Gulden – so eingeschränkt waren generell unsere Möglichkeiten damals noch.) Die Veranstaltung, zu der sich 840 Delegierte aus den genannten Ländern und aus Grossbritannien einfanden, wurde ein beachtlicher Erfolg. Wir forderten «ein Parlament, eine Regierung und einen Obersten Gerichtshof» für Europa mit präzis definierten, «zwar noch eingeschränkten, aber realen Vollmachten».

Im Anschluss an den Kongress formierten sich in den meisten Staaten Europas «Nationale Räte der Europäischen Bewegung» aus den gesellschaftlich bestimmenden Kräften: Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerorganisationen, Bauernverbänden, Freien Berufen, Universitäten, Kirchen . . . Leon Blum, Paul-Henri Spaak, Winston Churchill, Alcide de Gasperi traten dem Ehrenpräsidium bei. Der «Deutsche Rat der Europäischen Bewegung» konstituierte sich am 21. Januar 1949, vier Monate vor der Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, in Schönberg im Taunus. Er proklamierte den Vorrang der Supranationalität vor der Wiedergründung eines deutschen Nationalstaates.

Aber schon verlief die weltpolitische Entwicklung zwiespältig anders. Am 4. April des gleichen Jahres 1949 unter-

zeichneten in Washington zwölf Staaten, darunter, mit Ausnahme der formal noch nicht bestehenden Bundesrepublik, alle, die für die europäische Einigung in Frage kamen, das Nordatlantische Verteidigungsbündnis. Gegen seine Bedeutung war der «Europa-Rat», der einen Monat später, am 5. Mai 1949, mit einem Berater-Statut ausgestattet wurde, ein Beinahe-Nichts. Die «Europäische Bewegung» hatte ihn als Beginn-Parlament gedacht; Ernest Bevin, der Labour-Außenminister Grossbritanniens, hatte selbst nur Ansätze zu supranationalen Vollmachten der neuen parlamentarischen Einrichtung vereitelt.

Die deutsche Wiedervereinigung

Sowohl die Entschlossenheit, nach dem Nationalsozialismus eine gesellschaftliche Erneuerung von Grund auf zustande zu bringen, als auch der Wille, dies in institutionell gesicherter Solidarität Europas zu tun, soweit die Siegermächte es nur zuließen, hatte Bezug zur dritten Zielsetzung der deutschen Nachkriegspolitik: über die Aufteilung in rechtlich und faktisch gesonderte Besatzungsgebiete hinwegzukommen, um zur nationalen deutschen Einheit zurückgelangen zu können. Man dachte, was die ökonomisch-sozialen Systeme betraf, an Koexistenz und Kooperation der entstehenden Länder innerhalb einer gesamtdeutschen föderativen Republik, woraus sich in den einzelnen Bereichen der öffentlichen Regelungen und Ordnungen für beide Seiten vertretbare Kompromisse ergeben mochten. Es wäre in einem wichtigen Teil der Welt ein Experiment von weltpolitischer Tragweite geworden. Die westeuropäischen Integrationsbemühungen sollten daher für Beitritte aus dem Osten keine prinzipiellen Barrieren schaffen, die Zusammenschlüsse sollten flexibel bleiben.

Auf dieser Linie operierte besonders Kurt Schumacher mit der SPD. Er sah in einem lediglich westeuropäischen Zusammenschluss ein Hindernis für die deutsche Wiedervereinigung und überdies in der erheblichen Anzahl von CDU/CSU-Politikern, die sich vorbehaltlos engagierten,

eine «reaktionäre Verschwörung» unter Konrad Adenauer zur Errichtung eines «vatikanisch beherrschten Europa». Hermann Brill, zu jener Zeit Leiter der Hessischen Staatskanzlei, der mit mir in Buchenwald gewesen war, Fritz Erler und Carlo Schmid, alle drei an den europäischen Einigungsbestrebungen von Anfang an beteiligt, vermittelten eine Zusammenkunft im Frankfurter Hotel «Monopol». Nur mit Mühe gelang es mir, zum einen zu begründen, dass es möglich sein werde, den «Deutschen Rat» parteiparitätisch und gesellschaftlich pluralistisch zusammenzusetzen, zum andern es zumindest nicht als unmöglich erscheinen zu lassen, eine europäische Integrationspolitik der «Offenen Tür» zu betreiben mit der Maxime «Handeln, damit man verhandeln kann». Schumacher stimmte schliesslich sehr verhalten zu und benannte Gerhard Lütkens, Legationsrat ehemals im Auswärtigen Dienst der Weimarer Republik, einen, wie sich zeigte, äusserst misstrauischen und sehr schwierig zu behandelnden Herrn, als seinen Vertrauensmann in der Leitung, der aber, glücklicherweise, auch die anderen drei genannten führenden Sozialdemokraten angehörten.

Am 6. Juni 1947 waren auf Einladung Bayerns die Ministerpräsidenten aller mittlerweile konstituierten deutschen Länder einschliesslich der fünf Regierungschefs aus der sowjetisch besetzten Zone in München zusammengekommen, um sich über die Voraussetzungen der inner- und gesamtdeutschen Absichten zu verständigen. Der Versuch scheiterte noch am gleichen Tag; die «Mitteldeutschen» reisten zurück. Am 7. Juni einigten sich die Länderchefs der drei Westzonen auf neun «Erklärungen und Entschliessungen», die so abgefasst waren, dass die Wege zur Zusammenarbeit mit den Deutschen jenseits der Demarkation nicht blockiert zu sein brauchten. Zur jederzeitigen Unterrichtung und Beratung des Alliierten Kontrollrats in Wirtschaftsfragen wurde die Bildung eines Länderausschusses aller deutschen Gebiete empfohlen. Ferner die Sammlung und fortlaufende Bearbeitung der Planungsunterlagen, die nach Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit der gesamtdeutschen Len-

kung dienen sollten, in einem «Statistischen Zentralbüro» für die vier Besatzungszonen und Berlin.

Die Alliierten haben diesen Teil der «Erklärungen und Entschliessungen» unbeachtet gelassen. Die Sowjets waren, aus Gründen der Reparationen, die sie aus Gesamtdeutschland erhalten wollten, an der Errichtung zentraler deutscher Verwaltungseinheiten interessiert, verweigerten aber den Einblick in die Verhältnisse ihrer Zone und eine westliche Mitkontrolle dort. Die Münchener Juni-Initiative 1947 hat zur deutschen Wiedervereinigung daher nichts beigetragen.

Willensbekundungen, es damit nicht das Bewenden haben zu lassen, sondern an der nationalen Einheitsabsicht festzuhalten, sind von beiden Seiten unentwegt weiter erfolgt. Im Juli 1948 erörterten die Ministerpräsidenten der westlichen «Trizone» erneut die Möglichkeiten der gesamtdeutschen Staatsgründung. Als die amerikanische Tendenz zur Verselbständigung Westdeutschlands unmissverständlich erkennbar wurde, zeigte sich dagegen ziemlich allseits hinhaltender Widerstand. Er verflüchtigte sich am Ende in die Weigerung, die rechtliche Fundierung der westdeutschen Teilrepublik, in die man schliesslich aus einer Reihe von handfesten Gründen doch einwilligte, die aber lediglich provisorischen Charakter haben sollte, um sobald wie nur möglich in Gesamtdeutschland aufzugehen, «Verfassung» nennen zu lassen; nach langen Auseinandersetzungen einigte man sich auf die Übersetzung «Grundgesetz» für «Basic Law». Und als Präambel wurde, unter Einbezug der Bereitschaft, nicht einen im alten Sinn vollsouveränen Nationalstaat anzustreben, sondern die Integration im zu vereinigenden Europa, die berühmte Proklamation formuliert: «Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein,

Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.»

Über die feierliche Absichtserklärung ist die deutsche Wiedervereinigungspolitik in den folgenden Jahren und Jahrzehnten dann bis heute nicht hinausgelangt.

Manche haben gemeint, Gesamtdeutschland mit einer Ausgleichsfunktion zwischen West und Ost durch unsere Neutralisierung erreichen zu können. Es haben sich Aktionskreise mit solcher Zielsetzung gebildet: in Heidelberg unter der Führung von Professor Alfred Weber und Professor Alexander Mitscherlich, in Bad Nauheim und Würzburg unter Professor Ulrich Noack. Der Vorschlag wurde zeitweise heiss umstritten; er konnte sich indes nirgends realpolitisch durchsetzen. Ein in der Mitte Europas allein neutralisiertes Deutschland wäre ein gefährdeter und eventuell gefährlicher Faktor gewesen. Stalin hat im März 1952 die Idee gegen die Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft aufgegriffen; die Bundesregierung lehnte die Sowjetnote vom 12. März indes, ohne sie der Öffentlichkeit auch nur bekanntzugeben, zwei Wochen später ab. 1955 – nach der «Bandung»-Konferenz, die die «Aktive Neutralität» als weltpolitisches Prinzip der «Staaten zwischen den Blöcken» proklamiert hat – erneuerte die Sowjetunion im «österreichischen Staatsvertrag» den Versuch ein zweites Mal und realistischer. Er scheiterte abermals. Der «Rapacki-Plan», der 1957 eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa (mit nachfolgender Neutralisierung?), Polen, die Tschechoslowakei und beide Deutschland umfassend, intendierte, war für den Fall, dass über ihn ernstlich verhandelt worden wäre (auch die Sowjetunion war nicht bereit, ihr Machtvorfeld so teilweise preiszugeben), noch immer zu eng gefasst: der Plan

hätte ganz Mitteleuropa von der Nordsee bis zur Adria und zum Balkan als Grosszone der aktiven Neutralität bezeichnen müssen.

Es ist alles gescheitert.

Gründe, warum die Entwicklung anders verlief

1. Die verfehlte Entnazifizierung

Die Feststellung, dem deutschen Volk sei in der neueren Geschichte Demokratie zweimal als politisches Heilmittel von aussen durch die Siegermächte zwangsverordnet worden, ist nicht ganz richtig: Nach dem Ersten Weltkrieg wollten viele Deutsche sie, und eine Revolution 1945 hätte mit dem Nationalsozialismus bestimmt gründlich aufgeräumt, – von den Hitlerschen Parteiaktivisten wäre wohl kaum einer am Leben geblieben. Selbstbefreiung, da sie nicht früher stattgefunden hatte, liessen die Alliierten aber nicht zu. Im Gegenteil: Alle Deutschen waren an dem, was geschehen war, mit Schuld – mehr oder minder mitschuldig, ausgenommen die nachweislich Verfolgten, die überlebenden Opfer des Nazi-Regimes. Jeder Deutsche musste erst einmal dokumentieren, dass er nicht oder jedenfalls nicht massgeblich «dazugehört» hatte. Das Gefühl, nun befreit zu sein, erstickte infolgedessen bei Ungezählten, die sich der NS-Propaganda, den NS-Erfolgen, dem NS-Terror gebeugt hatten, ohne wirklich Nationalsozialisten geworden zu sein, unter der Kollektivschuld-Anklage. Hätte man sie, die Ungezählten, in Bausch und Bogen pardonierte, die Erleichterung wäre enorm gewesen, mit ihr die Bereitschaft, eine Menge Beschwerden hinzunehmen, sich aber daran zu beteiligen, sie ins Positive zu wenden.

Die Amerikaner hatten jedoch, sie wussten selbst nicht,

für wie lange, Quarantäne vor, die über das deutsche Volk insgesamt zu verhängen war. Währenddessen sollte Reinigung, Busse und systematische Umerziehung erfolgen.

Für die «Säuberung» hatten sie einen perfekten Schematismus mitgebracht. Der Katalog der Zugehörigkeiten zum Hitler-System umfasste, wenn ich mich recht erinnere, über 130 Kategorien, formale Einstufungen. Diesen Schematismus setzten sie auch bei ihren westlichen Verbündeten durch, die sich nur nicht in völlig gleicher Weise daran hielten, so dass sich ein Feld unüberblickbarer Anpassungs-, Drückeberger- und Korruptionsbeziehungen ergab. (In ihrer eigenen Weise gingen die Russen vor; der Alliierte Kontrollrat hatte die Hauptunterscheidungen übernommen.) Handelte es sich bei den Registrierungen, denen sich alle vor 1919 geborenen Deutschen zu unterziehen hatten, um «Hauptschuldige» und «Schuldige», so erfolgte auf Grund der generellen Schuldvermutung, die im Einzelfall widerlegt werden musste, automatisches Berufsverbot und allenfalls Einweisung in ein Arbeitslager. Die «Minderbelasteten» und «Mitläufer» wurden mit verschiedenartigen Bussen belegt: Leistung öffentlicher Aufräumungsarbeiten, Abgabe von Hausrat an Bedürftige, Geldzahlungen, zeitweisem Verbot der Übernahme von Ämtern.

Ich war im Juni 1945 – im April von einem Intelligence Team der III. US-Armee aus dem Konzentrationslager Buchenwald befreit – in Paris und weiss noch, wie ich Botschafter Murphy, dem die Ingangsetzung der Reeducation oblag, die negativen Folgen des beabsichtigten «Säuberungs»verfahrens klarzumachen versuchte. Man solle doch allorts leicht festzustellende bewährte NS-Gegner damit betrauen, die tatsächlichen Aktivisten des nun endlich besiegten Systems ohne Rücksicht auf formale Zugehörigkeiten zu benennen und diese Minderheit, zweifellos mit Zustimmung der Bevölkerung, ja unter ihrem Beifall, wegen erwiesener Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verletzung anderer Gesetze der verdienten Aburteilung durch ordentliche Gerichte überantworten. Botschafter Murphy

sah innerhalb der Richtlinien, die in Washington festgelegt worden waren, nicht einmal die Möglichkeit, vor Jahresende auch nur das Verbot normaler Kontaktnahme mit den Deutschen generell (die «Non-Fraternisation-Order») aufzuheben. Auch er ahnte nicht, dass die Sowjets bereits dabei waren, in ihrer Besatzungszone die politischen Parteien zuzulassen, und dass die Westalliierten wenig später dem sowjetischen Vorgehen folgen mussten, wobei man hier auf die freiwilligen Wählerstimmen der breiten Bevölkerungsschichten, also auch der Millionen von Bestraften, angewiesen war.

Am 5. März 1946 übertrug in der US-Zone ein «Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus» die Urteilszuständigkeit an deutsche Spruchkammern. Es wurden «Ministerien zur politischen Befreiung» eingerichtet. Das bereits angerichtete Unheil war jedoch nicht mehr zu beseitigen. Bei Abschluss der «Säuberung» 1955 waren allzu viele Deutsche, durch die generalisierende Kollektivschuld-Anklage in Verteidigungsstellung und moralische «Aufrechnungs»-Emotionen gedrängt, statt vom Nazismus befreit voll von Ressentiments.

Die zweite deutsche Nachkriegsdemokratie hat den Geburtsfehler, der einer politisch-psychologischen Fehleinschätzung der Amerikaner zuzuschreiben ist, bis jetzt nicht völlig überwunden – in den Parteien, in der Verwaltung, der Wirtschaft, den Verbänden, den Schulen, der Bundeswehr, wo man überall die «sühnebelangten» Fachleute oder ihre Angehörigen selbstverständlich brauchte. Die «Vergangenheitsbewältigung» ist ein Verdrängungsproblem geblieben, das unserer gesellschaftlichen Erneuerung die Unbefangtheit und den Schwung nahm.

2. Die Währungsentscheidung für den Kapitalismus

1947, zwei Jahre bereits nach der «Stunde Null», war über die politischen Grundsätze hinaus, die einem «Sozialismus

der Freiheit» galten, ökonomisch auf ihn hin nicht das geringste erreicht. «Die Not erfordert Zwangsmassnahmen», so schrieb ich im September jenes Jahres, «die dem Sozialismus ein falsches Zeichen aufprägen und ihn zu einem System von bürokratischen Bevormundungen in allen Lebensbereichen zu machen drohen. Wir können heute nicht umhin, über Material und Menschenkraft behördlich verfügen zu müssen. Es bleibt nahezu kein Spielraum mehr für eigene Initiative und persönliche Entscheidungen. Wir stecken tief in einem rein naturalen Bereich, der uns seine Notgesetze aufzwingt. Ein solcher «Sozialismus der Not', bliebe er Dauerzustand und würde er zum System gemacht, wäre dann in der Tat die Strasse zu einer neuen Sklaverei. Sozialistische Politik muss aber den Weg zu einer geordneten Volkswirtschaft und zu einem ausgewogenen Sozialleben mit einer vernünftigen Verteilung der Machtbefugnisse und der Einflussmöglichkeiten nach Massgabe der sachlichen Bedeutung der einzelnen Gesellschaftsschichten eröffnen.»

Die Krise erreichte ein heute schwer mehr konkret vorstellbares Ausmass. Die Besatzungsmächte der drei Westzonen halfen zwar, unterschiedlich, jedoch nicht annähernd ausreichend, setzten aber gleichzeitig bis Anfang 1948 die Demontage verbliebener deutscher Industrieanlagen fort. Noch im April 1948 hiess es in einem ärztlichen Bericht: «Angesichts der völligen Unzulänglichkeit der Zuteilung rationierter Lebensmittel muss man sich fragen, wie es zu erklären ist, dass die Mehrzahl der Deutschen noch nicht verhungert ist. Da kein Mensch in Deutschland bloss mit den Zuteilungen auf Karten auskommen kann, sieht sich jeder Mann genötigt, sich nach Möglichkeit zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen. Wie dies im Einzelnen geschieht, das ist so überaus verschieden, dass man zunächst kaum durchsieht.» Nun, es waren die Schwarzmärkte, mitbeliefert von den Besatzungstruppen, die es besorgten – Dschungel der Gier und der Korruption.

In dieser Lage waren die meisten Deutschen mit jeder Möglichkeit einverstanden, die sich bieten mochte, über die

bare Verelendung und die schreienden Unrechtsverhältnisse, die sie begleiteten, hinwegzukommen.

Im September 1947 erlaubten die Amerikaner und Briten die Errichtung von fünf deutschen Zentralstellen für die wirtschaftliche Verwaltung der Doppelzone. Man erfuhr, dass die Absicht bestand, Deutschland in die Marshall-Plan-Hilfe miteinzubeziehen. Mit den Modalitäten waren die Sowjets nicht einverstanden. Es kam zur Bildung des Wirtschafts- und Exekutivrates in Frankfurt am Main; die Gründung der «Bank Deutscher Länder» deutete auf eine bevorstehende Währungsreform hin: der inflationäre Geldumlauf bei kaum mehr belieferten Märkten hatte 123 Milliarden Reichsmark erreicht.

Zusammen mit amerikanischen Finanzfachleuten beschlossen die deutschen Wirtschaftssachverständigen, die aus dem Frankfurter Ratsgremium zu einem Konklave in der Nähe Kassels eingeladen waren, Professor Ludwig Erhard unter ihnen, Direktor der Wirtschaftsabteilung des Rates, die Währungsreform ab 20. Juni 1948: Für jedermann 40 DM Start«kapital», Zusammenlegung aller bestehenden Forderungen 10:1, Verbleib der Sachwerte welcher Art und welchen Umfangs auch immer bei den Eigentümern, keinerlei Neuverteilung also, so dass sich beim Anlauf in die Sanierung zwei Klassen der Bevölkerung scharf voneinander abhoben: die ausreichend und darüber hinaus Besitzenden auf der einen, die Masse der nichts oder kaum etwas Habenden auf der anderen Seite. (Die Quotenzahlungen zu einem mitverfügten «Lastenausgleich» waren von den Neuunternehmen bald verkraftet.) Die Spekulation auf die Neigung, aus dem wenigen Geld bei vielen und aus den kostbaren Sachwerten bei den weniger vielen so rasch und so gründlich wie nur möglich ein Maximum an Ertrag zu erwirtschaften, erwies sich als ganz und gar richtig. Psychologisch war es keine Vabanque-Operation, obgleich ohne Kenntnis von den tatsächlich vorhandenen marktreifen Gütermengen unternommen, ohne Kenntnis von dem möglichen oder wahrscheinlichen Rohstoffnachschieb, ohne

Kenntnis von der richtigen Menge Umlaufgeldes; faktisch jedoch sehr wohl. Aber der Grad, den im Frühjahr 1948 die Krise erreicht hatte, stützte das Vertrauen, das die ans Werk gesetzten Liberalisten zu ihren Markttheorien hatten. Mit grösster und anhaltender Energie machten sich die Deutschen, von jeglichen Schuldkrupeln und kollektiven Moralüberlegungen in diesem Feld befreit, an die Leistung des «Wirtschaftswunders».

Hermann Pünder, Oberdirektor des Zweizonen-Wirtschaftsrates, erfand die Bezeichnung «Soziale Marktwirtschaft». Sie wurde von Ludwig Erhard popularisiert. Sie ist ein künstlicher Begriff: Inwiefern sollte das Konkurrenzprinzip, das die freien Märkte bestimmt, aus sich sozial sein? Es bewirkt Versorgung, aber im Wege der Kostenminderung (durch technische und organisatorische Rationalisierung) und Gewinnmaximierung. Die Beteiligungen am Produktivitätsergebnis, das die Arbeitsverhältnisse betreffende Betriebsverfassungsgesetz sowie die Mitbestimmung in den Grossbetrieben mussten wie alle übrigen sozialen Errungenschaften seit 1948 erkämpft werden. Als «Sozialkapitalismus» könnte man das System eher bezeichnen: das Kapital hat in ihm unbestreitbar – wenn auch umstritten – den Vorrang, doch nicht mehr annähernd wie vormals, im Manchester-Kapitalismus.

Vom «Sozialismus in Freiheit» hat das deutsche System kaum mehr eine Vorstellung belassen. Im Grundgesetz, 1949 beschlossen, ist die Maxime stehengeblieben: «Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig» (Artikel 14 Absatz 2 und 3). «Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmass der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden» (Artikel 15). Mit dieser Prinzipienklärung der «Sozialgebundenheit des Privateigentums» hat es das Bewenden; praktisch wird, ausser gelegent-

lich in der kommunalen Bodenpolitik, kein Gebrauch davon gemacht. Ist der Inhalt der beiden Artikel überhaupt bekannt? Die meisten Bundesbürger wären wahrscheinlich überrascht, wenn sie erführen, dass im Grundgesetz derlei steht.

3. *«Man braucht deutsche Soldaten»*

Wer in der «Stunde Null» die Meinung geäußert hätte, Deutschland würde über kurz oder lang, wie immer es um den ökonomisch-sozialen Zustand in seinem Innern und um die politischen Gesinnungen bestellt sein mochte, wiederbewaffnet und mit einer Mehrhunderttausend-Mann-Armee in eine weltumspannende Abwehr-, zeitweise Zurückdrängungs- und Befreiungsfront der USA gegen die UdSSR eingereiht, der wäre zweifellos als ein reaktionärer, unter Umständen gemeingefährlicher Spinner angesehen worden. Die Zensur der Besatzungsbehörden hätte ihn jedenfalls daran gehindert, derartigen Unsinn weiterzuverbreiten. In der deutschen Bevölkerung selbst, die von Krieg und Wehrdienst damals wahrlich nichts mehr wissen wollte, hätte die Meinung niemand ernst genommen. Wiederaufrüstung unter dem Zeichen der radikalen Ausrottung von Nationalsozialismus und Militarismus? Wo lebte man denn . . .

Es dauerte nur drei Jahre, und es kam, wie kein Mensch mit nüchternem Verstand es für möglich gehalten hätte. Dr. Konrad Adenauer wirkte als erster Bundeskanzler, es für eine Notwendigkeit, seine Pflicht und um der Erlangung der deutschen Gleichberechtigung willen für wünschenswert haltend, tatkräftig daran mit. Gustav Heinemann, Bundesinnenminister unter ihm, verließ darüber am 9. Oktober 1950 protestierend das Kabinett, das von den geführten Vorverhandlungen nichts erfahren hatte: es sollte vollendete Tatsachen billigen – Tatsachen, die die deutsche und die europäische Entwicklung nachhaltig in einer anderen als der

ursprünglich von aller Welt gedachten Richtung beeinflusst haben.

Im Oktober 1948 hatte ich im USA-Verteidigungsministerium eine längere Unterredung mit General Vedemeyer, dem stellvertretenden Generalstabschef damals der Vereinigten Staaten. Ich hatte von amerikanischen Absichten der bezeichneten Art gehört und wollte, für die «Union der Europäischen Föderalisten» und die «Europa-Union», authentisch Bescheid erhalten. Das Gerücht bestätigte sich. (Es waren die Monate der sowjetrussischen Blockade West-Berlins nach der Verselbständigung Westdeutschlands durch die Währungsreform und der Einrichtung der «Luftbrücke».) Wenn es zu einem Krieg käme, meinte der General, wäre die stärkste Armee in Europa die schweizerische, und die sei neutral! «Wir brauchen 500'000 Deutsche, sie und die Türken sind die besten Soldaten.» Ich erlaubte mir, auf die in mehrfacher Hinsicht offenbare Unmöglichkeit einer derartigen Umkehrung der alliierten Beschlüsse und Richtlinien hinzuweisen. Vergeblich – «man wird sich schon daran gewöhnen».

So war es dann in der Tat, wenn auch mit einigen recht zweifelhaften weltpolitischen und noch zweifelhafteren innerdeutschen Folgen. Niemand weiss heute, ob es gelingen wird, das ungeheuerliche Wettrüsten, das sich aus den Entschlüssen von 1948 ergab, vor dem Ausbruch des planetarischen Krieges mit den Superwaffen zu beenden, einzuschränken und abzuschaffen – ein Wettrüsten, das zurzeit täglich insgesamt in der Welt mehr als sage und schreibe eine Milliarde DM kostet. In Deutschland hat der unglaubliche Kurswechsel bei vielen die politische Moral, die schon der Nazismus aufs Äusserste strapaziert hatte, zugunsten eines Opportunismus, der sich realpolitisch nennt, vollends verdrängt.

Selbstverständlich ist es ungewiss, ob die deutsche und europäische Entwicklung positiv hätte anders verlaufen können. An einer ganzen Reihe von Entscheidungen, die getroffen worden sind, liesse sich zeigen, dass es der Dogma-

tismus und das abgründige Misstrauen der Sowjetrussen waren, die die Versuche, den Frieden auf eine bessere Weise zu fördern, vereitelt haben. Es gibt aber auch Beispiele, die ein ideologisch und strategisch allzu lineares Denken der Staatsmänner und Politiker, die im Westen bestimmend waren, aufweisen.

Die Fulton-Rede von Winston Churchill meinte, obschon sie auch militärisch konzipiert war, noch nicht den entsprechenden Einbezug der Deutschen – Westdeutschlands also. Wie weit darin 1948 bereits Ernest Bevin und Paul-Henri Spaak gingen, ist nicht festgestellt, aber beide waren, von Europa aus, die Anreger des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, Bevin ohne die Bereitschaft zur politischen Supranationalität. Sie betrieben erfolgreich die Ausweitung des britisch-französischen Militärpakts von Dünkirchen (4. März 1947) zum «Brüsseler Pakt» mit den Benelux-Ländern (17. März 1948). Jeder der zwei Verträge richtete sich formal gegen eine Wiederkehr der «deutschen Gefahr», in Wirklichkeit, da von einer solchen angesichts der Realität absehbar keine Rede sein konnte, gegen die «dahinterstehende» Sowjetunion. Es kam zur Gründung der NATO (4. April 1949). Um Kohle, Eisen und Stahl zwischen Deutschland und Frankreich institutionell aneinander zu binden und so einen ersten Schritt zur ökonomisch-politischen Einigung des Kontinents zu tun, schlug Außenminister Robert Schuman die Montan-Union vor (Vertragsabschluss auf fünfzig Jahre dann am 18. April 1951). Vom September 1951 an wurde, nachdem geheime Verhandlungen darüber seit längerem geführt worden waren, ein militärischer deutscher Truppenbeitrag offen ins Auge gefasst. Die wirtschaftliche Konsolidierung Westdeutschlands war zu dieser Zeit in vollem Gang . . . ; Frankreich befürchtete nun, was 1948 noch Vorwand gewesen war, allen Ernstes, womöglich überdies in der Perspektive einer deutschen Wiedervereinigung sowie einer Annäherung an die Sowjetunion. Im Gefolge der Politik Robert Schumans unterbreitete daher Ministerpräsident René Pleven, vormals Vertei-

digungsminister, den Plan zu einer «Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft» (EVG, Dezember 1951). In deren integrierte Armee sollten die von den Amerikanern geforderten deutschen Divisionen eingegliedert werden. Der Vertrag kam zustande und wurde am 27. Mai 1952 bei gleichzeitiger Verflechtung mit dem atlantischen Bündnis unterzeichnet. Einen Tag vorher hatte die Bundesrepublik im «Deutschland-Vertrag» die volle staatliche Selbständigkeit und internationale Gleichberechtigung zugesprochen erhalten.

Die Einführung der Wehrpflicht war von der Regierung in Bonn schon am 9. Januar 1952 angekündigt worden. Durch mehrere Verfassungsänderungen – im Wege von «Ergänzungen» – wurde sie im Grundgesetz dann verankert. 144 Abgeordnete des Bundestages reichten gegen die «Remilitarisierung» Klage beim Verfassungsgericht ein; sie wurde am 15. Juli 1952 aus formalen Gründen zurückgewiesen.

Je mehr die Systemgegensätze zwischen West und Ost die Schärfe des Kalten Krieges annahmen, als um so vordringlicher galten die militärischen Massnahmen im Vergleich zu den Bemühungen um die politische Einigung Europas. Die endgültige Annahme des EVG-Vertrags scheiterte schliesslich aber, nachdem ausser Frankreich die übrigen fünf Signatarmächte zugestimmt hatten, am 31. August 1954 in der französischen Nationalversammlung. Zwölf Stimmen fehlten zur Mehrheit des Annahmeantrags: Der Indochina-Krieg hatte Unsummen in der Höhe der gesamten amerikanischen Marshall-Plan-Hilfe an Frankreich verschlungen, das Parlament fürchtete Unterlegenheit gegenüber der Bundesrepublik. Da der Vertrag eine Klausel zur Einberufung einer verfassungsvorbereitenden europäischen Konferenz enthalten hatte – letzter Dochnoch-Erfolg des internationalen Exekutivkomitees der «Europäischen Bewegung» -, brach mit der Ablehnung in Paris auch die politische Einigungsbemühung zusammen. In den «Römischen Verträgen» ist sie drei Jahre später als Versuch, von der Wirt-

schaft her ans Ziel zu gelangen, wiederaufgenommen worden – vergeblich bisher. Der Militärprimat hat bewirkt, dass 1948/49 nach dem «Haager Kongress» bei der Gründung des «Europa-Rats» die Sternstunde ungenutzt geblieben ist.

Bundeskanzler Adenauer hat es fertiggebracht, dass bereits am 3. Oktober 1954, fünf Wochen lediglich nach dem Debakel der EVG, die Bundesrepublik (zusammen mit Italien) unter Streichung der gegen sie gerichteten Präambel in den «Brüsseler Pakt» aufgenommen wurde – Vorstufe zum direkten Eintritt in die NATO (am 8. Mai 1955).

Noch immer gab es keine deutschen Soldaten, weder in Divisions- noch in Regiments-, noch in Kompaniestärke. Aber im Osten wurde (am 15. Mai 1955) der «Warschauer Pakt» unterzeichnet. Und das innenpolitische Klima in der Bundesrepublik hatte sich vollends verändert.

4. *Der Antikommunismus*

Das «Wirtschaftswunder» war nicht Ergebnis allein deutscher Tüchtigkeit, die sich vom 20. Juni 1948 an auf ausgetrockneten Inlandsmärkten mehr und mehr ungehemmt bewähren durfte. Drei wesentliche Voraussetzungen kamen hinzu. Der Marshall-Plan, im April 1948 von den USA mit zahlreichen Staaten vertraglich vereinbart, führte innerhalb der «Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit» (OEEC), in die Westdeutschland mitaufgenommen wurde, durch rasche Deckung des Nachholbedarfs der Bevölkerungen zur Beseitigung der Mangelwirtschaft. Für den Aufschwung der Konjunktur international im Westen sorgte vom Juli 1950 an bis zum Juni 1953 zusätzlich der Korea-Krieg. Und schliesslich waren es paradoxerweise die durch die Besatzungsmächte vorgenommenen Demontagen, die zur Top-Modernisierung der Grossindustrieanlagen und damit gegenüber den anderen Staaten zur Wettbe-

werbsfähigkeit der Unternehmen in Westdeutschland, als der Aufschwung einsetzte, beitrugen.

Ausserhalb dieses exorbitanten Aufschwungs, der sich ganz und gar nicht von selbst verstand, hiess die Generalparole der Bundesrepublik daher, von Dr. Adenauer gegen alles angewandt, was ihm unangebracht erschien, «Keine Experimente!», – das «Wunder» sollte durch nichts, weder durch «Sozialismen» noch gar durch irgendwelche «Rück-sichtnahmen» auf die Sowjetunion, gefährdet werden. Ablehnung und Abwehr zementierten beide den deutschen Antikommunismus.

Zu den psychologischen «Leistungen» des Nationalsozialismus, die ihn überlebten, gehörte die Bolschewisten-Furcht. Sie stand im Gegensatz zum deutschen Verhalten während der Weimarer Zeit, in der sich weder die Politiker noch die Wirtschaftsführer, noch die Generale der Reichswehr, noch die Intellektuellen davon abhalten liessen, auf Grund gediegener Kenntnisse nüchtern, zweckmässig erscheinende Beziehungen zu den Sowjets zu unterhalten. Bei Kriegsende 1944/45 hingegen schien das Vorgehen der Roten Armee, wenn man von den vorausgegangenen Ungeheuerlichkeiten der Nationalsozialisten absah, der Goebbels-Propaganda recht zu geben. Dr. Adenauer sprach bei Wahlen von den «Kosaken», die über unser Land kommen könnten, und das weckte die einstigen Erinnerungen.

Eindringlich und nachhaltig wirkte infolgedessen die amerikanische Warnung, die von 1946 an als Folge der sowjetischen Eigenpolitik stärker und stärker die westlichen Vorstellungen zu beherrschen begann: dass die UdSSR eindeutig aggressive Absichten hege und nur auf die Gelegenheiten aus sei, sie ins Werk zu setzen. In Wirklichkeit handelte es sich um eine Verkehrung der Konsequenzen aus Jalta. Der Sowjetunion waren Teile des Gebiets als Einflusszone und Interessenvorfeld zugesprochen worden, das die Alliierten des Ersten Weltkriegs in den Pariser Friedensverträgen als *cordon sanitaire*, als Klein- und Mittelstaaten-Gürtel von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zwischen

Russland und Deutschland gelegt hatten. In ihm «konsolidierten» die Sowjets, überall in Anwesenheit der Roten Armee, die Regierungsverhältnisse in ihrem Sinn auf die kommunistische Weise, zuletzt am 12. Februar 1948 in der Tschechoslowakei. Hätten sie darüber hinaus militärisch aggressiv gedacht, so hätte sie in jenen Jahren kaum etwas wirklich abhalten können, bis an die Atlantikküste vorzudringen – siehe die zitierten Äusserungen des stellvertretenden amerikanischen Generalstabschefs anlässlich der Berliner Blockade: der Kontinent verfügte – und noch lange Zeit anschliessend – über keinerlei effektive und effiziente militärische Abwehrkräfte. (Die Ausrüstung der USA mit der Atomwaffe reichte, bis 1952 auch die Sowjetunion darüber – und zusätzlich bereits über die Wasserstoffbombe – verfügte, allein zur Verteidigung Kontinentaleuropas nicht annähernd aus.) Umgekehrt hielt USA-Aussenminister John Foster Dulles die UdSSR für so ungefestigt, dass er, als die NATO-Rüstung in Gang gesetzt war, einer *roll back-Strategie* mit Hilfe der «Politik der Stärke» das Wort sprach. Sein getreuester Freund und in dieser Sache Bundesgenosse war Dr. Adenauer.

Im Innern der Bundesrepublik ist es den Kommunisten zu keinem Zeitpunkt gelungen, sei es als Partei, sei es durch sonstige Einflussnahmen, ein für die gesellschaftliche Entwicklung ernst zu nehmender Faktor zu werden, weder auf demokratische noch auf undemokratische Weise. Die systematische, aussenpolitisch begründete Pflege der Furcht vor ihnen, verstärkt durch die Parallelenstehung des zweiten deutschen Staates und die Verfügungen, die Zustände, die Stellungnahmen dort, hat jedoch die Innenpolitik in Westdeutschland auf das spürbarste beeinflusst. Die Tendenz zum Autoritarismus und zum Verfassungsschutz-Staat mit allen der Freiheit weniger nützlichen als für sie fragwürdigen Folgen ist daraus entstanden. Was musste man für Verdächtigungen über sich ergehen lassen («man», das waren sogar die SPD und die Gewerkschaften), wenn man sich in den fünfziger Jahren der Bewegung «Kampf dem Atomtod»

anschluss, der Abwehr einer drohenden Ausrüstung der Bundesrepublik mit Atomwaffen und der – dann nicht aufgehaltenen – Lagerung der Atomsprengköpfe auf dem Gebiet der Bundesrepublik! Nicht minder in den Auseinandersetzungen, die sich anschlossen, so in der um eine «Notstandsverfassung». In beiden Fällen ist für den Bestand und die Weiterentwicklung der Freiheit in der Demokratie einiges erreicht (nachteiliges vor allem verhindert) worden. Die *Spiegel*-Affäre 1962 hat, im Zusammenhang mit den damals zutage tretenden Folgen der Erneuerungsversäumnisse im Hochschulbereich, mitbewirkt, dass sich die Ausserparlamentarische Opposition mit ihren positiven und negativen Aspekten formierte. Und ich glaube nicht, dass es ohne die Abwehrbewegungen jener Jahre am Ende des Jahrzehnts, nach dem innenpolitischen Regierungswechsel, im Verhältnis zum Osten zu den Entspannungsbemühungen und ihren relativen Erfolgen hätte kommen können.

Die Primitivität des in der Bundesrepublikgleichwohl bis heute vorherrschenden Antikommunismus – ein Unikum innerhalb der west- und mitteleuropäischen parlamentarischen Demokratien – hat im Schul- und Medienbereich, zwei für unsere künftige Entwicklung besonders wichtigen Gebieten, Verhältnisse geschaffen, die, wenn sie nicht in einem mutig-freiheitlichen Sinn geändert werden, unsere geistige und moralische Integrität auf mögliche politische Gefahrensituationen hin übel beeinträchtigen können-völlig überflüssigerweise meines Erachtens, weil wir stark genug sind, ohne zweifelhafte, das heisst im rechtlichen Sinn ambivalente Zwangsmassnahmen den kommunistischen Argumentationen und Fussfassungsversuchen wirksam zu begegnen. (Es wäre doch gelacht, dass wir dazu in offenen Auseinandersetzungen, ob in der Lehrerschaft, in den Redaktionen, bei Behörden oder sonstwo, nicht imstande sein sollten.)

Der Erfolgsdeutsche und die tatsächlichen Herausforderungen

Blickt man auf die dreiunddreissig Jahre seit 1945/46 so objektiv, wie es einem möglich ist, zurück, so sind in jeder Hinsicht die Veränderungen, die stattgefunden haben, erheblich. Nicht eine einzige liess sich so, wie sie sich zugetragen hat, voraussehen. Selbst was die Verarbeitung der Erfahrungen betrifft, die im Nationalsozialismus und mit ihm gemacht worden sind, hätte man meinen können, sie wäre mit grösserem Nutzen an Staats- und Humanitätsgesinnung erfolgt, als es insgesamt zutrifft.

Im aner kennenswert Zivilisatorischen sind die Fortschritte des «Erfolgsdeutschen» der Bundesrepublik, versetzt man sich in die Welt des «Bismarck-Deutschen», dann des «Hindenburg-Deutschen», schliesslich in die des «Hitler-Deutschen» zurück, zumeist erfreulich: Die National- und Klassenvorurteile haben abgenommen, das Leben ist internationalisiert, die Weltkenntnis hat zugenommen, von Militarismus kann keine Rede sein, die Neigung zu bürgerlicher Verselbständigung ist unverkennbar, die Emanzipation der Frau über die Standardgrenzen von vormals weit hinaus. Dazu natürlich die ökonomischen und sozialen Erfolge: die höchsten Durchschnittslöhne und -gehälter der westlichen Industrieländer, die mit Skandinavien am gründlichsten verbesserten und überwachten Arbeitsverhältnisse, die längsten Jahresurlaube, die Vorsorgen gegen Krankheit und für das Alter, nach der Schweiz die geringste Geldentwertung, das Lieferansehen der deutschen Exportfirmen. Begründbar lässt sich wirklich nicht behaupten, es habe sich nach dem Krieg zu Beginn, in den Konstellationen der Entscheidungen, die von alliierter und von deutscher Seite gefällt wurden, schlicht um eine verfehlte Politik gehandelt.

Betrachtet man sich aber unsere bundesrepublikanische Bildungsmisere und den Tatbestand, dass es ausser dem wirtschaftlichen und finanziellen Leistungserfolg kaum mehr einen Massstab gibt, an dem die Gesellschaft den Wert des

Menschen letztlich zu messen bereit ist, dann sucht man doch nach den Unterlassungen des Notwendigen und nach der Verfehlung von Wegmarken, die vor allem im ersten Jahrfünft unserer Nachkriegsentwicklung feststellbar sind. Auf die Besatzungspolitik mit Weltbedeutung konnte deutscher Einfluss damals nur sehr beschränkt genommen werden (obgleich es auch dazu immer wieder die Gelegenheit gab, und nicht jede, vor allem zu Verhinderungen, ist genutzt worden). Zwei unsere Zukunft grundlegend bestimmende Initiativen aber, die vorgeschlagen worden sind, hätten im Gesamtrahmen dessen, was geschehen ist, unternommen und versuchsweise verwirklicht werden können: die «Sozialgemeinschaften» zur Mitbestimmung und Steuerung von Produktion, Marktversorgung und Dienstleistungen, sowie, in Zusammenarbeit von Wissenschaft, Pädagogenschaft und Kirchen, unter begleitender Miteinwirkung der Gewerkschaften – anderer Verbände noch –, in ständigem Kontakt mit Vertretungen der jüngeren Generationen – der aus Krieg und Gefangenschaft Heimgekehrten –, die Erarbeitung eines zeitgemässen Kanons von Orientierungs- und Normenwissen (wie es um die Mitte der fünfziger bis in die sechziger Jahre der «Deutsche Rat für das Erziehungs- und Bildungswesen» in seinen «Empfehlungen» begonnen hat, die beim Erfolgsdeutschen gegen den Primat der Ökonomisierung dann nicht mehr ankamen).

Jetzt, gegen Ende der siebziger, zu Beginn der achtziger Jahre eröffnet sich die Chance vielleicht ein zweites Mal, die beiden Initiativen ins Auge zu fassen. Es ist klar, dass die industriewirtschaftliche Zivilisation nicht ohne Korrekturen und Reformen so fortgesetzt werden kann, wie sie bisher betrieben worden ist. Das linear-quantitative Wachstum gelangt an Grenzen. Es müssen neue, umweltgerechte Technologien gefunden, aber auch alternative Lebensweisen erprobt werden. Gleichzeitig sind zwei planetarische Probleme zu bewältigen: zum einen die Regelung des Verhältnisses zwischen den Industrienationen und den sogenannten Entwicklungsländern (im «Nord-Süd-Dialog» werden die

Prinzipien dazu formuliert), zum anderen die Umkehrung der Rüstungspolitik (Begrenzung und allmähliche Herabsetzung). In allem dem kommt der Bundesrepublik auf Grund der ökonomischen und politischen Bedeutung, die sie erlangt hat, eine, wie bereits ersichtlich, mitinitiatorische Rolle zu. Die Jungsozialisten, die Jungdemokraten, der Ring christlich-demokratischer Studenten, die Junge Union sollten, so scheint mir, die Thematik mit unvergleichlich mehr Intensität als bisher aufgreifen. In einer Welt, die, um mit Karl Kraus zu sprechen, «zwischen Morgen- und Abendblatt lebt», der die kulturellen Dimensionen abhandeln gekommen sind, müssen aktive, produktive Minderheiten die weiterführenden Durchbrüche schaffen.

Ist es zu idealistisch zu meinen, in «Republikanischen Clubs» könnten allerorts die Erörterungen und Auseinandersetzungen darüber stattfinden, damit die Mittel und Wege gefunden werden, der Herausforderungen, die bereits absehbar sind, Herr zu werden? Kann der Nachwuchs der «Erfolgsdeutschen» nicht beweisen, dass er angesichts der jetzt zutage tretenden, zum Teil bereits zutage getretenen schicksalhaften Probleme über die Rezepte der Väter hinauszudenken, hinauszuhandeln versteht?

Die Aufgabe ist wahrhaft historisch – anders als die in der seinerzeitigen «Stunde Null» und doch vergleichbar. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass sich die Hoffnungen und Erwartungen, die daran geknüpft werden können, erfüllen werden. Aber ist es unmöglich?

Gespräch mit Heinrich Böll

Schüddekopf: Der Aufbruch und der Ausbruch aus der Trümmerzeit ist für die Nachkriegsgenerationen, ich bin Jahrgang 1946, zur Legende geworden. Ein Mythos ihrer Väter, aber auch Stammtisch- und Veteranengespräch. Wie haben Sie diese Zeit erlebt und empfunden?

Böll: Ich war in dem Alter, in dem Sie jetzt sind. Diese Generation der sogenannten Heimkehrer, zu denen ich zähle, war zwischen zwanzig und Mitte Dreissig. Die meisten, ich weiss nicht wie viele, jedenfalls ich, haben voll vertraut auf die Besatzungsmächte. Mir war klar, dass die Deutschen sich nicht selbst befreit hatten, das war mir vollkommen klar. Letzte Erkenntnis erlangt im Gefangenenlager darüber und auch im Zusammenhang mit dem unglaublichen Geschwätz über den Endsieg im Gefangenenlager noch im April/Mai 1945. Meine Altersgenossen, aber auch ich selbst, hatten nur geringe Kenntnisse über demokratische Verhältnisse, Staatsformen und Möglichkeiten. Ich war fünfzehn, als Hitler an die Macht kam. Nur Erinnerungen von meinem Vater, von meinem Elternhaus, ein bisschen Weimarer Republik noch im Kopf und wir, ich schränke ein und ich, aber ich glaube, dass das für viele zutrifft in meiner Altersgruppe, haben eigentlich die Demokratie zwischen 1945 und 1948/49 den Alliierten überlassen. Die hatten uns befreit, wir hatten uns nicht selber befreit, und sehr banal ausgedrückt, dachte ich, die werden das schon ma-

chen. Sie müssen dazu bedenken, dass die Jahrgänge, zu denen wir gehören, ungeheuer dezimiert waren. Zunächst waren das schon ganz schwache Geburtenjahrgänge, die Jahrgänge der im Ersten Weltkrieg Geborenen. Das waren dann die Jahrgänge, die exakt in die Kriegsplanung der Nazis passten. Also so 20 bis 22 bei Kriegsbeginn, entsprechend dezimiert, ich habe mir das später mal angeguckt und auch überlegt, dass es 1945 in Deutschland wahrscheinlich viermal so viel Siebzigjährige gab wie 28jährige. Diese, sagen wir jetzt 28- bis 30jährigen, waren zum grössten Teil Nazis gewesen. Was hätten sie anderes sein sollen auf Grund ihrer Erziehung, ihrer Herkunft, ihrer politischen Kenntnisse. Sie sind ja meist sogar von ihren Eltern dazu gemacht worden. Man darf ja nicht vergessen, wie populär der Nazismus war, das wird ja immer heruntergespielt. Und sie waren entweder resigniert, oder krank, oder müde, oder tot. Die Politik wurde gemacht von den Sechzig- bis Siebzigjährigen, verstehen Sie?

Sch.: 1945/46?

Böll: Ja, bis 1947/48. Und dann kam sehr bald, das ist, glaube ich, sehr wichtig und interessant, eine Generation **von neu ausgebrüteten Demokraten, die ein Produkt der Reeducation waren**. Diese Reeducation-Demokraten sind so perfekt, dass es mir oft genug unheimlich wird, Sie finden sie unter Politikern, Professoren, Juristen, auch unter Autoren, sie sind heute zwischen 48 und 55 Jahre alt, die wissen und wussten es immer besser als die wenigen überlebenden Demokraten. Die wussten's natürlich sehr viel besser als die wenigen überlebenden Kommunisten aus dem Widerstand. Der kommunistische Widerstand, von dem ich erfahren habe, eigentlich zufällig aus privaten und persönlichen, familiären Gründen und weil Köln einen überraschend hohen kommunistischen Bevölkerungs- und auch Wähleranteil hatte, trotz oder wegen

seines Katholizismus. Es ist ja kein Zufall, dass die meisten kommunistischen Wähler in den katholischen Ländern des Mittelmeerraums zu finden sind, da müsste man lange drüber nachdenken. Also ich hatte Ahnung davon, durch Bekannte, Verwandte, ich bin Leuten aus dem Widerstand, auch hin und wieder begegnet. Dieser Widerstand ist ja völlig gezeugnet, ja verdrängt worden, und dann kamen diese frischgebackenen zwanzig- bis fünfundzwanzigjährigen Demokraten aus den hauptsächlich [britischen Reeducation-Camps](#); das waren derart verblüffende Demokraten, da kam ich mir damals schon wie ein Opa vor.

Ich habe mich kaum um Politik gekümmert. Ich drücke das so banal aus, weil mein Vertrauen in die Siegermächte unverantwortlich hoch war, ja, ich nehme an, ich weiss es wirklich nicht mehr genau, dass ich auf Grund meiner Herkunft, meiner Erziehung und auch im Hinblick auf die Gedanken des Ahlener Programms, die von der CDU und auch von meinen Freunden und Bekannten weiter verbreitet wurden, bei der ersten Bundestagswahl sogar ein CDU-Wähler war. Ich weiss es nicht, ich hab's nicht mehr in Erinnerung, es ist auch nicht wichtig, es ist nur interessant vielleicht, weil ich das schon bei der nächsten Wahl ganz sicher nicht mehr war. Sagen wir, ein innenpolitisches Erwachen kam mit den ersten Gerüchten über die Wiederaufrüstung. Es kam ja erst als Gerücht, es wurde sehr geschickt lanciert, und da bin ich also innenpolitisch wach geworden, war schon ziemlich alt, da war ich 32/33. Im Übrigen waren wir, ich gebrauche dieses pathetische «wir» nur zögernd, aber ich denke, es trifft wirklich auf die meisten zu, mit sehr elementaren Sorgen beschäftigt. Mit den elementarsten, die Sie sich denken können, Wohnung, Essen, Heizen und solchen Dingen, mit unserer Arbeit auch. So sehe ich das jetzt rückblickend. Dann kam allerdings ein sehr jähes Erwachen bei diesen ersten Wie-

deraufrüstungsgerüchten und von da ab auch, sagen wir, politisches Engagement und genaue Beobachtung der innenpolitischen Entwicklung.

Sch.: Dieses Erwachen, war das auch gleichzeitig ein Zerbrechen Ihres Vertrauens in die Besatzungsmächte? Anfangs haben Sie zumindestens gesagt, Sie hätten das...

Böll: Nein, nein, ich glaube, dass dieses Vertrauen, wie ich das vorhin genannt habe, sehr illusorisch, sehr naiv war. Der Impetus der Alliierten, Europa vor dem Faschismus zu retten, war ganz sicher vorhanden, war respektabel, aber zu glauben, dass dahinter nicht auch machtpolitische und wirtschaftspolitische Interessen sichtbar würden, war wahrscheinlich etwas zu naiv. Dann kam natürlich der Kalte Krieg sehr bald, und die Sache klärte sich eigentlich sehr schnell, worum's ging.

Sch.: 1945, die «Stunde Null», das schien schon damals für die Deutschen nicht zu bedeuten, dass sie von den Alliierten besiegt worden waren, sondern das Nazi-Regime war zusammengebrochen. Man war befreit worden, ohne selber an dieser Befreiung...

Böll: Ich glaube, dass heute noch sehr viele den Terminus Befreiung bestreiten würden. Das ist ihnen zu erniedrigend! Ich hab's empfunden, sowohl hier in meinem Bewusstsein ganz klar und auch körperlich. Ich hatte also die Gefangennahme durch die Amerikaner ganz klar und bewusst als einen Akt der Befreiung aus der Deutschen Wehrmacht empfunden. Da war viel Illusion, viel Utopie drin, aber auch viel Hoffnung. Ich glaube, Sie haben ein wichtiges Stichwort aufgegriffen mit der Befreiung. Wenn man das weiterdenkt, kommt man auf sehr merkwürdige und heute sehr unpopuläre Gedanken. Dann hat nämlich die Rote Armee auch an unserer Befreiung mitgewirkt. In Anführungsstrichen und ohne. Wir sollten nachher auch noch über die Dinge sprechen, die sich bei dieser Befreiung physisch, politisch, geographisch für die be-

troffenen Menschen in diesen Gebieten abgespielt und die wir viel zu lange geleugnet haben. Aber strategisch hat die Rote Armee die meisten Verluste gehabt, die schwersten Kämpfe auf sich nehmen müssen. Ich glaube, dass deshalb der Terminus Befreiung Aufruhr verursachen würde. Die Deutschen haben sich eben nicht befreit gefühlt. Sie haben sich selber nicht befreit und nicht befreit gefühlt, sondern dieses merkwürdige Wort Zusammenbruch gefunden. Der Begriff Niederlage war ja schon fast tabu. Zusammenbruch hiess das. Merkwürdiges Wort. Was ist da zusammengebrochen? Nehmen Sie es physikalisch oder architektonisch. Ein Haus bricht zusammen. Warum bricht ein Haus zusammen? Weil die Fundamente oder irgend etwas anderes kaputt ist. Aber dieses ominöse Wort Zusammenbruch war eigentlich das Stichwort. Ich hab's als Befreiung empfunden, bezeichne es heute noch in jeder Weise so und bin auch bereit, für diese Befreiung einen Preis zu zahlen. Dazu waren wir eben lange nicht bereit – die Abhängigkeit innerhalb eines Machtblocks wahrzunehmen.

Sch.: Hatten Sie damals Erfahrungen mit verschiedenen Besatzungsmächten?

Böll: Nein, aber das müsste man noch analysieren. Ich glaube, das ist noch nicht geschehen. Wie sich politisches Bewusstsein, Erfahrungen mit Besatzungsmächten, wie sich kulturpolitisches Leben in den verschiedenen Zonen entwickelt haben. Bei der ehemals sowjetisch besetzten wissen wir's, die ehemals französische Zone hat ein ganz anderes kulturpolitisches Timbre als die ehemals amerikanische und die britische. Wir lebten in der britischen Zone. Das bedeutet, ich hab von der Besatzung als militärischer Macht überhaupt nichts bemerkt. Die Engländer waren derart zurückhaltend, fast gleichgültig, dass wir dieses Erlebnis nicht gehabt haben. Es gab natürlich eine Sperrstunde, ich glaube 21 Uhr. Ein Jahr lang. Und das war einleuchtend, es

war sehr einleuchtend. Innerhalb dieser zerstörten Städte herrschte ja ein richtiges Räuberwesen. Es war lebensgefährlich, nach 20 Uhr auf die Strasse zu gehen. Man konnte die Sperrstunde auch mal überschreiten. Da musste man eben riskieren, mal geschnappt zu werden. Es war jedenfalls keine bedrückende militärische Besatzung. In der französischen Zone war das offenbar ja ganz anders. Jedenfalls war das hier in der britischen Zone ein merkwürdig leichter Übergang in die Demokratie. Heute denke ich, dass er vielen wahrscheinlich auch zu leichtgemacht worden ist.

Sch.: Die völlige Erinnerungsunfähigkeit, auf die man fast überall stösst, spricht dafür.

Böll: Ja, auch. Ich denke jetzt auch oft darüber nach. Wir sprachen ja eben über die Generation der Reeducation-Leute, die ja im Durchschnitt sehr schnell politisch Karriere gemacht haben, heute fast schon die bestimmenden Leute so im Alter zwischen 45 und 55 sind. Denen ist es auch zu leicht gemacht worden. Sie hatten nicht den Schmerz der wirklich alten Nazis, die möglicherweise ja Bitterkeit empfunden hatten über den Zusammenbruch ihrer Ideale und ihrer Welt. Unterstellen wir mal, dass sie wirklich nur gutgläubig waren, viele von ihnen und sie hatten nicht den Schmerz der Leute mit noch demokratischer Erinnerung. Da war man eben in der Hitler-Jugend, in der Wehrmacht und junger Offizier, und später wurde man dann eben zum jungen Demokraten gemacht, Schluss. Und kam als Demokrat zurück. Ich denke mir, dass der Prozess, durch den jemand Demokrat wird, etwas länger dauert, viel komplizierter ist, viele Rückschläge hat, viele Brechungen. Diese ungebrochenen Demokraten, die da so im Alter von 25 Jahren aus den Camps kamen, sind mir heute noch ein bisschen unheimlich. Das sind die Macher. Die finden Sie in der DDR genauso auf 'ner anderen Ebene mit anderem Vokabularium, aber sie sind aus derselben Genera-

tion, und ich denke, vielleicht auch aus denselben Küchen entstanden. Sie sind in der DDR eben sehr rasche Kommunisten.

Sch.: In der Trümmerzeit, sagen Sie, sei es nur um die nackte Existenz, ums Überleben gegangen. Aus unserer heutigen sozialen und wirtschaftlichen – und vielleicht auch rechtlichen Sicherheit heraus klingt das fast wie Anarchie. Nicht Anarchie gleichgesetzt mit Terror, sondern als ein Zustand, in dem die materiellen Werte noch nicht verteilt sind.

Böll: Es war komplette Anarchie im allerfriedlichsten Sinne. Es gab auch die andere Seite dieser Anarchie, die ich vorhin andeutete. In den Trümmern hockten regelrechte organisierte Banden, die Überfälle machten.

Ich will Ihnen ein Detail erzählen. Meine Frau erwartete ein Kind im Februar 1947. Fürchterlicher, schrecklich kalter Winter. Man musste vorher zu der Hebamme gehen und sagen, so und so, wir erwarten ein Kind, wir wohnen da und da, wir heißen so und so, und ich komme Sie wahrscheinlich dann und dann nachts holen. Das Kind kam früher als erwartet, vier Wochen früher. Die Hebamme, mit der wir verabredet waren, war verreist. Ich nenne dieses Detail, ich möchte Sie bitten, nichts Veteranisches darin zu entdecken, nur um die Anarchie zu erklären. Ich musste also so mitten in der Nacht um zwei/drei Uhr bei minus 25 Grad eine Hebamme suchen, rannte hier rum, fand eine. Sie sagte nein, ich bin nicht dazu verpflichtet. Sie kennen die Bestimmungen, man muss vorher usw. Ich hab die dann rumgekriegt, aber es war ein umständlicher Prozess. Dasselbe traf auf Ärzte zu, weil sowohl Hebammen wie Ärzte systematisch durch falsche Angaben rausgelockt und völlig ausgeplündert wurden. Das war die kriminelle Seite der Anarchie. Die andere Seite war: Es herrschte also eine Art Verachtung des Besitzes. Wir mussten ja auch Öfen stop-

fen, also klauten wir, was wir finden konnten. Holz in den Trümmern und Kohlen aus den Kellern kaputtgeräumte Häuser, Haustüren. Ich habe nie das geringste Bedenken gehabt zu stehlen. Und das hatten sehr wenige. Das waren nicht nur Leute, die durch ihre Armeezeit so ein bisschen nihilistisch angehaucht waren, wir waren eigentlich alle. Sondern ich erinnere mich sehr respektabler Bürger, die mit der gleichen nonchalanten Rücksichtslosigkeit überkommene Besitzverhältnisse missachteten. Das sind heute Leute, für die es nichts Heiligeres gibt als Besitz. Wenn Sie das also psychologisch analysieren, kommen Sie auf sehr seltsame Dinge. Das sind Leute, die heute sagen, «haltet den Dieb», und das müsste man eigentlich mal recherchieren, was da so alles passiert ist an geklauten Teppichen, Möbeln, was immer auch war. Wir hatten eine Wohnung gehabt, meine Frau und ich, in einem Vorort. Ich war noch im Gefangenenlager. Meine Frau war evakuiert in einem Dorf. Die konnte nicht nach Köln. Der Stichtag, wo man die Wohnung besetzen musste, verfiel. Die Wohnung war futsch. Gut, war eigentlich ein sehr vernünftiges Gesetz. Aber wir wollten gern unsere Klamotten wiederhaben. Wir hatten uns schöne Bilder gekauft und Teppiche und was weiss ich, irgendwelche sehr schönen Kleinigkeiten, und meine Frau ging also in das Haus und suchte das dann in den Wohnungen der Nachbarn alles schön zusammen. Die hatten das schon einkassiert. Es wurde dann aber auch wieder rausgerückt. Es hiess eben, «wir dachten, Sie kommen nicht mehr wieder». Also, was da alles passiert ist, das deutet schon auf Anarchie hin. *Sch.:* Aber was für Konsequenzen hatte diese Anarchie auf das politische Bewusstsein, wenn es ein politisches Bewusstsein in dieser Zeit gegeben hat?

Böll: Ja, das war ja noch die Zeit innenpolitischer Lähmung. Es gab ja noch keine Parteien. Es gab noch gar kein politisches Leben.

Sch.: Ich denke nicht an ein realpolitisches Konzept, mehr an sozusagen politische Utopien. Auch daran, welche ihrer Sehnsüchte die Menschen in einer anderen neuen Gesellschaftsform verwirklicht sehen wollten. Die mussten nach zwölf Jahren solchen Terrors, einer solchen Diktatur, ja da sein. Welche waren in den Köpfen von den Leuten?

Böll: Ich glaube nicht, dass die formulierbar waren. Das war von Tag zu Tag, von Woche zu Woche ein Durchschlagen. Ich erinnere mich, weder Theorien gehört noch selbst solche entwickelt zu haben. Es war eigentlich eine permanente Improvisation ohne theoretische oder utopische Hintergründe. Es hat sich literarisch ausgedrückt, zum Beispiel bei Ernst Kreuder. Das war eigentlich der erste literarische Ausdruck dieses Lebensgefühls. Anders kann man es nicht nennen. Kolbenhoff auch, die ersten Romane und Kurzgeschichten.

Sch.: Sie haben früher einmal gesagt, und ich glaube auch geschrieben, dass in Deutschland der Nullpunkt der Existenz nicht am 8. Mai 1945, sondern eigentlich schon 1933 erreicht war.

Böll: Ja, ich erinnere mich. Das war wahrscheinlich nicht schon 1933, vielleicht auch erst 1934 die Erkenntnis der völligen Aufhebung des Rechts. Dass das Recht zur völligen Willkür geworden war, wurde am 30. Juni 1934 ganz offensichtlich. Das hab ich sehr bewusst erlebt. Da war ich sechzehn. So von 1933 an, seit Hitlers Machtübernahme also, gab es ja sehr viel Leute, nicht nur junge, die dachten, ach ja, mal sehen, wie lange das dauert. So lange wird das auch nicht dauern. Es gab einen innenpolitischen Terror, den keiner leugnen kann, weil jeder ihn wenigstens hat sehen müssen auf der Strasse, und der 30. Juni war die eindeutige endgültige Aufhebung des Rechts. Von dem Tag an konnten Sie eigentlich in Deutschland nur noch anarchistisch leben, sich durchschlagen von Tag

zu Tag. Nicht unbedingt mit einer politischen Konzeption. Ein improvisiertes Überlebenskonzept entwickeln.

Sch.: Wie war es denn für die Leute, für die ein solches anarchistisches Leben gar nicht vorstellbar war, deren ohnehin schon immer existierendes Obrigkeitsdenken ihr ganzes Leben bestimmte?

Böll: Ich hab nicht mit sehr vielen zu tun gehabt. In der Armee natürlich mit einigen. Mit bürgerlichen Zivilisten fast gar nicht, ausser mit meiner Familie und meiner späteren Frau. Meine Erinnerung an das Verhalten der meisten Soldaten war: nicht auffallen. Ich erinnere mich keines einzigen politischen Gesprächs, das etwa Endsieg oder irgendein nationalsozialistisches Ideal zum Gegenstand gehabt hätte. Es war auch eine Überlebens- oder Sich-Durchschlagens-Philosophie in dieser Armee. Natürlich wurde man plötzlich konfrontiert mit irgendeinem Nazioffizier oder Unteroffizier, und da musste man vorsichtig sein, aufpassen. Es war eigentlich die Auflösung des politischen Lebens und Denkens, wenn ich mir das heute überlege. Wo waren die alle geblieben, die vielen Sozialdemokraten, die vielen Kommunisten, die ja letzten Endes auch alle in der Deutschen Wehrmacht waren. Nicht alle, aber doch der grössere Teil der Jüngeren, wenn sie nicht im Konzentrationslager waren, nicht emigriert waren. Und etwas ist wichtig, aber nur sehr kompliziert oder schwierig darzustellen. Die Begegnung mit der Sowjetunion – auch während des Krieges, wobei eben unterstellt werden muss, dass Krieg eine verstellte Optik ist oder auch Besatzung eine verstellte Optik ist – war natürlich nicht sehr erhebbend. Wenn Sie in der Wehrmacht waren und zogen durch sowjetische Dörfer und begegneten auch der sowjetischen Armee, die ja zu dieser Zeit schon eine reine Klassenarmee war mit fünf getrennten Küchen für die verschiedenen Dienstgrade, das kriegten Sie

natürlich mit, bekam es erzählt. Irgendwie auch als politisch unbedarfter herumschleudernder Soldat. Soweit man in einem vom Krieg mitgenommenen, zerstörten und besetzten Land überhaupt etwas bemerken konnte, aber zumindestens sehen konnte man ja, war das nicht sehr einladend, was da vorgefunden wurde oder auch zu sehen war. Ich denke mir, dass der später sehr starke Antikommunismus nicht nur auf der Propagandawirkung des kalten Krieges beruhte, sondern auch auf diesem Erlebnis. Das hatte nichts mit Russenhass und Untermenschentum zu tun, überhaupt nichts. Aber ich möchte nicht wissen, ich habe noch nie etwas darüber gelesen, was ein deutscher Arbeiter, später Soldat in der Deutschen Wehrmacht, Sozialdemokrat, Kommunist oder auch sozialistisch angehauchter Zentrumsman oder was, was der sich gedacht hat, als er dann eben mit der Sowjetunion auf diese Weise in Berührung kam. Später haben sicherlich die Geschehnisse bei der Besetzung Ostpreussens, Schlesiens usw. den Antikommunismus mindestens so gestärkt wie die Propaganda im Dritten Reich. Darüber hat sich, glaube ich, die deutsche und die westeuropäische Linke bis heute getäuscht. Sie können auch nicht mit einem Franzosen darüber reden. Warum musste man das leugnen, dass die Befreiung gleichzeitig eine Befreiung in Anführungsstrichen war, dass der Sozialismus sich eben so demonstrierte, da wo er aufmarschierte. Zu alledem kam ja noch, zeitlich viel früher, der Hitler-Stalin-Pakt.

Sch.: Muss man aus dem, was Sie gerade gesagt haben, entnehmen, dass Sie glauben, es hätte nie eine Chance für eine kommunistische oder auch sozialistische Entwicklung in diesem Land gegeben?

Böll: Ich glaube nicht, auch nicht in der DDR. Es ist ein importiertes System, nicht nur ablesbar an den historischen Vorgängen. Ich fürchte, wenn Sie einen DDR-Bewohner kritisch befragen, sagen wir meines Alters,

oder ein bisschen jünger oder älter, kommen die gleichen Traumata und Verdrängungen raus wie bei einem Bewohner der Bundesrepublik. Ich befürchte das wenigstens. Ich war in Prag 1968, als die Rote Armee einmarschierte, und plötzlich fingen alle Leute an, das war sehr komisch, schon makaber, von fürchterlichen Dingen zu erzählen, die 1945 passiert waren. Das hatten sie offenbar bis dahin unterdrückt. Nicht nur Brutalitäten, wie das beim Einmarsch einer Armee geschieht, sondern auch verächtliche Anekdoten über die Russen. Ich hab also in Prag in diesen Augusttagen viermal aus verschiedenem Mund eine Anekdote gehört, von der ich glaube, dass sie wahrscheinlich einmal passiert ist, aber kolportiert wurde, und zwar, dass sowjetische Soldaten 1945 Tulpen gegessen hätten? Sie wussten nicht, dass das Blumen sind. Solche Details mächt ich immer nachdenklicher als gewichtige Mitteilungen. Und während ich das viermal hörte, dachte ich, mein Gott, was habt ihr alles verdrängt in den 23 bis 25 Jahren. Da kam eben nicht nur neuer, durch die Invasion bedingter Hass heraus, auch alter, der verdrängt worden war. Auf den Punkt möchte ich kommen, was alles in Europa verdrängt worden ist. An Erlebnis, an Erfahrung und an sich daraus ergebender Erkenntnis. Und dann wurden eben auch andere Geschichten von der Roten Armee 1945 erzählt, Vergewaltigungen und so was, Plünderungen, deren jede Armee schuldig ist.

Sch.: Die gleiche Erscheinung, im Bewusstsein der Leute ein Stück traumatischer Vergangenheit, ist ja auch noch in diesem Lande anzutreffen. Da tauchen die gleichen Geschichten auf, die sind in der Bevölkerung der Bundesrepublik genauso verankert wie in der DDR oder wie in Prag.

Böll: Ja, das sind dann die Franzosen, die haben das Silber geklaut. Oder die Nähmaschine mitgenommen. Das kenne ich auch.

Sch.: Noch einmal zurück zur Stunde Null. Sie haben gesagt, dass die einzige Möglichkeit, 1945 noch Hoffnung zu haben, darin bestanden hat, in zerstörten Städten zu wohnen. Wann und wo wurden damals aus dieser Trümmerwelt heraus die Weichen in eine Nachkriegsgesellschaft gestellt, von der Sie dann Jahre später gesagt haben, sie bedrohe den einzelnen durch lebensfeindliche und lebensbedrohliche Tendenzen. Wann haben Sie eine solche Entwicklung erkannt, vor sich selbst zugeben müssen. Ein solches Urteil entsteht ja nicht ohne innere Widerstände, ohne Brechungen?

Böll: Nein. Es war auch kein momentaner Prozess, sondern eine Entwicklung, die wahrscheinlich mit der Brutalität des Wiederaufbaus zusammenhing. Möglicherweise notwendige Brutalität, die wiederum ein Anlass für die vielen Verdrängungen war. Diese Städte aufbauen, Wohnungen schaffen, Arbeitsplätze schaffen, das war eine notwendige und auch sichtbare, spürbare Brutalität, die lebensbedrohliche Formen annahm, die, die wir heute auf dem Höhepunkt sehen. Das sogenannte Umweltproblem hat ja damals bereits angefangen. Mit der Rücksichtslosigkeit, mit der alles kaputtgemacht wurde; es sind ja mehr Häuser nach dem Krieg abgerissen worden, als während des Krieges zerstört wurden. Das ist inzwischen nachgewiesen. Darin habe ich dann etwas Lebensbedrohliches gesehen. In dem, sagen wir, bildlich ausgedrückt, in dem unaufhaltsamen Vormarsch der Bagger. Und auch eben die absolute oder völlige Verkennung der Tatsache, dass der Mensch wirklich nicht allein von diesen Dingen lebt. Ich kann das jetzt nicht in erschöpfender Verbindlichkeit analysieren, aber ich hab mich ja geäußert über Adenauer, sehr eindeutig. Das Beschränken aufs Ökonomische und das Beschränken auch auf den ökonomischen Profit Das ja die eigentliche Krankheit der heutigen Zeit ist. Das hat damals ange-

fangen. Und das empfind ich immer noch als lebensbedrohlich. Und die Erfassbarkeit und Erfasstheit der Menschen, die ja trainiert worden ist, lange bevor es Computer gab. Wenn Sie sich anschauen, wie der gesamte jüdische Besitz bis zur letzten Nagelschere erfasst war, der war erfasst, ohne Computer, sondern durch sehr brave deutsche Beamte, dann ersehen Sie die Vorstufe des erfassten Menschen, des erfassbaren Menschen. Das ist ja heute so offenkundig, dass wir wahrscheinlich bis in unsere Augenbrauen erfasst sind. Und da habe ich als Bürger eines demokratischen Staates in den Parteien, die ja mein Instrument sein sollten, nicht den geringsten Widerstand gespürt gegen diese Entwicklung und spüre ihn auch heute nicht. Es gibt so Ansätze gegen diese Entwicklung, aber die werden eigentlich sehr schnell wieder beiseite gewischt.

Sch.: Ist nicht auch die völlige Verkennung politischer und sozialer Entwicklung Nährboden für das gewesen, was Sie eben als gesellschaftliche Brutalität bezeichnet haben? So die Verdrängung dessen, was die Währungsreform wirklich war. Die Wiederherstellung des Kapitalismus. Wer Werte hatte, war reich, der andere verdiente zwar wieder, aber hatte nichts mehr.

Böll: Ja, das ist auch verdrängt worden. Obwohl es ein sehr starkes Erlebnis und auch Gesprächsstoff war. Wenn Sie an die Sparkonten denken und an die Aktien und den Vergleich der Aufwertung, das ist irre. Es kommt natürlich hinzu, dass man dann ja immer vom Christentum gesprochen hat, sehr viel und auch auf eine peinlich demonstrative Weise mit Kirche und Kirchen ständig gemeinsam auftrat. Der Magnetismus der CDU! Wenn ich mir vorstelle, welche Rolle der Kölner Dom in der deutschen Nachkriegspolitik gespielt hat und einige Klöster hier in der Umgebung. Sie müssen nicht vergessen, woher ich komme. Ich bin kein Marxist, bin auch nie annähernd auch nur einer

gewesen. Ich verstehe die Menschen, die Marxisten sind, und die sich materialistisch definieren. Es sind ja eigentlich die wahren Idealisten in dieser Gesellschaft. Aber vergessen Sie nicht, welches ein Versprechen in dieser Christlichkeit lag. Ich glaube, das ist das Entscheidende. In dem Auftritt auch der jungen christlichen Demokraten und der Alten usw. lag ein ungeheures Versprechen. Das ist nicht erfüllt worden. Wenn Sie bedenken, wie die heute anfangen, von Werten zu reden, dann kann Ihnen wirklich nur schlecht werden. Wenn es überhaupt eine Verteidigung von Werten gegeben hat, auch im Sinne des Marxismus, dann sind sie eigentlich nur von Literaten und Publizisten vertreten worden, die dafür schwer büßen mussten. Die Etablierung der völligen Wertlosigkeit, die hat ja in der christlich-demokratischen Ära in der Bundesrepublik stattgefunden. Die Sache ist für mich so selbstverständlich, dass ich sie am Anfang unseres Gesprächs gar nicht erwähnt habe. Dass natürlich das Christliche für mich eine grosse Hoffnung war, immer noch ist, und dass ich diesem Versprechen auch vertraut habe. Ich bin ein sehr vertrauensseliger Mensch, manchmal sogar zu meinem Unheil, und ich dachte mir also, die Verbindung von Christentum und Demokratie mit einigen sozialistischen Zügen, die ja auch in dem Ahlener Programm sehr deutlich sichtbar sind, das hätte doch was werden können, drücken wir es mal so töricht aus. Dann entdeckte ich später diese Werte eher bei Sozialisten und auch bei Kommunisten.

Sch.: Die fast vollständige Zertrümmerung Deutschlands, 1945, war für die einen Niederlage, für andere aber auch, wie zum Beispiel für Sie, Befreiung. Das war die beherrschende Realität, in der die ersten neuen oder auch alten Lebensgefühle entstanden und wiederentstanden. Dann scheint es so etwas gegeben zu haben wie ein Erwachen, auch ein geistiges Erwachen und

mit ihm sind Ideale und Utopien und erste realpolitische Konzepte entstanden. Und so wie ich Sie verstehe, hat es dann diese Restauration sehr schnell verstanden, diese Werte zu zertrümmern, und dabei haben die heute noch pathetisch gefeierten Ereignisse – Währungsreform und Wiederaufbau – eine grosse Rolle gespielt. Also, es haben für Ihre Generation eigentlich zwei Zertrümmerungen stattgefunden. In zwei anscheinend verschiedenen Ären.

Böll: Die Nazis waren ja die grossen Vernichter und die grossen Vertreiber: Vernichtung der deutschen Kultur, Vernichtung republikanischer Ansätze, Vertreibung und Vernichtung politischer Gegner, Vernichtung und Vertreibung der jüdischen Mitbürger . . . später, nach Kriegsausbruch, diese Vernichtung und Vertreibung auf Europa ausgedehnt: in Vernichtung steckt «Nichts», und wir sind natürlich von diesem «Nichts» infiziert worden, und wenn auch nur im Abwehr-Reflex etwa auf die «Blut- und Boden»-Ideologie; streiten wir uns nicht über den fragwürdigen Wert des «Blutes», aber was wir – ich meine die Altersklasse, zu der ich gehöre, und innerhalb dieser besonders die Intellektuellen – im blossen Abwehr-Reflex mit dem «Boden» haben geschehen lassen – «Boden unter den Füßen haben bedeutet ja auch Heimat haben» –, das wird nun von allen Umweltschutzbewegungen in den verschiedensten Variationen und aus den verschiedensten Motiven . . . nachgeholt, aufgeholt; die Nazis haben ja auch den «Boden» vernichtet, und die Nazis sind ja nicht zufällig an die Macht gekommen, sie sind an die Macht gehievt worden. Das wird ja auch verdrängt. Lesen Sie nach, was der Bankier von Schröder vor dem Nürnberger Gerichtshof gesagt und was Hindenburg laut Meissner schon im November 1932 zu Hitler gesagt hat. Die Rolle, die die deutsche Industrie gespielt hat, die die deutschen Banken gespielt haben, ist so eindeutig, dass man darüber eigent-

lich gar nicht streiten kann. Es wird natürlich bestritten. Natürlich haben sich während der Nazi-Zeit innere Widerstände entwickelt. Nicht nur äussere, auch innere, die ein starker Impuls hätten für die Nachkriegszeit werden können und werden sollen. Das war uns versprochen. Ja. Mein ganzes Verhältnis zur katholischen Kirche ist eigentlich durch diese Zeit bestimmt worden. Ich wäre wahrscheinlich, wenn die Nazis nicht gekommen wären, 1936 ausgetreten. Oder 1937, spätestens mit zwanzig Jahren angesichts der Rolle, die die Kirche spielte, gesellschaftlich und auch sozialpolitisch. Aber der Prozess hat sich verzögert, weil sie auch eine Verfolgte war. Sie war beides. Und diese Stimmung und auch Erkenntnis war natürlich in den Kreisen, mit denen ich dann auch während des Krieges verkehrte, sehr stark und hat sich als Hoffnung auf die christlichen Parteien nach 1945 verlagert, zunächst einmal. Ich hatte überhaupt keine Beziehung zu irgendeiner sozialistischen Partei. Verstehen Sie, auch innerlich nicht. Und die Hoffnung war berechtigt. Sogar eine Hoffnung auf Adenauer war berechtigt. Wie dieser Prozess vor sich gegangen ist, der völligen Korrumpierung der sogenannten christlichen Werte beziehungsweise ihrer Reduzierung aufs rein Demonstrative, das haben ja sehr viele Literaten darzustellen versucht. Das ist ja der Gegenstand der Literatur gewesen. Wenn Sie alle zusammen nehmen von Koeppen bis Grass eigentlich. Diese Diskrepanz zwischen Versprochenem und Verwirklichtem. Ich bin gar nicht so hoffnungslos wie das jetzt erscheinen könnte, weil mir inzwischen klargeworden ist, schon lange, dass das demonstrativ Christliche nichts hergibt. Das bildet sich ganz anderswo und anders auch in unserer Gesellschaft, ausserhalb Deutschlands schon sowieso.

Sch.: Die Aufhebung der Diskrepanz zwischen Versprochenem und Verwirklichtem, war das nicht auch Ziel

der Gruppe 47? Eine Gruppe von Literaten, die glaubten, massgeblich an der politischen Entwicklung dieses Landes mitarbeiten zu können. Und dort ist dann auch die Formel entstanden vom Geist, der Einfluss auf die Macht, auf die politische Macht, auf die gesellschaftliche Wirklichkeit nimmt. Haben Sie an diese Formel geglaubt?

Böll: Ich glaube immer noch daran, und das mag merkwürdig klingen. Wissen Sie warum? Weil es oft Wirkungen gibt und auch gegeben hat, die nicht sichtbar werden oder nicht nachweisbar sind.

Sch.: Nicht sofort nachweisbar?

Böll: Ja, oder auch gar nicht bilanzierbar sind. Es hat ein Prozess stattgefunden in der CDU nach dieser wirklich schon schwachsinnigen und in ihren Folgen kriminellen Terrorismusdebatte im vorigen Jahr, den ich auf dieses Konto schreibe. Mit nicht sehr viel Zuversicht, aber immerhin findet da ein Prozess statt. Sagen wir das Verhältnis der Parteien zu den sogenannten Intellektuellen hat sich geändert nach dieser wirklich wahnsinnigen Kampagne im vorigen Jahr, die wir ja ziemlich ruhig über uns haben ergehen lassen. Ich sehe da einen Prozess im Gange. Ich kann das nicht nachweisen. Ich habe so einige Gespräche geführt, höre und sehe und lese manches, das darauf hinweist, dass vielleicht doch, sagen wir, eine Rückbesinnung auf 1945 möglich ist. Nicht auf das materielle 1945, das wäre Wahnsinn, diese Romantik hat nie gestimmt. Es war eine furchtbare Zeit. Sogar die Auseinandersetzung zwischen Strauss und Kohl, die ja permanent und latent ist und dann wieder violent wird, eigentlich ein schwelender Prozess, der immer wieder stattfindet, hat da sogar einen Zusammenhang, obwohl Herr Kohl sich nicht auf diese Werte beruft. Aber bis zu einem gewissen Grade werden sie durch ihn und seine Umgebung andeutungsweise repräsentiert.

Sch.: Die Diskrepanz zwischen dem, was versprochen war,

und dem, was verwirklicht worden ist, die ist eigentlich immer grösser geworden, aber trotzdem glauben Sie, dass Literatur an einer gesellschaftlichen dialektischen Weiterentwicklung dieses Staates mitgewirkt hat, immer noch mitwirkt?

Böll: Ja, ja, das glaube ich immer noch. Literatur im weitesten Sinne. Publizistik, Essayistik, Diskussionen, Gespräche. Es wäre nur nachzuweisen, wenn wir in einer Bundesrepublik lebten, in der es dieses, was wir jetzt pauschal Literatur nennen, gar nicht gegeben hätte. Stellen Sie sich das vor. Merkwürdig, es klingt jetzt sehr arrogant. Aber ich glaube, dass auch konservative Autoren . . . Intellektuelle sind ja nicht immer Linksinтеллектуelle, das ist ja auch ein Irrtum, aber doch auf Ebenen wirken und mitwirken, die nicht immer nachweisbar sind. Das glaube ich immer noch.

Sch.: Ist es das, was Sie als politischer Schriftsteller ausmacht?

Böll: Vielleicht, ja.

Sch.: Was man ja auch fast ein Glaubensbekenntnis nennen könnte.

Böll: Ich glaube, man soll das nicht trennen, den politischen Schriftsteller und den anderen.

Sch.: In der Öffentlichkeit wird aber der politische Schriftsteller Böll und der Literat Böll häufig getrennt.

Böll: Ja, fälschlicherweise.

Sch.: Sie haben einmal gesagt, als Autor hätte es für Sie eigentlich immer nur zwei Themen gegeben, und zwar das Thema Liebe und das Thema Religion. Für die Deutschen oder einen grossen Teil von ihnen sind Sie aber anscheinend das politische Gewissen, der ständige Mahner und Rufer in dieser politischen Wüste.

Böll: Ich fühle mich da gar nicht wohl in dieser mir anhängenden Definition.

Sch.: Wie, glauben Sie, ist diese Definition zustande gekommen?

Böll: Ich fürchtete, dass die Menschen immer Bilder brau-

chen. Sie brauchen Heilige sozusagen. Imago und Ikone sind ja gleichbedeutend. Und mich beunruhigt das sehr. Ich weiss aber gleichzeitig, welche Wirkung ich habe, ob positiv oder negativ ist dann gleichgültig. Ich habe offenbar die Eigenschaft, ungeheurer Emotionen zu wecken. Ich weiss gar nicht, wieso eigentlich. Da ich das wirklich jetzt weiss, nicht dass ich dieses Gewissen bin, das ist Unsinn, aber dass ich diese Wirkung habe, benutze ich das Instrumentarium etwas vorsichtiger. Aber der Irrtum politischer Schriftsteller und der andere, den möchte ich klären. Neulich ist mir das klar geworden, erst als ich da bei dem Bundesgerichtshof war mit meiner Walden-Geschichte, und der Richter, ein sehr liebenswürdiger Herr, sagte zu mir, Sie stehen hier nicht als Dichter vor Gericht, sondern als politischer Schriftsteller. Ich konnte ihm nicht widersprechen. Das entspricht nicht dem Ritual. Ich habe dann darüber nachgedacht. Ich glaube, dass man das gar nicht trennen kann, dass auch ein Essay oder ein Pamphlet, so eine Polemik, die ich schreibe, genauso, sagen wir literarisch ist wie ein Roman, den ich schreibe. Und mir ist diese Freiheit, die mir als Romancier gegeben wird vom Richter, die ist mir unheimlich. Es war sehr wohlwollend, aber das ist eigentlich die bürgerliche Schizophrenie der Kunst gegenüber, verstehen Sie. Die ja gar nicht definierbar ist. Wieso ist ein Essay, den ich schreibe, weniger «dichterisch» als eine Erzählung, die ich schreibe. Das kann ich nicht einsehen.

Sch.: Ich kann sehr gut verstehen, dass Ihnen die ständigen Versuche, Sie zu etikettieren, Unbehagen bereiten. Werden aber nicht immer da solch politische Idole oder Ikonen gebraucht, wo die Mehrzahl der Bürger passiv gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen bleibt?

Böll: Ja, sie brauchen einen oder mehrere. Das reduzieren sie dann auf ein paar Berühmte, worin natürlich wie-

der ein Irrtum liegt. Eine verrückte Sache, wenn Sie das hören. Also es macht mich krank, dann hört man immer nur drei oder vier Namen, was auch Unsinn ist. Diese Einmischung des Kommerziellen, des Markterfolgs in die politische Wichtigkeit, da liegt ja auch viel möglicher Irrtum drin. Was weiss ich, irgendein junger Kollege von mir, den ich nicht kenne, weil der Markt ihn nicht zeigt, hat vielleicht viel klügere Einsichten als vier oder fünf von uns Berühmten. Im Ausland ist das lebensgefährlich, weil sich dann die ganze deutsche Literatur mit allem Drum und Dran, mit Publizistik, Essayistik, Hörspiel, Fernsehspiel, Film usw. wirklich auf drei Namen konzentriert, die ich gar nicht so repräsentativ finde. Aber kommen wir zurück auf die Rolle. Ich glaube, es ist so, dass nicht nur unter Blinden der Einäugige König ist. Ich glaube eher, dass unter Blinden einer mit einem Hundertstel Sehkraft dann noch König ist. Und da es diese permanente öffentliche Meinung nicht gibt, lädt man diese Verantwortung auf irgendein paar Leute, die dann auch hin und wieder mal was schreiben oder sich äussern zu aktuellen Themen.

Sch.: Also ist die Interpretation erlaubt, dass es zu der Bildung von Ikonen, die stellvertretend stehen, kommt, weil keine breite kritische Öffentlichkeit in diesem Staat existiert?

Böll: Ja. Und es ist auch eine Verödung unserer Presse, kann man sagen. Der Konzentration und der damit zusammenhängenden Verödung. Und der Tatsache, dass die meisten Menschen von ihrer Freiheit nicht genug Gebrauch machen. Das ist eine furchtbare Sache. Ich denke oft darüber nach, zum Beispiel 1933, da gingen die Leute dann in die SA oder in die Partei, um wirklich ihr Fressen zu erhalten. Damit sie ihre Miete bezahlen konnten, Schuhe für ihre Kinder kaufen konnten, wenn das überhaupt möglich war. Also, sie waren wirklich in einer Zwangslage. In welcher

Zwangslage sind wir heute? Die kann ich nicht sehen. Riesige Provinzen werden von einer Presse beherrscht, die zahm und zahnlos ist. Aus welcher Not heraus neutralisiert sich ein solches Medieninstrumentarium? Aus welcher Not? Haben die nichts zu fressen, oder was ist das?

Sch.: Ich fürchte, auch aus kommerziellem Interesse.

Böll: Ja, aber ich meine, von drei Millionen kann man ja ganz gut leben. Man lebt ja dann von dreissig wahrscheinlich nicht besser. Ich sehe die Not nicht. Ich sehe noch nicht einmal das kommerzielle Interesse. Dann kann ich ja Schuhe oder Stahl produzieren. Dann brauche ich ja keine Zeitung zu machen. Ich nehme das nur mal als Beispiel. Reden wir gar nicht über Springer. Das ist ja fast schon kaum noch diskutabel. Dieses Verfaulenlassen der Freiheit, Freiheit, von der man keinen Gebrauch macht, verfault. Das ist, glaube ich, der entscheidende Prozess in diesem Augenblick. Und ein Übersättigungsprozess. Dann gibt's noch ein paar Freie – ich will's nicht übertreiben mit meiner Freiheit –, seien wir mal vorsichtig, nennen wir's mal so, die machen dann hin und wieder von ihrer Freiheit Gebrauch, und dann kriegen die plötzlich eine Bedeutung, die ihnen gar nicht zukommt. Da entsteht eine gefährliche Spannung und ein gefährlicher Leerraum. Dann heisst es eben auch, ja, wir haben ja den Böll oder den Grass oder den soundso, der macht das schon. Das ist doch die Stimme der Nation. Das ist doch der Kritiker, der Oppositionelle vom Dienst.

Und das lädt man jemand auf, nicht nur mir, auch anderen, der das auch ökonomisch allein bestreiten muss. Also wenn ich mir das angucke, jeder Bundestagsabgeordnete hat einen Sekretär, den kriegt er noch bezahlt. Wir müssen das ja auch alles, sehr proletarisch ausgedrückt, selber bezahlen. Unsere Freiheit, jedes Telefongespräch. Alles das müsste eigentlich mal ganz genau auseinandergeknötet werden, wie ver-

rückt dieses System ist. Ohne Not! Welche Not herrscht in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, welche Not herrscht im Springer-Konzern? Wozu muss das sich das alles ohne jeden Grund reduzieren. Und dann braucht man eben diese paar Idioten, möchte ich sagen, die das immer wieder machen. Die Gesellschaft sollte sich eigentlich mal angucken, wie viel Kranke sie produziert.

Sch.: Das, was Sie schreiben, wird selten unter literatur-ästhetischen Gesichtspunkten betrachtet, sondern zuerst unter politischen, und das in zunehmendem Masse. In diesem Zusammenhang haben Sie vor gar nicht so langer Zeit am Beispiel der (*Katharina Blum*' von einem ganz grossen Missverständnis geredet. Glauben Sie, dass, abgesehen von den Angriffen der rechten Reaktion, also diese ganze Terrorismusdiskussion, aus der die Rechte ja nun wirklich versucht hat, Kapitel zu schlagen, dass auch die Linken oder im weitesten Sinne die Leute, die Ihre politische Überzeugung teilen, dass auch diese Sie missverstanden haben?

Böll: Wahrscheinlich ja. Das ist, glaube ich, da muss man sehr lange drüber reden, ein uraltes westeuropäisches Missverständnis. Ich dachte dran, als ich den Aufsatz von Jean Améry las. Für die, sagen wir progressiven westeuropäischen Intellektuellen, nennen wir sie nicht linke, hat das Religiöse, ob jüdisch oder christlich oder was – ja eigentlich, seit, ich weiss nicht, wie lange Zeit, überhaupt keine Rolle gespielt. Es ist auch nicht wahrgenommen worden.

Als auch eine Möglichkeit, sich ins Politisch-Progressive verwandeln zu lassen. Dieses Missverständnis gegenüber allem, sagen wir, Metaphysischem, etwas auf geringerer Ebene irrational Genanntem, halte ich für ein verhängnisvolles westeuropäisches Missverständnis. Der Marxsche Ausspruch – Opium des Volkes – hätte wahrscheinlich schon lange revidiert werden müssen. Der stimmte damals ganz sicher, und der stimmt wahrscheinlich

für sehr viele Teile der Welt noch, der nichteuropäischen. Ganz sicher für Südamerika, auf die christliche, und in diesem Falle auf die katholische Religion bezogen, stimmt der sicher noch. Aber ich glaube nicht, dass er noch auf Westeuropa zutrifft. Noch nicht einmal auf Irland, über das man sehr lange reden muss. Das ist ein sehr kompliziertes Land, auch was das betrifft. Es ist ja kein klerikalistisches Land, das ist ja ein Irrtum. Der katholische Klerus in Irland war immer auf der Seite der Befreiungsbewegungen, so ähnlich wie in Polen. Natürlich hat's auf der christlichen, auf der Seite der sogenannten christlichen Literaten, Publizisten in Europa auch die totale Verkennung des Sozialismus gegeben. Das war beiderseitig, aber beide Seiten haben eben versäumt, das Gemeinsame zu finden. Ich halte das für möglich. Da entdecke ich eben – die bundesrepublikanische Linke ist so vielfältig und so vielfältig zerstritten – manchmal auch Reduzierungen, die mich bange machen. Mindestens so sehr wie auf der Rechten. Womit ich mich noch lange nicht zur Mitte zähle. Also das wollen wir ja nun doch klarstellen.

Sch.: Worin zeigen sich diese Reduzierungen?

Böll: Ja, eben in der Reduzierung der Literatur auf das sloganhaft formulierbare Politische. Da wird mir dem potentiellen Leser zu viel vorenthalten.

Sch.: Ist das auch die Linke, nach der ich gefragt habe, als ich wissen wollte, ob sie Sie missversteht?

Böll: Ich glaube ja, ich glaube, dass die mich auch missverstehen.

Sch.: Wo sind denn die Bundesgenossen in diesem Land, Ihre Bundesgenossen, gibt es die?

Böll: Die meisten kenne ich nicht. Ich kenne einige, ja. Aber die meisten kenne ich nicht. Ich kenne einige, Kollegen auch, auch Menschen, die mir schreiben oder einmal zu mir kommen und das auch nicht so artikulieren können, wo ich aber spüre, dass sie mögli-

cherweise Bundesgenossen sind. Ich merke es auch aus der CDU heraus in einer merkwürdigen Form. Gerade nach dieser blöden Terrorismusdebatte, deshalb finde ich die Haltung sehr wohltuend, es war schlimm, als es passierte, aber vergessen wir das. Insofern hat die Debatte etwas sehr Positives bewirkt. Es sind auch viele Leute in der CDU, das bedeutet nicht, dass ich hier für die Propaganda machen will, die Angst brauchen Sie nicht zu haben, die doch durch unser Verhalten, muss ich sagen, weil wir alle, die wir betroffen waren, das ja relativ gelassen hingenommen haben, ein ganz anderes Verhältnis bekommen haben zu der – sagen wir, deutschen Nachkriegsliteratur. Die haben sich ja immer getäuscht. Die haben ja immer gesagt, ja, der Grass und der Böll und wie sie alle heissen, die sind im Ausland ja nur berühmt, weil sie dauernd auf uns schimpfen. Das ist eine zu simple Vorstellung von literarischer Rezeption. Ich will da nicht zu optimistisch sein, aber es findet ein Prozess statt, ich weiss nicht, wie weit der gediehen ist oder was der bringen wird, der natürlich genau da die Grenze hat, wo die CSU anfängt. Da gibt's überhaupt nichts, da gibt's gar nichts. Und das ist natürlich schlimm, dass man gar nicht miteinander reden kann ist schlimm, oder auch gar nicht erst versucht wird, weil man fürchtet, seine Position aufgeben zu müssen. Die haben sich nun mal auf Konfrontation eingestellt, und Herr Strauss hat so seine Adlaten, den Herrn Ziesel und dann seinen *Bayern-Kurier*. Das ist schon wirklich 'ne böse Sache.

Sch.: Können wir noch mal auf die Linken zurückkommen.

Böll: Es gibt dieses Missverständnis natürlich auch bis hoch in die SPD hinein.

Sch.: Ich glaube, dass im Gegensatz zur übergrossen majorisierenden Macht der Presse, die uns einredet, die Begriffe links und rechts gäbe es nicht mehr, für uns das noch etwas ganz Lebendiges ist, vorausgesetzt, dass

wir sehen, es gibt links innerhalb der sogenannten Rechten und, viel stärker vertreten, rechts innerhalb der Linken. Dann sind die Begriffe links und rechts lebendig wie eh und je.

Böll: Aber sie müssen revidiert werden.

Sch.: Relativiert.

Böll: Ja, relativiert. Besonders ist mir das aufgefallen bei den ganzen Anti-Atom- und Umweltdiskussionen. Da kommen ja merkwürdige Fanatismen auf. Aber beiderseits. Es hängt mit dem verdrängten Blut- und Bodenkomplex zusammen.

Sch.: Hat dieser verdrängte Blut- und Bodenkomplex nicht auch eine Rolle bei der sogenannten Studentenrevolte, bei der Ausserparlamentarischen Opposition gespielt. Das bedeutet, noch einmal auf die verdrängte Vergangenheit, die nicht eingelösten Versprechen, zurückzukommen. Sehen Sie darin mit eine der Ursachen, dass zwischen 1965 und 1968 Tausende von Jugendlichen auf der Strasse standen mit einem wenn auch nicht immer deutlichen politischen Konzept?

Böll: Ja.

Sch.: Und wie mir heute scheint eigentlich mit dem Anspruch, dass das in einer neuen Form von politischer Wirklichkeit, sprich, in einer neuen Partei, hätte einmünden müssen. Gibt es da Verbindungen für Sie?

Böll: Ich glaube nicht, dass diese Bewegung zu Ende ist. Ich glaube, dass das eine Täuschung derer ist, die sich von dieser Bewegung bedroht fühlen und auch eine Täuschung von denen, die sie total getragen haben. Das entwickelt sich irgendwo weiter. Ich kann nur sagen irgendwo. Und ich kann es nur als einer, der gelegentlich Romane schreibt, sehen. Das kann nicht weg sein. Das ist auch nicht weg. Das bewegt sich weiter, und ich habe eben manche Impulse davon in den Anti-Atom-Demonstrationen und auch in den Umweltaktivitäten, was ja nicht immer dasselbe ist, wiedergefunden. Ich sehe die Partei nicht, die daraus entstehen könnte.

Das liegt nun mal wirklich an unserer fürchterlichen Teilung. Fürchterlich im Sinne, weil sie so vieles verhindert und auch an der Unentschlossenheit junger Politiker. Die Tatsache, dass ein Mann wie Dutschke, den ich wirklich für eine sehr wichtige Erscheinung halte, in Deutschland keine Stelle hat, keine Dozentur oder Professur, dass weder die Gewerkschaft noch die SPD . . . Möglicherweise kommt die CDU eines Tages auf die Idee, dem Dutschke 'ne Professur zu geben, wer weiss.

Die Kampagnen der CDU/CSU gegen bestimmte Rundfunkanstalten bis zu dem Versuch, deren öffentlich-rechtlichen Status aufzuknacken, sind ja gegen die Impulse gerichtet, die von der 68er Bewegung stammen. Diese Impulse sind noch da, der Radikalerlass mit seinen Folgen, die Terrorismusdebatten – schauen Sie einmal in die Protokolle der Bundestagsdebatten über innere Sicherheit von 1972 an hinein – sind ja permanente Versuche, diese Impulse einzuschüchtern, sie abzudrängen in eine kriminalisierbare Ecke. Insofern finde ich auch den Vorstoss von Herrn Klose gut und ermutigend. Was sind das eigentlich für Politiker, die nur brave Mitläufer wollen? Ich kann das nicht verstehen, die Lähmungsversuche, die sehr leicht zur Abtötung des Politischen führen können. Nun, es gibt ja genug Protokolle und Berichte über die Folgen des Radikalerlasses, und wenn jetzt über die Folgen der Reformpolitik an den Schulen geschimpft wird, dann möchte ich an die Konfessionsschulen erinnern, in die meine Kinder gehen *mussten* – wir hatten im damaligen Land Nordrhein-Westfalen gar keine andere Wahl, als unsere Kinder auf diese Schulen zu schicken, wenn wir sie nicht auf teure, exklusive Internatsschulen schicken wollten – und das konnten und wollten wir nicht. Vergessen wir nicht *diesen* Schulzwang- die Folgen sehen wir ja, die Kirchen sind leer – und die Terroristen kommen ja weder aus «linken»

Familien, noch waren sie auf einer der viel beschimpften Reformschulen. Und das Problem ist durch die ganze Entwicklung zum Terrorismus und die wirklich grausamen Aktivitäten der Terroristen, ist das ja nur verdeckt und Menschen eingeschüchtert, weil keiner sich mehr so recht zu äussern wagt. Insofern finde ich also auch die Aktivitäten von Herrn Klose gut. Der ermutigt endlich mal wieder zum Nachdenken.

Sch.: Die politische Virtualität der Studentenrevolte, der Jugend, hatte die Ihrer Meinung nach auch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu tun, mit der nie ernsthaft abgerechnet worden ist?

Böll: Ja, ja. Ich sehe den Zusammenhang ganz eindeutig, und zwar gibt es eine Möglichkeit, das vielleicht bildhaft zu erklären. Wenn Sie sich vorstellen, mit welchem Pomp und mit welchem Aufwand die Woche der Brüderlichkeit begangen worden ist. Das war ja eigentlich die offizielle Veranstaltung. Ich finde Bewältigung der Vergangenheit ein grausames Wort. Sagen wir, eine offizielle Veranstaltung zur Erinnerung an die Nazi-Zeit mit all ihren Greueln. In dem Fall Gegenstand: Judenverfolgung, Judenvernichtung. Das war also sehr pompös. Ich habe da manchmal mitgemacht. Ich bin auch Mitbegründer der christlich-jüdischen Gesellschaft gewesen hier in Köln. Da kam zur Eröffnung der Wochen der Brüderlichkeit immer der Bundespräsident. Und dann wurden Reden gehalten. Es war sehr feierlich. Aber darunter passierte nichts. Weder in den Familien noch in den Schulen.

Das war damit, mit der Woche der Brüderlichkeit und ihren Veranstaltungen war das sozusagen erledigt. Jetzt haben wir unsere Pflicht getan, Schluss. Und da hat eben sowohl Verdrängung wie Heuchelei stattgefunden, öffentlich, offiziell, nicht immer von den Personen, die da mitgewirkt haben. Ich unterstelle keinem unserer Bundespräsidenten, dass er ein Heuchler war oder ein

Schwindler. Aber das Fussvolk ist nicht nachgekommen. Ich möchte nicht wissen, was in den Familien so erzählt worden ist, in den Schulen. Jetzt kommt's ja raus, wie wenig die Abiturienten wissen, die wissen gar nichts im Grunde. Bei jedem Prozess, der stattfindet, bei jedem KZ-Prozess, kommt ja der ganze schändliche Hohn raus. Und ganz sicher war das einer der Impulse für die Studentenbewegung. Nicht die Woche der Brüderlichkeit, sondern die öffentliche Demonstration von Gesinnung, die nicht praktiziert wurde in den Schulen, in den Familien, Freundeskreisen. Ganz sicher. Es ist ja bis heute noch niemand rangegangen an die Sache. *Sch.:* Heisst das, dass von Anfang an eigentlich dieser Aufbruch, der ja nicht ein Aufruhr war, zum Scheitern verurteilt war; zum Scheitern, weil die personelle Kontinuität zum Dritten Reich in den ministeriellen, administrativen, in den politisch öffentlichen Bereichen überhaupt so ausgeprägt war, dass der Machtapparat bereits wieder zum Teil von diesen Kräften bestimmt wurde?

Böll: Ob er zum Scheitern verurteilt war, unbedingt möchte ich nicht behaupten. Er ist gescheitert, unter anderem natürlich an dem wirklich arroganten Vokabularium. Das war ja ein reziprok-professorales akademisches Vokabularium, mit dem man sich also zum Beispiel an die Arbeiterschaft wandte. Ich hab das zum Teil miterlebt in Frankfurt bei ein paar Veranstaltungen. Es geschah auch aus zuviel Privilegien heraus, die man zum Teil ablegen wollte, was sehr ehrenwert war. Es war also ehrenwert, der Impuls und der Impetus, vollkommen klar. Aber auch eine völlige Verkennung der proletarischen Situation. Und man wollte ja an die Arbeiterschaft beziehungsweise an das Proletariat heran. Das war theoretisch richtig, denn nur von da aus können Sie ja auch an das Establishment heran. Ich glaube auch, dass es eine Verkennung der materiellen Bedingungen war, unter denen Arbeiter leben,

leben müssen, die ja ihre Miete bezahlen und ihre Kinder ernähren müssen. Ein Student, und es waren ja überwiegend Studenten, wahrscheinlich fast alle, aus einer mehr oder weniger bohemehaften Situation heraus, hat's ja leicht, alles in Frage zu stellen. Ich glaube, wenn das stattgefunden hätte oder möglich gewesen wäre, nicht mit dieser Arroganz und Verkennung, also Arroganz ist dann zu abwertend, aber der Verkennung, Fehleinschätzung und auch Klarmachen, was den Menschen vorenthalten worden ist. Es ist sehr schwer für jemand, der gut verdient, ich drücke das so banal wie möglich aus wie die *Bild-Zeitung*, der ein Auto hat, der in Ferien fährt, der zu essen hat, keine materiellen Sorgen, keine sichtbaren, sehr schwer dem klarzumachen, wofür er kämpfen soll. Das können ja eigentlich nur spirituelle Dinge sein. Und das ist eben nicht rausgekommen, ist auch nicht geklärt worden. Und da fehlt für mich das, worüber wir eben andeutungsweise sprachen, ich möchte sagen, fast ein religiöses Moment. Sie sehen es ja jetzt an diesen seltsamen Sektenentwicklungen, dass den Menschen das auch zu fehlen scheint. Und dass sie auf die verrückteste Weise darauf reinfallen. Es war eine gescheiterte spirituelle Bewegung, die den Gegenstand ihres Aufstands nicht hat klarmachen können.

Sch.: Die dieses spirituelle Moment nicht hat in ihren theoretischen Ansatz integrieren können?

Böll: Ja, wahrscheinlich theoretisch schon. Also bei Ulrike Meinhof finden Sie ja Ansätze dazu, spirituelle auch bei der Ensslin, auch am Anfang in ihren Publikationen und in ihren ganzen Aktivitäten. Auch eine Verkennung der, sagen wir Arbeiterklasse, die innerhalb ihrer Entwicklung in den letzten dreissig Jahren in Westeuropa noch zu sehr in Kategorien der zwanziger Jahre befangen war und ist. Es gab ein spirituelles Element, das aber nicht zum Ausdruck kam und auch nicht ankam und nicht verstanden wurde. Es ist sehr

schwer, einem Menschen, der durch körperliche Arbeit sein Brot verdient, klarzumachen, was keine Partei und eigentlich auch keine Kirche ihm klarmacht, dass er nicht nur lebt, um zu arbeiten, um zu essen und zu trinken und ein Auto zu fahren. Ich meine, das war der Impuls der Studentenbewegung, ein spiritueller, fast religiöser, der sich eben nicht ausgedrückt hat in einer Form, die ihm Publikum verschafft hätte, damit auch Stimmen und damit Rückhalt. Denn keine Partei, keine Kirche kann sich ja erlauben, gegen den immanenten Materialismus, nennen wir den so, der sich ja hier gebildet hat, nicht nur in der Bundesrepublik, ernsthaft Stellung zu nehmen. Wenn Sie sich anschauen, mit welcher Schizophrenie die sogenannte westliche Welt dann manchmal auf Äusserungen von Solschenizyn reagiert, der ja eigentlich ein Asketentum predigt, das gegen eine reine Konsumgesellschaft wäre. Man nimmt das Anti-Sowjetische, aber das andere leugnet man dann.

Ich meine, wenn man wirklich ernsthaft und ehrlich analysiert, entdeckt man bei Solschenizyn manche Dinge, die Sie auch bei den Jusos entdecken. Es gibt also eine, Weltbewegung wäre zuviel gesagt, aber eine Weltstimmung, die zu wissen glaubt oder weiss, dass das so nicht weitergeht mit der permanenten Konsumsteigerung, immer weiter und weiter investieren und produzieren, und dann wissen wir eigentlich nicht mehr, was wir produzieren. Und man nimmt sich dann aus einer solchen Stimmung und aus einer solchen Bewegung gerade das raus, was im Moment politisch verwertbar ist.

Sch.: Aber das stand doch auch auf dem Banner der Ausserparlamentarischen Opposition, der Aufruf zur grossen Verweigerung.

Böll: Ja.

Sch.: Der ja auch zu einer anderen gesellschaftlichen Realität führen sollte, in der nämlich das Lust-Prinzip, das

in dieser Konsumgesellschaft völlig verkümmert, pervertiert ist, sinnvoll verbunden wird mit dem Realitätsprinzip. Und diese Maximen, unter denen man angetreten ist, erschienen mir nicht nur einleuchtend, sondern auch vernünftig, machbar.

Böll: Das ist aber leider mehr oder weniger in intellektuellen Kreisen hängengeblieben.

Sch.: Sie meinen, es hat nicht den Weg ins Proletariat genommen?

Böll: Nein, das glaube ich nicht. Das hat dann eben wieder die Gefahr des Elitären. Vieles aus dieser Zeit wird ja praktiziert. Es gibt ja Wohngemeinschaften, wenn Sie sich vorstellen, nicht nur Wohngemeinschaften oder Kommunen überall auf dem Lande und in den Kleinstädten, aber ich denke immer an eine Sache, dass zum Beispiel ein Paar unverheiratet zusammen leben kann, heute eigentlich ohne Schwierigkeit. Das wäre vor zehn Jahren noch ein Skandal gewesen.

Sch.: Gut, es gibt so etwas wie sexuelle Freiheit. Aber es gibt ...

Böll: Ja, das ist dann schon nicht mehr nur sexuelle Freiheit. Das ist mehr. Das wissen wir ja. Es ist eher eine sexuelle Ehrlichkeit.

Sch.: Dass der Eros nicht parzelliert bleibt auf irgendwelche ...

Böll: Ja, und auch nicht vertuscht wird. Und ich wundere mich immer so, wenn ich so um mich gucke und Leute kenne und kennenlerne, wo doch viele Menschen in dieser Form zusammen leben auf eine sehr ehrliche Weise, auch ohne einander zu betrügen, wie das unter Eheleuten heute ja viel häufiger ist. Das passiert aber eben leider doch mehr oder weniger in einer Elite, ist vielleicht zuviel gesagt, aber in einer ausgewählten Schicht, die sich das leisten kann. Ich weiss nicht, wie weit das verbreitet ist bei Arbeitern, ich fürchte, da gibt's so etwas kaum. Manche Idee wird ja auch verändert, manchmal sogar verwässert praktiziert. Also ich

sehe Folgen dieses Aufbruchs, wie wir es genannt haben, doch auch in der Gesellschaft, gar nicht immer bezogen auf 1968/67, aber wahrscheinlich doch die Folge davon.

Sch.: Hat das nicht auch Folgen in Ihren Romanen gehabt? Also die Liebesbeziehung im *„Ansichten eines Clowns“* leidet doch genau unter diesen gesellschaftlichen Zwängen vor der Studentenbewegung . . .

Böll: Deshalb versteht man den auch so schwer, das ist ein historischer Roman.

Sch.: Während die *„Katharina Blum“* zumindestens in ihrer Beziehung zu dem Mann, der ja nicht im Vordergrund Terrorist ist, sondern ein Krimineller, diese offene Beziehungsform aufnehmen kann. Also haben Sie mit der Ausserparlamentarischen Opposition auch etwas vollzogen.

Böll: Ja, ich bilde mir sogar ein, etwas bewegt zu haben. Nicht die Ausserparlamentarische Opposition, aber da wir über *„Ansichten eines Clowns“* sprechen, das Buch können sie wahrscheinlich gar nicht verstehen, ich meine jetzt nicht Sie grossgeschrieben, wenn sie nicht den Sprung in die fünfziger Jahre vollziehen, wo also diese Form des Katholizismus eine Art Terror ausübte. Richtiger Terror. Das ist eigentlich ein Anti-Terror-Roman gegen ein bestimmtes Milieu innerhalb einer bestimmten Region, wo der Terror am stärksten ist. Wirklich ein historischer Roman, 1963 erschienen, den man natürlich gar nicht verfilmen kann, weil man so kurze Distanzen nicht historisieren kann. Sie können das nicht. Ich denke manchmal jetzt an etwas ganz anderes, dass sehr viele Menschen auch von dieser sexuellen Revolution – wollen wir sie so nennen –

Sch.: Ich würde sie nicht sexuelle Revolution nennen.

Böll: Nein, nein, das ist eine Befreiung . . .

Sch.: Ja, es ist eine sexuelle Befreiung, oder es ist mehr, eine Befreiung nicht aufs Sexuelle reduziert ist, eine Befreiung des Eros.

Böll: Ja, ja. Dass viele Menschen auch das innerlich nicht haben vollziehen können und es doch äusserlich vollzogen, also innerlich nicht frei genug und doch mitgemacht haben. Gar nicht aus modischen, sondern hier vielleicht sogar aus Einsicht, die aber nicht fundiert war und dass viele auch Opfer davon geworden sind. Befreiung, aber keine Freiheit. Das könnte ich mir denken. Ich denke manchmal darüber nach. Ich weiss nicht, wie sich das ausdrücken wird.

Sch.: Ich will noch einmal einen Sprung zurück versuchen. Sie haben also festgestellt, dass die ausserparlamentarische Opposition einige ihrer grossen Impulse bezogen hat aus der nicht stattgefundenen Demokratisierung. Unter Demokratisierung meine ich auch die Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Anerkennung überhaupt dieser Vergangenheit.

Böll: Die Tatsache, dass man aus der Befreiung nicht Freiheit gemacht hat.

Sch.: Hat es irgendwann vor dieser Ausserparlamentarischen Opposition, also nach 1945, möglicherweise vor 1950, hat es da einen Zeitpunkt gegeben, wo Sie geglaubt haben, dass aus dieser Befreiung Freiheit gemacht werden könnte?

Böll: Politisch oder nur existentiell?

Sch.: Beides. Ich glaube, das ist nicht trennbar.

Böll: Ja, ich trenne es insofern, als natürlich existentiell diese Freiheit so in den ersten Nachkriegsjahren wirklich praktiziert worden ist. Die ist dann niemals politisch wirklich geworden. Deshalb trenne ich sie für einen Augenblick, um das klarzumachen. Im Gegenteil, die Menschen, die zwischen 1945 und 1949, sagen wir mal, existentiell eine gewisse Freiheit praktiziert haben, sind dann geradezu mit fliegenden Fahnen wieder in die Zwänge zurückgekehrt, von denen wir geglaubt haben, sie seien vorbei. Und das alles hängt wieder mit dem zusammen, worüber wir andeutungsweise sprachen, Besitz, Restauration, die Verharmlo-

sung der Kriegsverbrechen. Für mich eine entscheidende Tatsache war eben die Entlassung der Kriegsverbrecher. Wo Adenauer dann in Absprache mit den Amerikanern sagte, ach, lassen wir die laufen, weil man natürlich nicht eine Armee aufbauen konnte ohne alte Nazis; schon rein generationstechnisch nicht. Sie brauchten mindestens ein paar alte Oberleutnants oder alte Majore, und dann brauchte man sogar ein paar alte Generale, und die waren eben verstrickt. Wie sich dann herausstellte, manche auf sehr unangenehme, sehr peinliche Weise. Der Auschwitz-Prozess, der ein grosses Ereignis war, fand eben nur gegen die Schergen statt. Die armen, ich möchte wirklich sagen die armen Schergen, die eine internationale Kaste sind, nicht gegen die grossen Planer und Verantwortlichen. Es kam eben dann auch in der NATO zu schizophrener Entwicklungen. Die Holländer beschimpften die Deutschen, blieben aber in der NATO. Die Norweger demonstrierten gegen deutsche Generale. Diese Schizophrenie der westeuropäischen Länder müsste natürlich auch bedacht werden. Die will ich nicht zu unserer Entschuldigung anführen. Für mich war also wirklich ein resümierendes, erkennendes Erlebnis die Lektüre der Adenauer-Memoiren. Da wird das ja mit einem Zynismus offen dargestellt, den ich dann wieder wohltuend fand. Ich bin ziemlich sicher, dass manche Bosheit, die ich dann so erfahren habe, später, darauf beruht. Es gab ja auch eine innerkirchliche Opposition nach dem Krieg. Theologen, Pfarrer, auch in der katholischen Kirche, die alle ganz klammheimlich kaltgestellt wurden und ein paar Autoren hielten – sagen wir's pathetisch – das spirituelle Erbe aufrecht. Und wir wurden geradezu ausdrücklich – was ich als hohe Ehre empfand – des Spiritualismus verdächtigt. Wirklich, da haben sie sich mal wieder decouviert. Was eben leider in der – sagen wir – deutschen Intelligenz aufgeklärter Herkunft nicht

wichtig genug genommen worden ist, war die Befreiung, die innerhalb des Katholizismus stattgefunden hat in diesem Land. Sehr wichtig. Viele Nachkriegsautoren kommen ja alle aus diesem Milieu, das bis 1945 relativ introvertiert war, auch politisch und gesellschaftspolitisch. Wir haben ja unsere Rolle gespielt und sind auch wahrgenommen worden. Was da vor sich gegangen ist in einer immerhin erheblichen Minderheit oder fast der Hälfte der Bevölkerung, wäre sehr interessant zu analysieren.

Sch.: Es hat also diese existentielle Freiheit gegeben.

Böll: Ja, weitgehend bis zur Währungsreform.

Sch.: Und die politische Freiheit?

Böll: Die ist nicht von irgendeiner politischen Kraft, ich will nicht sagen, Partei, die sind ja nicht die einzigen politischen Kräfte, programmiert worden oder programmatisch übernommen worden. Daraus hat sich, wie ich empfinde, die Apo in sehr vielen Formen entwickelt. Die gab's ja schon auf der literarischen Ebene vor 1967. Und das, was wir jetzt existentielle Freiheit nennen, ist natürlich als Libertinage inzwischen Mode. Und das ist ja nicht genau das. Das ist das Verdammte daran, das Verteufelte daran.

Sch.: Ich finde dieses Gespräch unvollständig, wenn ich nicht danach frage, was für gesellschaftliche Fehleinschätzungen, Irrtümer Ihnen unterlaufen sind. Wann Sie Wirklichkeit verkannt haben. Nicht Wirklichkeit verkannt im Sinne, dass daraus Katastrophen entstanden sind, sondern wann haben Sie dieser Wirklichkeit nicht mehr folgen können. Wann haben Sie etwas ganz anderes erhofft, gedacht, wann haben Sie einsehen müssen, dass ihre gesellschaftlichen Hoffnungen völlig falsch waren. Haben Sie erkennen müssen, dass die Wirklichkeit in diesem Land an Ihnen vorbeigegangen ist, zum Teil zumindest?

Böll: Ich denke jetzt darüber nach. Das ist nicht so einfach. Jetzt zu sagen, ich habe viele Fehler gemacht, wär mir

zu einfach und zu selbstverständlich. Einen generellen Fehler haben wir alle gemacht, oder viele von uns. Ich meine jetzt die Leute, die in diesem Buch schreiben, auch viele Literaten. Wir haben etwas zu kokett jedes Konfrontationsangebot angenommen. Ich meine das jetzt innenpolitisch. Kokett, manchmal auch trotzig. Ich will das jetzt gar nicht werten, nur als Vorgang, als Mechanismus. Ich denke wirklich manchmal, dass es viel, viel besser gewesen wäre, grundsätzlich mit allen politischen Kräften zu sprechen. Ich meine damit auch DKP-Leute, CDU und sogar die CSU. Wir sind ja eigentlich alle Bürger dieses Landes, sind eigentlich alle Kinderdergleichen Stunde. Wenn ich mir vorstelle, Herr Strauss ist fast gleichaltrig mit mir, wir kommen aus vergleichbaren Milieus, mein Vater war Handwerksmeister, seiner auch. Wir haben einen sehr vergleichbaren Bildungsgang, ich habe auch mal alte Philologie studiert. Wir haben auch etwas gemeinsam, müssen wir haben, denn ein Faschist ist er nicht und war er nicht. Ich weiss nicht, was wir gemeinsam haben könnten. Wir sind konfessionell aus derselben Brutstätte, die bayrische ist natürlich ein bisschen anders als die rheinische, aber wie anders, das müsste man mal rauskriegen. Also manche Dinge oder sogar viele haben uns gemeinsam geprägt. Da muss doch noch etwas übrig sein. Ich nenne jetzt nur Strauss als krasses Beispiel. Es gibt da viele andere. Natürlich hat's da beiderseits Schuld, dass das so zur Konfrontation geworden ist. Also erst einmal diese Koketterie, mit der man immer Konfrontation angenommen hat, sie manchmal sogar genossen hat, muss ich gestehen. Ausserdem die völlige Fehleinschätzung der Arbeit politischer Apparate. Dass ich eine Utopie habe oder einen utopischen Roman schreibe, ist nicht der Fehler, oder dass ich einem Politiker sage, hören Sie mal, eigentlich sollte man das so machen, ist auch nicht der Fehler, noch nicht einmal

das Naivste daran. Aber wie mühsam leider politische Prozesse vor sich gehen, das haben wir nicht wahrhaben wollen. Und dann natürlich den Fehler, den wahrscheinlich jeder macht, der schreibt und redet: dass er zuviel voraussetzt. Nicht nur bei dem, den er gerade anspricht oder für den er gerade schreibt, die und die Zeitung oder was, sondern beim potentiellen Empfänger. Das ist eine Sache, die mir sehr viel Kummer macht. Das betrifft jetzt also wirklich nur die politischen Äusserungen . . . man setzt zuviel voraus. Zuviel war mir selbstverständlich, was nur sehr wenigen selbstverständlich ist. Ich habe nur die Furcht, dass die Bundesrepublik wieder isoliert werden könnte. Wir werden sehr respektiert. Wir sind brave, tüchtige Leute. Wir haben ungeheuer viel auf die Beine gebracht. Sogar eine Literatur, stellen Sie sich das mal vor! Eine richtige vorzeigbare Nachkriegsliteratur gehört ja auch zu unseren Aufbauleistungen, und die westlichen Verbündeten werden sich nicht einmischen in eine innenpolitische, irgendeine innenpolitische Entwicklung. Das müssen wir selber machen. Und wenn eine CDU-Regierung käme, was ja nicht ausgeschlossen ist, dann fürchte ich eine Isolation, weil zuwenig europäische Weltinformation vorhanden ist, wie wir Autoren sie erlangt haben, sowohl als Leser wie als Reisende; durch Leute, die wir kennen, die wir treffen, die uns selbstverständlich vertraut sind. Dass man das nicht weitergeben kann. So böse also Herr Strauss mit seinen Ministrantenblättchen *Deutschland-Magazin* und *Bayern-Kurier* operiert und die CDU manchmal auch in ihrem komischen Publikationen, möchte ich nicht mehr per se jeden Fehdehandschuh aufnehmen. Ich möchte lieber mal als bundesrepublikanischer Patriot versuchen, etwas Positives zu erreichen. Das klingt jetzt sehr naiv. Ich glaube, das war der Fehler, dass man sich immer gegenseitig gereizt hat und hat auch reizen lassen. Da entsteht so eine Koket-

terie, beiderseits vielleicht. Wobei eigentlich Literaten, Schriftsteller souveräner sein sollten als Politiker. Wir brauchen ja keine Wählerstimmen.

Wolfgang Abendroth

Haben wir «Alten» noch etwas zu sagen? Sind wir «zornig»?

Es ist leider richtig – wir alle, die wir hier in diesem Band schreiben, sind nun «alte Männer» – nach den alten Frauen hat leider keiner gefragt. Sind wir auch «zornig»? Wären wir es niemals, wären wir resigniert und wirklich zu nichts mehr von Nutzen. Ein Recht auf Resignation – und das heisst praktisch auf stilles Verschwinden aus der Öffentlichkeit – hätten wohl die meisten von uns. Denn wohl alle, die hier gefragt wurden, haben sich – der eine hier, der andere dort – für das, was sie für eine bessere und aufgeklärtere, vernünftige Gesellschaft halten, für ein rationaler denkendes und handelndes westdeutsches Volk in einer Menschheit mit weniger Ausbeutung und Unterdrückung, als es sie vorher gegeben hat, ein Leben lang geschlagen. Jetzt sind wir also gelegentlich «abgekämpft» und müde. Das, was aus Resignation heraushilft, ist aber immer wieder der Zorn. Ohne Zorn über das, was uns ärgert, über das, was wir für falsch halten, würden wir wohl alle heute schweigen, weil wir, da wir nun einmal «alt» sind, auch oft physisch am Ende sind. Ist man müde, kommt einem allzu häufig die Anwandlung, Ruhe haben zu wollen. Allerdings, viele von uns haben auch nicht gelernt, Ruhe zu geben, weil wir uns seit unseren Jugendjahren immer mit dem, was gerade war, herumgeschlagen haben. Wir sollten also auch kein besonderes Verdienst für uns daraus zu konstruieren versuchen, dass wir es jetzt immer noch tun. Vielleicht ist es blosser Gewohnheit, dass wir aus dem alten Gleis nicht herausspringen können; man soll sich nicht besser machen, als man ist.

Sicher, die Kämpfe um den Staat und die Gesellschaft, die Kultur und die Wissenschaft von heute werden nicht mehr durch uns, sondern durch die uns nachfolgenden Generationen entschieden. Die westdeutsche Restauration hat vor dreissig Jahren im Zeichen der grossen (und bestimmt nicht nur symbolischen) Rolle eines damals ebenso alten Mannes, wie wir alle es heute sind, ihren Siegeszug begonnen. Ich denke, keiner von denen, die in diesem Buch schreiben, hätte Lust, eine gleich grosse und politisch ähnliche Rolle wie Adenauer zu spielen. In der westdeutschen Politik von heute hat nur noch einer aus meinem Jahrgang eine in ähnlichem Masse gewichtige Funktion, Herbert Wehner. Obwohl diese Funktion, wie mir bei allen grundsätzlichen Meinungsdivergenzen, die ich trotz – oder wegen – eines häufig ähnlichen Erlebnishintergrunds mit ihm habe, nicht eine gleich negative zu sein scheint wie die Adenauers, wenn wir von den Zielen von Demokratie, Humanität und sozialistischer Gesellschaft aus urteilen wollen. Nur in der sowjetischen und teilweise noch immer in der chinesischen Gesellschaft stehen «alte Männer» auch heute noch an der Spitze, und – allerdings dort er allein – Tito, der grosse alte Mann in Jugoslawien. Ceterum censeo – wer von uns allen in der Bundesrepublik hätte noch – auch nur physisch – die Kraft, das gleiche zu tun? Ich gewiss nicht. Das Zuchthaus steckt mir zu sehr in den Knochen.

Und doch – ganz ohne Nutzen ist es sicher nicht, wenn wir noch da sind. Denn es geht nun einmal nicht ohne Geschichte. Sonst müsste jede Generation, die sich durchschlägt, *alle* Fehler wiederholen, die die gemacht haben, die vor ihr existierten – sehr *viele* davon macht sie ohnedies. Sonst könnte keine neue Generation die Bedingungen durchschauen, unter denen sie lebt und kämpft; auch wieder gleichgültig, ob es um die Politik einer Gesellschaft oder um deren Kultur und Wissenschaft (welchen Zweiges auch immer) geht. Denn diese Voraussetzungen der alten Generation sind nun einmal allesamt «historisch» geworden. Geschichte vermittelt sich dem Bewusstsein der heute aktiven

Generationen nicht ohne den Kontakt und nicht ohne die Auseinandersetzung mit der Generation vorher. Sie wird nicht bereits mit der positivistischen Aufarbeitung von abstrakten Resultaten der Wissenschaft begriffen, so sehr es deren bedarf.

Sie wird es erst recht nicht, wenn man sie in kraft «kritischem Rationalismus» gewonnene, gleichsam punktuelle einzelnen Fakten auflöst, die – voneinander isoliert – nicht mehr als das, was Geschichte nun einmal ist, als Prozess, verstanden werden können. Es bedarf also der alten Männer und ihres Zorns. Ohne den Zorn würden sie sich kaum noch äussern. Mindestens trösten wir uns durch diesen Glauben über unsere politische Ohnmacht hinweg. Lasst uns diesen Trost!

Der Zorn beginnt damit, dass man sich immer wieder darüber ereifert, die junge, die «aktive» Generation habe weder historische Kenntnisse noch historische Interessen, erst recht keinen historischen Sinn. Darüber hat sich übrigens (und das gilt wieder einmal sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft) schon immer jede ältere gegenüber jeder jüngeren Generation geärgert. Man kann das amüsiert verfolgen, wenn man Geschichte – gleich welcher Zeit, so lange es überhaupt schriftliche Quellen gibt-aufarbeitet. Nur – nach dem Dritten Reich hat in dem Bereich des 1945 untergegangenen Deutschen Reiches, in dem wir leben, in der Bundesrepublik Deutschland nämlich, dies Problem leider wirklich eine grössere und eine riskantere Bedeutung als zu anderen Zeiten. Die Verdrängung historischen Denkens geht aus einem einfachen Grund tiefer: Nach einer allzu kurzen Unterbrechung 1945 sind als Konsequenz des Kalten Krieges – wie er schon 1946 durch Gründung der Bizone einsetzt – die gleichen Sozialschichten, die vorher das Dritte Reich getragen hatten, in die mittleren und weitgehend auch die höheren Führungspositionen von Gesellschaft und Staat, Wissenschaft und Erziehung zurückgekehrt. Dieser Vorgang vollzog sich zudem im Zeichen einer «Persilschein» gesteuerten Entnazifizierung

und der anschliessenden Gesetzgebung der Bundesrepublik zu Artikel 131 GG, die deren Resultate noch weiter abgemildert hat. Der Staat (und seine «staatstragende Partei»), in den diese Sozialschichten zwischen 1933 und 1945 «eingesetzt» waren, war der Staat des totalen Verbrechens und mit einer Ideologie ausgestattet, die deutlichgenug erkennen liess, dass er es war. So musste jeder seit 1933 mindestens ahnen (selbst wenn er sein Ohr gegen konkrete Einzelheiten zwecks moralischen Selbstschutzes verschloss), welchen Zielen diese Form «öffentlicher Gewalt» diene und welche Mittel sie zur Anwendung brachte (oder mindestens jederzeit zu verwenden bereit war). Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches war nun so viel von dessen Verbrechen völlig offenkundig (und damit unleugbar) geworden, dass es unmöglich war, eine glaubhafte, rechtfertigende Hilfsvorstellung dafür aufzubauen. Was lag also für diejenigen Sozialschichten, die das System Hitlers einst mitgetragen hatten, näher, als diese ganze Periode (und auch die Jahre zuvor, in denen sich der Sieg des deutschen Faschismus vorbereitete) schlicht aus dem Gedächtnis zu streichen? Wie weit (durch die Generation bestimmt) diese Ausschaltung einer längeren Zeit eigenen Verhaltens aus der Reflexion der bundesrepublikanischen Führungsschichten heute noch immer nachwirkt, hat uns jüngst der Tatbestand erneut vor Augen geführt, dass sowohl unser gegenwärtiger Bundespräsident als sein Gegenkandidat bei den nächsten Präsidentenwahlen «Pgs» der NSDAP waren und es beiden erst sehr spät wieder eingefallen ist. Wohlgermerkt, damit soll kein persönlicher Vorwurf erhoben, sondern nur eine Situation charakterisiert werden. Hatten also in früheren Zeiten Führungsgruppen die Chance, durch – noch so verfehlte – Verhüllungsideologien ihre eigene Geschichte in besserem Licht erscheinen zu lassen – hier ging (und geht) es mit dem besten Willen nicht mehr. Also musste historisches Bewusstsein insgesamt «verdrängt» werden. Und deshalb wurde (und wird) es auch für die folgenden Generationen schwierig, zu neuem geschichtlichem Verständnis zu gelangen.

Dieser Verlust der Dimension Geschichte ist aber noch riskanter als früher. Gewiss – niemand kann aus der Geschichte unmittelbar übertragbare Regeln für sein eigenes Verhalten in der Gesellschaft lernen. Geschichtliche Prozesse wiederholen sich niemals in genau der gleichen Weise. Aber – erkennt man sie wirklich, so lassen sich Tendenzen zu ähnlichem Ablauf und bestimmte Gesetzmäßigkeiten des Verhaltens (und der Versuchungen) herrschender Klassen und der Führungsgruppierungen sozialer Organisationen und Gruppen durchaus analysieren und also auch die Chancen begreifen, Katastrophen für Gesellschaft und Kultur vorzubeugen. Vorbeugen kann man natürlich dann auch nur durch eigene, maximal rationalisierte Aktivität, die von solcher Einsicht gesteuert wird. Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg haben – das weiss jeder – einen ungeheuren Aufschwung naturwissenschaftlicher und technischer Kenntnisse und Möglichkeiten gebracht, der noch viel grösser war als jener, der schon nach dem Ersten Weltkrieg stattgefunden hatte. Dieser Aufschwung hat übrigens dadurch, dass er die extreme Spezialisierung von Teilbereichen der Wissenschaften teils voraussetzte, teils förderte, die Enthistorisierung des menschlichen Bewusstseins noch beschleunigt. Damit ging vor allem der Verlust der Erinnerung einher, dass diese Erweiterungen unseres Wissens und der praktischen Verwertungsmöglichkeiten für dies Wissen (also die Vergrösserung der Produktivkräfte und der Produktivkraft Wissenschaft insbesondere) nur in der Gesellschaft möglich waren und dass es also von deren Struktur abhängt, ob sie zum Glück oder zum Unglück der Menschen ausschlagen. Wir wissen zwar alle, dass die Möglichkeit besteht, dass diese Enthistorisierung des Bewusstseins zu einer Katastrophe ausschlagen kann, gegen deren Unmenschlichkeit Drittes Reich und Zweiter Weltkrieg noch Kinderspiele waren, dass sie zum Atomkrieg der Grossmächte gegeneinander mit Neutronenbombe im Kleinen und Einbeziehung der Weltraumforschung im Grossen überleiten könnte. Aber wir «wissen» es nur gelegentlich. Meist haben wir es verges-

sen, und also geschieht gegen diese Gefahren praktisch sehr wenig, weil die Geschichte, die solche Entartungsgefahren immer wieder demonstriert, vergessen ist.

Ist darum nicht der Zorn von uns «Alten» über den Verlust des geschichtlichen Bewusstseins berechtigt?

Wenn wir «alten Männer» rasonieren, so sollen (und müssen) wir versuchen zu objektivieren. Aber ein Rest der Subjektivität bleibt immer darin enthalten. Er ist zwar einschränkbar, aber nicht voll überwindbar. Deshalb will ich gestehen, dass dieser Verlust geschichtlicher Vorstellungen und geschichtlichen Denkens mich häufig in Wut bringt. Ich will deshalb künftig nur von mir und meinen Erfahrungen berichten. Der Leser mag dann selbst entscheiden, was er damit anfängt. Wut ist kein Argument, das will ich gern zugeben. Sie wird es erst, wenn man versucht, sie zu «rationalisieren» und auf blossen berechtigten Zorn zu reduzieren.

Gleichwohl: Ist es zu verwundern, dass die Wut – das gilt nicht nur für mich, sondern für alle, die vor dem Dritten Reich und von den ersten Tagen des Dritten Reiches an am antifaschistischen Widerstandskampf bis zum bitteren Ende teilgenommen haben – einen gründlich packt, wenn die «herrschende Meinung» der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft, der Schulbücher und der Publikationsorgane unserer Republik immer wieder unsere Existenz schlicht vergisst? Wenn sie so tut, als habe es die Tausende und aber Tausende von Frauen und Männern niemals gegeben, die 1933 weder – wie der erste Bundespräsident – dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben noch – dann im Mai 1933 – Hitler im Reichstag die «Friedlichkeit» seiner Aussenpolitik bescheinigt haben, wie das die Reichstagsfraktionen der Vorgänger aller «staatstragenden Parteien» der Bundesrepublik mit Eifer und Begeisterung einst getan haben. (Man lese dazu die Erinnerungen Wilhelm Hoegners.) Dass grosse Kader aller Arbeiterorganisationen, der KPD, aber auch von Teilen der SPD und alle «Zwischengruppen» sogleich die illegale Arbeit gegen den deutschen Faschismus aufgenommen haben – wer erwähnt es heute? Wenn schon von

Tätigkeit gegen Hitler in der Bundesrepublik in der «offiziösen» Wissenschaft und «öffentlichen Meinung» die Rede ist, sei es auf den Hochschulen und in der Schule, oder sei es in der Presse, so spricht man von der «Bekennenden Kirche» und von der katholischen Kirche (obwohl nur wenige in deren Reihen über blasse – und meist späte – Verteidigung ihres Glaubens hinausgelangt sind; sie muss man natürlich moralisch hoch anerkennen) und von den Kombinationen zum (und um den) 20. Juli 1944. Aber man erwähnt den Kampf höchstens am Rande, den diese breiten Gruppen aus den geschlagenen sozialistischen Organisationen vom ersten bis zum letzten Tage des nationalsozialistischen Regimes geführt haben. Er hat – wer es zu wissen bereit ist, kann es natürlich erfahren; aber er wird selten genug angeregt, die Fakten kennenzulernen – weit mehr Opfer an Toten, an Gefolterten und an Gefangenen in KZ, Zuchthaus und Gefängnis gekostet, als sie alle anderen (viel späteren) politischen Oppositionsgruppen bringen mussten. Es gab übrigens auch – wenige, allzu wenige – radikale demokratische bürgerliche Intellektuelle und Publizisten, die in diesem Kampf gegen das Dritte Reich von vornherein auf der Seite dieser Arbeiterkader gestanden haben. Die Erinnerung an sie ist jedoch ebenso im «offiziösen» Gedächtnis der Bundesrepublik gelöscht. Und wehe den Studenten und den Professoren, die wenigstens diese konsequent bürgerlich-demokratischen Intellektuellen wieder erwähnen und ehren wollen! Als vor wenigen Jahren die jungen Lehrer und Studenten der neu gegründeten Universität Oldenburg ihr den Namen des im KZ geschundenen Redakteurs der *Weltbühne* Carl von Ossietzky geben wollten, haben ihnen es schleunigst erst die Minister der «sozial-liberalen», dann der christdemokratischen Regierung Niedersachsens verboten. Wer nicht Jude oder Emigrant war (aber auch dann: wehe, wenn er in Spanien gegen Franco mitgekämpft hat!), gilt hierzulande nur als honett, wenn er – sei es in dieser oder jener Form – Mitläufer der NSDAP war oder sich (als angeblich «innerer Emigrant») resignierend mit Adolf Hitlers Regime abge-

funden hatte, mindestens bis die totale Niederlage seit Stalingrad und seit der Landung der Westalliierten im Westen für jeden, der noch einen kleinen Rest von Denkfähigkeit besass, deutlich erkennbar geworden war.

Wieweit diese durch die Vorurteile und die verdrängten Schuldgefühle bestimmten Verzerrungen in den sozialen Schichten, die nach dem Beginn (und den Vorformen) des Kalten Krieges wieder in ihre Positionen zurückgekehrt sind, auch heute noch gehen – nach und trotz der Rebellion der jungen Generation –, wurde am 9. November 1978 besonders deutlich. Sechzig Jahre waren seit dem ersten Sieg der Demokratie in Deutschland, vierzig Jahre seit der «Reichskristallnacht» vergangen. Offiziell gedacht wurde fast durchgängig nur der «Kristallnacht». Die barbarische Verfolgung der Juden ist die einzige Sünde des Dritten Reiches, die seine einstigen «niedereren» und «mittleren» Mitträger einzugestehen bereit sind (und bereits unmittelbar nach der Konstituierung der Bundesrepublik zuzugeben bereit waren). Also liess sich dieser vierzigste Jahrestag kaum umgehen. Dabei konnte man den sechzigsten Jahrestag der demokratischen Revolution von 1918 getrost an die Seite drängen. Ihn kann man in einer Zeit schlecht gebrauchen, in der die «freiheitlich-demokratische Grundordnung» des Grundgesetzes sich sogar in der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts längst in abstrakte «Staatsbejahung» verwandelt hat, die die Tradition ihrer «Staatsdiener» von der Beamtenideologie des monarchischen Obrigkeitsstaates ableiten will. Einer der führenden Vertreter der CDU, der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann, kam dabei zu der erstaunlichen These, erst die «Kristallnacht» 1938 habe im Dritten Reich die Abkehr vom rechtsstaatlichen Denken deutlich demonstriert. Für ihn waren also die Mordzüge der SA, SS und Gestapo gegen die Antifaschisten, wie sie seit 1933 das ganze Reich durchliefen, waren die KZ für die politischen Gegner des Faschismus keine Zerstörung der Rechtsstaatlichkeit! Nebenbei: Selbst wenn man nur die Verfolgung der Juden als Auflösung des

Rechtsstaates werten wollte, sind für Wallmann (wie für die meisten «Festredner» des 9. November 1978, gleichgültig aus welcher «staatstragenden Partei» der Bundesrepublik sie jeweils kamen) die April-Pogrome 1933 ebenso vergessen geblieben wie die Nürnberger Gesetze 1935. Die Beschränkung des kritischen Denkens durch die Globkes, die Adenauer wieder zur Macht gebracht hatte, scheint nach wie vor für das Durchschnittsdenken der Bundesrepublik charakteristisch zu sein . . .

Gleichwohl: Wut über diesen gerade für uns «Alte» deprimierenden Zustand wäre sinnlos, würde sie nicht umgewandelt zu Zorn, der durch die Vernunft kontrolliert und darum praktisch verwertbar wird. Also gilt es, die Gegen Tendenzen zu dieser Situation, wie sie sich im geschichtlichen Verlauf gezeigt haben, zu erkennen und aus ihnen Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, wie man dieser Unterwanderung demokratischen Denkens und demokratischer Institutionen erfolgreich entgegentreten kann.

Derartige Gegenteilstendenzen hat es gegeben, und es gibt sie noch heute, wenn auch in wechselnder Stärke. In den ersten Jahren der Restauration, wie sie seit 1946 die westlichen Besatzungszonen zu bestimmen begann, wurden diese Gegenteilstendenzen zunächst noch von grossen Teilen der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie mitgetragen. Vor allem in einigen sich neu formierenden Gewerkschaftsspitzen, aber auch teilweise in den Schaltzentren der SPD standen Männer und Frauen zur Verfügung, die im Dritten Reich am illegalen Kampf gegen Hitler teilgenommen hatten. Von vornherein waren allerdings neben ihnen sehr viele in führende Positionen eingerückt, die 1933 an der Kapitulation erst der christlichen Gewerkschaften, dann des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und zuletzt auch der Reichstagsfraktion der SPD (am 17. Mai 1933) Mitverantwortung getragen hatten. Es waren dieselben Leute, von denen später die meisten statt in den Widerstand zu gehen sich resignativ – als sogenannte «stille innere Opposition» – halb den herrschenden Verhält-

nissen anpassten. Ungebeugte und unbeugbare alte Widerstandskämpfer wie Adolph Kummernuss, Otto Brenner und Willi Bleicher standen gleichwohl lange Jahre an der Spitze der Bundesorganisation oder grosser Bezirksverbände der mitgliederstärksten Industriegewerkschaften des DGB, der ÖTV und der IG Metall. Man mag Kurt Schumachers Politik in vielen Fragen noch so sehr kritisieren; aber an seiner unerbittlich antifaschistischen und antiobrigkeitsstaatlichen Haltung konnte kein Zweifel bestehen. Diese Generation ist dann aus Altersgründen aus den Führungspositionen ausgeschieden. Sie hatte aber vorher in den fünfzehn Jahren des raschen ökonomischen Aufschwungs des bundesdeutschen Monopolkapitalismus durch den von ihr organisierten Druck eine erhebliche materielle Beteiligung der abhängig arbeitenden Bevölkerung an dessen Resultaten trotz vieler Rückschläge herbeiführen können. Deutliche Zeichen dieser Entwicklung waren der vorher nie gekannte Lebensstandard der abhängig Arbeitenden, aber auch manche Ansätze zu wirtschaftlicher Demokratisierung (man denke an die Mitbestimmung im Montanbereich) und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen (man denke an die Vierzig-Stunden-Woche). Diese Konzessionen wurden der abhängig arbeitenden Klasse zwar keineswegs kampfflos, aber doch bei viel geringerem Umfang der Arbeitskämpfe gewährt, als ihn jede andere westeuropäische kapitalistische Wirtschaft (wenn man von der Schweiz absieht) gleichzeitig kannte. Für das Monopolkapital der Bundesrepublik war es angesichts seiner grossen Gewinne gleichsam billiger, diese Form von Konzessionen in «friedlichen» Kompromissen zuzugestehen. Doch eben dadurch wurde tendenziell die Entpolitisierung der unmittelbar nach der Katastrophe von 1945 nur vorübergehend kritisch gewordenen Massen gefördert, die in ihren Gewerkschaften zum grossen Teil während langer Jahre nicht mehr ihre eigenen Kampfverbände, sondern gleichsam Versicherungsinstitute für höhere Löhne zu sehen (und also «sozialpartnerisches» Denken im Stil der Deutschen Arbeitsfront (DAF) mit ihren «Volksgemein-

schafts»-Vorstellungen zu akzeptieren) bereit wurden. So war die den alten Antifaschisten nachfolgende Generation auch in der Leitung dieser Verbände (und Parteien) der abhängigen Arbeit nun nicht mehr fähig, der «herrschenden Meinung», wie sie die Bundesrepublik bestimmte und den Interessen und Vorurteilen ihrer herrschenden Klassen und führenden Schichten entsprach, kritisch zu begegnen. Zwar steht langfristig das objektive, reale Interesse der abhängig arbeitenden Klasse in unaufhebbarer Widerspruch zu jener obrigkeitstaatlich-antidemokratischen Entwicklung (die durchaus auch jetzt noch in schweren ökonomischen Krisen innerhalb der generellen Stagnationsperiode, wie sie seit 1974/75 deutlich erkennbar die Wirtschaft der Bundesrepublik bestimmt, in faschistische Formen umschlagen könnte), in die – mit einer kurzen Unterbrechung 1966/72 – unsere Republik gelangt ist. Mobilisierbar ist dies objektive Interesse der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung an der Verteidigung und Ausdehnung der Demokratie (und also an ihrem Schutz vor neuen furchtbaren Katastrophen) nur dann, wenn es gelingt, es auch subjektiv bewusst zu machen und also die dumpfe Vorherrschaft der «herrschenden» Meinungen und Vorurteile aufzubrechen, vor allem auch derjenigen des Antikommunismus, wie sie einst die Vorbereitung des Dritten Reiches möglich machten, neben dem Antisemitismus vom Dritten Reich weiter kultiviert wurden und in der Bundesrepublik erneut triumphiert haben. Wie gross die Wirkung sein kann, wenn man dies objektive Interesse auch nur in Rand- und Teilschichten der Gewerkschaften subjektiv wirksam machen kann, solange noch die wichtigsten Institutionen der politischen Demokratie funktionieren, zeigt die kurze Reformperiode der Bundesrepublik am Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre. Auch sie war allein durch Transformation psychologisch verständlicher Wut in rational beherrschten Zorn möglich geworden.

Ich denke an diese Jahre zurück, und ich möchte es wieder zunächst sehr subjektiv tun. Vor der wirtschaftlichen

Rezession von 1966/67 waren in den ersten Jahren des sechsten Jahrzehnts nur sehr kleine Zirkel in der Bundesrepublik übriggeblieben, die sich den «sozialpartnerischen» Illusionen und dem proamerikanischen Antikommunismus der «öffentlichen Meinung» entziehen konnten. Diese Ideologie hatte dazu geführt, dass sich fast die gesamte Presse und weithin der Rundfunk und das Fernsehen mit jedem noch so terroristischen und mörderischen Kolonialkrieg der Westmächte (von Algerien, Kenia und Kongo bis zu Vietnam) und jeder barbarisch-terroristischen gegenrevolutionären Diktatur (von Süd- und Mittelamerika und Indonesien bis zum Iran) identifiziert hatten. Darin war ihr die Sozialdemokratie stets (wie erst bei der Aufrüstung und dann beim westdeutschen Anspruch auf Beteiligung an einer «atlantischen» Atomrüstung mit dem Endergebnis ihres Karlsruher Parteitages) nach anfänglicher Ablehnung mit geringer zeitlicher Verzögerung gefolgt. Zuletzt hatte sie sogar noch die Forderung akzeptiert, dass die Bundesrepublik dringend eines besonderen «Notstandsrechts» bedürfe, wie sie es noch beim Wiederaufrüstungskompromiss entschieden bekämpft hatte. Am Ende kapitulierte sie auch vor der Vorstellungswelt vom «Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für ganz Deutschland», für das angeblich seit 1871 trotz 1945 immer noch existente Deutsche Reich. Aber immerhin: Obgleich die Kommunisten praktisch seit 1951, formell seit 1956 illegalisiert waren und immer wieder mit hohen Freiheitsstrafen verfolgt wurden, gab es – wenn auch zahlenmässig schwache – Kleingruppen alter Widerstandskämpfer, aber ebenso Zirkel der jungen Generation, von gewerkschaftlichen Jugendgruppen, von Wehrdienstverweigerern und Jungintellektuellen, die sich nicht fügten und zuletzt in der Ostermarsch-Bewegung zusammenwirkten. Nur: Von den Auffassungen der Bevölkerungsmehrheit waren sie ebenso weit getrennt, wie es seit der Mitte der dreissiger Jahre die antifaschistischen Widerstandsgruppen im Dritten Reich gewesen waren.

Diese Lage hat sich dann – zunächst unerwartet – durch

das kritische Umdenken der Studenten an den Universitäten und durch die Wiederbelebung gewerkschaftlichen Drucks nach der Rezession von 1966/67 rasch verändert.

An den Universitäten hatte sich der Meinungswandel langsam vorbereitet, seit die SPD ihre Studentenorganisation deshalb aus der Partei verwiesen hatte, weil sie ihren Mitgliedern die wissenschaftliche Aufarbeitung der einst für die SPD charakteristischen marxistischen Denkmethode gestatten und ihnen dazu noch erlauben wollte, über die «Alleinvertretungs»-Ideologie und über das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR nachzudenken. So isoliert diese winzigen SDS-Gruppen zunächst auch waren: Ihre Kritik lief wenige Jahre darauf mit kritischen Stimmungen vieler «Kommilitonen» zusammen. Noch waren es keineswegs vor allem materielle Sorgen, die die Studenten bedrängten. Im Gegenteil: Die Bundesrepublik hatte seit Ende der fünfziger Jahre erkannt, dass sie für die Bedürfnisse ihrer «rationalisierten» Ökonomie zu wenig Abiturienten und Studenten produzierte. Fast jeder konnte also nach Abschluss des Studiums auf einen sicheren (allerdings meist abhängigen) Arbeitsplatz hoffen. Aber viele Studenten verhielten sich nun – etwa seit 1965 – erheblich anders als ihre Studienkollegen vorher, die als brave Konsumenten dessen, was ihnen ihre Hochschullehrer boten, die bundesrepublikanischen Vorurteile und Ideologien für fast selbstverständliche «objektive Wissenschaft» gehalten hatten. Diese Hochschullehrer waren, soweit sie nicht erst nach 1950 «habilitiert» worden waren, fast samt und sonders (mit nur sehr wenigen Ausnahmen) vor 1945 unkritische Akklamanten des Dritten Reiches gewesen, wie sie dann der «sozialen Marktwirtschaft» Adenauers und Erhards ebenso selbstverständlich ihren Beifall zollten. Auch der Zusammenbruch des bis dahin ungebrochenen Wachstumsglaubens der «sozialen Marktwirtschaft» der grossen Konzerne durch die Rezession hatte übrigens an diesem (für ihre Begriffe «unpolitischem» und «objektivem») Festhalten dieser professoralen Majorität an der (jeweils) herrschenden Vorstellungswelt nichts geändert.

Die wenigen Gegner des Dritten Reiches und seiner NSDAP, die an die Hochschulen als Lehrer gelangt waren, konnte man vor der Studentenbewegung in ganz Westdeutschland und West-Berlin an wenigen Händen abzählen. Wer nicht in die NSDAP gelangt war, hatte in dubio sein Studium erst nach 1945 begonnen. Die wenigen Hitler-Feinde (ob sie aus der Emigration, ob sie aus innerdeutschen Widerstandsgruppen kamen), die (meist noch vor der Konstituierung der Bundesrepublik und dem vollen Triumph der Restauration) mehr oder minder zufällig (systematische Versuche, die nach 1933 emigrierten deutschen Gelehrten zurückzugewinnen, hat es bekanntlich kaum gegeben) Lehrstühle erhalten hatten oder — wie zum Beispiel der Verfassungsrechtler Helmut Ridder-inderkurzenZwischenperiode nach 1945 bis zurzeit der restaurativen neuen Gleichschaltung des Denkens zu kritischen Fragestellungen gekommen waren, waren in ihren Fakultäten meist isoliert und machtlos. Sie hatten im Wesentlichen nach Meinung ihrer Kollegen nur die Funktion, gleichsam als Visitenkarte angeblicher «Freiheit wissenschaftlicher Diskussion» gegenüber der ausländischen wissenschaftlichen Welt zu dienen.

Die Studentengeneration der Mitte der sechziger Jahre begann nun aber damit, danach zu fragen, was ihre akademischen Lehrer im Dritten Reich publiziert hatten. Wenige Jahre vorher war noch von seinen «Kollegen» an den Hochschulen derjenige, der die wissenschaftlichen Lehrmeinungen zwischen 1933 und 1945 zum Forschungs-oder gar zum Seminarproblem machte, wenn das über die Behandlung ganz weniger (gleichsam «preisgebener») Extrem-Exponenten der verrücktesten Seitenzweige nationalsozialistischer Ideologie hinausging, gleichsam geächtet und «verwarnt» worden, weil er angeblich den «Universitätsfrieden» und das «Ansehen der Wissenschaft» störte (und nur wenige, durchaus nicht alle, sozialdemokratische Landeskultusminister gaben ihm dann gegen derart merkwürdige Auffassungen über wissenschaftliche Diskussionsfreiheit Deckung). Auch die Studenten hatten sich bis dahin für solche

Seminare noch kaum interessiert und begriffen deren wissenschaftspolitische Bedeutung überhaupt nicht. Jetzt war das fast mit einem Schlag in einer neuen Studentengeneration anders geworden, die beginnen wollte, die Glaubwürdigkeit ihrer Lehrer zu überprüfen. Sie war erst nach dem Ende des Krieges und der Hungerperiode ins Pubertätsalter gelangt. Sie war – insofern vielleicht eine sozialhistorische Parallele zum Aufbruch der Jugendbewegung nach der Jahrhundertwende, der ja auch noch nicht soziologisch voll aufgearbeitet ist und sich in den gleichen sozialen Schichten abspielte – nun plötzlich neugierig darauf geworden aufzuarbeiten, wie sich ihre Eltern, ihre Lehrer an den Schulen und ihre Professoren gegenüber dem Dritten Reich verhalten hatten, dessen extremste Verbrechen ihr zum Beispiel durch die intensive und tapfere Arbeit des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer bekannt geworden waren. Die Professoren hatten dabei insofern «Pech», als durch das (*Gelehrten-Lexikon Kürschner* von 1940/41 sehr leicht feststellbar war, was sie damals publiziert hatten und einst für «objektive Wissenschaft» (im Zeichen der Rassenlehre) hielten.

Damit war die Rebellion an den Universitäten eingeleitet; denn den Professoren passte natürlich diese Erinnerung an ihre eigene Vergangenheit nicht in den Kram. Aber diese Bewegung war nun so stark, dass die Professoren versuchen mussten, sie durch Kompromiss-Diskussionen aufzufangen und nicht mehr (wie noch kurz vorher) durch Relegierung zu «ahnden». In den gleichen Jahren wurde der offenkundige Widerspruch zwischen der angeblichen «Verteidigung der Menschenrechte» durch die westlichen Staaten und den Kolonialkriegen wie dem gnadenlosen Terror der durch die USA zur Macht gebrachten Diktaturen in Entwicklungsländern (wie im Iran), den Studenten, die die mangelnde Glaubhaftigkeit der «Objektivitäts»-Philosophien ihrer Professoren gerade zu erkennen begonnen hatten, immer mehr zum Problem. Die Schüsse auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 haben dann die studentische Massenbewegung von Berlin auf alle Universitäten übertragen.

Diese Massenbewegung war spontan. Sie war zunächst durch keine klaren gemeinsamen Vorstellungen (die über bloße Negationen von Denk- und Forschungsschranken, die sie täglich erlebten, hinausgegangen wären) kontrolliert und bestimmt. Sie war auch in vielen Verhaltensformen quasi pubertär, zumal sich die meisten Professoren rationaler Diskussion verweigerten und die meisten Behörden sich nicht besser verhielten. Woher hätten die Studenten auch eigene klare soziale und sozialgeschichtliche Vorstellungen, woher ein Vorbild für ihre Aktionen haben sollen? Weil die Studenten häufig nicht recht wussten, wie es weitergehen sollte, forderten sie von uns wenigen «linken» Professoren, die sie bis dahin meist nur vom «Hörensagen» kannten, wir sollten ihnen – weil wir es doch wissen müssten – Rezepte zu einer sozialen, politischen und wissenschaftlichen Revolution hier und heute liefern, die ihre Fragen beantwortbar machen und ihre Bedrängnisse beseitigen sollten. Wir konnten ihnen nur sagen, dass es solche Rezepte nicht gebe, weil man einen langwierigen Prozess nicht durch einen einmaligen Willensakt beseitigen könne und weil es ausserhalb der Hochschulen keine revolutionäre Situation gebe. Und also «besetzten» die Studenten ausgerechnet unsere Institute zuerst, weil wir nach ihrer Meinung versagt hatten.

Th. W. Adorno in Frankfurt und Werner Hofmann in Marburg haben ihre Lebenskraft dadurch verloren. Auch mir machte dieser (psychologisch leicht verständliche, aber für uns alle verdammt bittere und anstrengende) Nebenwiderspruch nicht nur psychisch, sondern sogar physisch arg zu schaffen; ich gebe es gern zu. Dennoch gab der studentische Aufstand insgesamt uns «Alten» neue Hoffnung, noch mehr allerdings das Wiedererwachen eigenen Kampfwillens in den Teilen der Klasse der abhängigen Arbeit, die sich erst gegen die Notstandsgesetzgebung, dann gegen den «sozialpartnerschen» Rückzug der Gewerkschaftsführungen während der Anfangsperiode der Regierung der Grossen Koalition zur Wehr gesetzt hatten. Dass es damals nicht rechtzeitig gelingen werde, studentische Rebellion (mit ihrer durch

eine soziologistische Terminologie beherrschten Sprache) und Arbeitnehmer-Opposition zu einer vereinten Kraft zu integrieren, um die progressiven Seiten der Gesamtentwicklung, die sie gleichwohl bewirkt haben, vor Rückschlägen bewahren zu können, war mir (ich will meine pessimistische Voraussicht nicht rühmen) damals bereits klar. Im Grunde konnte aber trotz aller Gegenschläge mehr an potentieller Demokratisierung von Institutionen, an sozialen Erfolgen und an Fortschritten in Richtung auf eine neue Ostpolitik und auf Beendigung des Kalten Krieges trotz der zweiten Restaurationswelle bis heute erhalten werden, als ich damals angenommen hatte (und insofern muss ich also auch meine kurzfristig allzu pessimistischen Prognosen aus dieser Zeit heute tadeln).

Aber die zweite Restaurationswelle hat bald genug begonnen, keineswegs nur in der Judikatur des Bundesverfassungsgerichts und im «öffentlichen Dienst». Gewiss – jener Ministerpräsidentenbeschluss, der seit Januar 1972 die gleichen Berufsverbote im «öffentlichen Dienst» reinstallierte, die 1950 in grober Verletzung des Grundgesetzes durch Adenauer eingeführt worden waren, stellt einen gleichsam symbolischen Wendepunkt zwischen beiden Entwicklungsperioden dar, mehr aber nicht. Die Gegenkräfte sind jedoch stark und entwicklungsfähig geblieben. Zwar hat die studentische Bewegung an öffentlichem Gewicht abgenommen, seit sie sich zuerst in endlosen Reibereien untereinander zerfasert hat (das ist bei allen spontanen Aktionen nach den ersten Niederlagen fast unvermeidlich, wenn nicht eine relativ starke, in langer Tradition verankerte rationale Gruppierung der Linken derartige sektiererische Auseinandersetzungen auffangen kann, die jedoch weder damals noch zur Zeit in Westdeutschland existiert). Zwar hat die unsinnigste Variante, die aus der spontaneistischen studentischen Rebellion resultierte, der Terrorismus (so wenige «Sympathisanten» er objektiv jemals hatte, erst recht heute noch hat), der zweiten Restaurationswelle immer wieder Scheinargumente geliefert. Gleichwohl haben in der zweiten Restaura-

tionswelle, wie sie sich nach der zweiten ökonomischen Krise 1974/75 und in der ökonomischen Stagnation des Monopolkapitalismus, in der wir gegenwärtig trotz allen Aufschwungs stehen, voll etablierte, die Gewerkschaften nicht (wie in der ersten Rezession) mit Rückzügen geantwortet, sondern ihren Kampfwillen behalten, den sie damals erst durch den Druck der spontanen Streikbewegung von 1969 zurückerlangt haben. Die Studenten und Jungintellektuellen (heute ist ihre Zahl gewaltig gewachsen: 1977 hatten wir die dreifache Abiturientenzahl wie 1970) sind – die Zahl ihrer Arbeitslosen nach den Examina wächst ständig – trotz aller Angst vor Erwerbslosigkeit, die sie zurzeit in die Resignation (wie sie sich zum Beispiel in «Tu nix»-Bewegungen ausdrückt) hineinführt, und vor den Berufsverboten, die allzu viele der vor zehn Jahren Aktivierte bedroht, vielleicht bald wieder für nun rationalere Aktivität zu gewinnen, nachdem der Kampf von IG Druck und Papier und jetzt von IG Metall um die Anpassung der Arbeitszeit des einzelnen Menschen an die ständig und rasch (durch den Weitergang des technischen Fortschritts, durch neue Automatisierungsprozesse) sinkende gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ihnen immer wieder vor Augen führt, dass bei vernünftiger Organisation der Gesellschaft der objektive Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten und kulturell tätigen Menschen nicht sinkt, sondern wächst. Können nicht gerade wir «Alten» immer wieder helfen, hier zwischen beiden Schichten, der industriell tätigen arbeitenden Klasse und der Intelligenz, auf Grund unserer Einsicht und Erfahrung zu vermitteln und immer wieder zu zeigen, dass nur gemeinsamer zäher Kampf um jede Einzelfrage (die nur dem Schein nach vereinzelt ist) gegen den gemeinsamen Feind, das Profitstreben der Monopole und die Restauration obrigkeitstaatlichen Denkens im Staat, weiterhelfen und vor den Gefahren der Rüstungsplanung schützen kann, die in neue Katastrophen überleitet?

Aber wir können es nur, wenn wir zornig bleiben. Sonst fehlt uns die Kraft, auch künftig den Jungen zu raten.

Wir sind immer wieder in Gefahr, uns in richtungslos unkontrollierter Wut zu verlieren und dann am Ende zu resignieren (wie einer der besten von uns, die in diesem Buch noch geschrieben haben, bereits resigniert hat).

Doch die Wut, die unkontrolliert bleibt, droht uns immer wieder zu übermannen und wirkungslos zu machen. Keiner von uns soll es leugnen – ich selbst gewiss nicht. Sie packt mich immer dann am stärksten, wenn ich die Selbstverständlichkeit sehe, mit der infolge überlieferter Vorurteile die einfachsten historischen Fakten übersehen werden, deren Kenntnis vor der Unterstützung der neuen Restaurationswelle durch an sich gewiss gutwillige Kräfte bewahren könnte. Die Verzerrung und Verdrängung geschichtlicher Erinnerung, wie sie infolge der Wiedereinsetzung der am Dritten Reich partizipierenden Schichten nach 1945/46 fast automatisch herbeigeführt wurde, ist längst auch in die Aufarbeitung der späteren Geschichte der Bundesrepublik eingedrungen und hilft immer wieder, sich in einen der gewichtigsten Motoren (man möge diesen Seitenblick entschuldigen; ich bin nun einmal Jurist) der Umdeutung ihrer Rechtsordnung zu verwandeln, die nun die wenigen Ergebnisse der kurzen Reformperiode nach der Bildung der sozial-liberalen Regierung liquidieren soll. Zwei Beispiele (unter vielen): Im *Spiegel* vom 27. November 1978 äussert sich einer der wenigen heute noch tendenziell liberalen Verfassungsrichter, Hirsch, zum Deutschland-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Er behauptet, die Präambel des Grundgesetzes enthalte eine Formulierung des Inhalts, das Deutsche Reich existiere noch immer, und das sei auch stets die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gewesen. Erstens hat jedoch diese Präambel zu dieser Frage kein Wort gesagt; zweitens erklärte das Beamtenurteil (BVerfGE 3, 58 [88]) dieses Gerichts 1953 noch ausdrücklich, es sei keineswegs eine unbestreitbare These, dass das Deutsche Reich das Jahr 1945 überlebt habe. Dieser an sich relativ gutwillige Verfassungsrichter hat das alles vergessen, wie auch in der Begründung der Deutschland-Entscheidung

vom 31. Juli 1973 das Beamtenurteil von einst schlicht unerwähnt blieb. So kurz ist das Gedächtnis unserer Richter! Das zweite Beispiel: Der Innenminister der sozial-liberalen Regierung Nordrhein-Westfalens hat vor wenigen Wochen dem Engels-Institut in Barmen die Anerkennung als förderungswürdige (wie es zum Beispiel die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung und die parallelen Institute der CDU, der CSU und der FDP sind) Stiftung mit der Begründung verweigert, der Marxismus sei eine verfassungsfeindliche Lehre. Er hat schlicht vergessen, dass zurzeit der Verabschiedung des Grundgesetzes, die nur durch die Mitwirkung der SPD möglich war, diese Partei sich in ihrer Mehrheit noch für marxistisch gehalten hat, also diese Kompromisslösung, das Grundgesetz, bestimmt nicht den Marxismus für gegen diese Verfassung gerichtet halten konnte. Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren; während der ersten Restaurationsperiode waren sie zahllos; nach kurzer Unterbrechung sind sie in der zweiten Restaurationsperiode wieder zahllos geworden.

Nur – Wut hilft zur Bewältigung dieser Entartungen des verfassungsrechtlichen Denkens der Bundesrepublik wenig. Man muss auch in solchen Fragen lernen, die Wut, wie sie sich unvermeidlich gerade auch in der noch unerfahrenen jüngeren Generation immer wieder reproduziert, auf rational beherrschten Zorn zu reduzieren.

Das geht nur, wenn wir «Alten» selbst, deren wichtigste Aufgabe heute nur noch sein kann, historisches Denken durch eigene Erfahrungen, auf die wir hinweisen können und sollen, an die Jüngeren, die heute die Auseinandersetzungen auszutragen haben, weiterzugeben, selbst in allem Zorn und aller Entrüstung auch die Mängel möglicher Bundesgenossen historisch einordnen und also wirklich geschichtlich denken können. Wir wissen (und unsere Generation hat es am bittersten am eigenen Leibe erfahren müssen), dass auch die Linke Perioden durchlaufen hat, in denen in ihren eigenen Reihen Inhumanitäten entstanden sind. Es gibt keinen gewaltsamen Kampf ohne Unrecht, und Un-

recht erzeugt allzuoft auch späteres Unrecht. Kann man jedoch deshalb auf den gewaltsamen Kampf verzichten, darf man deshalb der totalen Inhumanität, die kein humanitäres Ziel kennt, das Feld überlassen? Jeder weiss um die Verbrechen Stalins und des Stalinismus; jeder weiss um das grauenhafte Unrecht, das auch in der neostalinistischen Phase in den meisten sozialistischen Staaten entstand. Aber war nicht beides eine (sicherlich in vielem verwerfliche) Antwort? Der Stalinismus war eine verspätete Antwort auf den Terror der «Weissen» im Bürgerkrieg; auf die Angst vor der wirtschaftlichen Isolierung der UdSSR und auf die Furcht vor dem Angriffskrieg der Imperialisten in der bevorstehenden Weltwirtschaftskrise, der Neostalinismus war die Antwort auf den Kalten Krieg, dessen Anfänge (man denke an die Vorbereitung des «Amtes Gehlen» schon 1945, an die Bizone 1946 und an die trizonale Währungsreform 1948) schon vor ihm liegen. Haben diese sozialistischen Länder allesamt, so sehr in ihnen Restfolgen dieser Entartungen noch wirksam sind und unüberwunden sein mögen, dadurch aufgehört, sozialistische Länder zu sein? Hat einst England seine Funktion als Vorhut fortschrittlichen bürgerlichen Denkens und des Parlamentarismus dadurch eingebüsst, dass seine erste grosse Revolution Phasen des Terrors und dann die Diktatur Cromwells durchlaufen musste? Hat das Frankreich des Jahres 1789 durch den Terror erst der Jakobiner, dann des Thermidor, am Ende durch Napoleon den Charakter des Landes verloren, das die Menschenrechte der bürgerlichen Revolution (und das sogar zum Teil erst durch Napoleon) und damit den Fortschritt der Menschheit durch den europäischen Kontinent getragen hat? So sollen also die Fehler und die Mängel der Linken, die häufig genug im Einzelfall in konkrete Unmenschlichkeit umschlagen können, ihr sehr oft Anlass zu Selbstkritik und Selbstkontrolle geben; ganz vermeiden kann man sie nicht. Aber sie geben gewiss keinen Grund zur Verzweiflung, keinen Anlass zum Verzicht auf den Kampf und zur Resignation.

Denn der Hauptfeind bleibt in unserem Zeitalter immer

der gleiche: jener Monopolkapitalismus, der erst die Schande des Kolonialismus und seiner zynischen Verbrechen, dann die Barbarei zweier Weltkriege und in der Verzweiflungssituation der grossen Krise nach 1929 die auch in ihrer Zielsetzung totale Inhumanität des deutschen Faschismus geschaffen hat. Ihn müssen wir schlagen, bevor er in schlimmeren inneren Widersprüchen noch furchtbarere Katastrophen für die Menschheit bewirken kann.

Diese Einsicht haben wir «zornigen Alten» weiterzugeben, solange wir können. Um dieser Einsicht willen sollten wir – solange wir noch dazu imstande sind – weiterkämpfen, um den Jungen zu helfen, ihre eigene Lage zu begreifen.

Walter Fabian
Versagen wir
zum zweitenmal?
Die Bildungsreform,
zum Beispiel
Als Vorbemerkung ein Brief

Lieber Axel Eggebrecht,

als Sie neulich bei mir waren, sagte ich Ihnen, dass mir durch Ihre Einleitung zu diesem Band einige «Probleme» entstanden seien. Sie ermunterten mich eindringlich, das hier niederzuschreiben. Ich folge gern diesem Rat.

Meine Schwierigkeiten ergeben sich daraus, dass Sie in Ihrem Text überwiegend per «wir» schreiben. Damit kann ja wohl nichts anderes gemeint sein als wir, die Mitarbeiter dieses Bandes. Offen gesagt, fühle ich mich dadurch etwas «vereinnahmt», so nahe ich, wie Sie wissen, den meisten Ihrer Positionen stehe. Aber hier spricht doch jeder nur für sich selbst, allenfalls für einen kleinen Kreis persönlicher und politischer Freunde. Ich jedenfalls sehe mich zu keinem «wir» legitimiert.

Wo liegen unsere Differenzen? Sie schreiben wiederholt von den grossen Erwartungen, die «wir» nach 1945 hatten: «Wir durften auf eine gründliche Reinigung hoffen, auf einen neuen Beginn. Und der würde, so dachten wir, besser gelingen als nach 1918.» Nein, so dachte ich nicht. Ich bin sicher, dass meine Erinnerung mich heute, fast 34 Jahre später, nicht täuscht, wenn ich sage, dass ich von der ersten Stunde an von tiefer Skepsis erfüllt war und dass ich alles, was ich seitdem getan, geredet und geschrieben habe, «trotzdem» tat und weiterhin tun werde. Ähnlich war es mir schon in der Weimarer Republik ergangen – wenn auch

nicht von der ersten Stunde an (ich war 1918/19 ein sechzehnjähriger Gymnasiast, der sich in der Friedensbewegung und in den Jugend- und Kulturorganisationen der Arbeiterbewegung engagierte), so doch spätestens im Jahre zwei der republikanischen Zeitrechnung. Was mich beim Zusammenbruch des wilhelminischen und des Dritten Reiches be-seelte war etwas anderes: eine Erleichterung, eine ganz tiefe Erleichterung, dass das Morden ein Ende gefunden hatte. Im Vergleich dazu war meine Hoffnung auf den neuen Anfang verhältnismässig schwach. Von «optimistischem Überschwang» war ich jedenfalls weit entfernt, und von «diesem unseren Staat» habe ich wohl nie «so viel erhofft». Doch darauf werde ich noch zurückkommen.

Sie sehen schon: unsere Sicht (oder unsere Temperamente?) sind etwas verschieden. Sie sehen auch: ich komme gleich auf die erste Republik zu sprechen. Und da ergibt sich nun eine Differenz in Ihrer und meiner Konzeption dieses Buches. Wenn wir schon kollektiv als «alte Männer» das Wort ergreifen – was haben wir dann vor allem einzubringen? Doch wohl in erster Linie, dass wir eine längere historische Erfahrung haben als die heute Jungen, an die wir uns vor allem wenden. Oder anders ausgedrückt: dass wir, wenn nicht alles, so doch sehr vieles, zum zweitenmal erleben (erleben müssen). Und darüber kann ich nicht schweigen: ich muss den Rahmen Ihrer Konzeption sprengen, ich muss die Entwicklung seit 1945, auf die Sie dieses Buch konzentrieren möchten, mit der Entwicklung nach 1918 vergleichen dürfen. Ich hoffe, Sie und unsere künftigen Leser sind einverstanden?

Gewiss, ich weiss: «Bonn ist nicht Weimar.» Aber das war in erster Linie ein zugkräftiger Buchtitel (fast so gut wie einst Spenglers (*Untergang des Abendlandes*)), aber es bedarf doch einiger Einschränkungen. Davon wird noch zu sprechen sein. Vorerst sei nur versichert, dass ich mir der unterschiedlichen Voraussetzungen bewusst bleiben werde: die Geschichte wiederholt sich nicht wörtlich, sondern in Variationen. Aber aus ihr lernen kann und muss man trotz-

dem. Natürlich renne ich mit solchen Banalitäten die offenen Türen Ihrer Hamburger Wohnung ein. Ich will auch nur erklären, warum ich, von Ihrer Konzeption abweichend, vor allem die Wiederholung des traurigen Geschehens beklagen und die dafür Verantwortlichen anklagen muss.

Noch ein Wort zu Ihrem Satz, in dem Sie «den heiligen Zorn» preisen und hinzufügen: «Den, ja den, nehme ich für uns in Anspruch.» Nun ja, Sie haben auf Ihrer Seite den Titel dieses Bandes, den ich durch meine Mitarbeit akzeptiert habe. Trotzdem frage ich mich immer wieder, ob ich «ein *zorniger* alter Mann» bin. Eigentlich sehe ich mich nicht so, oder doch nicht nur so: ich sehe mich (und auch Sie!) vor allem als diejenigen, die sich ein langes Leben hindurch treu zu bleiben suchen, die ihre Zweifel und Verzweiflungen immer wieder niederringen – die durchhalten, hinweg über alle schlimmen tausend Jahre und über alle Enttäuschungen in weniger schlimmen Zeiten. Aber da sind wir ja gewiss einig, und so will ich mich mit der Freundlichkeit, die mir so wichtig scheint wie der Zorn, für heute von Ihnen verabschieden und endlich beginnen.

Doch halt, ich möchte noch rasch zwei Sätze von Andre Gide zitieren, die ich, in aller Unbescheidenheit, für uns, als Verpflichtung, in Anspruch nehme: «Ich weiss und fühle, dass die Welt furchtbar ist; ich weiss aber auch, dass sie es nicht zu sein brauchte und dass sie das ist, was *wir* aus ihr machen . . . Jetzt kommen die Zeiten zurück, da als Verräter betrachtet wird, wer nicht nach Vorschrift denkt. Einige immerhin widerstehen noch ...» Vielleicht können die Aufsätze dieses Buches ein wenig dazu beitragen, das die «einigen» zu vielen werden?

Warum Weimar scheiterte

Im November 1918 vollendete sich der Zusammenbruch der deutschen Armee; zugleich endete das Regime der Hohenzollern. Der Krieg war aus. Das war viel und doch zu wenig. Die auslösende Kraft war eher eine Rebellion der bis zur Verzweiflung kriegsmüden Soldaten als eine Erhebung der nicht minder kriegsmüden Arbeiterbewegung – sie war gespalten und durch den Krieg schrecklich dezimiert. Und in ihrer grossen Masse war die deutsche Bevölkerung viel, viel mehr erfüllt von Sehnsucht nach Frieden, Arbeit, Versorgung, Ruhe und Ordnung als von der Bereitschaft, die Chance zu einer Neuordnung der Gesellschaft zu ergreifen und dafür Kämpfe und Opfer auf sich zu nehmen. Dieser Stimmung, aber auch ihrer tiefen Abneigung gegen eine Revolution Rechnung tragend, entschieden sich die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer und ihre Organisationen für den Weg der Reformen. Einige wurden verwirklicht, so das Frauenstimmrecht, die parlamentarische Demokratie, der Acht-Stunden-Tag. Aber bald waren die reaktionären und restaurativen Kräfte wieder stark und flexibel genug, fast jede Reform nach einem kurzen Anlauf zu stoppen oder sie ganz zu verhindern. So kann es nicht wundernehmen, dass die zweite deutsche Republik fast alle Aufgaben ungelöst vorfand, um die sich die reformwilligen Kräfte in den zwanziger Jahren vergeblich bemüht hatten: Schulreform, Hochschulreform, Gefängnisreform, Reform des Abtreibungsparagraphen und vieles andere mehr. Aus einer gründlichen Analyse der Gründe, die damals zum Misserfolg führten, könnten wir viel lernen; aber sie würde den Raum dieses Essays sprengen – Essay im Sinne eines Versuchs der Annäherung an das Wesentliche. Das Wesentliche war: weder die Grundlagen noch die Institutionen der alten Gesellschaftsordnung wurden verändert. Es gab keine Aufteilung des ostelbischen Grossgrundbesitzes, keine Sozialisierung, keine Entmachtung der Grundindustrien, keine planende Wirtschaftspolitik – keine Reform der Verwal-

tung, der Justiz, der Heeresstruktur, der Schule, der Hochschule . . . ‚Der Kaiser ging – die Generäle blieben‘ hiess in den zwanziger Jahren ein zündender Romantitel; es blieben auch die alten Richter, die alten Staatsanwälte, die alten Ministerialdirektoren usw. Das ist bis tief in unsere zweite, heutige Republik so geblieben. Ich will es aus meinen Erfahrungen an einem Beispiel belegen. Als vor gut einem Jahrzehnt um die Notstandsgesetze gerungen wurde, schaltete sich auch der Deutsche Presserat ein, dem ich damals angehörte; seiner Bestimmung gemäss beschränkte er sich auf das Bemühen, jegliche Beeinträchtigung der Pressefreiheit aus den Entwürfen zu eliminieren. Der Verleger Focko Lüpsen und ich wurden beauftragt, für den Presserat die Verhandlungen mit der Ministerialbürokratie des Bonner Innenministeriums zu führen. In unzähligen Sitzungen suchten die Bonner Beamten immer neue Formulierungen, die schliesslich alle vom Plenum des Presserats und dann, was ausschlaggebend war, auch von der Bundestagsfraktion der SPD verworfen wurden. Aber nicht wegen dieses bescheidenen Teilerfolgs erzähle ich dieses Detail, sondern weil mir diese Auseinandersetzungen mit diesen eigentlichen Herren des Bonner Innenministeriums zeigten, dass diese Männer – die zum grossen Teil zwischendurch zumindest zwölf Jahre lang Parteigenossen der NSDAP gewesen waren – mehr noch als alte Nazis überzeugte Verfechter des Obrigkeitsstaates geblieben waren: die Vorzensur sogar schon vor der Verhängung des Notstands wollten sie haben, weil sie die Bürger (lies: die Untertanen) vor Irrwegen ihres Denkens und Urteilens behüten müssten ... So vererben sich die Sünden der Väter und Grossväter über den Wandel der Regime hinweg.

Doch noch einmal zurück zu den ersten Jahren der ersten Republik. Wie formulierte es Max Frisch (*(Biedermann und die Brandstifter)*):

«Der die Verwandlungen scheut
mehr als das Unheil,
was kann er tun
wider das Unheil?»

Eben: da man die Verwandlungen gescheut hatte, breitete sich das Unheil rasch aus: die Reichswehr als Staat im Staate samt der Schwarzen Reichswehr, die politischen Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg bis hin zu Erzberger und Rathenau, die einäugige politische Justiz, die Mörder und Fememörder freisprach, aber zum Beispiel Carl von Ossietzky ins Gefängnis warf.

Nach meiner Einschätzung gab es doch noch einmal eine Chance, der Politik von Weimar eine Wende zu geben: unmittelbar nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920. Damals hatten sich die immer noch von Nachkriegsnot ermüdeten Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einmütiger und rasch erfolgreicher Abwehr erhoben, und die Führer der freien Gewerkschaften, an ihrer Spitze der Sozialdemokrat Carl Legien, forderten, an die Stelle der Weimarer Koalition eine deutsche Arbeiterregierung zu setzen, die von der SPD, der USPD, den freien und den christlichen Gewerkschaften getragen sein sollte. Aber nichts Dergleichen geschah: ein paar Minister wurden ausgewechselt, und im Übrigen schlug die Reichswehr, die sich geweigert hatte, die Republik gegen Kapp und Lüttwitz zu verteidigen, mit harter Hand die Gruppen von Arbeitern und Intellektuellen nieder, die im Ruhrgebiet und an einigen anderen Stellen verhindern wollten, was dann doch eintrat: «So endete der Kapp-Putsch in Wirklichkeit nicht mit einer Niederlage des Militärs, sondern der Arbeiterschaft», wie Arthur Rosenberg in seiner (*Geschichte der Weimarer Republik*) schrieb, die wohl immer noch die beste Darstellung dieses Kapitels der deutschen Geschichte ist.

Da half es nichts mehr, dass im Sommer 1922 unter dem Eindruck der Ermordung Rathenaus der Zentrums-Reichskanzler Josef Wirth seinen mahnenden Ruf erhob: «Der

Feind steht rechts!» Das wurde zwar viel zitiert, aber nicht befolgt. Stattdessen marschierte 1923 die Reichswehr in Sachsen und Thüringen ein, um die legalen sozialdemokratisch-kommunistischen Regierungen, die ersten Volksfrontregierungen überhaupt, jenseits der Legalität ihres Amtes zu entheben. Dieses dunkle Jahr 1923 trug nicht wenig dazu bei, das finstere Jahr 1933 möglich zu machen. Denn in den etwas mehr als neun Jahren, die der Republik noch blieben, sahen nur wenige – etwa der abgesetzte sächsische Ministerpräsident Erich Zeigner und die Mitarbeiter der *Weltbühne* –, welche Unheil im Zeichen Hugenbergs und Papens, Schleichers und Brünings, Hindenburgs und Hitlers heraufzog – und welche Bundesgenossen diese Feinde der Republik in allen Lagern und Schichten der jeglicher Reform feindlichen Restauration fanden. Man verliess sich auf die preussische Polizei, die dann im Juli 1932 gar nicht eingesetzt wurde, und auf die im Reichsbanner und in der Eisernen Front organisierten Massen, die damals und dann wieder im Januar 1933 vergeblich darauf warteten, dass man sie zum Widerstand aufrief. Wer möchte behaupten, dass man aus alledem nichts lernen könnte?

Zum Beispiel: Die gescheiterte Schulreform

Um die Jahrhundertwende artikulierte sich das weitverbreitete Unbehagen über die deutsche Schule in vielen Ansätzen: vor allem Lehrer aller Schulstufen formulierten ihre Kritik – etwa an der künstlerischen Erziehung, am deutschen Aufsatz, am Sprachunterricht, am «Elend unserer Jugendliteratur», an der sturen Lernschule usw. – und machten sehr konkrete Vorschläge, wie man dem abhelfen könnte; Stimmen aus dem Ausland – ‚*Das Jahrhundert des Kindes*‘ von der Schwedin Ellen Key und die Schriften der Italienerin Maria Montessori – verstärkten den vielstimmigen Chor der deutschen Reformpädagogik. An manchen

Stellen schritten die Reformen zur Einrichtung von Versuchsschulen mit privaten Trägern: so gründeten Lietz, Wyneken und andere Landerziehungsheime, Geheeb die Odenwaldschule, Berthold Otto nun nicht mehr im ländlichen Abseits, sondern am Rande der Grossstadt Berlin seine Berthold-Otto-Schule, etwas später Rudolf Steiner seine Waldorf-Schulen und Peter Petersen seine Jena-Plan-Schulen, um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen.

Das war anregend für die pädagogische Diskussion, aber an dem Unterrichts- und Erziehungsstil der institutionalisierten, der real existierenden Schulen von der Volksschule bis zum Gymnasium änderte sich kaum etwas im wilhelminischen Deutschland. Und in der Weimarer Republik? Ja, da hatten wir wirklich die Hoffnungen, von denen Axel Eggebrecht in seinem Beitrag spricht. Da etwas Wesentliches zu verändern, das musste doch möglich sein! Das dachten und forderten vor allem die «Entschieden Schulreformer», eine kleine, aber dank dem Gedankenreichtum und der vitalen Dynamik ihres Gründers und Leiters Paul Oestreich in Publikationen und Veranstaltungen ungemein aktiven Organisation von Lehrern und anderen Schul-Interessierten; ich trat diesem Bund schon als Gymnasiast bei und bin ihm bis an den Rand des Dritten Reiches eng verbunden geblieben. Aber wir waren Rufer in der Wüste. Auch hier schien es, als ob der Kapp-Putsch noch einmal die Geister wachrütteln könnte. Just in diesen Tagen fand einer der Kongresse des Bundes Entschiederer Schulreformer statt, auf dem Oestreich dem wohlmeinenden, aber zaghaften preussischen Kultusminister Konrad Haenisch die Worte «Konrad, werde hart!» entgegenschleuderte. Aber wenige Monate später zerstörte die Reichsschulkonferenz die Erwartungen, die viele in diesen ersten und einzigen Versuch einer neuen Reichsschulpolitik gesetzt hatten. Die Schulpolitik blieb Ländersache, und das war nicht zuletzt deshalb hinderlich, weil im weitaus grössten und wichtigsten Land, in Preussen, die Sozialdemokraten mit der katholischen Zen-

trumpspartei regieren mussten, was zu alles hemmenden Schulkompromissen führte.

Was nützte es da, dass in zwei Ländern – in Sachsen und Thüringen – die Schulreform entschlossener in Angriff genommen wurde? Ausbau der Volksschule zur Einheitsschule, Aufstiegsmöglichkeiten von der Volksschule bis zum Abitur, Befreiung der Schule von kirchlicher Bevormundung, Schaffung eines modernen Fortbildungsschulwesens, Selbstverwaltungsrecht der Lehrer, Beschränkung der Schülerzahl in den Klassen, Einrichtung von Elternräten, Eingliederung der Schule in die kommunale Selbstverwaltung durch Bildung von Schulausschüssen, Verbot der körperlichen Züchtigung, Reform der Lehrerbildung unter anderem durch Errichtung pädagogischer Institute und schliesslich 1923 im Programm der sächsischen Regierung unter Zeigner: «Die über die Volksschule hinausführenden Schulgattungen werden mit der Grundschule einerseits, andererseits auch unter sich in jenes gegenseitige organische Verhältnis gebracht werden müssen, das einen einheitlichen und gesunden Aufbau von der Volks- bis zur Hochschule ermöglicht und denjenigen Schülern, die beabsichtigen, von einer Schulgattung in die andere zu wechseln oder erst im höheren Alter eine weitergehende Ausbildung verlangen, diese Bestrebungen denkbarst erleichtert.» – Das stand als Forderung in den Programmen der sächsischen und thüringischen Regierungen seit dem November 1918 und wurde, soweit die Finanznot und prohibitive Bestimmungen der Reichsverfassung und restaurative Beschlüsse des Reichstages es zuliessen, auch schrittweise verwirklicht. Aber das waren, wie konnte es anders sein, erst Ansätze (zum Beispiel auf dem Weg zur allgemeinen akademischen Lehrerbildung) und jeglicher Weiterentwicklung wurde durch den Einmarsch der Reichswehr und durch die Einsetzung restaurativer Regierungen ein Ende gesetzt. Ich habe das aus der Nähe miterlebt, und ich war damals (und bin noch heute) der Ansicht, dass nicht zuletzt diese sozial orientierte konsequente Schulreformpolitik die bürgerlichen Parteien bestimmt hat, den erbitterten

Widerstand gegen diese Bemühungen um Chancengleichheit zu organisieren, bis hin zu der vom Bürgertum herbeigesehnten und herbeigerufenen gewaltsamen Beseitigung dieser reformfreundigen Regierungen.

Damit waren, fünf Jahre nach der «Revolution», alle Versuche einer Schulreform abgeblockt. Wir werden uns noch die Frage zu stellen haben, was von den Forderungen der ersten Republik in der zweiten verwirklicht wurde.

Und die Universitäten?

Hier kann ich mich für die Weimarer Zeit sehr kurz fassen, denn ich glaube, nicht ungerecht zu sein, wenn ich festhalte, dass in der Weimarer Republik eine Hochschulreform nicht stattgefunden hat. Dabei wäre sie wahrlich dringend gewesen, denn die Universitäten, die die junge Republik übernahm, waren ein Hort der Reaktion. Das betraf den Lehrkörper wie die Studentenschaft. Dagegen geschah nichts, ausser dass hier und da sozialdemokratische oder jüdische Gelehrte, die im wilhelminischen Deutschland generell von den Universitäten ferngehalten wurden, nun einen Lehrstuhl erhielten oder, in der Mehrzahl der wenigen «Fälle», als Privatdozenten oder ausserordentliche Professoren gerade noch zugelassen wurden. Am Geist und an der Struktur der Universitäten konnten diese Aussenseiter natürlich nichts ändern. Ja, sie mussten noch froh sein, wenn sie von den Kollegen und von den reaktionären Studentenorganisationen geduldet wurden. Es ist viel zu wenig bekannt, dass der Exodus deutscher Wissenschaftler ins Ausland lange vor der Machtergreifung Hitlers, ja bereits in den ersten Jahren der Republik begann: Albert Einstein, Friedrich Wilhelm Foerster, Georg Friedrich Nicolai, E. J. Gumbel sind einige der Universitätslehrer, die wir sozialistischen Studenten – eine winzige Minderheit – damals mit Kummer und ohnmächtiger Empörung ins Exil getrieben sahen.

Bleibt hinzuzufügen, dass es an Vorschlägen und Plänen zur Hochschulreform nicht fehlte – wohl aber an den Kräften, ihre Notwendigkeit dem Bewusstsein grösserer Bevölkerungsgruppen zu vermitteln und sie gegen die rasch wieder erstarkten restaurativen Kräfte und insbesondere gegen die «unentbehrliche» Zentrumspartei durchzusetzen.

Und wie ging es mit den Hochschulen nach 1945 weiter? Bis 1968, also während mehr als zwanzig Jahren, geschah sehr wenig; zu dem wenigen gehörte die langsame, noch heute in Teilen der Bundesrepublik nicht vollendete Integration der Lehrerbildung in die Universitäten. Auch die umfassendere Diskussion der Schul- und Hochschulprobleme, die in dem Alarmruf von der «Bildungskatastrophe» (Georg Picht) ihren deutlichsten Ausdruck fand, kann auf der positiven Seite verbucht werden. Aber eben: Alarmruf und Diskussion, keine Taten. Die progressiven Studentenorganisationen (die wesentlich stärker waren als in Weimar), vor allem der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) der sechziger Jahre legten detaillierte, keineswegs revolutionäre Pläne zur Hochschulreform vor. Das blieb jedoch von der Öffentlichkeit unbeachtet, und nichts rührte sich. Anders wurde das erst, als die Studenten und viele jüngere Hochschullehrer zu Demonstrationen auf die Strasse gingen und dabei sogar manchmal den Rasen zertrampelten . . . Aber das Bündnis zwischen diesen Kräften und der grössten Massenorganisation unseres Landes, den Gewerkschaften, das sich im Kampf gegen die Notstandsgesetze anzubahnen schien, kam nicht zustande – durch Fehler und Einsichtslosigkeit beider Seiten. Es blieb bei der Isolierung der «Intellektuellen», die zu einem erheblichen Teil daran Schuld trägt, dass alle Ansätze zu einer Demokratisierung der Geschichte der Deutschen immer wieder ins Nichts zerrieten. Nur örtlich haben sich Formen der Zusammenarbeit zwischen einigen Universitäten und Gewerkschaften und auch die Mitarbeit von Studenten herausgebildet. Aber das gehört schon zu den Veränderungen, die trotz allem das Jahr 1968 gebracht hat.

Zu dem, was die deutschen Studenten – und diesmal nicht nur eine kleine Minderheit, sondern viele Tausende – 1968 gewollt haben, hat kürzlich Heinrich Böll in dem Film, den ein italienisches (kein deutsches!) Team unter der Regie von Ivo B. Micheli über ihn und mit ihm gedreht hat (Titel: *(Heinrich Böll)*) einige kluge Sätze gesagt, die ich hier zitieren möchte:

«Was die Studentenbewegung betrifft, hat mich die Heuchelei in der Reaktion der Öffentlichkeit krank gemacht, möchte ich sagen. Man hat jahrelang, jahrzehntelang den deutschen Studenten vorgeworfen, dass sie überhaupt nichts taten. Sie dachten nur ans Mensaessen, an Strassenbahntarife, an ihre Stipendien. Und dann kam plötzlich eine Bewegung, die über das hinausging, über das Materielle, über das Materialistische hinaus, und das wurde sofort in der ganzen Breite denunziert, obwohl es ja eigentlich ein Lebenszeichen der Studentenschaft war, nicht? Und da zum erstenmal kam diese Veränderungsfurcht so sichtbar zum Ausdruck. Man kann über manche Details der Studentenbewegung streiten bis heute, das ist gar nicht das Problem, aber es bewegte sich etwas, und es bewegte sich auf eine Veränderung zu, die ja einen solidarischen Ursprung hatte. Die Studenten wollten ja ihre Privilegien ablegen gegenüber denen, die nicht studieren konnten. Und im Grunde genommen ist ja aus dieser Bewegung fast alles gekommen, was unser Bildungswesen verändert hat: Zweiter Bildungsweg, alle möglichen Ausbildungsmöglichkeiten für Leute ohne Abitur, für Leute, die berufstätig waren, für Hausfrauen. Und das wird heute alles negiert! Wäre diese Bewegung nicht gekommen, wäre unser Bildungswesen noch immer mittelalterlich oder sagen wir so wie 1925, verstehen Sie? Das Wichtigste war dabei, dass die jungen Leute Veränderungen wollten. Und das war also tabu hier. Nichts verändern!»

Veränderungsfurcht – das ist ein wichtiges Stichwort. Nur dass es hier nicht zum erstenmal in Erscheinung tritt, wie Böll, der in diesem Film ganz locker und spontan und gerade

deshalb so eindrucksvoll auf Fragen antwortet, meint; richtig ist aber, dass sie 1968 besonders sichtbar zum Ausdruck kommt.

Einiges ist also geblieben aus jenem Jahr, das nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in vielen Ländern (USA, Frankreich, Tschechoslowakei usw.) einen Frühling verhiess. Das meiste freilich ist in der Bildungslandschaft (und nicht nur in dieser) längst wieder in den Zustand der Erstarrung zurückgesunken. Bei uns vor allem durch den «Numerus clausus», diese tief einschneidende Geste vollendeter Hilflosigkeit, durch die – ich komme noch darauf zu sprechen – von der Schule bis zur Hochschule zerschlagen wird, was langsam an Teamarbeit und menschenfreundlicher Kooperation gewachsen war: es herrscht wieder, und schlimmer als je, der brutale Wettkampf aller gegen alle. Und wie wirksam wird diese widersinnige Auslese ergänzt durch die verheerenden Auswirkungen des Extremistenerlasses mit seiner Bespitzelung von Hunderttausenden junger Menschen und den Berufsverboten, von denen kürzlich ein besonders reaktionärer Politiker zynisch sagte: Wir haben ja ein solches Überangebot von jungen Akademikern, dass wir beruhigt auf diese Staatsfeinde verzichten können. Wen wundert's, dass es in vielen Seminaren fast schon wieder den «deutschen Blick» gibt, jenes ängstliche Umherschauen, ob nicht einer für den Verfassungsschutz mitschreibt, und dass so mancher Doktorand den Lehrer, zu dem er noch Vertrauen hat, fragt, ob er sich nicht vielleicht mit der in Aussicht genommenen Dissertation seine Zukunft ruinieren würde? Und dass, ich gestehe es freimütig, der Hochschullehrer sich manchmal verpflichtet fühlt, ihm wenigstens eine andere Formulierung seines Themas anzuraten . . . Und wie viele Studenten, auf Zeit angestellte wissenschaftliche Mitarbeiter, aber auch bis an ihr Lebensende gesicherte Hochschullehrer zögern, eine Solidaritätsadresse für einen bedrohten Kollegen oder einen Protestaufruf gegen einen als sinnwidrig erkannten Ukas der Ministerial- oder Hochschulbürokratie oder für eine fortschrittliche For-

derung zu unterschreiben ... Ja, man muss sich fast wundern, dass sich unter so viel Druck und Bedrohung doch noch Reste von Mut und Solidarität erhalten haben.

Ebenso einschneidend ist, dass die meisten Ansätze für ein Aufbrechen der versteinerten Hochschulstrukturen in den letzten Jahren rückgängig gemacht worden sind. Gewiss sind von denen, die eine demokratisierte Universität haben und mitaufbauen wollten, mancherlei Fehler gemacht worden – durch die Uneinigkeit der progressiven Gruppen und ihre Intoleranz untereinander, durch törichten und oft unmenschlich brutalen Kampf gegen liberale Hochschullehrer («diese Scheissliberalen»!), die man zu Verbündeten hätte gewinnen können, statt sie in die Resignation oder an die Seite der Reaktion zu treiben. Durch endlose und oft sehr unfruchtbare Sitzungen mit Diskussionen über Nebensächlichkeiten; aber es gab auch viel klugen und begeisterten Einsatz für neue und, zugegeben, mühevollere Meinungsbildungsprozesse. Das alles hätte sich in einem positiven Sinne einspielen können, wenn man dieser Einübung in Demokratie einen Bruchteil der Zeit gelassen hätte, die den obrigkeitsstaatlichen Institutionen und Personen über die Jahrhunderte zur Verfügung gestanden hat. Ungeduld ist ein Charakteristikum der Deutschen gegenüber allen Versuchen im Bildungsbereich; was nicht gleich nach Wunsch funktioniert, wird abgebrochen und energisch zurückgeschraubt. Dabei ist es eine Grundregel für alle Versuche mit neuen Formen und neuen Inhalten auf dem Gebiet der Schul- und Hochschulreform, dass man ihnen Zeit lassen muss und dass sie nicht in einem so engen Rahmen stattfinden dürfen, dass sie von vornherein isoliert sind und gar keine gültigen Ergebnisse hervorbringen können. Auch das hätte man schon in der Weimarer Zeit lernen können; zum Beispiel an dem vom preussischen Kultusministerium mit Fanfarenstößen angekündigten, aber völlig isolierten und dann nach kurzer Zeit als «gescheitert» abgebrochenen Versuch, die ehemalige Kadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde in eine Versuchsschule nach reformpädagogischen Prinzipien umzuwandeln.

Aber zurück zur Hochschullandschaft der Bundesrepublik. Hier also war nach 1968 einiges reformiert worden; man hatte zum Beispiel eine Studienreform eingeleitet, die aber mindestens ein, besser zwei Jahrzehnte der Verwirklichung und Erprobung gebraucht hätte, ehe weitere Entscheidungen und Umstrukturierungen sinnvoll zu treffen gewesen wären. Aber längst vorher sammelten sich alle restaurativen Kräfte innerhalb der Hochschulen und «draußen im Lande» gegen die Gefahren, die angeblich der freien Forschung und Lehre drohten. Nun wären ja immer noch die Chancen geblieben, die unser so viel geschmähter Kulturföderalismus bot: das heisst, man hätte in den drei Stadtstaaten und in mindestens zwei Flächenstaaten, also auf genügend breiter und zugleich auf eine im Detail unterschiedliche Weise Hochschulen neuen Typs gründen und erproben können. Ansatzweise geschah das auch, aber fast alle Neuerungen wurden nach ein, zwei, drei Jahren gekappt und noch im Keim erstickt. Und da das den gegenreformatorischen Kräften nicht in jedem Bundesland schnell und gründlich genug gelang, konnte man ja noch – und mit sicherem Erfolg – das Bundesverfassungsgericht anrufen, das dann deklarierte, was dem Grundgesetz zuwiderlief und infolgedessen in kurzer Frist zurückgeschraubt werden musste.

Ein Hochschulrahmengesetz, das zu allen möglichen Restriktionen herhielt und an das sich fortschrittlichere Hochschulgesetze anpassen mussten, reduzierte zum Beispiel die Mitbestimmungsrechte der Nichtordinarien in den Hochschulgremien bestenfalls auf ein Anhörungs- oder Mitberatungsrecht der Studenten und des akademischen «Mittelbaus» in hoffnungslosen Minderheitspositionen; das war die Rückkehr zur alten Ordinarien-Universität. Gleichzeitig begann die – noch nicht abgeschlossene – Absperrung der Universitäten gegen die Absolventen eines zweiten oder dritten Bildungsweges, was zu einer ständigen Abnahme derjenigen Studierenden (oder Studierwilligen) führte, die vor Beginn ihres Studiums berufstätig waren und die – wie

jeder Hochschullehrer zugeben müsste – in den Jahren der etwas weiteren Öffnung der Universitäten im Durchschnitt zu den begabtesten und charakterstärksten Studierenden gehörten, die für jedes Seminar eine unschätzbare Bereicherung darstellten; vor allem aber war damit die empörende schichtenspezifische Chancenungleichheit zwar nicht aufgehoben, aber doch durchlässiger gemacht worden. Hinzu kommt die Einführung des sogenannten Regelstudiums, das zum Beispiel in Baden-Württemberg von oben herab verordnet wurde, ohne dass man zuvor die Ausbildungsgänge von Ballast befreit und in ihren Ansprüchen und ihren Prüfungsverfahren auch nur einigermaßen den Studienbegrenzungen angepasst hätte. Andere Bundesländer, wie etwa Nordrhein-Westfalen, gehen etwas langsamer und behutsamer vor; aber das Ergebnis wird auch dort eine Beschneidung jeglichen Problembewusstseins und eine rigorose Verschulung sein – alles in allem eine Verarmung des Studiums, die sich in den folgenden Jahren und Jahrzehnten in vielen Berufen und in unserem ganzen gesellschaftlichen Leben fortschrittshemmend und niveausenkend auswirken muss. Ganz evident ist das im Bereich der Lehrerbildung, deren drohende geistige Verengung sich auf Generationen in unseren Schulen auswirken muss.

Ein wichtiger Aspekt der Lehrerbildung ist die erst Anfang der siebziger Jahre mit Zustimmung der Bundesregierung und aller Bundesländer in den Bildungsgesamtplan aufgenommene Stufenlehrausbildung, deren Ziel es war, Lehrer nicht mehr nach Schularten (Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien usw.), sondern nach Schulstufen – Grundstufe, Mittelstufe, Oberstufe – auszubilden, um damit den besonderen pädagogischen Anforderungen der verschiedenen Altersstufen der Kinder und Jugendlichen besser gerecht zu werden. Das wurde sehr zögernd verwirklicht – jetzt aber, wenige Jahre später, kämpft die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft schon wieder mit dem Rücken an der Wand, wenn sie gegen die in Nordrhein-Westfalen geplante Rücknahme der Stufenlehrausbildung bzw. de-

ren Aushöhlung durch die Herausnahme der Gymnasialleh-
rerausbildung öffentlich protestieren muss mit dem Hinweis,
dass die Stufenlehrrerausbildung die «unabdingbare Voraus-
setzung der überfälligen Modernisierung des Schulwesens in
der Bundesrepublik» sei.

Das Schulwesen in der Bundesrepublik

Ich habe bewusst zuerst von unseren Hochschulen gespro-
chen; zwar hängt deren Entwicklung natürlich nicht zuletzt
von der Vorbildung und insbesondere der Erziehung zur
geistigen Arbeit an unseren Schulen ab – aber noch gravie-
render ist heute, in der Periode neuerlicher Restauration
das, was von den Hochschulen auf die Schulen aller Stufen
zurückschlägt. Am Beispiel der Lehrerbildung sahen wir das
eben ganz deutlich; auf die Schulen auswirken mag sich der
dortige Rückschritt erst in einigen Jahren. Längst ausge-
wirkt mindestens auf die Oberstufen unserer Schulen hat
sich die Art, wie durch den «Numerus clausus» der Zugang
zu den Hochschulen verengt respektive versperrt wird. Ab-
gestellt auf einen starren und sturen Notendurchschnitt muss
der «Numerus clausus» alle Ansätze einer fortschrittlichen,
freiheitlichen und kooperativen Erziehung und Bildung zer-
stören – und das ist nicht mehr nur eine Befürchtung, son-
dern auf breiter Basis traurige Wirklichkeit. Alles, was aus
der Reformpädagogik des ersten Drittels unseres Jahrhun-
derts nun doch, wenn auch meist in verdünnter und um das
«Eigentliche» gebrachter Form in unser allgemeines Schul-
wesen eingesickert war, ist längst wieder in Frage gestellt
oder bereits verschwunden angesichts des enormen Lei-
stungsdrucks, der den einzelnen Schüler ganz auf sich zu-
rückweist und alle Ansätze eines Lernens und Arbeitens im
Team und in Gruppen zerstört.

Das erscheint mir, auf kurze und lange Sicht, der schlim-
ste Aspekt unseres Schulelends. Aber natürlich entspricht

auch die unendlich langsame, ständig von Rückschlägen bedrohte Wandlung unserer Schulformen und -Strukturen in Richtung Gesamtschule und Ganztagschule in keiner Weise den Forderungen einer zeitgemässen Pädagogik, wie sie mindestens teilweise in vergleichbaren west- und nord-europäischen Ländern (um hier nur von diesen, nicht auch von den osteuropäischen zu reden) längst verwirklicht sind. Da hätte man reiches Erfahrungsmaterial, so dass man bei uns nicht so lange bei Versuchsschulen stehen bleiben müsste, als hätte es so etwas noch nie und nirgends gegeben!

Aber selbst als Versuche akzeptiert das durch die CDU/CSU und durch reaktionäre Elternverbände und Lehrer-Standesorganisationen repräsentierte und zum Widerstand gegen alle Veränderungen aufgerufene deutsche Bürgertum die Gesamtschulen ebensowenig wie ihre sehr abgemilderte Form einer co-op-Schule, wie sie von der sozial-liberalen Koalition in Nordrhein-Westfalen als notwendiges Korrelat der veränderten Kommunalstruktur angekündigt wurde. Gegen sie wurde ein mit schamloser Demagogie durchgeführtes «Volksbegehren» mit Erfolg durchgepeitscht. Hier, wie gegenüber vielen anderen Reformvorhaben, wird dann das hochstilisierte und verabsolutierte Elternrecht über alle anderen Rechte erhoben – über die Rechte des Kindes wie über die Rechte der Gesellschaft. Bis hin zur Prügelstrafe und zur Kindesmisshandlung werden, wie jüngste Debatten und Sendungen unserer Massenmedien gerade wieder deutlich gemacht haben, mit flammendem Schwert die Rechte der Eltern gegenüber allen «Eingriffen» staatlicher Organe, und seien es Sozialfürsorge oder Familiengerichte, wutentbrannt verteidigt. «Vom Rechte, das mit uns geboren ist, von dem ist leider! nie die Frage», könnten die Kinder sagen, wenn sie Goethes *Faust* schon gelesen hätten.

Dieselben restaurativen Kräfte greifen auch in den Unterricht hemmend und störend ein, sobald er etwas realitätsnäher mit dem Ziel, unsere Gesellschaft für die Schüler transparenter zu machen, erteilt wird. Und unsere Schulbücher? Nur ein Beispiel: Der mächtige Bertelsmann-Kon-

zern, der sich vor acht Jahren einen «Pro-Schule-Verlag» angegliedert und ein etwas fortschrittlicheres Lesebuch unter dem Titel „Drucksachen“ herausgegeben hat, kapitulierte Ende 1978 vor den Schwierigkeiten, die ihm die CDU/CSU-regierten Länder bereiteten und zog sich vom Schulbuchmarkt zurück. In einer internen Studie des Konzerns heisst es dazu diplomatisch, aber deutlich: «Die Erschwer-nisse bei der Schulbuchproduktion und die Undurchsichtig-keit bei der Genehmigung von Schulbüchern geben zu der Frage Anlass, ob nicht der staatlicherseits erhobene An-spruch einer Überprüfung der Gesetzes- und Verfassungs-konformität zum Schutz vor einseitigen weltanschaulichen und politischen Einflüssen vielfach zu gegenteiligen Zwek-ken missbraucht wird und als Vorwand für die Durchsetzung parteipolitischer Interessen und weltanschaulich-tenden-zióser Ziele dient.»

«Man kapituliert schlicht», fügte der *Kölner Stadt-Anzei-ger* hinzu, «vor einer Situation, die Innovationen im Schul-bereich äusserst schwierig macht.» Einmal mehr: nur keine Veränderungen, die auch nur ein wenig in Neuland führen könnten!

In unserer Gesellschaft bewegt sich einiges – trotz alledem. Ich denke hier nur an zwei Entwicklungen: Arbeiter und Angestellte haben, geführt von ihren Gewerkschaften (de-ren Vorstände einem lebhaften Druck der ehrenamtlichen Funktionäre und des aktiven Teils der Mitgliederschaft aus-gesetzt sind) neue Formen von Arbeitskämpfen und damit zugleich eine neue Qualität von Solidarität zu verwirkli-chen begonnen. Und zweitens: bei der vierzigsten Wieder-kehr der «Reichspogromnacht» von 1938 haben sich so breite Gruppen wie noch nie auf die gemeinsame Verpflich-tung besonnen, die Grauen und die Schuld jener Vergan-genheit vor dem Vergessen zu bewahren und gleichzeitig die ernster werdenden Anzeichen eines Neonazismus nicht mehr aus den Augen zu lassen. Aber in unseren Schulen, vor allem den Gymnasien, und den Hochschulen, in denen Leh-rende und Lernende wie in einem Getto leben, herrscht

Windstille und überwiegt Restauration. «Einige immerhin widerstehen noch ...» (Gide)

Extra muros

Die hier natürlich ohnehin nur skizzierte Darstellung unseres öffentlichen Bildungswesens wäre vollends unvollständig, würde nun nicht noch gesagt, dass es in unserer Gesellschaft (wie in allen vergleichbaren Staaten) auch extra muros, ausserhalb der Mauern der institutionalisierten Schulen und Hochschulen, Bildungsarbeit und Bildungspolitik gibt.

In der Weimarer Republik gab es ein ausserordentlich vielseitiges Bildungs- und Schulungswesen der Arbeiterbewegung: Arbeiterbildungsvereine, politische und gewerkschaftliche Bildungsarbeit auf lokaler Ebene, Gewerkschafts- und Parteischulen, den Reichsausschuss für Sozialistische Bildungsarbeit (Berlin) und das Arbeiterbildungsinstitut (Leipzig), eine ganze Anzahl kultureller Zeitschriften und kulturelle Seiten in der weitverzweigten Parteipresse, Buchgemeinschaften, Bildungs- und Erziehungsarbeit in der Sozialistischen Arbeiterjugend, bei den Jungsozialisten, bei den Naturfreunden, bei den Freidenkern, bei den Kinderfreunden und den Roten Falken, Ansätze einer eigenständigen Arbeiterliteratur (Gedichte, Romane, Sprechchorwerke u.a.), eigene Buchhandlungen, Kulturarbeit bei Arbeitersängern und Arbeitersportlern, bei Freidenkern und Freireligiösen; auch die frühe Einsetzung von Filmen in die Arbeiterbildungsarbeit und die erste Einflussnahme auf die Rundfunkprogramme wären zu erwähnen. Wahrscheinlich habe ich noch einiges vergessen. Hinzuweisen wäre jedenfalls auf das ebenfalls ausgedehnte Bildungswesen, das auch die Kommunistische Partei, die ja seit Mitte der zwanziger Jahre zur zweiten Massenbewegung des Proletariats geworden war, erfolgreich entfaltete. Alles in allem gab es

hier eine von den bürgerlichen Strömungen der Zeit (etwa dem Expressionismus) beeinflusste, aber doch weitgehend eigenständige Kulturbewegung der Arbeiterklasse und einer fruchtbaren Minderheit von Künstlern und Intellektuellen.

Diese fruchtbare Arbeiterkultur-Landschaft wurde vom Nationalsozialismus in den ersten Wochen und Monaten des Jahres 1933 zertrampelt; die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien, die ihre Träger gewesen waren, wurden verboten. Die Menschen, die die Motoren und Inspiratoren, die Leiter und Lehrer dieser Einrichtungen gewesen waren, verschwanden in den Konzentrationslagern, flüchteten ins Ausland oder tarnten sich in harmlosen Tätigkeiten in der Heimat. Kleine Minderheiten setzten in der Illegalität ihren Widerstand fort und waren bestrebt, die Traditionen ihrer Bewegung aufrechtzuerhalten. Doch spielte bewusste Bildungsarbeit eine geringere Rolle als in der Resistance der Länder, die Hitlers Truppen besetzt hielten; dort war vielfach der nationale Widerstandswille verschmolzen mit der Planung einer Erneuerung und Veränderung einer Gesellschaft, die sich so sichtlich nicht bewährt hatte.

Von diesem weitverzweigten Kulturnetz hat sich nur wenig über die tausend Jahre hinweggerettet; so die eine der beiden Buchgemeinschaften, die «Büchergilde Gutenberg», die in die Schweiz ausgewichen war und von dort zurückkehrte; und die «Naturfreunde», weil sie der Zweig einer Naturfreunde-Internationale waren. Die meisten anderen Kulturorganisationen entstanden nicht wieder; die Sozialdemokratische Partei hatte in den ersten Jahren dringendere Sorgen und entwickelte sich in der Folge zur Volkspartei, die sich voll in die zweite Republik integrierte, zu deren Repräsentanten sie dann auch seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gehörte. Da blieb kein Raum für eine Bildungs- und Schulungsarbeit, die sich in der Weimarer Zeit nie voll mit dem bürgerlichen Staat identifiziert hatte. Auch die eigene Presse, die vor 1933 ein wichtiger Träger kulturpolitischer Aufklärung gewesen war, verschwand fast restlos

angesichts der Übermacht von Lizenzzeitungen und dann des Springer-Konzerns. Welche Schwächen immer diese eigenständigen Kulturorganisationen gehabt haben mögen – ihr Verschwinden bedeutet eine Verarmung unseres geistigen Lebens und des Lebensgefühls der Massen, die in ihnen einst eine geistige Heimat gehabt hatten.

Die Kommunistische Partei erlangte nie wieder die Grösse, die sie in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik gewonnen hatte. Mitte der fünfziger Jahre wurde sie dann verboten, und als sie anderthalb Jahrzehnte später unter dem Namen DKP wieder legalisiert wurde, hatte sie keine Chance mehr, eine Massenbewegung zu werden. Was sie trotzdem an marxistischer Bildungsarbeit leistet, ist respektabel; aber sie vollzieht sich im Wesentlichen in einem abgegrenzten Raum, der von Nicht-schon-Überzeugten gar nicht erst betreten wird.

Die Gewerkschaften, sowohl die sechzehn (jetzt siebzehn) Einzelgewerkschaften wie ihre Dachorganisation, der DGB, gründeten sehr schnell nach dem Zusammenbruch eine grössere Zahl von Gewerkschaftsschulen, in denen die so dringend benötigten Funktionäre ausgebildet wurden; sie schufen sich auch eine vielseitige Presse, die sich entweder an die Masse der Mitglieder oder an die Funktionäre oder an bestimmte Zielgruppen (Angestellte, Beamte, Jugend usw.) wendet; nennenswerte Organe für die Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen gelang nicht.

Stärker als in der Weimarer Republik wurden eigene wissenschaftliche Forschungsinstitute oder wissenschaftliche Abteilungen beim Hauptvorstand des DGB und der grösseren Gewerkschaften gegründet. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung, wie die drei anderen parteinahen Stiftungen im Wesentlichen aus öffentlichen Mitteln finanziert, wirkt unter anderem in Ländern der Dritten Welt beim Aufbau eines Bildungs- und Kommunikationswesens; in der Bundesrepublik unterhält sie mit dem «Archiv der Sozialen Demokratie» die bedeutendste gesellschaftswissenschaftliche Bibliothek und fördert durch Stipendien begabte Stu-

dentem; auf letzterem Gebiet betätigt sich auch die gewerkschaftsnahe «Stiftung Mitbestimmung».

Auf dem Felde der Erwachsenenbildung betätigen sich die Gewerkschaften nicht in einer Masse, das auch nur annähernd ihrer zahlenmässigen Grösse und ihren finanziellen Möglichkeiten entspräche; es ist auch bezeichnend, dass in den «Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Kulturpolitik und Kulturarbeit», die Ende 1978 als Diskussionsentwurf veröffentlicht wurden, zwar von Musik, Theatern, bildender Kunst, Museen, öffentlichen Bibliotheken und Archiven, Literatur und Film und von Kunst und Kultur in Hörfunk und Fernsehen jeweils in einigen sehr allgemein gehaltenen Sätzen die Rede ist, nicht aber von Erwachsenenbildung und von jener Kollaboration mit den Volkshochschulen, zu der sich die Gewerkschaften nach 1945 entschlossen haben. Um den Volkshochschulen, die bis dahin fast ausschliesslich von Angehörigen der Mittelschicht besucht wurden, mehr Menschen aus der Arbeiter- und Angestelltenschaft zuzuführen, wurde auf örtlicher, auf Landes- und dann auch auf Bundesebene eine Zusammenarbeit zwischen Volkshochschulen und Gewerkschaften vereinbart.

Die in diesem Rahmen gemeinsam durchgeführten Kurse und Einzelveranstaltungen wurden in eine den Volkshochschulen angegliederte Abteilung «Arbeit und Leben» eingebracht, die von einem Kuratorium aus Vertretern der beiden Partner geleitet wird. Doch wurde daraus in vielen Orten nur eine Art Anhängsel, das auf den letzten Seiten der jeweiligen Volkshochschulprogramme in Erscheinung tritt, etwa mit berufsfördernden Kursen; gelegentlich werden dort auch Arbeitsgemeinschaften oder Vorträge untergebracht, die wegen ihres gewerkschafts- oder gesellschaftspolitischen Inhalts in den Gremien der Volkshochschulen auf Widerstand und Ablehnung stossen würden.

Volkshochschule im Wandel

Bis 1933 waren die deutschen Volkshochschulen meist Gründungen einzelner oder kleiner Gruppen liberaler Bürger, die dann meist auch die ehrenamtliche Leitung übernahmen. Hauptamtliche und auf diesen Beruf spezifisch vorgebildete Erwachsenenbilder gab es nur in seltenen Ausnahmefällen; ebenso selten gelang es den Volkshochschulen, Menschen der «Grundschicht» als Hörer zu gewinnen. Die von den damaligen Volkshochschulen vermittelte Bildung war weitgehend schönggeistig-künstlerisch, später in der Weimarer Republik auch staatsbürgerlich-historisch, gelegentlich berufsfördernd oder zur besseren Nutzung der wachsenden Freizeit bestimmt. Ganz allgemein war man stolz darauf, dass die freiwillig besuchte Volkshochschule weder Zeugnisse noch gar «Berechtigungen» verlieh. Bildung um der Bildung willen.

1945 wurden die Volkshochschulen von denen wiedereröffnet, die 1933 die Tore hatten schliessen müssen; es waren also ältere oder alte Männer, viele im Ruhestand, die in Stoffwahl und Methodik dort wieder anknüpften, wo sie 1933 zwangsweise auf gehört hatten. Hinzurügen musste man vielerorts Fächer, für die es in der Nachkriegszeit oft keine Lehrstätten gab: Stenografie, Schreibmaschine, Schneiderkurse und andere mehr. Und dann galt es, einen grossen Nachholbedarf auf den Gebieten der zeitgenössischen Literatur, Musik und bildenden Kunst zu befriedigen: viele hatten das Bedürfnis, den Anschluss an das wiedezufinden, was sich in den tausend Jahren ausserhalb des Dritten Reiches entwickelt hatte. Dabei fanden die Volkshochschulen viel Hilfe bei den rasch errichteten Bildungsstätten der Besatzungsmächte. Die Gerechtigkeit gebietet es, daran zu erinnern, weil bei uns alles unter die geschmähte und verachtete «Reeducation» eingeordnet wurde, an der das Wort schlechter war als Inhalt und Methode. Dieses Kapitel endete freilich schon um 1954, als Referentenlisten und Bibliotheken der Amerikahäuser von McCarthys Abgesandten

gesäubert wurden und den Engländern und Franzosen das Geld für ihre Institute ausging, mit wenigen verbleibenden Ausnahmen.

Inzwischen wuchsen die Aufgaben und Ausgaben der Volkshochschulen rapide, insbesondere dadurch, dass sie vor rund zwanzig Jahren besondere Lehrgänge für viele Tausende einrichteten, die versäumte Schulabschlüsse, vor allem den Hauptschulabschluss, nachholen wollten. Die Volkshochschulen übernahmen hier als Lückenbüsser Verpflichtungen, die eigentlich den «normalen» Schulen obgelegen hätten. Überdies schwoll die Gesamtzahl der Hörer, deren damals noch minimale Beiträge ja nur einen Bruchteil der Kosten deckten, von Jahr zu Jahr an. Gleichzeitig stand die Volkshochschule auch vor einem Problem, das viele ihrer Leiter und Lehrer als wesensfremd nicht akzeptieren wollten; immer mehr Besucher drängten auf Bescheinigungen über ihre Teilnahme – das Zertifikat, zunächst für einzelne Sprachen, inzwischen für immer mehr Fächer, war geboren und die zumindest partielle Verschulung der Volkshochschule war nicht mehr aufzuhalten. Die Zeiten, in denen ein hessischer Kultusminister auf einem Deutschen Volkshochschultag die Volkshochschulen nicht zuletzt deshalb rühmte, weil man auf diesem Felde leichter als in der Schule mit neuen Methoden experimentieren könne, wurden im Laufe der sechziger Jahre weitgehend zur rosigen Erinnerung.

Noch schwerer wog, dass die Volkshochschulen die ihnen zugewachsenen Aufgaben nicht mehr aus eigener Kraft lösen konnten. Zwar hatten sie sich schon Anfang der fünfziger Jahre zu Landesverbänden zusammengeschlossen und diese in einer Dachorganisation verbunden; aber das waren Einrichtungen zu pädagogischem Erfahrungsaustausch, zu pädagogischer Weiterbildung und zu gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit. Jede Volkshochschule blieb autonom; ihre Träger waren meist «eingetragene Vereine», denen ein beratender Beirat aus Persönlichkeiten der örtlich relevanten gesellschaftlichen Gruppen zur Seite stand; in die Programmgestaltung griffen diese Beiräte nur selten ein.

In den letzten zwanzig Jahren aber wurden die Volkshochschulen – zunächst in einzelnen Bundesländern, in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren im ganzen Bundesgebiet – von regelmässiger, in Gesetzen geregelter Finanzhilfe des Staates abhängig. Das führte natürlich zu Auflagen, die aber zunächst meist Anforderungen an Qualifikationen der Mitarbeiter und an längerfristige Programme (Kurse und Arbeitsgemeinschaften statt Einzel vor tragen) waren; das konnte man als berechtigt akzeptieren, zumal es die Freiheit des Lehrbetriebs nicht ernstlich gefährden musste.

Eine entscheidende Wende brachte erst die Kommunalisierung der Volkshochschulen, durch die der freie Spielraum in der Auswahl der Referenten und der Themen vielerorts wesentlich eingeengt wurde. Denn nun untersteht die pädagogische Leitung nicht mehr einem Gremium, in dem und mit dem man in den allermeisten Fällen sachbezogen diskutieren und danach relativ frei entscheiden konnte, sondern die kommunale Volkshochschule kam in die direkte Abhängigkeit der politisch gewählten kommunalen Körperschaften. Das mindeste, was dazu zu sagen ist, ist die Unsicherheit, die dadurch nach jeder Neuwahl der Gemeinde- und Stadtparlamente (auch der Kreistage für die Kreisvolkshochschulen) und dem damit oft verbundenen Wechsel der zuständigen Dezernenten entstand. Dabei bedurfte es gar nicht unbedingt einer «Ablösung» sozialdemokratischer oder sozial-liberaler Mehrheiten durch CDU/CSU-Mehrheiten, wie sie sich in den letzten Jahren in so vielen westdeutschen Städten und Gemeinden vollzogen hat. Oft genug passten sich auch «linke» Mehrheiten schon im Voraus dem möglichen parteipolitischen «Machtwechsel» an, oft unter dem Druck der Hetze, die in der örtlichen Zeitung, die ja meist Monopolcharakter hatte, gegen Volkshochschulleiter entfesselt wurde, die vor allem auf dem Gebiet der politischen Bildung (Auseinandersetzung mit Drittem Reich und Neonazismus) noch etwas unternahmen. So kann man in vielen Orten nicht mehr sagen, dass Artikel 5

Absatz 3 des Grundgesetzes (Freiheit der Lehre) auch für die Volkshochschule gilt.

Wie zum Hohn hat sich auch das Linsengericht der staatlichen Finanzierung, für das man, unter Druck, sein «Erstgeburtsrecht» verkauft hatte, als gar nicht so reichhaltig erwiesen, wie man das erhofft hatte. Dafür gibt es zwei Gründe: einmal drängten sich in den einzelnen Ländern neben der Volkshochschule zehn und mehr andere Erwachsenenbildungsorganisationen zur Kasse, und zum anderen war diese Kasse bei weitem nicht so gut gefüllt, wie man das in den Jahren der Hochkonjunktur und angesichts der ersten Versprechungen der sozial-liberalen Koalition erhofft hatte. Diese Verknappung der Mittel, die den Volkshochschulen zukommen sollten, hatte vor allem die Folge, dass die angestrebte Professionalisierung der Erwachsenenbildung, das heisst die erhebliche Verstärkung der Zahl der hauptamtlichen für diesen Beruf ausgebildeten Kräfte nicht annähernd in dem versprochenen Ausmass und Tempo vorankam. 1969 hatte zwar die Kultusministerkonferenz die Einrichtung von universitären Lehrgängen für Diplompädagogen mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung und ausserschulische Jugendarbeit beschlossen und damit die Universitäten organisch mit der ausseruniversitären Erwachsenenbildung verknüpft – aber als 1973, 1974 und in den folgenden Jahren diese Gruppe von Studierenden diese Diplome erworben hatte, gab und gibt es für sie nur wenige entsprechende Stellen, etwa als pädagogische Mitarbeiter oder Abteilungsleiter an den finanziell stagnierenden oder sogar schrumpfenden Volkshochschulen. Ein qualitatives Absinken der Erwachsenenbildungsarbeit ist vielerorts zu erwarten. – So überwiegen auch für die pädagogische Arbeit extra muros unsere Sorgen und Befürchtungen bei weitem die Hoffnungen, die wir in der Weimarer Republik und dann wieder seit 1945 gehegt hatten.

Es wäre bitter, die gleiche Niederlage zum zweitenmal erleben zu müssen

Ich habe die Bildungspolitik herausgegriffen, als Beispiel. Aber nun muss ich sie wieder einordnen in die anderen restaurativen Tendenzen, die unsere Republik bedrohen:

Bundestag und Bundesverfassungsgericht massen sich Kompetenzen an, die in der Konzeption des Grundgesetzes nicht vorgesehen waren.

Artikel 38 unseres Grundgesetzes ist längst zur Farce geworden: Abgeordnete, die – abweichend von der Mehrheit ihrer Fraktionen – ihrem Gewissen folgen wollen, werden unter einen erpresserischen Druck versetzt, der ihnen das Rückgrat brechen muss.

Entscheidungen, etwa zur Kernenergie, die das Schicksal vieler Generationen bestimmen können, werden nicht nach Sachkompetenz, sondern nach kurzfristigen koalitions- oder oppositionspolitischen Gesichtspunkten getroffen.

Unser Wirtschaftssystem vermag die für Millionen lebenswichtigen Probleme (Arbeit für alle und Humanisierung des Arbeitsplatzes sowie eine gerechtere Verteilung der Einkommen) eindeutig nicht zu lösen, aber seine Veränderung ist tabu; verdächtigt und diffamiert wird, wer dafür eintritt, die Notwendigkeit von Veränderungen auch nur zu erwägen.

Auch das sind nur Beispiele.

Und die Gegenkräfte? Haben wir berechtigtere Hoffnung als 1932/33, dass die nichtrestaurativen Parteien und die Gewerkschaften diesmal das Schlimmste verhüten werden?

Gründe genug also zum «heiligen Zorn». Aber auch Verpflichtung genug, trotzdem der Sache treu zu bleiben, der «wir zornigen alten Männer» uns in unserer Jugend geschworen haben. Immerhin: wir sind nicht allein, und unsere Sorgen teilen auch viele, die heute jung sind.

Heinrich Albertz

Über die Aufrichtigkeit in der Politik

I

Zu den merkwürdigen Nebenerfahrungen beim Gespräch über die letzten dreissig oder vierzig Jahre gehört es für mich, wie wichtig auch kleine Unterschiede in den Geburtsdaten sein können. Wenn wir früher nach Generationen rechneten, so hat es heute ein grosses Gewicht, ob man 1910 oder 1915 oder 1920 geboren wurde. Denn an diesen Daten hängen ganz unterschiedliche Erfahrungen und Einstellungen. Wer die sterbende Weimarer Republik gerade noch mit Bewusstsein miterleben konnte, sieht diese anders als einer, der erst nach 1933 zu denken begann. Wer gar erst nach der Vollendung der Katastrophe 1945 erwachsen wurde, beurteilt die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland wieder völlig anders. So können schon fünf Jahre Altersunterschied ganz andere Einsichten vermitteln, als sie der Jüngere oder Ältere haben kann.

1933 war ich achtzehn Jahre alt und damit 1945 gerade dreissig. Für diese so eingegrenzte «Generation» bedeutete der Zusammenbruch des Dritten Reiches überhaupt erst der Beginn des Lebens. Denn vorher waren nur Zwang und Krieg gewesen und für die, die nicht mit der Masse liefen, war der Staat nur als Polizei- und Überwachungsorgan präsent. Der 8. Mai 1945 bedeutete Freiheit und Befreiung und den Anfang aller denkbaren Möglichkeiten. Alles, was es nicht gegeben hatte, konnte nun beginnen. Das ist der Grund, warum jene ersten Jahre für meine Altersgruppe wie

in einem verklärten Licht erscheinen, trotzdem doch damals schon erkennbar war, was tatsächlich geschah: kein Aufbruch des geschlagenen und schuldig gewordenen Volkes zu einem wirklich neuen Anfang, nur eine verschwindende Minderheit von Überlebenden, von wenigen jungen Leuten, die zur Demokratie entschlossen waren, und die Besatzungsmächte, die ihre Vorstellung von Demokratie einem auf die nackte Existenz gewiesenen aufgeteilten Deutschland von oben verordneten. Dass das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland niemals einer Volksabstimmung unterworfen wurde, das grosse Angebot der Freiheit seiner Grundrechte nie voll aufgenommen und die Regeln der Verfassung deshalb im besten Falle der Rahmen für eine äusserlich funktionierende Demokratie geworden sind, scheint mir die eigentliche Ursache für alle Fehlentwicklungen zu sein, die wir heute beklagen. Die, die heute Grossväter sind, haben es nicht verstanden, ihren Söhnen und Töchtern die Umkehr wirklich glaubwürdig zu machen. Und die, die jetzt Väter sind, haben längst vergessen, welche Möglichkeiten damals verspielt wurden. Weil eine Revolution nicht stattfand, weil Schuldige nicht gesucht und gefunden wurden, ja, weil die Gesamthaftung eines Volkes überhaupt niemals ernst genommen worden ist, blieb die Chance der vielberedeten «Stunde Null» vertan. Dazu kam jener einmalige Vorgang, dass die Besiegten innerhalb von fünf Jahren in beiden Teilen Deutschlands auf die Seite der jeweiligen Sieger gerieten und schon nach kurzer Zeit der Eindruck entstand, in Wahrheit hätten die Deutschen den Krieg gewonnen. Dies konnte nicht gutgehen, weder politisch noch im Sinne einer öffentlichen Moral; es konnte nicht gutgehen, weil es so schnell wieder gutging. Das Wechselbad zwischen eisiger Verachtung und neuer Zukunftswärme kam zu schnell. Auch jedes andere Volk hätte es wohl nicht ausgehalten. So wurde der Abstand zwischen behaupteter Demokratie von der Wirklichkeit einfach fortgeschriebener Autoritätsstrukturen immer grösser, der Freiheitsbegriff des Grundgesetzes weithin zu einer Karikatur der Freiheit der

Ellbogen des Stärkeren und der Traum von der Einheit des Volkes und des Landes immer mehr zu einer frommen Nationallüge.

Aus diesen Wurzeln ist für mich fast alles zu erklären, was ich in den Jahren unmittelbarer Verantwortung in der Stadt erleben sollte, die ich Mitte der fünfziger Jahre als eine Hauptstadt ohne Land in einem Land ohne Hauptstadt vorfand: Berlin. Redlicher müsste ich sagen: die westlichen Sektoren von Berlin. Aber sie waren noch offen in den anderen Teil der Stadt. Selbst der 17. Juni 1953, an dem unter den Augen der Westmächte rebellierende Arbeiter von sowjetischen Panzern Unter den Linden niedergeschossen wurden, hatte zwar deutlich gemacht, dass es keinen Schritt Bewegungsmöglichkeit durch das Brandenburger Tor mehr gab, aber der Traum, aus dem abgetrennten Teil der Viermächte-Stadt noch etwas für die ganze Nation erreichen zu können, war noch nicht zu Ende. Ich selbst habe ihn noch bis zum 13. August 1961 geträumt und war nicht müde geworden, innerhalb der Stadt und in Westdeutschland davon zu reden, dass durch Berlin die Zukunft des ganzen Deutschland noch offengehalten würde und die Nation als Einheit noch nicht verloren sei. Es war ein faszinierender Traum, dem alle Wirklichkeit widersprach: der andere Teil der Stadt war längst Hauptstadt der DDR geworden, die auf unübersehbare Frist wirksame Spaltung von Stadt und Land nur noch eine Frage der Zeit. Dass wir nicht eher unsere Illusionen begraben, den Widerspruch zwischen den tönenden Worten und der tatsächlichen Situation von West-Berlin nicht früher auflösten und die Politik der kleinen Schritte auf ein Zusammenleben in den beiden deutschen Staaten hin nicht schon begannen, ehe die Mauer gebaut wurde, ist die andere Wurzel für die gar nicht erstaunliche Tatsache, dass nun gerade in West-Berlin in der Mitte der sechziger Jahre die junge Generation gegen eine politische Führung zu rebellieren begann, die zu spät und zu leise dem Volk gesagt hatte, was wirklich war.

Hier muss ein Exkurs über die Anwendung des 8. Gebotes

in der Politik eingefügt werden. Der mit mir etwa gleichaltrige Willy Brandt und die jüngeren Kollegen Bahr und Schütz haben zusammen mit mir erlebt, welche Anstrengung es bedeutet, einem Volk die Wahrheit oder wenigstens Teile der Wahrheit zu sagen. Ich meine den mühseligen Prozess von der Formel «Die Mauer muss weg», so ausgesprochen unmittelbar nachdem 13. August 1961, bis hin zu den ersten Passierscheinvereinbarungen im Dezember 1963. Man sollte ihn genau erforschen und feststellen, wie wir Schritt für Schritt und fast allein, von der gesamten öffentlichen Meinung bekämpft, versuchten, klarzumachen, dass mit denen, die die Mauer gebaut hatten und für unzählige Tote an dieser Mauer verantwortlich waren, nun verhandelt werden müsse, weil sich sonst nichts bewegen würde. Dies war nicht nur in den Augen der Springer-Zeitungen Landesverrat, sondern wir selbst hatten daran mitgewirkt, dass das Selbstverständliche so schwierig geworden war. Das gleiche galt für die fast zum Tabu gewordene Frage der polnischen Westgrenze, also der sogenannten Oder-Neisse-Linie. Wenn ich auch schon als ganz junger Minister 1948 in Hannover leichtsinnig genug war, meinen vertriebenen Landsleuten zu sagen, sie müssten in Westdeutschland leben und arbeiten «als ob niemand von uns wieder nach Hause käme», so ist doch auch für mich die volle Freiheit, hier den Tatsachen entsprechend reden und handeln zu können, erst durch die Denkschrift der evangelischen Kirche in Deutschland zur Vertriebenenfrage möglich geworden.

Es ist diese Denkschrift das einzige grosse Beispiel gewesen, in dem aus christlicher Verantwortung Politikern, die nicht mehr Herr von vernünftigen Entschlüssen waren, die Handlungsfreiheit geschenkt wurde, die dann im Ergebnis zu einer neuen deutschen Ostpolitik und den bekannten Verträgen geführt hat. Denn das einsame Stuttgarter Schuldbekennnis der evangelischen Kirche wurde ja nie gehört. In anderen Schicksalsfragen der Nation ist geschwiegen oder nur halb geredet oder der Widerspruch zu politischen Fehlentwicklungen christlichen Minderheiten über-

lassen worden. Denn auch die beiden grossen Amtskirchen hatten sich ja sehr schnell und scheinbar mühelos der allgemeinen Restauration alter Strukturen angepasst und sahen bald wieder so aus wie vor 1933.

II

Nur wenn dies alles bedacht wird, kann der Aufbruch der Studenten gegen die Herrschenden, gegen das, was sie das «Establishment» nannten, richtig gewertet werden. Natürlich war die Rebellion der jungen Leute an den Universitäten und Hochschulen ein weltweiter Vorgang. Aber auch da, wo sie ihre Wurzeln hatte, etwa in Berkeley, in den Vereinigten Staaten, war es ein Protest gegen eine immer deutlicher werdende Unglaubwürdigkeit derer, die die politische Verantwortung trugen. Dass diese Rebellion zu einem ganz wesentlichen Teil von Berlin ausging, war wirklich kein Zufall. Denn hier wurden die Widersprüche zwischen Gesagtem und Getanem besonders deutlich und hier waren die für den Völkermord in Vietnam Verantwortlichen auch unmittelbar präsent. Diese Mischung zwischen einer immer deutlicheren Verweigerung, an einer nur formalen Demokratie mitzuwirken, und die tiefe Enttäuschung über das Verhalten der Weltmacht, die sich als Garant der Freiheit vorstellte, gab die Schubkraft für einen Ausbruch, den keiner, der damals Verantwortung hatte, voraussehen konnte. Er wurde noch verstärkt durch die bitteren Erfahrungen vor Ort, das heisst an den Berliner Hochschulen selbst und hier wieder besonders an der Freien Universität, die ihrem anspruchsvollen Namen längst nicht mehr in ihrer Wirklichkeit entsprach und in die Strukturen einer reinen Ordinarien-Universität zurückgefallen war. Für mich sind jene Jahre von 1965 bis 1967 noch heute aus einem zweifachen Grunde bedrückend:

Erstens, weil sie ein klassisches Beispiel dafür sind, wie

schwer es trotz aller modernen Informationsmöglichkeiten für politisch Verantwortliche bleibt, Veränderungen im politischen Gefüge rechtzeitig wahrzunehmen und ihre Motive zu erklären. Zweitens, wie noch viel schwieriger es ist, aus den erkannten Veränderungen auch eine Veränderung des politischen Verhaltens herbeizuführen. Die Entscheidung darüber, ob eine harte Konfrontation staatlicher Gewalt gegen die rebellierenden Studenten oder ein mühseliger Dialog über ihre Motive und damit ein Lernprozess bei allen Beteiligten das richtige Mittel sei, den Konflikt der Generationen für die Zukunft fruchtbar zu machen, kam viel zu spät. Der Tod des Studenten Benno Ohnesorg und das Attentat auf Rudi Dutschke mit all seinen Folgen hätte vielleicht vermieden werden können, wenn wir Älteren all das, was wir ja zum grossen Teil selbst erkannt hatten, auch offen zur Sprache gebracht und die nötigen Konsequenzen rechtzeitig gezogen hätten. Universitätsreformen, das Wagnis von mehr Demokratie in allen Lebensbereichen, die Mithaftung für das, was in Vietnam und in grossen Teilen der Dritten Welt vor aller Augen lag, waren ja im Grunde unbestreitbar notwendig. Aber anstatt das Notwendige zu tun oder wenigstens die Voraussetzung dafür zu schaffen, blieben für mich bis in den Sommer 1967 und für die meisten anderen noch bis in die späten sechziger Jahre das wichtigste Mittel der Auseinandersetzung mit den Studenten die Polizei und der Verfassungsschutz. Mein Rücktritt im Oktober 1967 hat daran nichts geändert, sondern im Gegenteil einen ausgeprochenen Scharfmacher ins Amt des Berliner Bürgermeisters und Innensenators geführt. Die Eskalation wurde auf die Spitze getrieben. Wäre im Februar 1968 nicht durch das mutige Eintreten von Bischof Scharf die Aufhebung des Verbots der internationalen Vietnam-Demonstration in einem couragierten Gerichtsbeschluss erzwungen worden, wäre es in den Strassen von Berlin zu einer bürgerkriegsähnlichen Situation gekommen. Und wären nach dem Attentat auf Dutschke nicht wiederum Kurt Scharf, Helmut Gollwitzer und ich bereit und in der Lage gewesen, uns in

den Riss zwischen staatlicher Gewalt und studentischer Rebellion zu stellen, wären die Folgen nicht abzusehen gewesen. Meine Erfahrung aus diesen dramatischen Jahren ist also schlicht folgende: die nach der Verfassung legitimierten demokratischen Instanzen waren offensichtlich zu schwerfällig oder gar unfähig, sich dem Widerspruch der jungen Generation ernsthaft zu stellen. Es waren Einzelne, ausserhalb der verfassten Institutionen, die die Freiheit hatten, ihrem Gewissen zu folgen und sogar die Freiheit, eigene Fehler öffentlich einzugestehen.

Hier sei mir die persönliche Bemerkung erlaubt, dass mich in den vergangenen Jahren wenig so verwundert hat, wie die unvorhergesehene Wirkung eines solchen öffentlichen Bekenntnisses eigener Fehlentscheidungen. Sie schuf fast von heute auf morgen, nämlich genau datierbar am zweiten Ostertag 1968, ein unmittelbares Vertrauen zu mir bei denen, die mich ein Jahr zuvor noch als Mörder bezeichnet hatten; und völliges Unverständnis bei denjenigen, die in ihrer politischen Haltung Recht behalten wollten. Die ganze Schwäche unserer Demokratie wird an dieser Erfahrung deutlich, wo eine Selbstverständlichkeit solche Wirkung haben kann und die mindeste Voraussetzung für politische Glaubwürdigkeit offensichtlich als Sensation wirkt. Wenn heute nur noch ein gutes Dutzend Personen in der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit haben, auch noch mit dem kritischen Teil der jungen Generationsachlichsprechen zu können und auch angehört werden, wenn sie etwas sagen, was diese jungen Leute gar nicht hören wollen, liegt dafür in der Unfähigkeit zu trauern und in der Unwilligkeit, eigene Schuld aufzuarbeiten, wohl der tiefste Grund.

Darüber kann auch das scheinbare Scheitern der Studentenrebellion nicht hinwegtäuschen. Denn die sehr unterschiedlichen Reaktionen derer, die nun selbst älter geworden waren – bei vielen eine blosse Anpassung an die offensichtlich nicht zu verändernden Verhältnisse, bei vielen eine trotz aller Schwierigkeiten durchgehaltene radikale kritische Grundposition, bei wenigen der Absturz in gewalttätig-

ges Handeln haben die entscheidende Frage ja weiter offen gelassen. Sind die Grundwerte unserer Verfassung weiter verteidigungswert? Wer verteidigt sie? Sind es die radikalen Demokraten oder sind es die Sicherheitsorgane des Staates? Ist Verfassungsschutz die Aufgabe aller kritischen Bürger oder nur die Pflicht eines Geheimdienstes?

Reichen die formalen Mechanismen unserer staatlichen Ordnung aus, um ein Höchstmass an Freiheit und Menschlichkeit zu sichern? Wird die in jedem Staat notwendige Macht, Gesetze zu erlassen und auf ihrer Einhaltung zu bestehen, noch von den verfassungsmässigen Organen geleistet, oder haben nicht ganz andere unkontrollierte wirtschaftliche Mächte das letzte Wort? Welche Bundesrepublik Deutschland meinen wir, wenn wir ihre Verfassung von den Angehörigen des öffentlichen Dienstes beschwören lassen? Die, die Gustav Heinemann wollte oder die des Radikalerlasses? Die höchsten Repräsentanten unseres Staates haben auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing übereinstimmend festgestellt, die Demokratie in unserem Lande sei stabil, das demokratische Grundverständnis bei der erdrückenden Mehrheit unseres Volkes unbestritten. Dies bestreite ich. Wer so wenig Selbstvertrauen hat zu seiner Sache, dass er über Jahre hin einen perfekten Überwachungsapparat für notwendig hielt, um verschwindende Minderheiten rechts und links der etablierten Parteien aus dem öffentlichen Dienst herauszuhalten, beweist selbst, dass er das Eis, auf dem er geht, für sehr dünn hält.

Wer durch eine Fülle von Beispielen gezeigt hat, dass er die Grundfreiheiten der Demokratie nur durch immer neue Einschränkungen dieser Freiheit glaubt verteidigen zu können, zeigt Unsicherheit. So schwer die Opfer terroristischer Gewalttaten wiegen, so bedrückend ist der Erfolg dieser Gewalttäter in seinen politischen Konsequenzen. Denn fast jeden Tag erliegen wir der Versuchung, Mittel anzuwenden, die unseres Rechtsstaates unwürdig sind. Zu schwer ist eine Frage zu beantworten, die mir von Ost-Berliner Studenten, also von Bürgern der DDR, gestellt wurde, was uns denn in

der Handhabung solcher Mittel noch von der DDR unterscheidet. Meine Antwort, dass bei uns die Verfassung einklagbar sei und dass wir öffentlich über den Missbrauch staatlicher Gewalt reden könnten, ist zwar der entscheidende Unterschied zwischen den beiden deutschen Staaten; aber ist dies nicht ein bisschen wenig? Wenn das höchste deutsche Gericht in seinem merkwürdigen Beschluss zum Radikalerlass nicht streng darauf bestanden hat, nur dieses Gericht selbst dürfe feststellen, welche Partei verfassungswidrig ist, wenn die Regierung oder die Parteien nicht den Mut haben, Anträge auf das Verbot solcher Parteien zu stellen und damit die Grauzone der «Verfassungsfeindlichkeit» geschaffen haben, wenn seitdem die Innenminister des Bundes und der Länder schwarze Listen solcher verfassungsfeindlicher Parteien und Organisationen kraft eigener Einsicht herstellen und sich daraus ein Rattenschwanz von Überwachung ergibt, treibt dies den Vätern des Grundgesetzes den Zorn ins Gesicht.

Denn dies ist neben den kriminellen Handlungen der Terroristen ihre eigentliche politische Schuld, dass sie dieser Pervertierung des Grundgesetzes die Tür geöffnet haben. Wir aber sind fast über fast jeden Stock gesprungen, den sie uns hinhielten.

Wenn dieses Buch erscheint, werden die Ergebnisse der Überprüfung des Radikalerlasses durch die politischen Parteien, durch Bund und Länder vorliegen. Ich fürchte, das Ergebnis wird lediglich dies sein, dass man die äussersten Auswüchse der bisherigen Praxis beschneidet. Die Grundfrage, wie wir in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung mit Minderheiten umgehen, wird, fürchte ich, weiter nicht auf der Basis des Vertrauens zu den Werten der Verfassung, sondern aus Angst und damit aus mangelndem Selbstvertrauen gelöst werden. Es wird also weiter ein mühsamer Kampf um dieses Selbstvertrauen notwendig bleiben. Wir werden weiter reden müssen und nicht schweigen dürfen, wenn Terroristen und Reaktionäre von links und von rechts uns von den Grundwerten unserer Verfassung noch weiter abdrängen wollen. Wir werden über alle Parteigren-

zen und religiösen Überzeugungen hinweg auch gemeinsam reden müssen. Wir werden vor allem die Erfahrung nicht verdrängen dürfen, dass das Elend zweier Kriege, das Elend der Spaltung Deutschlands, die Anwesenheit der Roten Armee mitten in Deutschland und damit die Konfrontation der Weltmächte in unserem Lande von rechts herbeigeführt worden ist. Auch die Terroristen sind in Wirklichkeit Reaktionäre. Und unter der Decke der angeblich stabilen Demokratie rühren sich, durch Unwissenheit und systematische Verdummung genährt, die gleichen Kräfte, die uns in das Jahr 1933 und 1945 hineingeführt haben. Die zornigen alten Männer, die dieses Buch geschrieben haben, werden bald tot sein. Einer hat noch vor seinem Erscheinen den Freitod gewählt. Die Zukunft wird nur zu bewältigen sein, wenn möglichst viele radikale Demokraten nachwachsen. Wir können nicht mehr als unsere Erfahrungen einbringen, unsere Fehler offenlegen und unsere Hoffnung nicht preisgeben. Die Hoffnung aber ist, dass der zweite Versuch einer demokratischen Republik auf deutschem Boden doch noch gelingen könnte.

Gespräch mit Wolf Graf von Baudissin

Baudissin: Ich entstamme einer Familie preussischer Verwaltungsbeamter. Trotz dieser «Vorbelastung» trat ich 1926 – neunzehnjährig – in die Reichswehr ein. Meine Erlebnisse und Erfahrungen im Hunderttausend-Mann-Heer der Weimarer Republik haben meine Entwicklung entscheidend beeinflusst – fast möchte ich sagen: sie haben mich «geprägt».

Obwohl ich damals keineswegs politisch sonderlich aufgeschlossen war und mit Sicherheit nicht sehr demokratisch dachte, beunruhigte mich die unbekümmerte Illoyalität der Reichswehr gegenüber dem existierenden Staat und seiner Verfassung; es stimmte mich nachdenklich, dass viele von uns Soldat und Offizier wurden, ohne die Verfassung als bindend, den Dienstherrn als legitime Autorität anzuerkennen. So erinnere ich mich genau an ein Herrenessen, das ich verliess, nachdem man aufgefordert wurde, das erste Glas auf «den obersten Kriegsherrn, S. M. den Kaiser und König von Preussen» zu erheben. Dies schien mir im Widerspruch zu meinem Eid zu stehen.

Schüddekopf: Diese Illoyalität gegenüber Staat und Verfassung betraf den Soldaten ja nicht allein, auch in anderen Gesellschaftsschichten verhielt man sich ähnlich, insbesondere in der Justiz.

Baudissin: Ohne Zweifel. Doch schien mir dies die Soldaten nicht zu entschuldigen. Sie meinten zwar mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer, in ihren Au-

gen «entarteten» Umwelt einer preussischen Tradition zu folgen, auf die sie stolz waren. In Wahrheit aber hatten sie mit dieser Tradition gebrochen. Sie missachteten den Staat und die Verfassung, auf die sie vereidigt waren, und hingen der Utopie eines Deutschen Reiches nach, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun hatte. Gut preussisch verliess man den Dienst eines Souveräns, mit dem man sich nicht identifizieren konnte; man diente ihm nicht unter Vorbehalt und mit Einschränkung. Diese Staatsferne, die in weiten Teilen des Bürgertums und damit auch der Beamenschaft herrschte und als «national» kultiviert wurde, war gefährlich; sie machte wehrlos gegenüber den romantisch vereinfachenden und perfekte Lösungen versprechenden Parolen des Nationalsozialismus.

Als Hitler 1933 an die Macht kam, war für mich bereits klar, in welche Richtung wir trieben. Zu dieser Einsicht zu kommen, war nicht allzu schwer für einen Menschen, der in einem Elternhaus aufgewachsen war, in dem rechtsstaatliches Denken ebenso selbstverständlich war wie die Einhaltung bestimmter moralischer Kategorien und Normen. Zudem gab die Nähe von Berlin, die Verwendung als Bataillons- und Regiments-Adjutant und ein grosser Bekanntenkreis genügend Einblick in die politischen Ziele, die Einstellung und die Methoden der Führung von Partei, SA und SS.

Ich geriet schnell in immer grössere Distanz zu dem «Dritten Reich», dessen Repräsentanten vor keinerlei Unrecht und Gewalt zurückschreckten. Auch liessen Hitlers Expansionsbestrebungen schon bald erkennen, dass man auf einen Krieg lossteuerte. Ich hatte das grosse Glück, mit meinen Sorgen nicht allein zu stehen wie viele andere, sondern eine Reihe verlässlicher und gut informierter Freunde zu haben, mit denen man ohne Zurückhaltung sprechen konnte. Im Offizierskasino des Regiments trafen wir Unverheira-

teten damals regelmässig zusammen und diskutierten mit erstaunlicher Offenheit politische Probleme aller Art, in die uns persönlich bekannte Experten einführten. Diese gemeinsamen Überlegungen führten später manchen aus dieser Runde in den Widerstand.

Jemand aus meinem damaligen Bekanntenkreis erinnerte mich kürzlich an ein Gespräch aus dem Sommer 1939, in dem ich ihm den baldigen Beginn eines vom Zaune gebrochenen und gegen alle Regeln geführten Krieges geschildert habe, an dessen Ende Hitler sich theatralisch eine Kugel durch den Kopf schiessen würde – während die Russen von Osten, die Amerikaner von Westen Berlin besetzten.

Das hatte nichts mit Hellseherei zu tun für jemanden «vom Fach», der sich etwas mit der Dolchstosslegende der zwanziger Jahre und dem globalen Kräfteverhältnis beschäftigt hatte. Die Wiederholung der politischen wie militärischen Entwicklung des Ersten Weltkriegs war zumindest die wahrscheinlichere Möglichkeit.

Als ich 1941 vor Tobruk in Kriegsgefangenschaft geriet, erhielt ich genügend Zeit zum Nachdenken. Es war mir klar, dass nicht nur nationale Überlegungen, sondern auch alle moralischen und menschlichen Forderungen einen radikalen Richtungswechsel verlangten. Hitler hatte meine Sinne geschärft!

Erst 1947 wurde ich entlassen und hatte das Glück, zusammen mit meiner Frau eine Werkstatt für Gartentöpfe gründen und betreiben zu können. Als ich bald auch Gelegenheit erhielt, nebenbei in einem überkonfessionellen Werk für Menschenführung im Bergbau mitzuarbeiten, habe ich das als eine Fügung empfunden, die in der Logik meines Lebens lag. Ich habe in dieser Zeit eine Menge gelernt und Erfahrungen gesammelt, die mir bei meiner späteren Arbeit in der Dienststelle Blank bzw. im Bundesverteidigungsministerium zugute kommen sollten.

Als im Herbst 1950 die Frage an mich herangetragen wurde, ob ich bereit sei, bei der Vorbereitung eines möglichen westdeutschen Verteidigungsbeitrags mitzuarbeiten, war meine Antwort ein überzeugtes «Nein». Doch dann entsann ich mich der einleuchtenden Maxime eines ungarischen Sprichwortes, derzufolge der anständige Mann – was «anständig» auch immer bedeuten mag – sich beteiligen solle, wenn Krach in der Kneipe ausbricht. Auch dämmerte mir, dass ich – nachdem ich nun einmal gefragt war – auch für das irgendwie mitverantwortlich sei, was ein anderer womöglich falsch machen werde. Und so sagte ich denn zu, vorausgesetzt, dass ich behilflich sein könne, die 1819 steckengebliebenen Reformen von Scharnhorst und Gneisenau wiederaufzunehmen.

Rückblickend muss ich gestehen, dass ich mir über Ausmass, Intensität und Methoden des mutmasslichen Krachs in der Kneipe Illusionen gemacht hatte. Ich glaubte damals, dass der offenkundige sittliche, politische und militärische Zusammenbruch, den wir gerade erlebt hatten, jeden Nachdenklichen von der Notwendigkeit überzeugt habe, nach neuen Perspektiven, Wegen und Methoden zu suchen.

Sch.: Die durch das preussische Militär, durch Gneisenau und Scharnhorst gefilterte Französische Revolution liegt nun sehr weit zurück; der damalige auf bestimmte Reformen abzielende Impetus dieser Männer konnte 1950 ja wohl nur noch eine historische, aber keine realpolitische Bedeutung mehr haben. Wo glaubten Sie jetzt ansetzen zu können oder zu müssen?

Baudissin: Sie wollen bitte meinen Hinweis auf Scharnhorst und Gneisenau nicht zu wörtlich nehmen. Mich reizte in erster Linie das Modell einer überlegten und konsequenten Einpassung des Militärs in einen zwischenstaatlichen, wir würden heute sagen sicherheitspolitischen, gesellschaftlichen und taktisch-technischen

Wandlungsprozess. Wenn ich recht sehe, ging es Scharnhorst und Gneisenau bei den Heeresreformen nicht nur um höhere militärische Effizienz. Es war auch ein starker politischer Impuls, der sie dazu trieb, die zukunftssträchtigen Tendenzen der Französischen Revolution auf Preussen zu übertragen und für die Armee nutzbar zu machen. Hier lagen eine Reihe von hilfreichen Parallelen und Hinweisen, wo anzusetzen und was zu bedenken wäre – auch im Blick auf das erwähnte Steckenbleiben der Reform.

Im Oktober 1950 rief der damalige Leiter der Zentrale für Heimatdienst, General a. D. Graf Schwerin, ein gutes Dutzend Offiziere der ehemaligen Wehrmacht im Kloster Himmerod zusammen, um mit ihnen über Umfang, Organisationsstrukturen und Führungsinhalte möglicher westdeutscher Streitkräfte zu beraten. Das Ergebnis dieser viertägigen Konferenz war ein erstes bundesdeutsches Fachgutachten zu diesem Thema. Es war für den Bundeskanzler Adenauer bestimmt und wurde unter dem Titel *„Himmeroder Denkschrift“* im Frühjahr 1977 erstmals veröffentlicht.

Mich interessierte im Wesentlichen das Innere Gefüge, das heisst die Ausbildung, Erziehung und Bildung – kurz das, was ich später «Innere Führung» genannt habe.

In diesem Zusammenhang schien mir die Frage, was sich in der Vergangenheit bewährt habe und was nicht, verfehlt. Es konnte hier weder um das simple Gegenbild zum Soldaten der Wehrmacht oder Reichswehr gehen, dessen Züge – aus Gründen angeblich kriegsbezogener Eigengesetzlichkeit – noch wesentlich vom Soldatenbild obrigkeitsstaatlich-feudalistischer, das heisst vorindustriell-frühtechnischer Zeiten geprägt waren, noch um ein uns aufgezwungenes Reeducation-Programm, wie hinterher gelegentlich behauptet wurde. Worum es ging, war Antwort zu finden auf die

Frage, welche Folgerungen aus der grundlegend veränderten Situation zu ziehen seien.

Was mir vorschwebte – wenn auch erst in recht groben Zügen war ein Konzept, das die Grundvoraussetzungen der freiheitlichen Grundordnung – das heisst die Werteordnung des Grundgesetzes und ihre Verfahrensweisen auf die Streitkräfte übertrug und sie als Normen für die militärische Ordnung verbindlich machte. Denn an der Verfassung orientiert sich die Legitimität der Entscheidungen und Verhaltensweisen innerhalb einer demokratischen Armee, an den Gesetzen und Vorschriften die Legalität der Massnahmen, an der politischen Zielsetzung die Loyalität der Soldaten.

In Himmerod herrschte ein eigentümliches Klima. Da sassen wir wieder um einen Tisch – für mich war es das erste Treffen dieser Art nach dem Krieg: die gleichen Menschen, die sich zum grossen Teil aus Vorkriegs- oder Kriegszeiten kannten, und diskutierten plötzlich wieder militärische Fachfragen. Es dauerte gar nicht lange, und wir behandelten die Mönche, die uns freundlicherweise bedienten, zwar nett, aber – nach alter Gewohnheit – wie Ordonanzen. Vergessen schien vieles, was noch nicht allzu lange hinter uns lag. Als dann zum Schluss der Tagung General Heusinger in einer höchst intelligenten Lagebeurteilung darauf zu sprechen kam, was passieren würde und wie wir reagieren müssten, wenn die Russen nördlich des Harzes mit so und so viel Divisionen zum Angriff anträten, merkte ich mit Schrecken, dass ich diesen Überlegungen mit uneingeschränktem Interesse folgte. Ich war dabei, das Ganze wieder als abstraktes Spiel zu betrachten und zu vergessen, wie die Wirklichkeit solcher Operationen aussieht und was sie an Tod, Verstümmelung und Angst mit sich bringen.

Auf die Frage, ob jemand noch etwas zu bemerken habe, erhob ich mich, um meine Besorgnisse zu arti-

kulieren und dass es aus diesen Gründen für mich richtiger sei, mich zurückzuziehen. General Heusinger kam mir nach, fasste mich am Portepée und meinte, dass man gerade Leute «mit Gewissen» dringend brauchen werde; dass ich also gar nicht fehl am Platze sei.

Sch.: Welche politischen Kräfte haben damals in der noch keine zwei Jahre alten Bundesrepublik den Himmeleroder Kreis ins Leben gerufen?

Baudissin: Seit 1949 herrschte «Kalter Krieg», nachdem sich die Widersprüchlichkeit der Welt- und Europa-Konzepte der Siegerstaaten erwiesen hatte und die Blöcke entstanden. Truman-Doktrin und Marschall-Plan sollten den amerikanischen Interessenbereich gegen eine weitere sowjetische Expansion absichern. Den Westmächten stellte sich damit sehr früh die Frage nach der Einbeziehung der Bundesrepublik in gemeinsame Verteidigungsanstrengungen: sowohl um sie weiter kontrollieren zu können als auch, um das westeuropäische Potential zu stärken. Natürlich gab es in den westlichen Ländern auch gewichtige Gegenstimmen; doch stützten – neben der offensichtlichen militärischen Überlegenheit der Sowjetunion in Mitteleuropa – Ereignisse wie die Berlin-Blockade, die Aufrüstung in der sowjetisch besetzten Zone und schliesslich die Invasion im ebenfalls geteilten Land Korea die Argumente der Befürworter. Bei der nunmehr für notwendig erachteten Umstellung der NATO-Planung wurde die Frage nach einem west-deutschen Verteidigungsbeitrag akut und auf der Aussenministertagung im Herbst 1950 diskutiert.

Bundeskanzler Adenauer stand diesem Gedanken positiv gegenüber; er lehnte eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West ab und erhoffte von einer deutschen Beteiligung erhöhte Sicherheit, Souveränität und Mitspracherecht – mittelfristig wohl auch die Bildung einer westeuropäischen Union. Das Kommuni-

qué der Aussenminister der USA, Grossbritanniens und Frankreichs vom September 1950 entsprach seinen Erwartungen; in ihm wurde die Beendigung des Kriegszustands, eine Erweiterung der Bonner Vollmachten, die Einrichtung eines Aussenministeriums und eine Schutzgarantie vorgeschlagen.

Die Einberufung des Expertenausschusses nach Himmerod war also eine Konsequenz der zwischenstaatlichen Entwicklung. Verantwortlich im Einzelnen zeichnete der bereits erwähnte Graf Schwerin, der als gerade ernannter Sicherheitsberater das «Amt Schwerin» innerhalb des Bundeskanzleramts eingerichtet hatte und leitete. Er beriet Adenauer in Fragen der inneren Sicherheit und leistete gedankliche Vorarbeit zur Aufstellung von Bundespolizeiverbänden, in denen der Bundeskanzler eine Antwort auf die in der Aufstellung befindliche zentral geführte und militärisch ausgebildete «Volkspolizei» sah.

Dass es im Übrigen auch im Regierungslager Bedenken gegen die militärische Westintegration gab, zeigte der Rücktritt Heinemanns bald nach der Himmeroder Tagung. Doch war es nicht unser Treffen, sondern bestimmte Memoranden des Bundeskanzlers an den amerikanischen Hohen Kommissar, die Heinemann beunruhigten. Die eigentliche innenpolitische Diskussion entbrannte erst 1952 nach der sowjetischen Note über einen Friedensvertrag.

Sch.: Aus welchen politischen, ideologischen Gruppierungen setzte sich der Himmeroder Kreis zusammen?

Baudissin: Im Bundeskanzleramt war man sich des politischen Charakters eines solchen Unterfangens sehr bewusst, zumal der Ausschuss eigentlich als permanentes Beratungsorgan der Regierung und unter Umständen sogar als Verhandlungspartner mit den Alliierten gedacht war. Die Zusammensetzung des Kreises soll monatelang diskutiert worden sein. Doch dürften die Kriterien, nach denen Sie fragen, höchstwahrschein-

lich keine Rolle gespielt haben – schon weil sich derartige Gruppierungen damals noch nicht profiliert hatten.

Allerdings hatte man bewusst Offiziere vermieden, die sich für den Nationalsozialismus und das Dritte Reich exponiert hatten. Etwa ein Drittel der Ausschussmitglieder kam aus dem Widerstand; ein anderes Drittel hatte bei den Kapitulationsverhandlungen in Italien Distanz zum Regime und ungewöhnliches Gespür für politische Fragen bewiesen; diese Offiziere waren den Alliierten bekannt. Im Übrigen ging es bei der Auswahl vornehmlich um eine ausgewogene Vertretung der drei Wehrmachtsteile und bestimmter Fachgebiete.

Denkt man an die Einstellung seiner Mitglieder zur Reform, so war der Kreis sicher «heterogen» zusammengesetzt. Zwar war man sich darüber einig, dass «die Voraussetzungen für den Neuaufbau von denen der Vergangenheit so verschieden (sind), dass ohne Anlehnung an die Formen der alten Wehrmacht heute grundlegend Neues zu schaffen ist». Doch bestanden – dies kommt auch in den oft widersprüchlichen Formulierungen der Denkschrift zum Ausdruck – recht unterschiedliche Vorstellungen über Inhalt, Gefüge und Verfahrensweisen des «Neuen». Das lag neben divergierenden Grundeinstellungen an mangelnder Vorbereitung der einzelnen, die sich im Alltag mit ganz anderen Problemen herumschlügen; es lag am Fehlen von Entwürfen, mit denen man sich hätte auseinandersetzen können und lag schliesslich an der Unklarheit über die Rahmenbedingungen etwaiger westdeutscher Streitkräfte. Hier zeigte sich die feudale Überheblichkeit der «Generalisten», die meinten, mit Erfahrung, logischem Denken und Initiative liessen sich alle Probleme meistern. Derart komplizierte Fragenkomplexe sind aber nicht aus der hohlen Hand zu beantworten. Was uns völlig fehlte, war die politische,

sozialwissenschaftliche, juristische und pädagogische Expertise. Wir haben auch später in der Dienststelle Blank lange um die Genehmigung ringen müssen, mit zivilen Fachkräften auf Tagungen zu diskutieren.

Sch.: Bereits fünf Jahre nach der totalen Niederlage machte man sich Gedanken über eine Remilitarisierung der Bundesrepublik und hoffte dabei, ein Reformkonzept durchsetzen zu können, das die obrigkeitsstaatlich-feudalistischen Strömungen im deutschen Militärwesen ablösen könnte. War der Gedanke an reformierte Streitkräfte zu einem Zeitpunkt, wo sich ein grosser Teil der Bevölkerung gegen die Remilitarisierung wandte und ein anderer die jüngsten politisch-militärischen Erfahrungen ignorierte, überhaupt realistisch?

Baudissin: Ich habe mich nach Funktion und Rolle weniger mitverantwortlich gefühlt für das «Ob» und das «Wann» als für das «Wie». Ihre Frage ruft mir ein Rundfunkgespräch mit den Herren Adolf Arndt (SPD) und Erich Mende (FDP) in jenen frühen fünfziger Jahren ins Gedächtnis. Es ging genau um dieses Thema. Ich vertrat den Standpunkt, dass der Zeitpunkt faktisch durch eine Reihe von aussen- wie sicherheitspolitischen Gegebenheiten vor-, jedenfalls entscheidend mitbestimmt sei. Wenn man theoretisch nach den optimalen innenpolitischen Bedingungen für einen reformgünstigen Start suche, so seien diese vermutlich noch in Katastrophennähe oder erst erheblich später zu erwarten, wenn die «Ehemaligen» aller Art nicht mehr zur Verfügung ständen; wenn die Bundesrepublikaner nicht nur durch den Sieg der Westmächte und die Verkündung des Grundgesetzes, sondern auch durch Erfahrung und Überzeugung Demokraten geworden seien.

Rückblickend meine ich, nicht ganz unrecht gehabt zu haben. Auf jeden Fall nahm der Widerstand gegen den Neuaufbau der Streitkräfte in gleichem Masse zu,

wie der Wiederaufbau in fast allen anderen Bereichen an Kraft gewann. Übrigens kam gerade aus dem Lager der Gegner einer Wiederbewaffnung manch wertvolle Anregung und Unterstützung. Wenn sie die Aufstellung neuer Streitkräfte schon nicht verhindern konnten, wollten sie wenigstens eine «Remilitarisierung» verhüten.

Man kann sagen, dass zu Beginn der fünfziger Jahre weite Teile der westdeutschen Bevölkerung bemerkenswert aufgeschlossen waren. Viele glaubten an einen Neubeginn, wünschten ihn zumindest. So war die Hoffnung auf Überwindung der preussischen Militäradition in diesem Augenblick gar nicht so absurd.

Sch.: Auf der einen Seite stand also die Forderung nach Radikalität im Neubeginn und auf der anderen durch die personelle Kontinuität zwischen Wehrmacht und Bundeswehr das Unvermögen, den Bruch mit der Vergangenheit zu vollziehen. War das nicht ein Widerspruch, der von Anfang die Entwicklung der Bundeswehr belasten musste?

Baudissin: Das war es natürlich. Aber wir hatten keine Wahl. Es war die Entscheidung der verfassungsgemäss zuständigen Instanzen, westdeutsche Streitkräfte aufzustellen, und das wäre zu diesem Zeitpunkt ohne einen Teil der ehemaligen Angehörigen von Reichswehr und Wehrmacht nicht möglich gewesen.

Trotzdem: falls die regierende Partei und der verantwortliche Minister sich damals eindeutig mit der Konzeption der Inneren Führung identifiziert und überdies noch eine entsprechende Personalpolitik betrieben hätten, dann wäre es – davon bin ich überzeugt – durchaus möglich gewesen, das Praktizieren des Konzepts als «opportunistisch» erscheinen zu lassen und ihm damit zu allgemeiner Geltung zu verhelfen. Man soll die prägende Kraft des Stils in einer Hierarchie nicht unterschätzen.

Mir muss ich den Vorwurf machen, dass es mir damals

an politischer Phantasie fehlte, mir vorzustellen, dass die regierende Partei, die Union, im Grunde genommen nie recht begriffen hat, worum es ging. Für sie war ein Oberst der Wehrmacht eben ein Oberst. Man verkannte, dass mit dem gewaltsamen Ende des Dritten Reiches und dem radikalen System wechsel 1947 – auch bei bestem Willen der Beteiligten – noch keine verlässlichen Demokraten zur Stelle waren. Selbst das Bestreben, Lehren aus den Irrwegen der Vergangenheit zu ziehen, führte den Einzelnen nicht ohne weiteres zu einem Staats- und Gesellschaftsverständnis, das dem Grundgesetz entsprach, geschweige denn zu der Überzeugung und dem Verhalten, wie es Beamten- und Soldatengesetz verlangen. Doch gerade junge Demokratien und neu aufgestellte Streitkräfte sind auf die demokratischen Qualitäten ihrer Beamten und Offiziere in besonderem Masse angewiesen. Diese Haltung war aber nicht ohne Weiteres bei ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht vorzusetzen. Auch wenn sich mancher Anti-Nazi in die Truppe geflüchtet hatte, auch wenn die Offiziere einen namhaften Anteil des Widerstands gestellt hatten, so blieben sie doch eine ausgesprochene Minderheit.

In dieser Situation war es ein Verdienst der SPD, insbesondere ihres Wehrexperthen Fritz Beermann, 1955 die Institution des «Personal-Gutachterausschusses» vorzuschlagen. Dieses Gremium unabhängiger Gutachter hatte die persönliche Eignung von Bewerbern für die höhere Offizierslaufbahn vom Obersten aufwärts zu prüfen und Richtlinien für die Prüfung der übrigen Soldaten aufzustellen – ein Verfahren, das es übrigens in keinem anderen Bereich der Exekutive gegeben hat. Es erwies sich als hilfreich – schon allein dadurch, dass es eine Reihe von vermutlich ungeeigneten Leuten von einer Bewerbung abschreckte.

Ohne jeden Zweifel hat der Widerspruch zwischen

dem konzeptuellen Neubeginn und den personellen Gegebenheiten die Geschichte der Bundeswehr in ihrem ersten Jahrzehnt wesentlich bestimmt. Trotzdem wäre es töricht und ungerecht, alle Ehemaligen als rückständig und ungehorsam einzustufen. Die überwältigende Wucht unausweichlicher Tatsachen setzte der unreflektierten Kultivierung übernommener Vorstellungen Grenzen.

Die Aufstellung der Bundeswehr begann zu einem Zeitpunkt, da der Totalzusammenbruch des Dritten Reiches und seiner Wehrmacht noch unvergessen, die Auswirkungen des Krieges weithin noch nicht überwunden waren. Die Bundeswehr war zudem die erste deutsche Armee eines freiheitlichen Rechtsstaates und einer pluralistischen Gesellschaftsordnung. Es galt, Soldaten in einem geteilten Land, bei Verzicht auf ein Feindbild und für einen unheroischen Friedensalltag zu motivieren. All das stellte die Vorgesetzten vor schwierige Aufgaben, die nach neuen Lösungen riefen. Ich möchte an dieser Stelle eine kurze Passage aus einem Vortrag zitieren, den ich vor wenigen Wochen gehalten habe.

Nach gründlicher Analyse gingen wir bei der Entwicklung des Konzepts der Inneren Führung von den Prämissen aus,

- dass mit dem Zusammenbruch des NS-Regimes im Mai 1945 eine Epoche deutscher und europäischer Geschichte unwiderruflich zu Ende gegangen sei;
- dass die Aufstellung neuer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland ein innen- wie aussenpolitisches Problem von höchster Brisanz sei und bleiben werde;
- dass ein Staat mittlerer Grösse in der geo-strategischen Lage der Bundesrepublik seine Sicherheit vor Eingriffen von aussen nur noch im Rahmen eines Bündnisses gewährleisten könne;
- dass Streitkräfte im Kernwaffenzeitalter nur noch

kriegsverhütende, äusserstenfalls friedenswiederherstellende Funktionen haben dürften;

- dass die Abschreckungsstrategie den Ernstfall bereits in den Frieden verlege und dass demzufolge die politische Bedeutung des täglichen Routinedienstes sowie das Kriegsbild eine Revolutionierung des soldatischen Selbstverständnisses zwangsläufig mit sich bringe;
- dass Streitkräfte – wie andere Organisationen – zum massgeblichen Teil ein Sozialsystem seien und daher genau wie Staat und Gesellschaft die peinliche Achtung der menschlichen Würde verlangten;
- dass die Soldaten als Angehörige des öffentlichen Dienstes Staatsbürger in Uniform seien, deren Pflichten sich von den Rechten ableiten, und dass sie eine der differenziertesten modernen Berufsgruppen bilden, deren Selbstverständnis sich nicht mehr vom Krieg und Sieg, sondern von der Sicherung des Friedens ableite;
- dass der Staatsbürger in Uniform zugleich Leitbild sei für rationale und kooperative Führung, die auf allen Ebenen der Ausbildung, Erziehung und Bildung das funktional Erforderliche konsequent verlangen müsse;
- dass also die Lehre vom unaufgebbaren Gegensatz zwischen Zivil und Militär und von der politisch-gesellschaftlichen Exterritorialität der Soldaten eine wirklichkeitsfremde, gefährliche Ideologie sei.

Sch.: Wann kam für Sie, den geistigen Gründer und verantwortlichen Planer dieser neuen Konzeption soldatischer Menschenführung, der Zeitpunkt der Ernüchterung, an dem Sie sich sagen mussten, dass das revolutionäre Konzept zum Teil zu scheitern drohte?

Baudissin: Relativ bald; doch war mir natürlich bewusst, dass so tiefgreifende Reformen nicht kampfflos durchzusetzen seien. Auch kannte ich ja das Schicksal der Scharnhorst-Gneisenauschen Reformen und

der ihnen folgenden Ansätze. Ich war allerdings überrascht, wie bald die Reformbestrebungen erlahmten und dem Gefälle der Restauration nachgaben.

Meine Chance war es gewesen, den Parlamentariern in einem Augenblick, da die meisten von ihnen etwas ratlos der notwendig gewordenen Wiederbewaffnung gegenüberstanden, ein realisierbares Konzept vorlegen zu können; sogar ein Konzept, das auch diejenigen ansprach, die am schärfsten gegen die Wiederbewaffnung opponierten: den Bundesjugendring, die Gewerkschaften, die SPD und Teile der evangelischen Kirche. Das gab mir zunächst Aufwind.

Der freundliche Wind drehte sich aber, als die Parteien – insbesondere die Union – versuchten, die bisher unentschiedenen Teile der Wählerschaft für sich zu mobilisieren. Damals zeigte sich, dass mit einem allzu fortschrittlichen Programm keine Stimmen zu gewinnen waren. Dies traf in besonderem Masse auf die «Ehemaligen» zu, die sich aus politischen Gründen bisher zurückgehalten hatten, nun aber nach der Verkündung des 131er-Gesetzes, das heisst nach der Regelung ihrer im Dritten Reich erworbenen Pensionsansprüche, munter wurden. Das Potential an Stimmen, das sie einzubringen hatten, gab der Restauration kräftigen Auftrieb. Diese Entwicklung eskalierte, als die ersten Truppenteile aufgestellt und durch starke Kontingente des Bundesgrenzschutzes aufgefrischt wurden.

Aber auch in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft war das Klima nicht gerade reformfreudig. Dort ging es darum, in einer für alle gültigen Discipline Generale die Fragen der Menschenführung zu regeln. Bei der Entwicklung gemeinsamer Vorstellungen über Struktur, Organisation und Führungsprinzipien kam es zu heftigen Kontroversen – vor allem mit Frankreich, Italien und Belgien. Im Gegensatz zur Bundesrepublik hatten sich in den meisten anderen

Mitgliedsländern der EVG die alten Klassenstrukturen weitgehend erhalten und entsprechend auch in ihren Streitkräften. Nicht verwunderlich: nach einem siegreich beendeten Krieg bestand kein ersichtlicher Anlass zu kritischer Bestandsaufnahme oder gar zu einschneidenden Veränderungen. So stritt man sich in den Sitzungen oft tagelang um des Kaisers Bart. Die Italiener hielten es allen Ernstes für ehrenrührig, womöglich zugunsten einer allgemeinen Kopfbedeckung auf ihre Pluma am Barett zu verzichten; die Franzosen verlangten Superlative Formulierungen wie «unbedingter» Gehorsam usw. Als ich nach einer hitzig geführten Diskussion den französischen Delegierten halb scherzend, halb verzweifelt fragte, wer denn nun hier eigentlich die «Militaristen» seien, erwiderte er lächelnd: «Sie müssen das verstehen: wir Franzosen gehorchen nicht gern und können daher – im Interesse der ungeliebten Disziplin – auf starke Worte nicht verzichten.»

Ich fühlte mich hin- und hergerissen: auf der einen Seite bot die Möglichkeit einer westeuropäischen Armee den Ausbruch aus den nationalstaatlichen Denkkategorien und kam damit meinen Vorstellungen sehr entgegen. Auf der anderen Seite zeichnete sich ab, dass wir zur Realisierung dieses Konzepts erhebliche Konzessionen in Bezug auf unsere rechtsstaatlich-freiheitlichen Vorstellungen würden machen müssen. Es war ein echtes Dilemma.

Natürlich hatten diese Reformwiderstände ausländischer Soldaten Auswirkungen – auch auf die Dienststelle Blank. Die Skeptiker fühlten sich bestätigt.

Sch.: Sie haben bis 1958 im Bundesministerium für Verteidigung die Unterabteilung «Innere Führung» geleitet und wurden dann Kommandeur einer Panzer-Grenadier-Brigade, um 1961 nach Fontainebleau in den Stab der Alliierten Streitkräfte Europa-Mitte versetzt zu werden. War das eine normale, voraussehbare

Entwicklung Ihrer militärischen Karriere oder mehr eine politische Entscheidung restaurativer, traditionsgebundener Kräfte, die sich des Kopfes, des Gründers der Reformbewegung, entledigen wollten?

Baudissin: Zumindest war man sich wohl über die Vorteile einig, die meine Entfernung aus dem Verteidigungsministerium mit sich bringen würde. Andererseits sprachen auch durchaus legitime Gründe für eine Versetzung in die Truppe bzw. später für die NATO-Verwendung.

Beides konnte sowohl eine sachgerechte Vorbereitung auf höhere Funktionen in der Bundeswehr als auch ein Abschieben ohne Rückkehr sein. Rückblickend muss man feststellen, dass Letzteres beabsichtigt war. Doch möchte ich hinzufügen, dass die Bestimmung der Verwendung von Generalen ein unbestreitbares Recht des jeweiligen Ministers ist. Er bestimmt die politische Linie seines Ressorts und wählt deshalb auch die Menschen aus, die sein Konzept repräsentieren und verwirklichen helfen.

Sch.: Der Soldat ist also aktiver wie passiver Teil des sozialgesellschaftspolitischen Zustands, in dem eine Nation sich befindet. Mussten Sie sich als aktiver, als programmatisch gestaltender Teil in der Bundeswehr, und damit ja auch Ihren Grundpostulaten nach in einem allgemeinen gesellschaftspolitischen Rahmen, später in zunehmendem Masse von den Anschauungen derer distanzieren, die nach Ihnen begannen, das innere Gefüge der Streitkräfte zu bestimmen?

Baudissin: Die Entwicklung der Bundeswehr von aussen zu beobachten und gerecht zu beurteilen, ist nicht immer ganz leicht. Es liegt in der Natur der Sache, dass unser-einer dazu neigt, das Nicht-Erreichte klarer zu erkennen, als das Inzwischen-Verwirklichte. Auch ist es schwierig, aus der Ferne bestimmte Vorkommnisse als

«typisch» oder «untypisch» anzusprechen. Hinzu kommt, dass der Kritik Grenzen gesetzt sind, solange man im aktiven Dienst steht.

Dennoch habe ich verschiedentlich öffentlich Bedenken geäußert – den einen wohl zu häufig und allzu kritisch, den anderen zu selten und nicht scharf genug. Es ging mir dabei stets um die politische Auseinandersetzung.

Meine Hauptsorge war und ist das offensichtliche Fehlen einer überzeugten Auseinandersetzung der «Nachfolger» mit der Gesamtkonzeption. Dieses Vakuum behindert die notwendige dynamische Anpassung der Zwischenziele, der Schwerpunkte, Mittel und Methoden der Inneren Führung an die entspannungs- und sicherheitspolitischen, gesellschaftlichen und technologischen Prozesse. Die offiziellen Artikulationen nach aussen wie nach innen machen es einem – nach Inhalten, Begriffen und sprachlichem Ausdruck – gelegentlich recht schwer, an eine Kontinuität zu glauben.

Sch.: Die von Ihnen immer wieder betonte politische Korrelation zwischen Staat und Streitkräften in der parlamentarischen Demokratie legt doch den Gedanken nahe, dass sich in der Entwicklung der Bundeswehr auch die der ganzen Nation widerspiegelt. Weisen damit nicht die rechtsradikalen Tendenzen in der Bundeswehr auf eine allgemeine politische Entwicklung in diesem Staat hin?

Baudissin: Um zu einem ausgewogenen Urteil zu kommen, muss man wohl stärker differenzieren. Sicher repräsentieren die Wehrpflichtigen ihre Jahrgänge zu einem erheblichen Grad. Doch verfärbt bereits ein stärkerer Anteil an Kriegsdienstverweigerern das Spektrum unrealistisch nach rechts.

Bei den freiwillig Längerdienenden und späteren Berufssoldaten handelt es sich ebenfalls um eine Auslese. Ihre politische Einstellung spiegelt die Gesellschaft nur sehr bedingt wider – zumindest solange sich

manch «guter Demokrat» für zu schade für diesen Dienst hält.

Auch sollte man beachten, dass die wissenschaftliche Untersuchung, von der Sie sprechen, bei Studenten einer Bundeswehr-Hochschule stärkere Neigungen zum Rechtsextremismus aufweist als bei Pädagogikstudenten gleichen Alters – aber auch im Vergleich zu den Offizieren eines Luftwaffenverbandes. Im übrigen sind Ansatz und Methoden der angesprochenen Analyse nicht unumstritten.

Ich habe mit Extremisten aller Richtungen wenig im Sinn und halte ihre Ideologien für ebenso erschreckend inhuman wie unpolitisch. Doch scheinen sie mir zurzeit weder in unserer Gesellschaft noch in der Bundeswehr eine ernst zu nehmende Rolle zu spielen. *Sch.:* Ist die Bundeswehr, als ein Faktor der grossen erfolgreichen Wohlstandsgesellschaft, gemessen an den ersten Jahren ihres Bestehens konservativer, um nicht zu sagen reaktionärer geworden?

Baudissin: Eine so einfache Formel trifft den komplizierten Tatbestand nicht. Vergleicht man das heutige Klima in der Bundeswehr mit dem der fünfziger und frühen sechziger Jahre, so haben die heftigen Auseinandersetzungen um Sinn und Einzelregelungen der Inneren Führung aufgehört. Die heutigen Offiziere sind mit dem Konzept aufgewachsen und beherrschen ihr Handwerk – jedenfalls technisch.

Der Zustand hat seine Vorteile, aber auch seine Gefahren. Auf der einen Seite kann man sich endlich auf seine Funktion konzentrieren, ohne das Ganze dauernd in Frage zu stellen. Andererseits droht eine zunehmende Begnügung im rein technokratisch-bürokratischen Funktionieren. Das ist sicher keine spezifisch militärische Entwicklung; wir finden sie heute in allen grossen Apparaturen. Doch gefährdet sie in der Bundeswehr zunächst einmal den menschlichen Zusammenhalt und damit die soziale Motivation der ein-

zelen und die politische Effizienz des ganzen. Vor allem aber verdrängt sie einen der zentralen Ansätze der Reform: das Bewusstsein vom politischen Charakter alles militärischen Führens.

Sch.: Sind die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundeswehr ausgeglichen oder zumindest in einem instabilen Gleichgewicht?

Baudissin: Das ist schwer zu sagen. Wesentlich aber scheint mir die Tatsache, dass es keine Homogenität – weder eine politische noch eine gesellschaftliche – in der Bundeswehr gibt und dass sie kaum zu befürchten steht.

Man trifft in der Bundeswehr auf Angehörige sämtlicher demokratischer Parteien, wobei nach Traditionsverständnis der Individuen sowie als Folge der Geschichte der Bundeswehr die Mitglieder der CDU/CSU im Zweifelsfall überwiegen. Wenn ich recht sehe, gewöhnt man sich aber mehr und mehr aneinander. Wie weit man den Standpunkt der anderen immer respektiert, ist eine zweite Frage, die uns nicht nur in der Bundeswehr beschäftigen sollte.

Sch.: Das grösste Risiko für die demokratischen Grundprinzipien in der Bundeswehr sehen Sie in einer Entpolitisierung. Welche Konsequenzen hätte eine solche Entwicklung langfristig für den Staat? In dem Zusammenhang erhebt sich auch die Frage, wie ernst die Rufe aus der Bundeswehr nach dem Nur-Soldaten, nach der Armee als Ordnungsfaktor im Staat zu nehmen sind?

Baudissin: Eine tatsächliche Entpolitisierung spräche in erster Linie Reaktionäre an und führte wohl unweigerlich zu einer «Re-Konservativierung» des Führerkorps. Solchermassen homogene und damit von der Gesellschaft isolierte Streitkräfte lassen sich für jeden politischen Zweck missbrauchen. Die Fähigkeit zum verantwortlichen Ungehorsam erlischt; die Kontrolle von innen und unten erstirbt. Mit diesem politischen Vakuum entsteht ein Staat im Staate.

Rufe nach der Armee als Ordnungsfaktor sind nach der eindeutigen politischen Reaktion auf die Schnez-Studie selten geworden. Ich kann nur hoffen, dass sie sich nicht wieder beleben.

Sch.: Eine vielleicht zu simple Umkehrung der Clausewitz-These wäre es, sich zu fragen, ob die Entwicklung der SPD in den letzten Jahren – die fast völlige Verleugnung ihrer Herkunft als sozialistische Arbeiterpartei und die Bereitschaft, mit reaktionären Kräften zu koalieren – nicht auch verantwortlich ist für das heutige Klima in der Bundeswehr.

Baudissin: Die SPD hat entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Konzeption Innere Führung gehabt; ohne ihre Unterstützung enthielte das Soldatengesetz nicht die entscheidenden Bestimmungen über den Status, die Rechte und Pflichten der Soldaten.

Seit 1969 stellt die SPD den Verteidigungsminister und hat wichtige Schritte für die Reform des Ausbildungs- und Bildungssystems eingeleitet. Ob sie immer mit der notwendigen Konsequenz für die Durchsetzung und Weiterentwicklung der Inneren Führung gesorgt hat ist eine andere Frage. Möglicherweise ist es gerade die von Ihnen apostrophierte «Herkunft», die eine entsprechende Personalpolitik erschwert.

Sch.: Was glauben Sie, müsste in den nächsten Jahren als politisch-programmatische Renovierung in den Parteien und der Bundeswehr stattfinden, um restaurative und demokratiefeindliche Tendenzen in der Bundeswehr abzubauen oder zu verhindern. Wie liesse sich eine Politisierung der Bundeswehr im Hinblick auf ein demokratisches Selbstverständnis und damit Verhalten weiter ausbauen?

Baudissin: Die Parteien müssen wohl die vorher zitierte Clausewitz-These vom politischen Charakter alles Militärischen ernst nehmen und sich nicht damit zufriedengeben, wenn der Dienstbetrieb ohne spektakuläre Pannen abläuft. Sie müssen der Versuchung Herr

werden, in der Bundeswehr zunächst ein kompaktes Wählerreservoir zu sehen, dem man nicht weh tun darf.

Die Bundeswehr ist im Rahmen der Exekutive ein Machtinstrument besonderer Art. Zu seiner Kontrolle gehört auch die politische Aufsicht über die Innere Führung und ihre Handhabung. Der Hebel ist eine entsprechende Personalpolitik und die systematische Aus- und Weiterbildung der Inneren Führer. Nur wenn diese ausreichend vorgebildet und permanent durch die Hierarchie gestützt werden, sind sie in der Lage, ein adäquates Selbstverständnis zu entwickeln, über politische Zusammenhänge aufzuklären und kritische Diskussionen anzustossen.

Die politischen und gesellschaftlichen Kräfte vor Ort – also die lokalen Parteiorganisationen und Gewerkschaften – sollten hierbei Hilfestellung geben.

Fritz Sänger

Gefährdete Meinungsfreiheit

Nach 1945 sahen wir einander wieder: Hans Hedtoft, der Freund aus frohen Jugendtagen, nun dänischer Ministerpräsident, und ich. Wir blickten auf den Trümmerhaufen Deutschland. Er sagte: «Wenn eure gebildeten Bürger wenigstens jetzt das Gesetz von Ursache und Wirkung begreifen würden! Wenn sie endlich den Zusammenhang der Ereignisse verstehen würden!» Es war klar, dass er nicht an die Erfüllung solcher Hoffnungen glaubte. Und er behielt recht. Sehr vieles, was später geschah, hat mich dann immer wieder an diesen resignierenden Seufzer eines Freundes der Deutschen erinnert.

Wir glaubten fest daran, dass es diesmal anders kommen müsse als nach 1918.

Damals retteten vor allem die Sozialdemokraten das Reich vor dem Untergang. Der Kaiser war nach Holland geflohen. Diejenigen aber, die dem überheblichen Monarchen seine Selbstherrlichkeit, seine Geltungssucht und seinen masslosen Militarismus ermöglicht hatten, die blieben im Lande und nahmen alsbald ihre einstigen Positionen wieder ein. Und dieselben Kräfte in Verwaltung und Justiz, Armee und Universität waren es später, die Hitlers Macht- Übernahme überhaupt erst ermöglichten. Damit begannen die zwölf verhangnisvollsten Jahre der neueren deutschen Geschichte, an deren Ende die vollständige Niederlage stand.

Es schien undenkbar, dass sich danach die folgenreichen

Irrtümer und Versäumnisse der Republik von Weimar wiederholen könnten. Heute wissen wir, dass diese Hoffnungen nur sehr unvollkommen erfüllt wurden.

Die wichtigsten Helfer Hitlers wurden in den Nürnberger Prozessen verurteilt, andere aber tauchten unter in der Masse des Volkes, das die Folgen der nationalsozialistischen Verbrechen auf sich nehmen musste. Nicht lange, da kamen die Nutzniesser und begeisterten Mitläufer des Nazi-Regimes wieder zum Vorschein; und nicht wenige von ihnen befanden sich bald wieder in einflussreichen Positionen.

Es zeigte sich noch etwas anderes. An den Methoden des Gewaltstaates hatte so mancher Gefallen gefunden, der gar nicht zu Hitlers Anhängern gehört hatte. Das galt übrigens für beide Teile Deutschlands. Gewiss ist in der Bundesrepublik eine veränderte, eine freiere Atmosphäre spürbar; auch soll die ausserordentliche Leistung des Wiederaufbaus nicht gelegnet werden; die freilich von Unternehmern und Arbeitnehmern, von allen Kreisen und Schichten vollbracht wurde und bei deren Würdigung auch an die Hilfe durch den Marshall-Plan erinnert werden muss; sie wird heute gern vergessen. Bald stellte sich heraus, dass von dem sogenannten «Wirtschaftswunder» durchaus nicht alle Teile des Volkes gleichermassen profitierten. Und diese zunehmende Ungleichheit der materiellen Chancen spiegelte sich auch im politischen Leben wider.

Zwar waren den Bürgern der Bundesrepublik wichtige Grundrechte garantiert; aber zwischen Grundgesetz und politischer Praxis entwickelten sich bemerkenswerte, oft verderbliche Unterschiede. Der Bürger gewann nur wenig an unmittelbarem Einfluss, ja, er muss um die Sicherung seiner Rechte ringen. Hier nun ist der Punkt, wo die Freiheit der Meinung auf entscheidende Weise ins Spiel kommt.

Nirgends auf der Welt gibt es Demokratie ohne lebendiges demokratisches Bewusstsein der Bevölkerung. Und dieses Bewusstsein kann sich nur durch Erfahrung entwickeln, durch Nachdenken, Wissen und Wollen – und all das lebt von freier Information. Die informierte Gesellschaft – eine

Idee aus dem vergangenen Jahrhundert – ist Voraussetzung jeder Entwicklung zu grösserer Freiheit. Aus eben diesem Grunde wird sie von den beharrenden Kräften beargwöhnt – und von der erklärten Reaktion erbittert bekämpft und wenn möglich unterdrückt. Daher ersetzte der Nationalsozialismus Information durch Propaganda, Diskussion durch Anordnung. Daraus zogen die Verfasser unseres Grundgesetzes Lehren und legten in Artikel 5 fest:

«Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»

Soweit die Bestätigung eines in vielen freiheitlichen Ländern längst anerkannten Menschenrechts – das keineswegs ein Geschenk des Staates ist. Leider fährt der Text dann aber fort:

«Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.»

Die Möglichkeit zu wirksamen Einschränkungen war also von vornherein eingebaut; und sie sollte nachmals genutzt werden . . . Überdies gibt es noch eine, auf den ersten Blick unscheinbare Hürde im letzten Absatz des Artikels:

«Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.»

Heute wissen wir, zu welchen Kontroversen dieser Wortlaut führte. Leider ging es dabei meist nicht um Verwirklichung oder gar Erweiterung der Freiheit, sondern um deren Einengung. Unbestritten soll der Schutz der Jugend und der persönlichen Ehre bleiben; dass aber Presse und Rundfunk, Buchautoren und selbst Nachrichten-Journalisten für ihr Recht auf ungehinderte Meinungsäusserung kämpfen mussten (und immer häufiger müssen), war 1949 nicht vorauszu-

sehen. Dass es dennoch so kam, hat nicht nur die dadurch betroffenen Deutschen tief enttäuscht, sondern auch das Ausland mehr als einmal misstrauisch gemacht. In diesem Zusammenhang braucht an die gradezu klassisch gewordene *Spiegel*-Affäre von 1962 nur kurz erinnert zu werden.

Wer es mit der im Grundgesetz verbürgten Freiheit von Wort und Bild ernst nahm, musste empört reagieren, als am 26. Oktober 1962 Staatsanwälte und Polizisten die Redaktionsräume des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* in Hamburg und Bonn besetzten und durchsuchten. Leitende Redakteure wurden verhaftet, einer von ihnen sogar während seines Urlaubs in Spanien; auf Antrag des bundesdeutschen Verteidigungsministers, der dabei seine Kompetenzen ungeniert überschritt. Und im Parlament sprach Bundeskanzler Konrad Adenauer von einem «Abgrund von Landesverrat», der sich aufgetan habe – alles lediglich auf Grund eines vagen Verdachts, der sich alsbald als unbegründet herausstellte.

Keiner der beteiligten Politiker wurde zur Rechenschaft gezogen; niemand entschuldigte sich öffentlich; und die Allgemeinheit vergass das Geschehene weitgehend ...

Das blieb wahrhaftig nicht der einzige Sündenfall unserer Republik. Im regelmässig veröffentlichten Jahrbuch des Deutschen Presserats finden sich dafür in jedem Band Belege. Insbesondere wächst die Zahl der Fälle, in denen es um ein angebliches Delikt der Presse geht, über das der verstorbene Bundespräsident Gustav Heinemann einmal mit der ihm eigenen Deutlichkeit gesagt hat: «Es gibt nicht nur eine Staatsgefährdung durch Geheimnisverrat, es gibt auch eine Demokratiegefährdung durch Geheimnistuerei.»

Um nicht missverstanden zu werden: Jeder Journalist, der diesen Namen verdient, ist sich darüber im Klaren, dass er ein besonderes Mass an Mitverantwortung für Staat und Gesellschaft trägt. Für alle Medien gilt deshalb, was der Deutsche Presserat 1973 in seinem Kodex festlegte:

«Achtung vor der Wahrheit und wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberstes Gesetz der Presse.»

Dieser hohe Anspruch wurde und wird gewiss nicht von allen Publizisten und Verlegern voll erfüllt, das kann nicht bestritten werden. Doch ist es zu begrüßen, dass der ernsthafte Versuch einer freiwilligen Selbstreinigung gemacht wurde; mir ist kein anderer Beruf bekannt, der entsprechende Ziele mit gleicher Energie verfolgt hätte.

Eine solche Verpflichtung der Publizistik muss aber ebensoviel Wahrheitsliebe und Fairness bei den Repräsentanten des Staates und überhaupt allen Mächtigen voraussetzen.

Gerade das ist aber keineswegs selbstverständlich geworden; eher kann man von einer systematischen Beargwöhnung, oft sogar Diffamierung des Journalismus sprechen. Und das hat schon Tradition, die zurückgeht bis in die Gründungsjahre der Bundesrepublik. Die folgenden Ereignisse, in denen Konrad Adenauer eine nicht unbedenkliche Rolle spielte, habe ich als direkt Betroffener aus unmittelbarer Nähe verfolgt. Adenauer war damals Präsident des Parlamentarischen Rates. Schon im Juli 1949 behauptete er in öffentlicher Rede, der in der britischen Besatzungszone tätige Deutsche Pressedienst (dpd, Vorläufer von dpa) sei völlig von Sozialdemokraten beherrscht. Zum Beweis nannte er präzise, aus der Luft gegriffene Zahlen; der CDU gehöre überhaupt kein Redakteur an. Mit diesen unwahren und gänzlich sinnlosen Behauptungen untergrub er das Ansehen einer wichtigen Institution unserer jungen Demokratie im In- und Ausland.

Er liess sich auch dann zu keiner Richtigstellung bewegen, als Leute seiner eigenen Partei, die es besser wussten, ihn darum ersuchten. Er ging noch weiter. Ich war 1947 von den deutschen Zeitungsverlegern aller Richtungen zum Chefredakteur der laut Statut vollkommen unabhängigen Agentur gewählt und 1949 nochmals bestätigt worden. Adenauer aber verlangte wiederholt, ich müsse abgelöst werden. Ein so wichtiges Instrument müsse der herrschenden politischen Richtung entsprechend geleitet werden. In Gegenwart füh-

render Vertreter der weltweit berühmten Londoner Agentur Reuter vertrat er mit Nachdruck diesen Standpunkt; als man ihm behutsam widersprach, auch daran erinnerte, wie wichtig gerade in Deutschland nach den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit ein durchaus unabhängiger Nachrichtendienst sei, meinte er trocken: Gewiss – aber eine Nachricht sei eben doch entsprechend zu formulieren . . . Da geisterten wirklich böse Reste einer bösen Vergangenheit herum. Ein ohne Zweifel bedeutender Mann verriet ganz naiv eine gefährliche Denkungsart, die besser unausgesprochen geblieben wäre.

Natürlich stand Adenauer mit dieser Haltung nicht allein. Eine ganze Reihe von Vorkommnissen machte im Laufe der Jahre deutlich, wie verbreitet der Wunsch, die öffentliche Meinung von oben her zu lenken, in sogenannten führenden Kreisen ist. Ja, da wünschte man sich sogar eigens Organisationen (ähnlich dem von Adenauer geplanten, vom Bundesverfassungsgericht verhinderten offiziellen Fernsehen); etwa eine regierungsnahen Nachrichtenagentur. Der Propagandaraus im Stile eines Goebbels wirkte noch lange nach.

Dabei ist auf kaum einem anderen Gebiet, ausgenommen wohl die Justiz, eine vollständige Abkehr von der Vergangenheit so dringend nötig wie im Verhältnis Staat-Presse. Nur der informierte Bürger kann ein demokratischer Bürger sein: Diese Binsenweisheit nach dreissig Jahren Bundesrepublik noch immer als Appell verstehen zu müssen ist wahrhaftig Anlass zu ehrlichem Zorn über allzuviel Versäumnisse. Die Ursachen sollten bekannt sein. Da ist einmal der nicht selten planmässig herbeigeführte Informationsmangel, eben die Geheimnistuerei der Behörden. Dazu kommt aber, und das ist fast noch schlimmer, die geringe Bereitschaft der Nation, Information zu verlangen! Das alles ergibt einen Zustand der Gleichgültigkeit gegenüber wesentlichen Tatsachen, die jedermann kennen müsste. Stattdessen dominiert die billige Sensation – leider auch auf dem Felde der lebenswichtigen Aktualität.

Man beobachte doch einmal unvoreingenommen, wie etwa die Diskussion über die Zulassung sogenannter Extremisten zum Staatsdienst abläuft. Da liest man etwa folgende Äusserung aus prominentem Munde: «Millionen von Eltern bangen um ihre Kinder, die von kommunistischen Lehrern unterrichtet werden sollen.» Kein Zeugnis unverantwortlicher Überheblichkeit, sondern dargeboten vom Vorsitzenden einer Partei, die das christliche C im Namen führt. Dabei müsste eine auch nur flüchtige Überlegung klarmachen, dass sämtliche in unserer Republik lebenden Kommunisten den Lehrerberuf ergreifen müssten, um die Kinder von Millionen Eltern zu beeinflussen. Und indoktrinieren denn etwa protestantische Lehrer die Kinder katholischer Eltern? Oder katholische Lehrer grundsätzlich die Kinder Freireligiöser? Und vor allem: Müssen Eltern bangen, weil ihre Sprösslinge auf dem Spielplatz mit Kindern von Alt- oder Neonazis zusammenkommen? Da wäre, meine ich, Vorsicht eher am Platze.

Verfälschungen werden neuerdings immer häufiger – gerade auf politischem Gebiet – und da sind sie besonders gefährlich, nicht nur im Hinblick auf die Aussenpolitik. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit: Ein Politiker analysiert (nicht etwa: kritisiert) die Realität der herrschenden Wirtschaftsstruktur und fragt sich und uns Bürger, ob der freie Unternehmer wirklich noch auf eigenen Füßen steht, oder nicht doch, wenn er in Bedrängnis gerät, den Staat zu Hilfe ruft. Und dieser Politiker fragt weiter, ob sich der Staat, wenn er hilft, nicht in eine Art Abhängigkeit begibt – weil er Arbeitsplätze erhalten will. Und er erwähnt, ganz nebenbei, dass die Theorie vom «Staatsmonopolkapitalismus», die er ausdrücklich ablehnt, noch «eine gewisse Entsprechung in der Wirklichkeit» habe. Mit solch einer Überlegung erfüllt er gewissenhaft seine Pflicht an verantwortlicher Stelle. Doch was geschieht? Politische Gegner attackieren diesen Politiker meuchlings, verlieren kein Wort über seine vorsichtige Abgrenzung, über den betonten Abstand zu jener Theorie, nutzen einzig und allein die Chance zuzuschlagen, den Geg-

ner zu brandmarken. Und eine unsorgfältig arbeitende, auf Sensationen gierige Presse leistet Beihilfe. Und das geschieht, obwohl sich erfreulicherweise auch ganz andere Stimmen meldeten. Sogar Unternehmer stellten klipp und klar fest:

«Für Grossunternehmen gibt es eine faktische Überlebensgarantie, welche die Regeln der Marktwirtschaft ausser Kraft setzt, nach denen das schlechteste Unternehmen einer Branche Konkurs anmelden muss.»

Die Marktwirtschaft ist ein Tabu, ständig wird sie frei und sozial genannt, obwohl sie das nur noch sehr bedingt ist. Ihr wird vom Staat geholfen, weshalb auch nicht? Man sollte denen, die Parolen wie «Freiheit oder Sozialismus» unnütz im Munde führen, einige recht unbequeme Erkenntnisse Otto von Bismarcks, des Initiators der Sozialistengesetze, in Erinnerung rufen; im Deutschen Reichstag sagte er am 12. Juni 1882:

«Sozialistisch sind viele Massnahmen, die wir getroffen haben, die wir zum grossen Heile des Landes getroffen haben, und etwas mehr Sozialismus wird sich der Staat beziehungsweise das Reich überhaupt angewöhnen müssen. Wenn Sie glauben, mit dem Wort Sozialismus jemand Schrecken einflössen zu können oder Gespenster zu zitieren, so stehen Sie auf einem Standpunkt, den ich längst überwunden habe.»

Und zwei Jahre später, am 26. November 1884, fügte er hinzu:

«Denn die Sozialdemokratie ist so, wie sie ist, doch immer ein erhebliches Zeichen, ein Menetekel für die besitzenden Klassen dafür, dass nicht alles so ist wie es sein sollte . . . Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mässigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch nicht existieren, und insofern ist die Furcht vor der Sozialdemokratie ... ein ganz nützliches Element.»

Was immer Bismarck tat, um die «Macht seiner Klasse»

(so sein eigener Ausdruck) zu erhalten, hinderte ihn also nicht an so erstaunlichen Einsichten wie den eben zitierten. Was hat das denn mit Fragen unserer bundesdeutschen Presse- und Meinungsfreiheit zu tun? Nun, zunächst zweifle ich daran, dass so herausfordernde Ansprüche wie die des einstigen «Eisernen Kanzlers» heute ebenso unbefangen publiziert und diskutiert werden können wie damals. Man erinnere sich der Aufregung über «Stamokap» . . .

Zum anderen aber, und das ist wichtig, führen geschichtliche Erinnerungen zu aktuellen Erkenntnissen, die unsere Publizistik bereichern können und sollen. Wie bedrohlich dagegen Unkenntnis historischer Fakten und Zusammenhänge sein kann, das erleben wir heute an der Jugend. Und da kann der Publizist, ja auch und gerade der Tagesjournalist, sehr viel mehr gutmachen als üblicherweise geschieht!

Enttäuscht wurde und wird die Jugend durch die Selbstgerechtigkeit polternder Politiker, die nicht informieren, sondern behaupten, die polemisieren, bestenfalls vortragen und zum kritischen Gespräch nur ausnahmsweise bereit sind. Eine so im Stich gelassene Jugend, die selbst nicht weiter weiss, könnte leicht wieder nach einem «Führer» Ausschau halten.

Kritische junge Menschen empfinden den Mangel an Toleranz. Sie wenden sich gegen Verantwortliche, die ihnen als Ersatz für demokratische Verhaltensweisen nur Heuchelei und Formalismus bieten. Der Terrorismus ist nicht zuletzt die Folge dieses Verhaltens. Denn die junge Generation will und muss Verantwortung übernehmen können, damit sie nicht die Flucht in Illusionen antritt und so bei einem Radikalismus endet, der oft nicht mehr ist als Wortgeschmetter.

Journalisten, die sich um den Nachwuchs in ihrem Beruf bemühen, ist klar, dass in weiten Kreisen der Jugend eine erhebliche Unwissenheit über wichtige und folgenreiche Vorgänge in Deutschland und der Welt herrscht. Das gilt auch für die Absolventen der Höheren Schulen. Es fehlt ihnen nicht eben selten an der nötigen Sicherheit, um einfachste Grundforderungen zu erfüllen. Es mangelt an Tatsa-

chenwissen, auch oder gerade über die Nazi-Zeit. Schon über aussergewöhnliche Vorgänge während der Hitler-Diktatur (Verfolgung Andersdenkender, Haft ohne richterliche Anordnung, Hinrichtung ohne Urteil, Massenvernichtung von Juden, Kranken und sogenannten Untermenschen) wissen sie nicht Bescheid. Und sie kennen weder Hintergründe noch Zusammenhänge oder gar Ursachen der Entstehung des brutalen Nationalismus – des Faschismus. Die nachdenklichen unter den Jungen begreifen vieles als «ein Wunder», als «Hexenwerk», als eine «metaphysisch zu erklärende grausame Einmaligkeit». Mit solchen Äusserungen junger Menschen, die alle aus Höheren Schulen kamen, bin ich während meines Berufslebens häufig konfrontiert worden.

Sie haben keinen Zugang zur Nazi-Zeit. Tatsachen des ungeheuren Geschehens scheinen ihnen oft unglaublich. Konsequenzen aus den erkennbaren Ursachen wollte niemand von ihnen ziehen. Schule und Elternhaus haben völlig versagt. Die Eltern «wollten nicht darüber reden», haben verlangt, sie «endlich damit in Ruhe zu lassen».

Redaktionen aller Presseorgane haben es mit einem beinahe geschichtslosen journalistischen Nachwuchs zu tun.

Wer immer in öffentlichen Angelegenheiten tätig ist – und die Presse ist es, weil sie nicht nur «ein Produkt gewerblichen Fleisses» sein soll, und in der Bundesrepublik auch nicht ist – der muss helfen, eines der schwierigsten Kapitel der deutschen Geschichte aufzuarbeiten.

Es habe sich etwas gebessert, wurde in der letzten Zeit versichert, aber man fügte gleichzeitig hinzu:

«Den meisten kommt diese Vergangenheit, an die wir doch fast jeden Tag anknüpfen müssen, nur wie ein Chaos vor, an dem ihnen die Sensation interessanter zu sein scheint, als dass Erschrecken sie ergreift. Sie finden sich einfach nicht zu recht, vergleichen jedoch mit der Gegenwart, und das mit negativem Ergebnis für das Heute.»

Das öffentliche Leben – vor allem das Tun und die Reden der Politiker und die Berichterstattung vieler Zeitungen – sei für die jungen Menschen «ein Karussell von Sensatio-

nen». Sie finden keine oder nur selten einige Bausteine oder Beiträge zur Entwicklung einer besseren Gegenwart.

Diese Zitate aus Gesprächen mit Berufskollegen in verschiedenen deutschen Zeitungsredaktionen, von denen die wenigsten «zornige Alte» waren, sind gewiss keine allgemeingültige Aussage. Dennoch bezeugen sie die grosse Sorge um die Entwicklung einer für die Demokratie lebenswichtigen Institution. Und was hier über die Presse gesagt wird, betrifft auch den Hörfunk, das Fernsehen und andere Publikationsorgane.

Während der Jahre meiner Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag gehörten die Begegnungen mit Schulklassen, die nach Bonn kamen und das Parlament besuchten, zu den interessantesten Erfahrungen. Die jungen Menschen kamen in der Regel nicht unvorbereitet. Sie stellten Fragen an die Abgeordneten, die manchen von uns zuweilen erstaunten. Ich erinnere mich besonders an einen Jungen, der sich mit Propaganda und Information auseinandersetzte. Ich notierte mir seine Frage:

«Kann ich nicht sagen, dass Propaganda statt Information schlimmer ist als offene Lüge? Ist das nicht richtiger Betrug an den Bürgern?»

Als einer meiner Kollegen aus einer anderen Fraktion es im gleichen Sinne wie wir bejahte, sagte der Junge:

«Warum verbieten Sie denn den Zeitungen nicht, dass sie so oft ganz anders berichten, als es wirklich ist und immer so dick auf tragen?»

Solche und ähnliche Kritik an der Wirklichkeit äusserten die jungen Menschen ganz selbstverständlich; ihr Rezept hiess ebenso selbstverständlich: Verbieten!

Wer die Jahre, in denen die Lüge das Prinzip des Regierens war, überstanden hatte, der erhoffte nach dem Ende der Nazi-Diktatur – nein, natürlich nicht den Beginn allgemeiner Wahrhaftigkeit, wohl aber mehr, weit mehr Sinn für die offene Diskussion strittiger Fragen; mehr Sinn auch für die gemeinsame und sachliche Erörterung von Meinungsunterschieden und weit mehr Respekt vor Tatsachen. Wir

erwarteten sorgfältige Beobachtung, kontrolliertes Erinnern, suchendes Prüfen und erlebten stattdessen wieder die bloße Behauptung, die ohne Nachprüfung weitergegebene Anklage und überhebliche Rechthaberei. Erfahrungen also, die keineswegs nur den «zornigen Alten» und ihrer Generation vorbehalten sind, aber gerade für sie Entwicklungen und Zustände widerspiegeln, die zu Hitlers «Tausendjährigem Reich» führten. Ist da nicht die Furcht begründet, dass vieles aus dieser Zeit sich wiederholen könne, was besser einmalig bliebe. Wenn in unserer Demokratie die kritische Öffentlichkeit verstummt und das Obrigkeitsdenken der Bürger jede auf Neues gerichtete politische Auseinandersetzung erstickt, wird die westdeutsche Restauration ihren Siegeszug ungehindert fortsetzen. Dann könnten sich geschichtliche Prozesse, wenn auch nicht in genau der gleichen Weise, wiederholen.

Nach dem totalen Krieg und der totalen Niederlage begannen wir, das zertrümmerte Land aufzuräumen, den Wiederaufbau zu organisieren, übernahmen die Verantwortung, die zuvor von den Besatzungsmächten getragen wurde. Konservative und Sozialdemokraten, Kommunisten und Liberale, Katholiken und Protestanten sassen damals nebeneinander, ohne dass einer den anderen schräg ansah, ohne Misstrauen. Es ist heute vergessen, dass damals jeder Bürger zum Mitglied der ersten Gemeindevertretungen, Kreistage und Landtage berufen werden konnte, auch Kommunisten, aber nicht Nationalsozialisten und ihre Helfer. Zum Aufsichtsrat des Deutschen Pressedienstes gehörte der Verleger einer kommunistischen Zeitung, ein fleissiger, wichtiger Helfer beim Aufbau des Dienstes. In Gewerkschaften und Verbänden und vielen anderen Institutionen, in Sport- und Gesangsvereinen war es genauso. Es ist erschreckend, wenn heute Presse und Rundfunk berichten, dass da einer das Kaiser-Quartett von Haydn, die einstige Hymne auf das Deutsche Reich, mitgespielt habe, der Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei sei, und dass nun verlangt werde, das Orchester aufzulösen, wenn der Kommunist

nicht von selbst gehe. Bei den Nazis durfte Haydns unsterbliches Werk nur von Ariern gespielt werden.

Die Presse erfüllt ihre Pflicht, wenn sie Tatsachen ohne Rücksicht auf ihre Tendenz meldet, wenn sie in ihrer Kommentierung die Enge einer Parteibindung überschreitet und um der Wahrheit und der Menschlichkeit willen schreibt, was zu schreiben wichtig ist. Erfüllt sie diese Pflicht? Jede Zeitung?

Das Recht, mit dem die Arbeit der Zeitungen beurteilt oder auch verurteilt werden kann, ist in den Ländern der Bundesrepublik nicht einheitlich. Keiner der bisherigen Bundesregierungen gelang es, ein Rahmengesetz zu schaffen, wie das Grundgesetz es ermöglicht. Nicht weniger als sieben Vorlagen scheiterten, bevor sie in den Deutschen Bundestag gelangten oder bevor dieser sie beraten oder gar beschliessen konnte.

Eine der entscheidenden Fragen, die das Gesetz beantworten müsste, lautet: Wie ist das Verhältnis zwischen dem Eigentümer einer Zeitung, dem Verleger, dem Kaufmann und denen zu regeln, die die Zeitung täglich zu machen haben, den Journalisten? Die Frage wurde schon in der Weimarer Republik diskutiert. Während der Nazi-Diktatur blieb sie jenseits realistischer Erwägungen. In der Bundesrepublik muss sie endlich beantwortet werden.

Jeder gesetzlichen Regelung wäre eine freie Vereinbarung zwischen den Beteiligten vorzuziehen. Sie war bisher nicht zu erreichen, obwohl das Grundgesetz die Position der Presse und der anderen Medien wesentlich geändert und verbessert hat. Ihre Rechte und Pflichten gehören nun zu den unveräusserlichen Grundrechten. In diesem Zusammenhang ist die leider immer wieder in die Diskussion gebrachte Frage nach dem Eigentum an der Zeitung nicht notwendig zu erörtern, jedenfalls nicht zu klären. Es geht vielmehr um die Kompetenzen der kommerziellen und der journalistischen Seite. Sie sind so zu regeln, dass die eine Seite die andere nicht behindert und jede in freier Entscheidung handeln kann. Die Zeitung ist nicht nur ein Gewerbe-

betrieb, sie hat in der Demokratie vielmehr eine den Bürger unmittelbar angehende legitime Aufgabe. Das ständige Hervorheben des Themas Eigentum in der Auseinandersetzung, die Übertreibung und Zuspitzung der gegensätzlichen Positionen, verhindert nur deren Auflösung.

Die Zeitung als Wirtschaftsbetrieb in privater Hand ist gewiss ein wichtiges Thema. Es wird nicht aus einer Diskussion auszuschliessen sein, die sich mit den Pflichten jedes Zweiges der Wirtschaft gegenüber der Gesamtheit befasst. In der Auseinandersetzung um eine Zuständigkeitsregelung zwischen Verlag und Redaktion aber kann und muss dieses Thema vermieden werden.

Die Zeitungsverleger als Eigentümer der Zeitungen verlangen – und gewiss nicht unberechtigt! – in vielerlei Hinsicht eine gesonderte Position. Sie nehmen direkte und indirekte öffentliche Hilfen in Anspruch (Vertrieb durch die Post, Gebühren für Telefon, Telegraf, Fernschreiber, Auslandsdienst usw.). Sie müssen und wollen in der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit eine gewisse Sonderstellung bewahren. Die Bedeutung der Zeitung rechtfertigt es. Das aber hat mit der Zuständigkeit innerhalb des Betriebs, mit der Herstellung einer Zeitung kaum etwas zu tun. Eine Anerkennung der grundgesetzlichen Verpflichtung, die der Redaktion Unabhängigkeit zusichert, würde die Position der Verleger nur noch bestätigen. Es geht nicht um Rechte eines Kaufmanns und Rechte für Journalisten – es geht allein um die Voraussetzungen, die den Anspruch des Bürgers auf Information erfüllen.

Wahrscheinlich ist nicht auszuschliessen, dass bei einer klaren Kompetenzabgrenzung für die kaufmännische Seite ein Nachteil, auch ein finanzieller, entsteht; es ist aber gewiss, dass die andere Seite dadurch keinen Vorteil gewinnt. Es geht allein um die Zuständigkeit für die endgültige Entscheidung, ob eine Nachricht für den Leser wichtig ist. Diese Feststellung aber ist Sache einer Redaktion und nicht die eines Gewerbetreibenden. Beide müssen in ihren Erwägungen unabhängig sein.

Weder wirtschaftliche noch wirtschaftspolitische, noch strukturelle, vermeintlich juristische oder philosophische und geistesgeschichtliche Überlegungen dürfen die Pflicht der Zeitung, wie sie im Grundgesetz steht, mindern oder gar gänzlich missachten. In der deutschen Geschichte hat die Zeitung niemals eine vergleichbar wichtige Position eingenommen wie heute. Daraus ergeben sich auch besondere Pflichten für Journalisten, Verleger und den Staat.

Es ist schwierig, eine gesetzliche Regelung zu schaffen. Legitime Interessen stehen sich gegenüber: Der Anspruch des Verlegers auf seine unabhängigen kaufmännischen Erwägungen und Entscheidungen und der Anspruch des Lesers der Zeitung auf objektive, vollständige, wirklich unbeeinflusste Information.

1965 sagte der damalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts in einem Gespräch mit dem Deutschen Presserat, die Unabhängigkeit der Presse von Interessenten und Interessen privater Art sei das einzige Motiv, das die Verleger berechtige, Staat und Gesellschaft zum Beistand aufzurufen. Theodor Heuss sagte in einer Unterhaltung mit Verlegern und Journalisten, im Hause einer Zeitung dürfe es «weder Herren noch Knechte» geben.

Wahrscheinlich wird es unumgänglich sein, zwischen den Interessen beider Seiten und ihrer Bewertung freier Pressearbeit so zu entscheiden, wie die politische Machtverteilung es gegenwärtig erlaubt. Von einer Koalition aus Sozialdemokraten und Liberalen könnte freilich erwartet werden, dass sie einer freien Pressearbeit den Weg ebnet und jedes Hindernis auch dann aus dem Weg räumt, wenn es einigen Beteiligten Schmerzen bereitet. Es darf keine Flucht vor den Mächtigen geben; es darf kein Schaden für die Glaubwürdigkeit der Demokratie entstehen. Bundestag und Bundesregierung – und diese ist nach der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 im Wort! – dürfen die Konsequenzen aus der Deklaration der Grundwerte nicht verleugnen und eine gesetzliche Regelung nicht mehr verschleppen, wie die früheren Regierungen es getan haben.

Immer wieder bemühen sich rückständige Kräfte, die Kluft aufzureissen, die zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit besteht. Wir haben in unserem Grundgesetz eine gute Verfassung. Aber sind wir imstande, sie endlich in lebendige Politik zu verwandeln? Es besteht die Gefahr, dass Organisation, Interpretation, Formalismus und Manipulation uns um diese Hoffnung betrügen.

Jahrhundertlang wurden wir Deutschen darüber belehrt, oft genug auch gewaltsam dazu gezwungen, der «Obrigkeit» (was immer jeweils darunter zu verstehen war) blind zu gehorchen. Dabei wurde stets auf das bekannt Bibelwort aus dem Paulus-Brief an die Römer hingewiesen:

«Seid untertan der Obrigkeit. . .» Doch der Vergleich mit englischen und französischen Bibelübersetzungen zeigt, dass dort Gehorsam gegenüber den ewigen Gesetzen Gottes, keineswegs gegenüber Menschen gefordert wird.

In der Zeit von Weimar wandte sich der bedeutende Pädagoge Georg Kerschensteiner beschwörend an seine Mitbürger: «Eine demokratische Staatsverfassung verlangt eine aristokratische Seelenverfassung!» Darüber sollten wir nachdenken. Wir haben es, noch immer, bitter nötig.

Bernt Engelmann

Die Deutschen

Ein Volk der Dichter und Denker

Bernt Engelmann, Jahrgang 1921, kam 1945 kahlgeschoren und nur noch 36 Kilo schwer aus dem Konzentrationslager Dachau. Der Vierundzwanzigjährige, der im Krieg aktiven Widerstand geleistet hatte, war damals, wie er sich erinnert, «überzeugt davon, dass es in Deutschland mit dem Nazismus, dem Militarismus und auch mit dem für beide verantwortlichen Kapitalismus nun endgültig vorbei» sein würde.

Aber: «Meine Hoffnungen wurden enttäuscht. Der Kalte Krieg lockte alles wieder hervor aus den Löchern, was wir für immer beseitigt geglaubt hatten. Die Jahre der Restauration eines Obrigkeitsstaates mit demokratischem Anstrich waren für mich Jahre der Resignation. Aber das ging vorüber. Etwa von 1960 an nahm ich den Kampf wieder auf – mit der Schreibmaschine, mit der ich zunächst Gesellschaftskritik in satirischer Form produzierte.

Das Folgende ist eine meiner frühen Arbeiten aus dem 14. und letzten Jahr der Kanzlerschaft Konrad Adenauers, 1963. Zwar zog ich mir damit den Zorn der regierenden Christen zu, und sie legten mir auf demokratische und soziale Weise so viele Steine in den Weg, wie sie finden konnten. Doch Wirkung erzielte ich erst, als ich zum Florett noch den schweren Säbel, zur Satire die harte Dokumentation nahm.»

Immerhin, Engelmanns Gesellschaftskritik von 1963 besitzt heute auch schon dokumentarischen Wert, zeigt sie doch, wie der Zorn auch die Jüngeren ergriff.

Die Deutschen ein Volk der Dichter und Denker genannt zu haben, schreiben Büchmanns (*Geflügelte Worte' einem Engländer zu, der als Lord Lytton of Knebworth 1873 gestorben und unter seinem ursprünglichen Namen, Edward Bulwer, in die Literaturgeschichte eingegangen ist. Von Bulwers umfangreicher Produktion, die sich in gleichermassen erfolgreiche spiritistische Schauer-, sentimentale Räuber- und weitschweifige Ritterromane gliedern lässt, ist im deutschen Sprachgebiet nur ein einziger Satz übriggeblieben: das eingangs angeführte Zitat. Dabei hätte Bulwer uns Deutsche mit mindestens ebenso grosser Berechtigung ein Volk der Wahrsager und Taschenspieler nennen können, denn deren Anteil an der Gesamtbevölkerung ist gewiss nicht geringer, eher höher als der der Dichter und Denker. Man könnte einwenden, dass der rein quantitative Anteil nicht entscheidend sei; dass es vielmehr auf Prestige und Einfluss der Gruppen ankomme. Doch dann hätte Bulwer uns vorausschauend besser als ein Volk der Playboys und Starlets bezeichnen und auf die Charakterisierung als Nation der Dichter und Denker verzichten sollen. Denn zweifellos geniessen diese Kategorien von Mitbürgern und -bürgerinnen heute ungleich mehr öffentliches Ansehen und Interesse als etwa die Lyriker oder die Philosophen.*

Man kann sogar noch viel weitergehen: Einen unbedarften Jüngling, eine unscheinbare Maid von minimaler Musikalität oder auch einen älteren, alerten Geschäftsmann als *Musik-Star* zu bezeichnen, hat nichts Ehrenrühriges, sondern wird die Betreffenden ungemein erfreuen und ihr öffentliches Ansehen ebenso steil emporschnellen lassen wie ihr privates Einkommen. Dagegen hat die Bezeichnung *Intellektueller* im deutschen Sprachgebrauch einen diffamierenden Beigeschmack und ist weder prestige- noch einkommenfördernd. Die *Deutsche Drogistenzeitung* gab schon 1934 der landläufigen Meinung in zeitgemässen Reimen Ausdruck:

Hinweg mit diesem Wort, dem bösen,
mit seinem jüdisch grellen Schein!
Wie kann ein Mann von deutschem Wesen
ein Intellektueller sein?!

Und ein Vierteljahrhundert später führte *BILD*, ein Blatt von noch weit grösserer Verbreitung und Popularität, wenn auch vielleicht von nicht ganz so hohem Niveau, eine treffende Bezeichnung für Intellektuelle ein. Sie verlieh mit der unserer Muttersprache eigenen Kraft dem gesunden Volksempfinden Ausdruck. In einer Betrachtung, die dem unheilvollen Einfluss der Berater John F. Kennedys gewidmet war, die eine Verständigung mit Moskau und eine allmähliche internationale Entspannung anstrebten, ging das auf eine Fortsetzung des Kalten Krieges bedachte Blatt mit diesen amerikanisch *egg heads* genannten Geistesakrobaten hart ins Gericht. Und weil diese Zeitung immer sagt, wie es ist, übersetzte sie den transatlantischen Ausdruck für ihre viele Millionen mit Fremdsprachen meist nicht vertrauten Leser: *Eierköpfe*.

Es ist dies ein brauchbares, ja, erlösendes Wort. «*Die Eierköpfe sind unser Unglück!*» – das hat Überzeugungskraft, ruft die Erinnerung an glanzvolle Zeiten wach und klingt angenehm für alle, die eine instinktive Abneigung gegen Fremdwörter haben. Davon gibt es im Volk der Dichter und Denker sehr viele, und ihre Antipathie richtet sich auch gegen überflüssige Bildung, Druckwerke mit mehr Text als Bildern, vernünftige Argumente sowie gegen alle, die solche Abneigungen nicht teilen. Von Seiten der Obrigkeit wird seit urdenklichen Zeiten alles Menschenmögliche getan, diese gesunden Vorurteile zu fördern, und es darf mit Stolz festgestellt werden, dass solchen Bemühungen ein schöner Erfolg beschieden ist, allen Widerständen und Zersetzungserscheinungen zum Trotz.

Nehmen wir beispielsweise den höchst gefährlichen Einfluss, den die Literatur auf schlichte Gemüter ausüben kann. Ihn einzudämmen liegt geradezu im Interesse der Selbster-

haltung aller jeweils Herrschenden, sagt doch schon ein altes deutsches Sprichwort: *Lesen macht aufsässig*, und die – 1961 in 18. Auflage im Düsseldorfer Patmos-Verlag erschienene – Katholische Sittenlehre für Höhere Lehranstalten, *Licht und Lebern*, umreisst das ganze Problem mit den folgenden, sehr treffenden Worten: «*Die modernen Bestrebungen, Wissenschaft und Kunst allen Volksgenossen zugänglich zu machen, verdienen an sich Beifall und Förderung. Aber . . . sie werden gefährlich und bringen mehr Schaden als Nutzen, wenn sie das Bildungsgut unterschiedslos an jeden herantragen.*»

Nun, hierzulande wurde das Bildungsgut gottlob noch nie unterschiedslos an jeden Volksgenossen herangetragen, und bis heute – Adenauer sei Dank – hat sich daran nichts geändert: Obwohl in der Bundesrepublik alljährlich weit mehr Bücher erscheinen als man für möglich hält und in mehr Exemplaren abgesetzt werden als das Land Einwohner zählt, ist es doch gelungen, die Bevölkerung gegen Bücher weitgehend zu immunisieren: Rund 20 Millionen Bundesbürger haben überhaupt kein Buch und kämen auch nie auf den Gedanken, eins zur Hand zu nehmen – Koch-, Schul-, Gebet- und Gesangbücher sowie einfache Kalender ausgenommen rund 16 Millionen Erwachsene erklärten, nicht gern, kaum oder überhaupt nicht zu lesen; rund 8 Millionen Erwachsene lesen täglich *Bild*.

Diese erfreulich breite Schicht von staatstragenden Beinahe-Analphabeten wird alljährlich durch Schulabgänger ergänzt, an die das Bildungsgut mit äusserster Zurückhaltung herangetragen wurde. *Man muss nicht alles wissen*, besagt das Geleitwort, mit dem viele bundesdeutsche Volksschulen ihre Absolventen ins Leben treten lassen, wobei sie die allzu Bildungshungrigen mit einer anderen Perle deutscher Spruchweisheit trösten: *Was ich nicht weiss, macht mich nicht heiss!*

Wozu müssen zarte, noch in der Reife stehende Gehirne mit Information belastet werden, die nur Neugier weckt, sie zu unnützem Lesen verführt und am Ende aufsässig macht?

Nein, weit günstigere Resultate erzielt man, wenn man die jungen Staatsbürger ein paar harmlose Lieder, Ergötzliches aus dem Soldatenleben sowie die schönsten Heiligenlegenden kennenlernen lässt, ihnen vor allem aber die Vorteile aufzeigt, die ein Leben in frommer Demut, redlicher Armut, nimmermüdem Fleiss und striktem Gehorsam gegenüber Herrschaft und Obrigkeit zu bieten hat, am besten im heimatlichen Städtchen oder auf dem Lande. Wenn die Jugendlichen daneben auch noch ein bisschen einfaches Rechnen, Singen, Werken sowie die Lebensdaten der Herrscher von Hindenburg bis Adenauer lernen, wird schon etwas Rechtes aus ihnen werden. Fremde Einflüsse sind ohnehin so stark, dass die Schule nicht damit konkurrieren kann. Das zeigte eine Umfrage unter Schulentlassenen, die von einer Auswahl mehr oder weniger grosser Persönlichkeiten alle wichtigen kannten. Im Einzelnen wussten von jeweils hundert Volksschulabgängern einigermassen richtig zu beschreiben:

| | |
|----------------|-----|
| K. Adenauer | 100 |
| B. Brecht | 7 |
| M. Chagall | 2 |
| A. Döblin | 0 |
| A. Einstein | 11 |
| P. Frankenfeld | 100 |
| G. Grass | 4 |
| H. Heine | 8 |
| H. Ibsen | 37* |
| M. Kilius | 99 |
| G. E. Lessing | 7 |
| T. Mann | 9 |
| F. Nietzsche | 1 |
| A. Onassis | 78 |
| E. Presley | 98 |
| F. Quinn | 97 |

* Ein Schauspiel von Ibsen war kurz zuvor im Fernsehen gezeigt worden.

| | |
|---------------------|-----|
| P. Rosegger | 41 |
| Kaiserin Soraya | 100 |
| K. Tucholsky | 9 |
| L.Uhland | 13 |
| W. v. d. Vogelweide | 8 |
| G. Weisenborn | 4 |
| C. Zuckmayer | 11 |

Diese (und viele andere) Ergebnisse verraten einen erfreulich hohen Bildungsstand auf den Gebieten, die von der populären Unterhaltung sowie vom Fernsehen betreut werden, auch einen ebenso sympathischen Mangel an Information in den Bereichen, in denen sich nur Eierköpfe wohl fühlen. Besonderen Stolz kann jeder Bundesbürger empfinden, wenn er dazu noch erfährt, mit wie geringem finanziellem Aufwand das Bildungswesen unseres Landes zu dieser schönen Blüte gebracht werden konnte. Während die USA 6,2 Prozent ihres Nationaleinkommens für Schulbildung und Jugendernziehung vergeuden und auch der europäische Durchschnitt bei mehr als 5 Prozent liegt, gelang es der Bundesrepublik, diese im Grunde ja unnützen Ausgaben auf 3,7 Prozent zu drosseln, was etwa dem Stand fortschrittlicher zentralafrikanischer Republiken entspricht und zusätzliche Mittel für eine massive Aufrüstung freisetzt.

Die Ersparnisse auf dem Volksbildungssektor konnten und können weiterhin zum grossen Teil dadurch erzielt werden, dass man die Schüler- und Lehrerschaft nicht unnötig verwöhnt, die Schulen so unattraktiv wie möglich macht und die Fütterung der Jugend mit kostspieliger Schulbildung so früh beendet, wie es irgend geht. Nur etwas mehr als 7 Prozent aller Jugendlichen der Bundesrepublik werden den bekannten Gefahren reichlicher Bildung in so starkem Masse ausgesetzt, dass sie zur Hochschulreife gelangen. Das ist halb soviel wie in Frankreich oder Schweden, weniger als ein Sechstel dessen, was die Sowjetunion vorzuweisen hat und genau ein Zehntel der in den USA auf diesem Gebiet betriebenen Verschwendung.

Dafür hat die Bundesrepublik ein frommes, schollenverhaftetes Landvolk behalten, dem hohe Achtung und noch weit höhere Subventionen gebühren. Sie hat auch eine noch nicht von des Gedankens Blässe angekränkelte Arbeiterschaft, der Volksgemeinschaft mehr bedeutet als Klassenkampf und deren strebendes Bemühen sich allein auf die Beschaffung aller Attribute kleinbürgerlichen Wohlstands richtet, ja, der ein Tribünenplatz beim Oberligaspiel mehr gilt als alle Grundrechte.

Bauern und Arbeiter machen in der Bundesrepublik rund 70 Prozent der Bevölkerung aus, aber sie stellen kaum 7 Prozent des akademischen Nachwuchses. In den kommunistisch verseuchten Gebieten Osteuropas (und natürlich auch bei den Brüdern und Schwestern, die in der sogenannten «Zone» dahinvegetieren) sind rund 50 Prozent der Studierenden arme, von der Ackerscholle gerissene Bauern- und viel zu hoch über ihren bescheidenen Stand erhobene Arbeiterkinder. Das wäre an sich nicht so schlimm, sondern liesse sich, wie so vieles im Osten, als warnendes Beispiel anführen, hätte nicht auch in den einwandfrei nichtsozialistischen USA und sogar im traditionsbewussten England längst eine ganz ähnliche Entwicklung begonnen. Auch in diesen freiheitlichen und gottesfürchtigen Ländern sind heute schon bis zu 30 Prozent der Studenten – mehr als viermal soviel wie hierzulande! – Söhne und Töchter schlichter Arbeiter und Bauern. Und es ist nicht etwa so, als müssten dort die Kinder der Bergwerksdirektoren, Staatsanwälte, Nachtbarbesitzer, Konsistorialräte und Spielkasinkonzessionäre zurückstehen, weil derbe Proletarier sie von den Brüsten der Alma mater verdrängen. Nein, es studieren dort einfach mehr, relativ und absolut mehr Jugendliche!

Es liesse sich noch viel über unser *Land der Dichter und Denker* berichten, doch erscheint es an der Zeit, darauf hinzuweisen, dass Bulwer die Deutschen gar nicht als Volk der Dichter und *Denker*, vielmehr als das der Dichter und *Kritiker* bezeichnet hat. Eine Ungenauigkeit seines Übersetzers versorgte uns und Büchmanns (*Geflügelte Worte*) mit

dem so beliebten, wenn auch falschen Zitat. Aber der Fehler ist im Grunde ganz unerheblich, denn beide Fassungen, die richtige wie die falsche, legen den Schluss nahe, dass Bulwer nur sehr spärliche Kenntnisse von den Deutschen gehabt hat; es scheint, als habe er sich nur auf zwei Quellen gestützt: auf die Schriften unserer Klassiker und die Reden unserer Emigranten. Wie sonst hätte er die Deutschen ein Volk der Dichter, Denker oder Kritiker nennen können?

Schon zu Bulwers Lebzeiten war es nämlich in deutschen Landen guter Brauch, alle, die die herrschenden Zustände nicht in ähnlich hohem Masse bewundern mochten, wie es die dafür Verantwortlichen taten, zunächst brotlos zu machen und im Wiederholungsfälle unter lauten Schmähungen ausser Landes zu treiben oder ihnen, wenn sie nicht sogleich gingen, für eine der Härte der Kritik angemessene Zeit alle Sorgen um Unterkunft und leichte Kost abzunehmen.

Dabei war und ist Kritik als solche in Deutschland gar nicht unbeliebt; nicht einmal die ärgsten Kritiker können das behaupten. Die Welt ist gross, und es gibt vieles daran auszusetzen.

Niemand in der Bundesrepublik, kein noch so strenger Staatsanwalt, kein mächtiger Industrie- oder Bankenverband, keine bischöfliche Kontrollinstanz, nicht einmal der immer wachsame Vertriebenenbund wird Anstoss daran nehmen, wenn sich bei uns heutzutage jemand beispielsweise über die Behandlung der Schwarzen in Alabama entrüstet oder über die viel zu hohe Säuglingssterblichkeit in Albanien; wenn er die Streikfreudigkeit britischer Busfahrer tadelt oder den Alkoholkonsum schwedischer Touristen. Selbst die Moral, etwa der Mädchen in Bangkok, darf man getrost in Zweifel ziehen, und wenn sich jemand über die groteske Rückständigkeit des rumänischen Datenverarbeitungswesens mokiert oder über die abnorm kleinen Hackfrüchte in den einst blühenden Gebieten jenseits von Oder und Neisse, kann er sogar mit freundlichem Beifall rechnen.

Harter Tadel an den Zuständen, pardon, den sogenann-

ten «Zuständen», in der Brüder-und-Schwestern-Zone ist geradezu nationale Pflicht, und der Kritik sind gen Osten nicht einmal die Grenzen von 1937 gesetzt.

Ganz anders wird hingegen das Herumnörgeln an den Leistungen des eigenen Staates bewertet wie überhaupt jeder erkennbare Mangel an Bewunderung dessen, was im heimischen Bereich vollbracht oder aus guten Gründen unterlassen worden ist. Doch ist dies ernsthaft als eine Beschränkung der Meinungsfreiheit anzusehen? Die Bundesrepublik Deutschland ist so winzig im Vergleich zur übrigen Welt, an der ja nach Herzenslust kritisiert werden darf, dass man die kleine Ausnahme von der goldenen Regel der Toleranz nur wirklich sehr leicht verschmerzen konnte.

Doch gerade Kritiker sind notorisch dickköpfig. Anstatt zu jubeln, dass sie als Bürger der Bundesrepublik weit mehr in der Welt kritisieren können als etwa Chinesen, Sowjetmenschen oder Kanadier, zudem die äusserst seltene Gelegenheit haben, an einem gleich nebenan liegenden, von Landsleuten, Brüdern und Schwestern, bewohnten Gebiet ungeniert härteste Kritik zu üben, versuchen sie es immer wieder, auch an der engeren bundesdeutschen Heimat herumzumäkeln.

«*Wer bei uns lebt, soll sein Land nicht schlechtmachen*», hat hierzu ein junger, hoffnungsvoller Nachwuchs-Staatsmann, Franz Josef Strauss, auf einer Aschermittwochsarbeitung im niederbayerischen Vilshofen unter frenetischem Beifall seiner Zuhörer geäussert. Ganz ähnlich hat es schon der verewigte Josef Goebbels, «unser Doktor», formuliert, und beide, Goebbels wie Strauss, haben, natürlich jeder für sich, den wichtigen Unterschied zwischen aufbauender und zersetzender Kritik erkannt. Während gegen sacht aufbauende Kritik, selbst an Einrichtungen des eigenen Staates, nichts einzuwenden ist – «*Mei, i mecht dem Herrn Minister so gern amoi sei' Hos'n bügeln!*» –, muss alles Destruktive als artfremd und daher schädlich gelten.

Früher, als unser Doktor noch lebte, war unser Staatswe-

sen sicher vor Schmutz, Kritik und Schund. Dafür sorgte ein für Veröffentlichungen jedweder Art zuständiges Reichsministerium für Volksaufklärung, wo viele hundert Experten mit Rotstift und Schere ihres Amtes walteten, die Sprache regelten, wohl auch, wenn sich Künstler und Schriftsteller als uneinsichtig erwiesen, mit gütiger Strenge Arbeitsverbote oder die Einweisung der Betreffenden in ein Erziehungslager verfügten; weil dort mehr Gelegenheit zur Besinnung und zur Konzentration auf das Wesentliche gegeben war, wurden diese Stätten der inneren Sammlung wohl auch Konzentrationslager genannt.

Heute fehlt bedauerlicherweise zur Eindämmung des Artfremden die wichtigste Voraussetzung. «*Eine Zensur findet nicht statt*», so lautet ein bescheidener Nachsatz des Artikel 5 Absatz 1 unseres Grundgesetzes. Infolgedessen gibt es zwischen Eifel und Harz, dem Sylter Badestrand und den Alpenweiden glücklicher Kühe keine allgemeine staatliche Überwachungsbehörde, auch nicht in der West-Berliner Wahlheimat christlich-sozialer Medienpolitiker.

Allerdings verlangt eine solche Feststellung gebieterisch weitere Präzisierung: Es gibt keine *allgemeine staatliche Zensur*, aber natürlich gewisse Kontrolleinrichtungen, teils als Behörden, teils als private Einrichtungen. Denn für ein geordnetes und auf peinliche Einhaltung dieser Ordnung bedachtes Staatswesen wie das unsrige sind solche Institutionen unerlässlich.

Nehmen wir einmal an, eine bundesdeutsche Dame möchte eine Abtreibung vornehmen lassen. Dagegen ist, sofern sie reich und diskret genug ist, wenig einzuwenden. Aber angenommen, sie ist nicht diskret, sondern will über ihre Erfahrungen einer breiteren Öffentlichkeit als ihrem Tennisklub, beispielsweise mit einer Broschüre, sachlich berichten. Nun, da gibt es, dem Himmel und seinen irdischen Vertretern sei Dank, die *Bundesprüfstelle für jugendgefährdendes Schrifttum* in Bad Godesberg. Diese Behörde von seltenem Fleiss untersteht dem Bundesinnenminister und wird von dem Oberregierungsrat Robert Schilling seit An-

beginn, das heisst: seit Bestehen der Bundesrepublik, vorbildlich geleitet. Eines der praktischen Ergebnisse der unermüdlichen Arbeit dieser Bundesprüfstelle – und das bei weitem wichtigste – ist eine sehr dezente Erwachsenenzensur, wobei die erfreulich ausgeprägte Geschlechtsmoral einer unverhältnismässig winzigen Elite die Anregungen und Massstäbe liefert. Das war vom Gesetzgeber gar nicht beabsichtigt. Der gedachte Zweck war ursprünglich ein ganz anderer, nämlich nicht der Schutz der Jugend vor geschmack- und kunstloser Pornographie (weil dieser ja auf Grund der Paragraphen 184, 184 a und 184 b den Staatsanwaltschaften obliegt), sondern mit der Bewahrung Unmündiger vor Kriegverherrlichung, Militarismus, Rassenhass und ähnlichen Überbleibseln einer vergangenen Zeit.

Ob nun die Staatsanwälte anderweitig zu stark in Anspruch genommen schienen – und dafür spricht einiges – oder ob eine kleine Gruppe eifriger Bürger den Juristen nicht das alleinige Privileg gönnte, von früh bis spät nach unanständigen Stellen in Druckschriften aller Art sowie in Filmwerken zu stöbern – auf jeden Fall entschloss man sich, die Zuständigkeit der Bundesprüfstelle auch auf das Gebiet literarischer und pseudoliterarischer Unzucht auszudehnen, vielleicht als kleine Entschädigung dafür, dass sich die Jugendschützer ja sonst nur mit so tristen Dingen wie Krieg und Judenvernichtung hätten befassen müssen.

Allerdings bedachte man bei der Ernennung des Bundesprüfstellenleiters, dass er schon ein Fachmann für Nazi-Gedankengut zu sein hätte, weil dieses von der Jugend fernzuhalten ja seine primäre Aufgabe war. Oberregierungsrat Schilling bot als ehemaliger Parteigenosse, SA-Führer und in der Hitler-Zeit erprobter Staatsanwalt die beste Gewähr dafür, Nazistisches sofort zu erkennen, und man hatte die Zuversicht, dass er sich intensiv und freudig auf diese Arbeit konzentrieren würde. Doch, wie es im Leben nun einmal ist, wenn man die Wahl hat zwischen zackigen Landserheften mit Titeln wie ‚*Fertigmachen zum Erschiessen*‘) oder gar den stumpfsinnigen ‚*Protokollen der*

Weisen von Zion' auf der einen und Leckerbissen wie (*Gipfelpunkte der Erotik*) oder (*Die lüsterne Mim*) auf der anderen Seite, man ist dann nur allzuleicht geneigt, sich erst mal ein wenig (und später ausschliesslich) der pikanteren Lektüre zu widmen und alles andere, selbst (*Unsere Waffen-SS im Einsatz*) vorerst (und dann für immer) links (in diesem Fall: rechts) liegenzulassen. Was ursprünglich nur als Trostbonbon gedacht war, wurde im Handumdrehen zum schmackhaften täglichen Brot, und wer die Listen der Bundesprüfstelle studiert, kann nicht umhin zu bemerken, dass das NS-Gedankengut ganz erheblich zu kurz gekommen ist: Es nimmt sich auf dem Godesberger Index aus wie ein schwächlicher semmelblonder Hitler-Junge unter tausend nackten Zulumädchen.

Nun wäre es aber voreilig, den SA-Veteranen Schilling dafür zu tadeln, geschweige denn seinen Dienstherrn, den Bundesinnenminister (Höcherl). Die Bundesprüfstelle und ihr Leiter sind nämlich gar nicht antragsberechtigt, ausserdem viel zu beschäftigt mit der Lektüre von Heft 1 bis 69 der (*Geheimnisse der erotischen Liebeskunst*) oder des – betrüblicherweise nur in einem Band vorliegenden Werkes (*Frau Wirtin. Ein Bilderbuch für vorurteilsfreie Menschen*).

Und Minister Höcherl, der antragsberechtigt wäre, kann nicht – sowenig wie seine Verfassungsschützer mit dem Grundgesetz – den ganzen Tag mit Büchern wie (*Dirne wider Willen*) oder (*Frau, komm!*) unter dem Arm herumlaufen. Auch bei den gleichfalls antragsberechtigten Länderministerien ist die Neigung gering, selbst nach anstössigen Büchern zu fahnden. Das Verdienst, immer neues Material aufzuspüren und mit niemals nachlassender Entrüstung einer antragsberechtigten Stelle zuzuleiten, kommt fast ausschliesslich einer kleinen Gruppe von Damen und Herren zu, die sich zu Köln am Rhein zum *Volkswartbund* zusammengeschlossen haben. Sei's nun, dass diese Volkswarte dem von ihnen mit soviel Gründlichkeit und Liebe zum Detail studierten Fachgebiet ein besonders starkes postpubertäres Interesse entgegenbringen, sei's, dass sie sich zwar nur auf

schickliche Weise, dann aber um so intensiver, mit dem Unschicklichen befassen möchten – auf jeden Fall ist ihr Eifer ohne Beispiel. Ministerialbeamte könnten, was das Aufspüren von anderen Connaisseuren übersehener «Stellen» und deren Interpretation in Rundbriefen angeht, allenfalls privat, niemals aber dienstlich, zu denen des Volkswartbunds vergleichbaren Leistungen gebracht werden. *«Der Volkswartbund beobachtet ständig den Markt»*, heisst es in einem seiner Jahresberichte, gefolgt von der betrübtten Feststellung, *«dass es schon beinahe schwerfällt, ein Buch zu finden, das auf die Liste gesetzt werden kann.»* Doch Schwierigkeiten sind dazu da, überwunden zu werden. *«Selbstverständlich bedarf es trotzdem einer ständigen Überwachung des Marktes»*, heisst das in der Fachsprache der Volkswarte, deren Berichterstatter zu dem Ergebnis kommt, dass *«die bisherige Praxis beibehalten werden kann und ausreichend sein dürfte. Lediglich wäre es für die Arbeit wertvoll, wenn der Volkswartbund selbst antragsberechtigt sein würde. Dadurch, dass alle Anträge über das Bundesministerium des Innern oder über die Länderministerien geleitet werden müssen, entstehen oft Verzögerungen . . . Dass dies kein Idealzustand ist, liegt auf der Hand.»*

Der Idealzustand wäre vermutlich erst erreicht, wenn die Volkswarte selbst Detektive, Ankläger und Richter zugleich spielen könnten. Doch gar so weit sind sie von diesem Ziel nicht mehr entfernt. Auf dem Gebiet der Aufspürung des Unschicklichen haben sie bereits eine Monopolstellung, und das Weitere funktioniert auch so ganz gut. *«Befreundete Länderministerien»*, an der Spitze die von Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und des Saarlands, geben die unsittlichen Funde der rheinischen Hausfreunde nebst deren Gutachten an die Bundesprüfstelle weiter. So ist das Ergebnis fast das gleiche, wie wenn der Volkswartbund selbst die Indizierungsanträge stellen könnte, von den kleinen postalischen Verzögerungen abgesehen.

Nun wäre ja gar nichts einzuwenden gegen diese privaten Liebhabereien einiger Damen und Herren, wenn es um

nichts weiter ginge als um das Herumreichen von Obszönitäten unter Erwachsenen zu mehr oder weniger frommen Zwecken. Dies ist aber keineswegs der Fall: *«Die Beschränkungen, die das Gesetz hinsichtlich der betroffenen Schriften vorsieht, sind nicht leichtzunehmen . . . Mit der Unmöglichkeit, für ein auf die Liste gesetztes Druckwerk durch Inserate, Plakate, Prospekte, Aushang oder Auslegen, also mit irgendeinem der geschäftsüblichen Mittel zu werben, ist der Vertrieb eines derartigen Druckwerks weitgehend behindert. Eine solche Schrift wird daher in den meisten Fällen vom Büchermarkt verschwinden.»* Womit ein ja nur als «jugendgefährdend» indiziertes Buch praktisch verboten und auch für Erwachsene nicht mehr zugänglich ist. Handelte es sich bei den vom Volkswartbund mit Hilfe von Bund und Ländern «getöteten» Büchern ausschliesslich um Schund, für den eigentlich der Staatsanwalt zuständig wäre, so könnte man die Erwachsenenzensur, die dabei abfällt, auf die leichte Schulter nehmen. Doch unter den indizierten oder zur Indizierung vorgeschlagenen Werken befinden sich auch viele, die zur Weltliteratur gehören – von Restif de la Bretonne bis Franz Blei, von Casanova bis Henry Miller, Nabokov und Günter Grass. Wenn auch die meisten dieser Angriffe auf die Freiheit der Kunst am Ende an den Gerichten scheitern, so offenbart sich doch darin die Tendenz: Erwachsenenzensur auf dem Umweg über den angeblich so notwendigen Schutz der Jugend vor Pornographie.

Dabei stützt sich die These, dass Kinder vor unsittlicher Literatur geschützt werden müssten, auf blosser Vermutungen. Bis heute gibt es keine ernsthafte Untersuchung der Frage, ob sie zutreffen. Die Meinungen der Wissenschaftler sind geteilt. Sicher ist nur eines: Wenn Bücher überhaupt das Sexualverhalten Jugendlicher beeinflussen und wenn dieser Einfluss negativ und daher zu verhindern wäre, dann müssten zuerst diejenigen Bücher aus dem Verkehr gezogen werden, die die Forschung bislang als die Hauptquellen pubertärer Information auf sexuellem Gebiet erkannt hat: die Konversationslexika und – die Bibel.

Da dies aber nicht einmal der Volkswartbund fordert, liegt der Schluss nahe, dass es den rheinischen «Stellen»-suchern gar nicht so sehr um den literarischen Jugendschutz geht, vielmehr darum, die Lektüre der Erwachsenen nach eigenen und mitunter sehr eigenartigen Massstäben zu zensieren (und zugleich um einen Vorwand, sich selbst ausgiebig mit Pornographie beschäftigen zu können).

Solchen privaten Wünschen einer kleinen Gruppe von frommen Sittenwächtern in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts allgemeinverbindlichen Charakter gegeben zu haben blieb der Bundesrepublik Deutschland vorbehalten. Sie steht damit, wenn man vom Vatikanstaat und der klerikalfaschistischen Diktatur in Spanien absieht, allein in Europa.

Die Beispiele für das vielfältige Bemühen einer um die Moral ihrer Bürger besorgten Regierung, einerseits dem Grundgesetz nach Möglichkeit zu genügen und keine Zensur stattfinden zu lassen, andererseits das ihr anvertraute 60-Millionen-Volk nicht völlig ungeschützt artfremden Einflüssen auszusetzen, liessen sich beliebig fortsetzen. Doch beschränken wir uns auf nur noch ein – allerdings sehr wichtiges – Gebiet: das der bewegten Bilder.

Es gibt schliesslich Millionen schlichter Volksgenossen, die sich gern ein paar schöne Stunden machen und ins Kino gehen. Genügt es da, dass eine freiwillige Selbstkontrolle der Industrie jeden Film prüft und nach bestimmten Riten beschneiden lässt, weil ja auch unter den Erwachsenen viele nicht gefestigt genug sind, etwa den Anblick entblösster Busen länger als $\frac{8}{25}$ Sekunden zu ertragen – es sei denn, es handle sich um den von Afrikanerinnen?

Selbstverständlich reicht solche oberflächliche Kontrolle nicht aus. Neben der Sittlichkeit gilt es, ja noch andere hohe Werte zu schützen, zum Beispiel die Wehrfreudigkeit oder das Vertrauen zur Obrigkeit oder auch die Überzeugung, dass aus dem Osten möglicherweise das Licht, keinesfalls

aber bessere Filme kommen können als aus dem Abendland, zu dem auch Hollywood gehört.

So kauft denn die Bundesregierung lieber selbst die Wochenschau, damit sie nicht in die Hände von Pazifisten fällt, die dem Kinopublikum, an Stelle der markigen Rede des Ministers Seeböhm bei der grossen Treuekundgebung entrechteter Industrieller des Egerlandes, die mit Vertriebenen-Limousinen überfüllten Parkplätze und die dort wartenden Fahrer in Livree zeigen könnte; oder, an Stelle eines Grossen Zapfenstreichs zu Ehren eines gestürzten Ministers, lieber einige der jüngsten Abstürze jenes Flugzeugtyps, das besagter Minister anzuschaffen für, sagen wir: verdienstvoll hielt.

Schlecht wäre es auch, wenn gruselige Dokumentarstreifen über Nazi-Konzentrationslager und andere besser mit Schweigen übergangene Ordnungsmassnahmen, die das Vertrauen der Kinder zum Staat untergraben könnten, schon für Sechzehn- bis Achtzehnjährige freigegeben würden. Da ist es viel besser, man verschont die unreifen Jugendlichen mit den Schattenseiten einer ansonsten glanzvollen Vergangenheit und zeigt ihnen dafür die grossartigen Aufstiegschancen, die, wie einst die Wehrmacht, heute die Bundeswehr, jedem strebsamen Jüngling bietet.

Als besonders schutzwürdig empfindet die Bundesregierung den Glauben des einfachen Volkes, dass das eigene abendländische Filmschaffen dem der bolschewisierten Slawen turmhoch überlegen sei. Die Erhaltung dieses Glaubens ist relativ einfach und hat mit grundgesetzwidriger Zensur absolut nichts zu tun. Man erteilt eben nur eine sehr bescheidene Anzahl von Importlizenzen und nur für solche östlichen Machwerke, von denen die sachverständige Ministerialbürokratie überzeugt ist, dass sie keinen nennenswerten Schaden anrichten oder gar Verständnis für die Nachbarvölker ausserhalb der NATO wecken können. Wir leben schliesslich in einer pluralistischen Gesellschaft – eine Feststellung, die jedem höheren Beamten glatt über die Zunge geht. Das bedingt *Ausgewogenheit*, und das wiederum heisst,

vielfältigen Gefühlen und Interessen Rechnung tragen, zum Beispiel dem Sittlichkeitsempfinden älterer Stiftsdamen ebenso wie dem Wunsch hauptberuflicher Vertriebenen-Funktionäre, dass es in Danzig keine Neubauten, keine Wasserspülung und auf dem Wochenmarkt nur verschimmelte Gemüseabfälle in rationierten Mengen geben dürfe. Darauf wie auch auf die besonderen Interessen der Entnazifizierungsgeschädigten und drei Dutzend anderer staatstragender Gruppen ist gebührende Rücksicht zu nehmen.

Eine Zensur findet indessen nicht statt.

Jean Améry

In den Wind gesprochen

Zorn erhält jung, sagt man. Ist er aber begleitet vom Gefühl völliger Ohnmacht, führt er hin zu einer Trauer, die keine «Trauerarbeit» im Sinne der Psychoanalyse ist, sondern Resignation. Und diese macht alt, zweifellos. Man spricht in den Wind. Die Stimme wird brüchig, muss erlöschen, noch ehe der Sprechende abtritt. Dennoch, der ohnmächtige Zorn ist da. Von ihm ist hier zu handeln, von den Ursachen, auch den immerhin und trotz allem möglichen Wirkungen. – Da fordere ich zunächst die Erlaubnis an, in der ersten Person sprechen zu dürfen, da es nämlich einen Grad der persönlichen Betroffenheit gibt, der jeden Versuch einer Distanznahme zur Fälschung des psychologischen nicht nur, sondern auch des moralischen und politischen Sachverhalts machen muss. Wie war es doch und wie ist es?

1945, «auferstanden von den Toten», wie es im katholischen Glaubensbekenntnis heisst, den Kopf noch schwer von den Prügeln und dem eigenen vergeblichen Grübeln, bildete ich mir ein, die Welt gehöre uns: den Geschlagenen, die zu Siegern geworden waren, den Utopisten, deren zügelloseste Träume urplötzlich Überboten schienen von der Wirklichkeit, den Visionären einer Zukunft, die nun Gegenwart war – und die heute uns selber als tiefste Vergangenheit erscheint. Das radikal Böse, so meinten wir, sei vernichtet. Man müsse nur ans Aufräumen des Unrats gehen, den es uns hinterlassen hatte, und die Welt werde sein, wie wir sie uns gewünscht hatten: frei, gerecht, brüderlich. Wie naiv, ja kindisch müssen unsere Vorstellungen doch den Zeitgenos-

sen erscheinen, namentlich den jungen! Wie naiv waren wir tatsächlich? Gerade so wie ein jeder es ist, der da glaubt, es könne je Hoffnung sich totaliter verwirklichen.

Was mich angeht, so war ich 1945 nach meiner Befreiung aus zweijähriger KZ-Haft ganz unfähig, wohl auch gar nicht willens, die realen Kräfteverhältnisse zu erkennen, zu erschauen, wer nunmehr gegen wen stand und morgen stehen würde. Während sich schon ganz neue Fronten formierten und viele nach einem (zu Recht oder Unrecht, ich weiss es nicht) Winston Churchill zugesprochenen Wort meinten, man habe in Hitler «das falsche Schwein geschlachtet», lebten wir noch im Vorstellungsschema der Resistance: wer gegen Hitler gefochten hatte, war unser Freund, wer an des Scheusals Seite gestanden war, unser Feind; so einfach erschien uns alles. Amerikaner, Engländer, Franzosen, Russen, Liberale, militante Katholiken und Protestanten, Sozialisten, Kommunisten, sie waren uns alle gleich lieb als Weggenossen. Die USA, das war für uns immer noch Roosevelt und sein New Deal; die Sowjetunion war uns das Opferland, als solches heilig und unantastbar. Erzählte man uns von den erbitterten Kämpfen, die noch während des Krieges innerhalb des rechten und des linken Flügels der Widerstandsbebewegungen ausgefochten worden waren, verstopften wir uns die Ohren. Vor unseren Augen spielte in Frankreich sich das «letzte Gefecht» zwischen de Gaulle und den Kommunisten ab, in dem beide Verlierer waren, aber wir wollten es nicht sehen. Es gab nur hie Nazismus (noch verbarg man ja nicht taschenspielerisch den Begriff des Nazismus hinter dem des «Faschismus» auf der Linken, des «Totalitarismus» auf der Rechten!), hie Antinazismus. Wir lebten in der Illusion einer alle demokratischen Kräfte umgreifenden «Volksfront», die von einem spiessigen, aber wackeren Babbitt hinreichte zu einem den ideologischen Lehrgängen der KP eifrig folgenden Iwan Iwanowitsch. Wir waren, hoffe ich, nicht dumm. Aber wir waren miserabel informiert – und überdies tat der Schädel weh. Auch waren wir nicht frei von einer sich heute gewiss komisch ausnehmenden Sieges-

Euphorie. Wir hatten vielleicht nichts getan, als ebenso blödsinnig konzipierte wie wirkungslose Flugblätter zu verteilen. Dies aber, so glaubten wir, gab uns das Recht mitzumarschieren in Reih und Glied mit den Verteidigern von Stalingrad und den Soldaten der anglo-amerikanischen Landung in der Normandie. Über solchen Unsinn dürfen *wir* heute lachen: aber ich untersage auch nur das leiseste Schmunzeln denen, die nicht mit uns im Abgrund waren, sei es, weil sie zu jung, sei es, weil sie zu vorsichtig waren.

An dieser Stelle erbitte ich die Erlaubnis, eine Parenthese zu öffnen. Was ich hier vorzubringen habe, gründet in dem Faktum, dass ich samt meinesgleichen die Tage der Befreiung nicht im Trümmer-Deutschland erlebte, sondern in Westeuropa, woselbst der Kampf gegen den Nazismus zugleich auch allerwegen ein *nationaler* war. Auch hatten wir alle ein Dach überm Kopf, wie dürftig die Heimstatt je und je auch war, und hatten zu essen, und das Essen kommt bekanntlich nicht nur vor der Moral, sondern auch vor jeglicher Politik. Damit ist aber auch schon ausgesagt, dass ich mich, beschwöre ich die Erinnerung von 1945 herauf, radikal unterscheide von den meisten Mitarbeitern dieses Bandes. Diese sahen verständlicher- und legitimerweise nur Deutschland. Ich sah es nicht. Ich hatte keine blasse Ahnung von der Mühsal jenes Wiederaufbaus, der die Grundlage legte dessen, was die Bundesrepublik Deutschland heute ist. Vielleicht bringe ich gerade aus diesem Grunde ein gewisses Verständnis auf dafür, dass es den Westdeutschen in der «Bi-Zone», danach in der sich erschaffenden Bundesrepublik weniger um Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ging, als um das Haus, das bisschen Speck zum Abendbrot, die Zigarette, und dass aus solcher «objektiv historischen» Lage eine Mentalität entstand, für die der Begriff Wirtschaft ein zentraler wurde. Ich sehe dann und wann im Flugzeug oder im TEE die Söhne und Enkel jener, die damals die Trümmer aufräumten. Sie reden vom Geschäft, in das sie «einsteigen» wollen, kramen in ihren Attaché-roses, sind feist und gepflegt, während unsereins mager ist und verlot-

tert. Sie sind mir hochgradig widerwärtig. Aber, um Himmels willen, ich spreche nicht das Urteil über sie. Ihre Lehrerin war die hohlwangige Not; die hat ihnen beigebracht, zu raffan und breit zu grinsen über die weltfremden Ideologen. Sie fahren grosse Wagen, lassen den Herrgott, an den sie sicher glauben, ohne sich dabei seelisch zu strapazieren, einen guten Mann sein. Sie sind Neureiche – und nichts schreckt sie mehr als die Armut, von der ihnen ihre Väter gesprochen haben mochten. Sind sie «restaurativ» gestimmt? Vielleicht. Aber doch wohl nur am Rande. Sie ehren das alte Fett, spüren aber genau, dass es etwas ranzig schmeckt. Das neue duftet und regt den Appetit an, kein Wunder, dass es ihnen lieber ist. Und überdies sagen sie sich, sofern sie Goethe gelesen haben, dass sie nur das Erbe ihrer Väter bewahren, um es zu besitzen. Sie dünken sich durchaus fortschrittlich, denn Fortschritt, das ist für sie die quantifizierbare *Expansion*, die Produktion, die nun wieder von ihren eigenen Söhnen, teilweise vehement, in Frage gestellt wird.

Die Parenthese ist geschlossen. Ich finde mich wieder unter meinesgleichen in der Epoche unserer grossen Illusionen, der unmittelbaren Nachkriegszeit. Diese ist vielfach interpretierbar, und die argumentativ stärksten Interpretationen sind einerseits die marxistische, andererseits die bar machtpolitische. Der Widerstand war, so scheint mir, getragen vom *elan vital* eines *linken* Politikverständnisses, und zwar auch dort, wo er national getönt war, wobei ich hier nicht nur den französischen Gaullismus meine, sondern, was vielleicht heftigen Widerspruch erregen wird, auch die konservative deutsche Resistenz gegen Hitler, die ihren Höhepunkt am 20. Juli 1944 fand. Die Offiziere, die sich damals wohl zu halbherzig und zu spät – aufrafften, das Dritte Reich zu stürzen, waren natürlich Männer der Rechten, es ist sonnenklar. Sie wollten ja Deutschland nicht nur vom Nationalsozialismus (dem sie wacker gedient hatten!) befreien, wollten es zugleich oder vor allem aber behüten vor dem Bolschewismus. Weltpolitisch hätte ihr Erfolg gewiss keine

guten Früchte reifen lassen. Sie waren ja, wendet man die gängigen Kategorien an, die mir freilich im Nachdenken mehr und mehr als revisionsbedürftig erscheinen, nicht nur konservativ, sondern erzreaktionär. Dennoch gehe ich, heute, mehr als drei Jahrzehnte danach und nunmehr in voller Kenntnis der konkreten Situation, ledig auch aller Illusionen, nicht davon ab, dass ihre tiefsten Beweggründe, die sie gewiss nicht hätten aussprechen wollen, deren sie sich auch kaum bewusst waren, sich ins Weltbild der Linken fügen lassen, dies freilich nur unter der Voraussetzung, dass wir zur Begriffsrevision bereit sind und unter links nicht länger eine Einstellung zum Problem der ökonomischen Herrschaft verstehen, sondern wesentlich einen radikalen Humanismus.

Dass dabei der durchaus marxistisch zu verstehende Klassenkampf weiterging und dass die tapferen Männer des 20. Juli im Falle ihres Triumphs ihn *gegen* die Linke geführt hätten, ist eine andere Sache; die enthält übrigens tiefere und erschreckendere Kontradiktionen, als marxistische Analyse zu begreifen imstande wäre, da die Widersprüche in Seelenräumen von Menschen ausgefochten wurden und es, *helas*, noch immer nichts gibt, was man eine marxistische Psychologie nennen dürfte. Aber der deutsche Widerstand der 20. Juli-Männer, denen ich hier humanistische Motive zubillige und damit für mich in letzter Analyse linke, den ganzen Linksbegriff im Keime schon revidierende, waren nur eine Randerscheinung. Im Zentrum stand eine Resistance, die nun im engeren und engsten Sinne links war, will sagen: am entschiedensten und auf unvergesslich aufopfernde Weise von Kommunisten inspiriert. Gerade mit ihnen meinten wir alle, «*le peuple de la nuit*», von dem einmal in einer grossartigen Rede de Gaulle gesprochen hatte, man werde nun reinen Tisch machen mit den Bedrängern. Die alten Herrschaftsstrukturen, so bildeten wir uns ein, würden zusammenbrechen ganz von selber; wir würden es kaum nötig haben, noch zu stossen, was ohnehin schon fiel.

Aus unseren zügellosen Befreiungsträumen weckte uns

erst 1948 der Kalte Krieg. Blickt man heute zurück in Zorn und Trauer, erkennt man, wie damals traditionelle Machtpolitik und Klassenpolitik einander überschritten bis zur Kongruenz, auseinanderfielen, nur um sich wieder zusammenzufügen, und wie darum beide Interpretationen, von denen ich oben sprach, die marxistische und die realpolitische, gültig sind. Zwei Grossmächte, die einzigen, die als solche überlebt hatten, standen einander gegenüber, die UdSSR und die USA. In ihrem Schatten duckten sich die Klassen, bereit, nicht zum «letzten Gefecht», wohl aber zu einem lange währenden Kleinkrieg. Dabei konnte es nicht abgehen ohne schwere Irrtümer im linken Lager, denen ich ebenso unterlag wie allzu viele meiner Freunde. Im Februar 1948 wurde die Tschechoslowakei aus der zugleich dezentralen *und* sozialen Republik, als die sie sich schon in der Zwischenkriegszeit ausgewiesen hatte, zu jener Volksdemokratie, in der schon angelegt war, was dann im August 1968 katastrophal geschah. Die Rechte heulte. Wir Linken schwiegen. Die Sowjetunion und die ihr gehorsamen kommunistischen Parteien in West und Ost erschienen uns als die Garanten der Zukunft. Die USA waren in unseren Augen, nachdem der erste alles umfassende Befreiungsrausch verfliegen war, nur die Schirmherren der Restauration. Sie stützten ja tatsächlich allüberall reaktionäre Regime. Sie wollten Deutschland wiederaufrüsten. Bald sollte es dahin kommen, dass sie die Nazi-Kriegsverbrecher mit Glacéhandschuhen anfassten. Diese waren ja, soweit sie überlebt hatten, tatsächlich die eigentlichen Kalkriegsgewinner. «Der Kaiser ging, die Generäle blieben» hatte einst Plivier geschrieben. Hitler war tot, seine Gefolgsleute lebten, traten einen recht kurzen Marsch durch die deutschen Institutionen an, woselbst sie sich alsbald einnisteten. Und brachten sie es nicht gerade zu hohen Amtswürden wie jener unsägliche Globke, so bereicherten sie das schon eintretende deutsche «Wirtschaftswunder» durch jene Effizienz, mit der sie einst dem Führer geholfen hatten, seine Mordvorhaben durchzuführen. – Wir Auferstandenen sahen blöde un-

gläubig in die Welt. Vielen von uns drohten neue (wenn auch mit den voraufgegangenen keineswegs vergleichbare!) Verfolgungen. Opfer des Nazi-Regimes zu sein wurde zu einer schimpflichen Sache in Tagen, wo in den USA McCarthy den Ton angab und man dort das Wort vom *premature anti-fascism* erfand. John Foster Dulles war der Aussenminister aller europäischen Länder. Die Kommunisten waren aus den Regierungen der westeuropäischen Staaten hinausmanövriert worden. Der Widerstand wurde zur Folklore. So lernte man hassen. Nur allzugut – und schamvoll – erinnere ich mich an die Tage, da ich alles Amerikanische verabscheute wie die Pest und andererseits sogar die Prozesse gegen Slansky und Rajk mit Skepsis zwar, aber ohne dezidierten Protest hinnahm. Vielleicht waren diese wirklich Verräter, dachte ich, und den noch viel erbärmlicheren Satz: Wo gehobelt wird, fallen Späne.

Krawtschenko erzählte als einer der ersten, wie es bestellt war um jenes Land, von dem unsere kommunistischen Freunde sangen: . . . «denn es gibt kein anderes Land auf Erden / Wo so frei das Herz des Menschen schlägt.» Er berichtete, und wir hielten ihn für einen bezahlten Lügner. Arthur Koestler analysierte, und wir sagten uns, das sei ein Söldling des Monopolkapitals. Ignazio Silone trat auf den Plan und sprach von seinen Enttäuschungen: wir hielten ihn für einen Querulanten, und sage ich «wir», meine ich nicht die Parteikommunisten, in deren Reihen ich niemals geschritten war, sondern die Linken im Allgemeinen und die nicht immer intelligenten «Linksintellektuellen», denen ich mich stolz zuzählte. In Tat und Wahrheit waren wir blind auf dem linken Auge, aber das begriff ich erst viel später, in voller Deutlichkeit erst bei der zweiten Vergewaltigung der CSSR.

Mildernde Umstände dürfen wir aber denn doch ins Treffen führen. Die Restauration der alten Herrschaftsformen in ganz Westeuropa und namentlich in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Nazis von ihr profitierten, hat uns entmutigen, hat uns den Sinn für Proportionen verlieren

lassen müssen. Die Weltpolitik der Vereinigten Staaten – eine «normale» Machtpolitik, zu der erst viel später Kissinger sich auch theoretisch ohne viel Federlesens bekannte – wirkte sich in den Ländern ihrer Einflussosphäre verhängnisvoll aus; dass auf der anderen Seite auch eine Heimsuchung über die Menschen kam, verstanden wir schlecht, wir waren so weit weg. Wir sahen nur die traurigen Gestalten der IV. Republik in Frankreich, die zum Befehlsempfang nach Washington reisten, nur Adenauer und seinen Erhard, nur einen frisch und kregel an der Rampe sich tummelnden Herrn Zehrer, nur die Nazi-Generale, die amerikanische Truppen abschritten, nur das von Jean Monnet vorkonzipierte Europa der Trusts, nur die Manifestationen eines rabiaten und gedankenlosen Antikommunismus. Was wir nicht sahen, das waren aber nicht nur die Zustände in den Volkdemokratien, die wir allenfalls als «Kinderkrankheiten» des wachsenden Sozialismus betrachteten, sondern auch die schlichte Tatsache, dass die Menschen in Westeuropa und vornehmlich die Deutschen zufrieden waren mit der durch den Marshall-Plan angebahnten Entwicklung. Dies war, so meine ich, unser folgenreichster Irrtum, und gerade für ihn finde ich keine mich selber rechtfertigenden Milderungsgründe.

Entgegen aller Evidenz redeten wir uns ein, dass das Volk unglücklich sei über die restaurative Entwicklung, die nicht nur die alten Nazis und die Reaktionäre aller Spielarten wieder integrierte und teilweise sogar rehabilitierte, sondern im Begriff stand, greifbaren, verzehrbaren Wohlstand zu schaffen. Wir hatten ja das Zauberwort «Entfremdung» zur Hand. Die Leute assen sich satt, hatten ihre Häuser wiederaufgebaut, wohnten ordentlich, kleideten sich gut. Was tat's? Sie waren «entfremdet» – so sehr offenbar, dass sie nicht verspürten, wie unglücklich sie waren, indem sie sich glücklich fühlten, glücklich oder zumindest so halbwegs befriedet. Die Verdammten dieser Erde zogen in freundliche Einfamilienhäuser ein und kauften Kleinwagen. Wir zuckten höhnisch die Achseln. Dafür begeisterten wir uns an

Jugend-Festen in den Oststaaten, an Fotos aus China, wo die Erntearbeit, glaubte man den lachenden hübschen Gesichtern, ein pures Pläsir war, an Berichten über den Produktionszuwachs in der Sowjetunion.

Waren wir dumm? Nicht doch! Wir lasen ja die Schriften der Adorno, Sartre, Bloch, wir sezierten doch die Begriffe mit grösster Präzision, wir «entmystifizierten» die kapitalistische Gesellschaft, durchdrangen scharfäugig die Mechanismen der «Manipulation», redeten, während wir selber teilnahmen, mehr oder weniger glücklich, je nach Geschick und Ellbogenkraft, am Gesellschaftsspiel des Konsums von der «Konsumpeitsche» – als ob es nicht nur an uns gelegen wäre, keine Autos zu kaufen, sondern das Fahrrad zu benutzen, keine Moden mitzumachen, vielmehr uns zu kleiden wie chinesische Landarbeiter. Letzteres taten manche von uns in der Tat: aber das war nichts als wohlfeile Geste, denn jeder hatte ja im Schrank zumindest seinen Blazer. Was uns geschlagen hatte, das war nicht Dummheit, sondern ein ganz unverzeihlicher Geisteshochmut und eine noch viel unverzeihlichere Blindheit gegenüber den Sehnsüchten, Hoffnungen und Ängsten der Mitmenschen. Während der Begriff «konkret» in unserem Vokabular ein Schlüsselwort war, wurden wir mit jedem Tag abstrakter. Neben uns, unbeeinflusst von unseren Debatten und essayistischen Ausschweifungen, nahm die Geschichte ihren Lauf und mit ihr selbstverständlich nicht nur der machtpolitische Konflikt der Supermächte, sondern auch der Klassenkampf. Aber es wurde dieser ausgefochten durch Unternehmer und Gewerkschaften, langsam, zähe, ohne dramatische Kulminationspunkte, ohne revolutionäre Impulse auf der einen, gewalttätige Oppression auf der anderen Seite. Gerade das war es, was uns nicht passte. Darum projizierten wir unsere unbefriedigte und von den uns umgebenden Menschen überhaupt nicht geteilte revolutionäre Utopie hinaus in die Dritte Welt. Ich erinnere mich, wie ich mit inständiger Zustimmung Sartres Vorwort zu Fanons Buch *Die Verdammten dieser Erde* las. Darin hiess es, wenn ein Kolonisierter einen Kolonisator

erschlägt, stürben gleich zwei: «der Unterdrücker und der Unterdrückte». Ich glaubte dem Meister aufs Wort. Aus revolutionärer Gewalt, aus Blut und Tod erstand der neue, der sozialistische Mensch. Jahrzehnte danach war ich zufällig in Rom am Tag, als man in einem abgestellten Wagen den Leichnam Aldo Moros fand, war Zeuge, wie ein ganzes Volk in tiefster Trauer und Empörung den Mord verurteilte. Inzwischen hatte ich noch manch anderes erfahren. Zum Beispiel das unabweisbare Faktum, dass nach den nationalen und vorgeblich sozialistischen – oder sagt man nicht gleich besser: den nationalsozialistischen – Revolutionen in den Entwicklungsländern nichts weniger sich geboren hatte als der neue Mensch, die neue brüderliche Gesellschaft. Diktaturen entstanden, theokratische Fanatismen brachen auf, namenloses Elend suchte die befreiten Völker heim, das – und hier denke ich an Kambodscha, aber auch an Uganda – weit schlimmer war als die kolonialistische Unterdrückung.

Die Linke war präsent zum Protest, glücklicherweise, wenn es galt, eingestandene Rechtsdiktaturen zu bekämpfen: Chile, natürlich Argentinien, Iran und so viele andere. Sie schwieg sich aus, wenn gründliche und verlässliche Berichte nicht nur von den Greueln in Kambodscha sprachen, sondern von dem Unterdrückungsregime in Vietnam, für das man sich die Kehle heiser geschrien hatte. Wie gut waren doch die Tage, da man noch skandieren konnte «Hohoho-chi-minh!» Onkel Ho ist tot. Aus dem Land, das seine Erbschaft hat antreten wollen, flüchten unausgesetzt die Menschen auf überlasteten Dschunken, wissend, dass ihre Überlebenschance gering ist und dass sie kein Obdach finden werden. Die Linke schweigt. Wahrscheinlich handelt es sich auch dort um die berüchtigten «Kinderkrankheiten des Sozialismus». Sie ist zur Stelle, handelt es sich darum, dass Häftlinge, die des Terrorismus verdächtig sind, schlecht behandelt werden, und ich will ihr zu solcher Protestbereitschaft nachdrücklich gratulieren und ihrem Widerspruch gegen das Verhalten sich allzu wichtig nehmender Ordnungshüter mich anschließen, heute so gut wie gestern und

vorgestern, als ich stets bereit war, einzustimmen in den Spruch: «Wo es Stärkere gibt, immer an der Seite der Schwächeren.» Aber die Einäugigkeit will ich nicht länger hingehen lassen, gerade weil auch bei mir selber der Star des linken Auges sehr spät gestochen wurde. Ich glaube, es ist notwendig, dies auszusprechen, und auch der Angst, Beifall zu erhalten von der falschen Seite, dürfen wir nicht erliegen. Zorn und Trauer richten sich gegen die Reaktion, es ist klar. Aber auch jene, die den Dunkelmännern von Schwarz bis Braun die Argumente zureichen zur gefälligen Bedienung, können wir nicht länger übersehen. Es ist hohe Zeit, einen neuen Begriff der Linken zu erarbeiten und zu gegebener Zeit will ich meinen kleinen Beitrag hierzu leisten.

Denn tatsächlich geht es mir um die Linke und ihren Bestand, gilt mein Widerwille nach wie vor der Rechten, die unverschämt profitiert hat von unserer abstrakten Versponnenheit und Einäugigkeit. Oder glaubt man, es hätte so leicht einen «Fall Filbinger» gegeben, wäre das von uns vernachlässigte *Volk*, das reale, meine ich, nicht irgendeinem begrifflichen Popanz, an unserer Seite gestanden. Meint irgendwer, die Nazis in Deutschland, die Kollaborateure in Frankreich, Belgien, Holland, hätten wieder Oberwasser bekommen können, wären wir nicht unsererseits kompromittiert gewesen durch einen «Sozialismus», dem wir eine verständliche, aber recht eigentlich unintelligente Treue hielten, einerseits, durch ein realitätsfremdes Theoretisieren andererseits? Die Gegner triumphierten auf allen Linien: aber nicht nur, weil sie im Windschatten der USA ihre Machenschaften betrieben, nicht nur, weil weiche Sozialdemokraten bereit waren zur Zusammenarbeit mit dem CIA, auch nicht allein, weil das internationale Monopolkapital sich schon unmittelbar nach Kriegsende sammelte und mit konzentrierter Macht die Offensive ergriff. Wenn wir heute da sind, wo wir sind, bedrängt, wenn auch noch nicht direkt bedroht, dann haben wir zu einem grossen Teil die Schuld uns selber zuzuschreiben: Es fehlte uns nicht an «Anstrengung des Begriffs», wohl aber an jener Luzidität,

die man nicht herabwürdigt, wenn man ihr den sehr zu Unrecht arrogant als «banal» verschrienen gesunden Menschenverstand gibt.

Eben dieses schlichten, darum keineswegs aber unbrauchbaren geistigen Werkzeugs will ich mich bedienen, wenn ich nun im Folgenden ein paar Worte über die geistige und politische Situation in der Bundesrepublik niederschreibe, die unsere Leser natürlich in erster Linie interessiert: dabei bin ich mir bewusst, dass ich, im Ausland lebend und die Bundesrepublik Deutschland nur zeitweise zu kurzen Aufenthalten besuche, ein Aussenseiter bin, der in Einzelheiten sicher weniger gut informiert ist als irgendein beliebiger deutscher Zeitungsleser. Glaubte ich aber nicht, dass mich diese eigentümliche Lage nicht nur nicht disqualifiziert zur Beurteilung deutscher Verhältnisse, sondern, im Gegenteil, gerade durch die Distanz mich in besseren Stand setzt, aus richtigen Perspektiven zu schauen, ich würde mich zur Konzeption dieses Beitrags gewiss nicht entschlossen haben.

Die Deutschen, und namentlich meine Freunde von der Linken, sehen gleichsam den Wald vor lauter Bäumen nicht. Ich erkenne aus der Ferne, dank der Vermittlung durch eine von mir ständig verfolgte internationale Presse, nicht nur den Wald, sondern die Konturen der Hügel und Berge. So darf ich mich denn fragen, was in Deutschland seit Kriegsende geschah, was heute vor sich geht, im Vertrauen, dass ich ein paar vernünftige Antworten finde. Einiges habe ich ja weiter oben schon angedeutet. Zunächst ging es den deutschen Menschen nicht um Ideologien, Ideale, Utopien, sondern ums bare Überstehen von Tag zu Tag. Stelle ich dies fest, ist gleich einzuhalten und von einem Denkklichee zu sprechen, dem ich selber erlag. Nach diesem krankte das Land daran, dass niemals die bürgerliche Revolution bis zum Ende durchgeföhrt wurde, danach: dass es sich zweimal, 1918 und 1945, die Demokratie nicht aus eigener Kraft erkämpfte, sondern sie erlitt. Mit der nicht vollzogenen bürgerlichen Revolution mag es seine Richtigkeit haben,

wiewohl auch hier Fachhistoriker ihr gewichtiges Wort in die Waagschale werfen und uns etwa erklären, dass ein bestimmter Teil dieser Revolte des Dritten Standes (zum Beispiel die religiöse Toleranz) im Tross des Eroberer-Kaisers Napoleon mitgeführt wurde und dass allein darum für die Deutschen bürgerliche Freiheiten und gleichzeitige nationale Unterdrückung zu einer unauflöslichen historischen Kontradiktion wurden. 1918 war die Sachlage schon eine andere. *„Wenn wir 1918 . . .“*, so hiess der Titel eines in der Zwischenkriegszeit vielgelesenen Buches. Ja, wenn wir . . . Aber auch da war es wieder so – und man denke nur an die tiefe Bitternis Thomas Manns unmittelbar nach Kriegsende –, dass die Revolution so etwas wie «Fremdherrschaft» gewesen wäre: Die bürgerlichen Revolutionäre blickten nach jenem Westen, der den sattsam bekannten, so benannten «Schmachfrieden» diktierte, die aufbrechenden proletarischen nach der Sowjetunion, über die sich sehr bald selbst Menschen wie Rosa Luxemburg ihre traurigen Gedanken machten. Aber wie immer: eine deutsche Revolution wäre 1918 denkbar gewesen und hätte, wer weiss, dem Land ein neues, besseres Antlitz gegeben. Deutschland war unversehrt. Das Heer war, man hat das oft genug gehört, sich darüber mokiert, ohne nachzudenken, ob es nicht ein ganz winziges Körnchen Wahrheit enthielt –: «im Felde unbesiegt». Die Fabriken waren funktionsfähig, Arbeiter- und Soldatenräte hätten sich konstituieren und Verwaltung ebenso wie Wirtschaft übernehmen können. Es war das nichts Undenkbare. Der Denkbarkeit gegenüber stand nicht die historische Logik, sondern die Faktizität. Die Kader, imprägniert von der Dolchstosslegende, waren nicht nur antirevolutionär, sondern klar antirepublikanisch. Die herrschenden Mächte in Wirtschaft und Industrie waren im Vollbesitz ihrer Privilegien und dachten gar nicht daran, diese preiszugeben, zumal sie ja in diesem Bezug der Billigung der Siegermächte gewiss waren. Gleichwohl war die Frage «wenn wir 1918 . . .» legitim.

Völlig anders war die Konstellation aber 1945. Das ganze

Land war besetzt. Es bot den unauslöschlichen Eindruck einer tragischen Ruinenlandschaft. Die Westalliierten wurden zwar nicht als politische Befreier angesehen, denn das Volk hatte die relativ geschickt gehandhabte Unfreiheit der Nazis vergleichsweise gleichmütig hingenommen, wohl aber waren sie die Helfer der Hungernden. Und die Russenangst war nicht nur ein Relikt der Goebbels-Propaganda, sondern zu einem erheblichen Teil auch die Frucht eines schrecklichen Anschauungsunterrichts. Als ein paar Jahre nach dem Zusammenbruch des Reiches aus der «Zone» die DDR wurde, durfte sich tatsächlich manch freiheitlich gesinnter Bürger, der froh war, die Nazis los zu sein, im Hinblick auf den östlichen Teil Deutschlands mit Kästner sagen: «. . . mit diesen Leuten ist kein Staat zu machen.» 1945 stand die deutsche Revolution ganz einfach nicht auf der Tagesordnung: nicht nur, weil die Besatzungsmächte sie ohnehin erstickt hätten, sondern weil das *Volk* in seiner überwältigenden Majorität nichts davon wissen wollte. Berlin, und das vergisst man heute, weil die Zeit ja so weit zurückliegt – war nicht nur das «Schaufenster der kapitalistischen Herren», es war ganz offensichtlich das sinnfällige Beispiel für eine Realität, deren sich die Massen besser bewusst waren als die übers Land verstreuten linken Intellektuellen, die heimatlos waren und bis heute heimatlos blieben: nach dem westlichen Teil der Stadt wurden während der Blockade Nahrungsmittel eingeführt; im östlichen nötigte man die Menschen, an marxistischen Schulungskursen teilzunehmen.

Rechtfertigen aber solche Fakten, an denen nicht zu rütteln ist, die Kräfte des Beharrens und stellen sie die Frauen und Männer der Linken, die zum Teil aus Hitlers KZ-Lagern gekommen waren, als kindische Schwärmer bloss? Natürlich nicht. Das deutsche Verhängnis besteht, des bin ich gewiss, darin, dass es keine authentische Linke gab, will sagen: dass die Heimatlosen nicht imstande waren, sich zu formieren und an die Stelle der SPD schon damals eine neue sozialistische Partei zu setzen. Es hätte diese aber unter allen

Umständen eine Partei ohne *Illusionen* sein müssen. Auf dem geistigen Boden der Frankfurter Schule wäre sie sicher ebensowenig gediehen wie auf dem Felde jenes Realismus, auf dem an ihrer statt die SPD gedieh, die sich weiss Gott noch was darauf zugute tut, dass sie keine *Ideologie* hat und die weiter wurstelt von Tag zu Tag, Wahl zu Wahl und noch immer – wie einst die Sozialdemokraten Weimars – eine tödliche Angst hat, es möchten sie ihre Gegner als «vaterlandslose Gesellen» hinstellen. Wäre es möglich gewesen?

Nichts ist undankbarer als historische Rückschau mit «Wenn» und «Aber». Aber unweigerlich gerät man gleichwohl ins Spekulieren und stellt sich Fragen, die prinzipiell unbeantwortbar sind. Man kann im Sinne des weiter oben von mir Angedeuteten sagen: Die Schaffung einer authentisch sozialistischen Partei wäre unmöglich gewesen, a) weil die Westalliierten sie ohnehin im Keime erstickt hätten und weil b) die begreiflicherweise nur aufs schiere Überleben bedachte, vom Russen-Trauma versehrte, noch immer im Banne der Goebbels-Propaganda stehende Bevölkerung Westdeutschlands nichts hätte wissen wollen von allem, was auch nur von fern her an den grundbösen «Marxismus» gemahnte. Es ist aber auch eine andere Entwicklung – so nicht wahrscheinlich, aber doch eben keine Denkmöglichkeit –, und zwar diese: Die Bi-Zone und danach Bundesrepublik hätten den Versuch gemacht, die niemals vollzogene bürgerliche Revolution nachzuholen, ohne Terror, Guillotine, Todeskarren, nur in einem die überkommene Herrschaftsstruktur überrollenden, unblutigen revolutionären Schub, der wegen seiner Gewaltlosigkeit von den Besatzungsmächten nur schwer hätte verhindert werden können und der ja tatsächlich in Parteiprogrammen, sogar dem der CDU, als eine Chance eingesenkt war. «Naturrechtliche Forderungen» nach einer neuen Verteilung des grossen Brotlaibs von morgen hätten das Volk, kein mythisches nun, sondern ein durchaus konkretes, auf die Beine gebracht; zugleich hätte sich nach französischem Muster *la patrie, la nation* in Westdeutschland konstituiert. Ein Sozialismus wä-

re dann aus den Ruinen aufgewachsen – und er hätte nichts mit all den enttäuschenden sozialistischen Modellen zu tun gehabt, die wir kennen.

Aber das ist Denkspielerei. Wirklichkeit wurde die Restauration, die ein Land geschaffen hat, in dem sich leben liess und lässt und das als «faschistoid» zunächst nur von jenen attackiert wurde, die seine verwöhntesten, privilegiertesten Kinder waren: von einer studentischen Jugend, die weniger «entfremdet» war, als sie es sich eingestehen wollte, vielmehr, sofern sie mit sich ehrlich war, die «Konsumpeitsche», von der sie redete, auf so wonnige Weise verspürte, wie der Masochist die Prügel des Meisters, den er sich gewählt. – Angeführt war sie von einer Anzahl, oh, wie hochdistinguierter, verfeinerter, ästhetisch empfindlicher Universitätslehrer, die luxuriös wohnten, reisten, dachten. Die Revolution beziehungsweise ihr Mythos wurde selber zum Konsumgut: die wenigen aber, die sich dieses elenden Tatbestands schämten, schritten zu dem, was sie meinten, es sei die «Aktion». Erst brannte es nur in Warenhäusern. Bald floss schon Blut. Machen die Deutschen erst Ernst, wird es fürchterlich allerwegen.

Wer sich die Hände rieb, das waren die herrschenden Mächte, und in Deutschland natürlich jene Paläo-Nazis, die sich allerdings schon bereit machten, Neo-Nazis heranzuziehen. Ihnen konnte ja nichts gelegener kommen als die im Schatten der Restauration ihre Spielchen treibenden Konsum-Revolutionäre einerseits, die aus dem verstörten Idealismus direkt in den Raum des Pathologischen hinüber geflüchteten Terror-Revolutionäre andererseits. Auf geschickte Weise verstanden sie es, nicht nur den Volkszorn zu organisieren nach bestem Goebbels-Muster, sondern auch die SPD so einzuschüchtern, dass auf nachgerade tragische Weise der Name des trefflichen Willy Brandt verbunden ist mit einer der stupidesten und zugleich wirkungslosesten Regierungsent-schliessungen die überdies noch der Reputation der Bundesrepublik im Ausland einen Schaden zugefügt hat, dessen Auswirkungen die im Rausch neuen Macht-

gefühls zu allerhand Ausschweifungen geneigten deutschen Politiker sich wahrscheinlich gar nicht so recht vorstellen können. Ich spreche selbstverständlich von dem bis zum Überdruß durchdiskutierten *Radikalenerlass*. Meine Leser wissen es gewiss selber besser als ich, der ich Deutschland gegenüber ein Outsider bin und es zu bleiben wünsche: die Entscheidung richtet sich nicht etwa gegen gewisse angesehene Anwälte, Beamte, ergreisende Wirtschaftsmänner mit braunroten Flecken auf ihren Zugriff-Händen, nicht gegen Bürschchen, die da finden, es sei das braune oder schwarze Hemd noch kleidsamer als der Jeans-Anzug, nicht gegen Politiker, nach deren Überzeugung die deutsche Soldatenehre des Herrn Rudel nicht nur nicht angetastet, sondern als Vorbild den jungen Leuten von der Bundeswehr übermittelt werden solle – nein: sie wendet die ganze rechtsstaatliche Strenge gegen einen jungen Lehrer, der vor zehn Jahren maoistische Flugblätter verteilte, gegen einen Anwalt, der irgendeinmal ein subversives Manifest unterzeichnete, nebenhin, allenfalls auch gegen einen Schriftsteller, der sich herausnahm, über Gewalt zu spekulieren.

Hier regt sich verjüngender Zorn. Soso, den Majdanek-Prozess schleppt man hin in der stillen Hoffnung, es möchten die paar überlebenden Zeugen wegsterben oder so sklerotisch werden, dass jeder miserable Schuft es kinderleicht hat, ihre Aussagen ins Lächerliche zu ziehen; aber in den Dossiers längst nur noch an ihre Arbeit und ihre Familie denkenden Studienräte sucht man nach schwarzen Punkten, die man zu gelben Flecken machen möchte. Jedoch der Zorn wird zu resignierender Trauer, wenn man sich fragt, wo denn die alte, erfahrene Linke war, während der Abläufe, die uns dahin brachten, wo wir leider stehen, ohnmächtiger denn je zuvor. Waren wir – und durchaus schliesse ich mich ganz persönlich hier ein – «auf dem Posten»? Oder fochten wir als alternde Don Quichottes gegen Windmühlen, während gleichzeitig die feindlichen Bataillone sich methodisch und nach geheiligtem Herkommen sammelten? Blicke ich zurück, so scheint mir, wir hätten alle schmachlich versagt, und

nicht nur in Deutschland. Nicht wenige von uns hatten keinen anderen Gedanken, als das obsessive Verlangen, den *Anschluss an die Jugend nicht zu verlieren*. Die Jugend ist so wenig heilig, wie das Alter ehrwürdig ist. Dieses hat ohne jeden Anspruch auf «Weisheit», nur auf Grund seiner Erfahrung, seiner Kenntnis (die wiederum nie persönliches Verdienst ist, einfach sich aufgesammelte in der Zeit) die soziale Pflicht zu lehren. Vergeblich stelle ich mir die penible Frage, ob wir die uns aufgegebenen Lehrarbeit auch verrichteten. Wir waren ja alle in einer verworrenen Gestimmtheit: zwischen Ressentiments, falschem Triumphgefühl und zügellosen Hoffnungen. Es fehlte uns an Heiterkeit. Wir verlangten, dass die ungeschützte, ahnungslose Jugend rede wie unser Mund; zugleich dürsteten wir danach, ihr nach dem Munde zu reden, nichtachtend der Tatsache, dass dieser Mund noch gar nicht artikulationsfähig war. Manche von uns aus dem Dritten Reich Exilierten kamen aus den USA. Dort hatten sie in Emigranten- und Intellektuellen-Gettos gelebt. Sie kannten das grosse, weite Land überhaupt nicht, aber stellten es hin, als wäre es zugleich die Heimat der Babbitts und der blutdürstigen Herren des *military-industrial-complex*. Das restaurative Westdeutschland, das im Hui zu einer Mini-Kopie der USA wurde und zu einer Art von atlantischer Musterfarm, wurde geschaut durch die Brillen der Amerikamüden, jener, die eben den McCarthyismus erlebt hatten und (da sie eben dem Riesenland fremd waren) nicht vorausahnen konnten, wie man drüben nicht nur mit dem fatalen Senator, sondern viel später mit dem erheblich gefährlicheren Nixon fertig wurde, wie man kraftvoll ansetzte, das Negerproblem zu lösen. Das verkehrte Amerika-Bild produzierte in unseren Köpfen ein verzerrtes Bundesrepublik-Bild: so redeten wir uns und jenen, die wir hätten lehren sollen, ein, die Bundesrepublik nebst allen ihren Atlantikpakt-Partnern sei eine Hölle, «so unbewohnbar wie der Mond». Im Panzer einer neomarxistischen, abstrakten Begriffswelt steckend, sahen wir «Faschistoides», weil es Banken gab und Industriekomplexe, und vergassen über

solcher Schrecknis den gewöhnlichen Faschismus, den *Nazismus*, um präziser zu sein (denn die Gleichung: Faschismus = Nazismus geht nicht auf!) – und unterliessen es auf nachgerade sträfliche Weise, die Jugend über diesen wenigstens so halb und halb aufzuklären. Statt Analysen der geschichtlichen Wirklichkeit vorzunehmen, errichteten wir Begriffskartenhäuser. Nicht über den nazistischen Alltag redeten wir – mit Ausnahme ganz weniger, wie Victor Klemperer, der über die «LTI», die unbewältigte Sprache nachdachte –, sondern schrien schrill «Faschismusgefahr!», weil ein ungebildeter Marktwirtschaftsminister die Linksinтеллектуellen «Pinscher» nannte. Die Jugend schrie mit uns: sie trägt keine Schuld daran, dass sie alle Proportionen aus den Augen verlor. Statt kühl unsere pädagogischen und politischen Strategien zu entwerfen, schossen wir mit schwerer Artillerie auf Mücken. Das Volk sah unserer verbalen Schlacht mit vollkommener Indifferenz zu. Es hatte, was es brauchte – und noch ein bisschen mehr. Anfang der sechziger Jahre sagte mir ein bayrischer KZ-Kamerad, Kommunist, den seine Vorgesetzten dazu anhielten, er solle über das Elend der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik Artikel schreiben, resigniert: «I schreib und schreib. Aber d'Leit sagen: Wos wolln's denn eigentlich dö damischen Hund', dö damischen .. .» Heute weiss ich: die «damischen Hund» waren nicht nur die KP-Parteifunktionäre, sondern auch wir. Wer eben sein neues Ein-Familien-Haus bezog, war nicht «entfremdet», sondern fand heim aus der Fremde der Trümmer; wer in Frankreich erwachte aus der Dumpfheit des überständigen Dorflebens und die Industriekomplexe um Grenoble entstehen sah, die Arbeit schufen (und dazu Vier-Wochen-Urlaub und menschenwürdige Unterbringung), der fühlte sich nicht «manipuliert» vom anonymen Apparat: er sah neue Horizonte sich auftun. Darum musste es im Mai 1968 dahin kommen, dass die rund neun Millionen streikender Arbeiter sich sehr bald in ernsthafte Lohnverhandlungen mit der Regierung Pompidou einliessen und die Rede-Kaskaden an der Sorbonne und im Théâtre de

l'Odeon abtaten mit ungeduldiger Handbewegung. Wir, die Älteren, waren miserable Lehrer. Unser Zorn muss sich nicht nur gegen den Klassenfeind richten – der ein solcher war, ist, bleiben wird, insofern dürfen wir alle noch getrost Marxisten sein! –, sondern, ja vor allem gegen uns selber.

Die Wahrheit ist, dass wir versagten. Drum stehen wir heute waffenlos da, wenn Drohungen sich erheben wie jene, für die der Radikalenerlass nur als Chiffre genannt sei. Jetzt geht es darum, dass wir reinen Tisch machen: nicht nur mit den «Bedrängten», wie es im Gesang von der Internationale heisst, sondern in unserer eigenen tristen Tafelrunde. Wir müssen uns selber, den Begriff der Linken, neu definieren und dementsprechend danach pragmatisch handeln, wobei selbstverständlich der Pragmatismus die grosse Utopie nicht ausschliesst, sie vielmehr mit konkreten Inhalten erfüllt. Nur unter diesen Umständen werden wir gewappnet sein: nicht für «das letzte Gefecht», das durchaus dahinsteht, nur für eine uns bevorstehende Anzahl mehr oder weniger heftiger Scharmützel, die es durchzufechten gilt, ohne Larmoyanz, ohne Verfolgungs-Obsession, ohne apokalyptische Halluzinationen.

Denn: Hitler steht nicht *ante portas*, was immer da die französische Presse, die ich nur allzu genau verfolge, an Unsinn über Deutschland schreibt. Geschichte wiederholt sich nicht, und selbst ein «Faschismus» (der, beiläufig, noch lange kein Nazismus ist) droht nicht unmittelbar, auch dann nicht, wenn *par malheur* jener Bajuware, dessen Namen ich nicht zu nennen brauche, deutscher Bundeskanzler würde.

Was die Deutschen bedroht, ist, wenn ich richtig sehe, nicht eine Gewaltherrschaft à la Argentinien, zu schweigen von Chile oder Nicaragua. Jene, die sich derlei einbilden und entsprechend zur Gegengewaltaktion schreiten, spielen nur den wirklich gefährlichen Elementen in die Hände, ich meine: kerndeutscher Obrigkeitsstaatlichkeit, die in den Tagen des Wilhelminismus auskam ohne Tortur, ohne alle Anzeichen physischer Brutalität, so dass der Thomas Mann der «Betrachtungen eines Unpolitischen» sich zu ihr glaubte

bekennen zu dürfen. Langsam, Schritt für Schritt wird man trachten, die bürgerlichen Freiheiten einzuschränken. Dagegen werden wir nicht ankommen mit Begriffen, die dem Volk nichts sagen, auch nicht mit verhängnisträchtigen Schlagworten, wie dem von der «grossen Weigerung». Was uns obliegt, ist zunächst einmal jene Zivilcourage, die ich heute ebenso vermisse wie in den Jahren, da man mit einem offenen Wort nicht etwa eine lukrative Karriere riskierte, sondern den Kopf. Damals schlug uns die SA zusammen: heute schnüffelt irgendeine Dummnase in unserem Dossier. Die Schnüffelei dürfen wir nicht hinnehmen, im Gegenteil, wir müssen sie mit allen Mitteln, die die «formale» Demokratie uns an die Hand gibt, anfechten, und die sind nicht gering. Hierbei dürfen wir kein Risiko scheuen, ohne freilich uns gleich einzureden, wir seien jeder sein eigener Ossietzky. Unsere nimmermüde Wachsamkeit, unsere Kampfbereitschaft dürfen uns aber beide nicht dazu verleiten, «*Feurio!*» zu schreien, wenn noch keine Flammen aufzucken.

Jenes zähe, aufmerksame, luzide und dem gesunden Menschenverstand einleuchtende Verhalten hat nichts Heroisches. Wir werden ohne Heroismus und persönliches Heilsvorhaben auskommen müssen, was bedauerlich sein mag für ein paar unter uns, die man vielleicht aus den Medien auszusperren trachten wird, was aber ganz der grossen Tragik ermangelt. Dann werden wir alte Linke, die wir Tatzeugen waren, jene Wahrscheinlichkeit wiedergewinnen, die wir verloren – und werden die Erfolgchance neuerlich haben, die wir in trüben Stunden schon verspielt glauben.

Vor uns liegt, so meine ich, nicht das grosse Drama mit dem historischen Kulminationspunkt eines blutigen letzten Gefechts. Wir müssen uns damit abfinden, Kleinkriege zu führen, die vor allem in geduldiger Aufklärungsarbeit bestehen: sie werden der Bevölkerung auch plausibel werden, nicht die schrillen Alarmschreie, die manche unter uns austossen, und schon gar nicht die heil- und trostlosen Begriffsspekulationen, auf die keiner hinhört und die wir ja immerhin als eine Art von politischem Freizeitvergnügen pflegen

können, wenn es uns danach gelüftet. Der Hitler, den wir erlebten, *wir und nur wir*, nicht die jungen Assistenten in zeitgeschichtlichen Seminaren, ist einfach nicht da, glücklicherweise. Die alten Nazis sterben weg mit uns. Gut so. Ihre Enkel, die den Anti-Charme der Uniformen und Embleme entdecken, erscheinen mir nicht – *noch* nicht! – gefährlich, wenn ich auch keineswegs Martin Walsers Meinung teile, sie seien nichts als ein blöder Karneval. Unsere Träume von 1945 gehen unter mit uns, wie traurig! Aber so will es die historische Wirklichkeit, für die sie nur Abfall sind. Man muss sich bescheiden. Nicht braune Bataillone machen gewalttätig die Strasse frei für ihr Getrampel. Neue Herren mit neuen Ansprüchen sind da, sie ähneln gewiss in ihrer immensen Majorität eher Monsieur Giscard als Röhm. Ihnen haben wir mit neuen Argumenten, ja einer ganz neuen Weltvorstellung entgegenzutreten als den Widersachern von 1930 bis 1933. Aber wer sind «wir»? Nur die Abtretenden, die sich mit Hilfe statistischer Daten ungefähr ausrechnen können, wie lange ihre Stimme noch ertönen wird. Es geht um die, die nach uns kommen. Denen können wir nicht unsere Erfahrungen vermitteln. Jedoch, wir können dank eben dieser Erfahrung, unter der Voraussetzung, dass wir sie rational verarbeitet haben, ihnen ein paar Ratschläge erteilen. Dazu sind wir imstande, wenn wir unseren Zorn bändigen (was nicht heisst: ihn ersticken!). Er darf, er wird flammen, er soll es aber nur in unserer je persönlichen Erlebnis- und Erinnerungswelt. Im Augenblick, wo wir öffentlich hinaustreten vor die jüngeren Generationen, muss er schon verwandelt sein in radikale Vernunft. Vermag er diesen Prozess nicht durchzumachen, wird er verrauchen, und nichts wird sein als ein stickiger Geruch von gestern und vorgestern.

Über die Autoren

Professor Dr. Wolfgang Abendroth

* 2. Mai 1906 in Elberfeld. Studium der Staats- und Rechtswissenschaften in Frankfurt, Tübingen, Münster und Bern. A. war zuerst in der proletarischen Jugend- und marxistischen Studentenbewegung tätig und später während des gesamten Dritten Reiches aktives Mitglied der Widerstandsbewegung. 1937 wurde er wegen Vorbereitung des Hochverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Anschluss kam er in das Strafbataillon 999. Gegen Ende des Krieges kämpfte er in der griechischen Partisanenbewegung. Nach seiner Rückkehr aus britischer Kriegsgefangenschaft, Ende 1946, wurde er, nach kurzem Zwischenaufenthalt in der sowjetischen Besatzungszone, Professor an der damaligen Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven. Seit 1951 ist A. Professor für die Wissenschaft von der Politik an der Universität Marburg.

Veröffentlichungen u.a.:

Die aktuelle Tragweite und Fortgeltung des Potsdamer Abkommens, 1952; Die deutschen Gewerkschaften, 1954; Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, 1964; Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, 1965; Das Grundgesetz, 1966; Antagonistische Gesellschaft, 1967; Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, 1976; Ein Leben in der deutschen Arbeiterbewegung, 1977.

Heinrich Albertz

* 22. Januar 1915 in Breslau. Studium der Theologie in Breslau, Halle und Berlin. Eintritt in die SPD. Ab 1939 war er als Vikar und Pfarrer der Bekennenden Kirche in Breslau tätig. Nach mehrmali-

gen Verhaftungen durch die Gestapo wurde er 1941 an die Front geschickt. 1943 verurteilten ihn die Nationalsozialisten wegen eines Fürbitte-Gottesdienstes für Pastor Martin Niemöller zu einer längeren Freiheitsstrafe.

Am 9. Juni 1948 trat A. als Minister für Flüchtlingswesen und Soziales in die Regierung von Niedersachsen ein. 1955 wurde er Mitglied des Berliner Senats; von 1961 bis 1966 als Innensenator. 1966 trat A. die Nachfolge von Willy Brandt als Regierender Bürgermeister an. Nach dem Tode des Studenten Benno Ohnesorg im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien erklärte A. seinen Rücktritt. Seitdem arbeitet er wieder als Pfarrer und engagiert sich, auch publizistisch, für die Verwirklichung der Menschenrechte.

Jean Améry

*31. Oktober 1912 in Wien. Studium der Literatur und Philosophie. Améry stand in dieser Zeit dem Wiener Kreis der Neopositivisten um Rudolf Carnap nahe, während er sich in späteren Jahren vor allem mit der Philosophie Sartres auseinandersetzte. 1938, nachdem Hitler den Anschluss Österreichs erzwungen hatte, emigrierte er nach Belgien. Als Mitglied der belgischen Widerstandsbewegung wurde er 1943 von der Gestapo verhaftet und in den Konzentrationslagern Auschwitz, Buchenwald und Bergen-Belsen bis zur Befreiung durch die Alliierten 1945 gefangen gehalten.

Seit 1945 lebte Améry als freier Schriftsteller, Journalist und Rundfunkmitarbeiter in Brüssel. Am 18. Oktober 1978 beendete er sein Leben aus freiem Willen.

Veröffentlichungen u.a.:

Geburt der Gegenwart und Gestaltungen der westlichen Zivilisation seit Kriegsende, 1963; Jenseits von Schuld und Sühne, 1966; Über das Altern, Revolte und Resignation, 1968; Unmeisterliche Wanderjahre, 1971; Hand an sich legen, 1976; Charles Bovary, Landarzt-Porträt eines einfachen Mannes, 1977.

Heinrich Böll

*21. Dezember 1917 in Köln. Sohn eines Bildhauers und Schreinermeisters. Nach dem Abitur begann B. 1937 eine Buchhändler-

lehre, die er 1938 abbrechen musste, als man ihn zum Reichsarbeitsdienst einzog. In das gleiche Jahr fallen die ersten schriftstellerischen Arbeiten. 1939, kurz nach Bs. Immatrikulation an der Universität Köln, wurde er zur Wehrmacht einberufen und nahm als Soldat am Zweiten Weltkrieg in Frankreich, der Sowjetunion, Rumänien, Ungarn und Deutschland teil.

Im Dezember 1945 kehrte er aus einem französischen Kriegsgefangenenlager nach Köln zurück und setzte seine schriftstellerische Arbeit fort. 1946 Wiederaufnahme des Studiums in Köln, gleichzeitig Hilfsarbeiter in einer Schreinerei und später Behördenangestellter; erste Veröffentlichungen von Kurzgeschichten in Zeitungen und Zeitschriften. Seit 1951 arbeitet er als freier Schriftsteller. 1972 erhielt er den Nobelpreis für Literatur.

Veröffentlichungen u a.:

Der Zug war pünktlich, 1949; Wanderer kommst Du nach Spa, 1950; Wo warst Du Adam, 1951; Und sagte kein einziges Wort, 1953; Haus ohne Hüter, 1954; Das Brot der frühen Jahre, 1955; Irisches Tagebuch, 1957; Billiard um halbzehn, 1959; Ansichten eines Clowns, 1963; Entfernung von der Truppe, 1964; Ende einer Dienstfahrt, 1966; Gruppenbild mit Dame, 1971; Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder: Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann, 1974; Berichte zur Gesinnungslage der Nation, 1975.

Professor Wolf Graf von Baudissin

* 8. Mai 1907 in Trier als Sohn eines preussischen Verwaltungsbeamten. 1925 Abitur und kurzes Studium der Rechte und der Geschichte in Berlin. 1926 trat B. in die Reichswehrein. Von 1928 bis 1930 absolvierte er eine landwirtschaftliche Lehre im In- und Ausland. 1930 Wiedereintritt in die Reichswehr und Besuch der Kriegsakademie. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs diente B. als Generalstabsoffizier im Afrikakorps und geriet 1942 vor Tobruk in britische Gefangenschaft.

1947 aus der Kriegsgefangenschaft im Mittelosten und Australien entlassen, gründete B. eine Töpferwerkstatt zusammen mit seiner Frau. 1951 Eintritt in die Dienststelle Blank als Referats- und später Unterabteilungsleiter Innere Führung. Von 1958 bis

1961 Kommandeur einer Brigade in Göttingen. Anschliessend war er in verschiedenen Stabsstellungen in der NATO und als Kommandeur des Nato Defense College tätig. Seit 1968 ist B. Wehrbeauftragter und seit 1971 Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen u.a.:

Soldaten für den Frieden – Entwürfe für eine zeitgemässe Bundeswehr, 1969; Entspannung ohne Frieden, 1977; Der Frieden und der Ernstfall, 1977; ausserdem erschienen von Wolf Graf von Baudissin zahlreiche Aufsätze und Beiträge in Fachzeitschriften und Sammelbänden.

Bernt Engelmann

* 20. Januar 1921 in Berlin. 1938 Abitur in Düsseldorf. Zuerst zum Arbeitsdienst und später zur Wehrmacht eingezogen, war er zuerst auf Sylt und später an der französischen Kanalküste stationiert.

1942 wurde er nach einer Verwundung aus der Armee entlassen und begann in Düsseldorf zu studieren. Ausserdem war er als Übersetzer und Aushilfsredakteur einer Wirtschaftskorrespondenz tätig. Als aktives Mitglied der deutschen Widerstandsbewegung wurde er 1942 zum erstenmal verhaftet. 1944 erneut von der Gestapo verhaftet, lieferte man ihn in das Konzentrationslager Flossenbürg und später in das KZ Dachau ein. Im Mai 1945 wurde er von den Alliierten befreit.

Nach einem längeren Krankenhaus- und Sanatoriumsaufenthalt nahm er sein Studium der Neueren Geschichte, der Soziologie, des Internationalen Rechts und der Sprachen wieder auf. Später arbeitete er als Journalist und Sonderkorrespondent u.a. für den *Spiegel* und das NDR-Fernsehen (*Panorama*). Seit 1964 ist E. als freier Schriftsteller tätig. Er war Präsident der Deutschen Liga für Menschenrechte und wurde 1977 zum Bundesvorsitzenden des Verbands deutscher Schriftsteller gewählt.

Veröffentlichungen u.a.:

Meine Freunde die Millionäre, 1962; Die Macht am Rhein, I u. II, 1968; Deutschland ohne Juden – eine Bilanz, 1970; Das Reich zerfiel, die Reichen bleiben, 1972; Wir Untertanen, 1974; Einig gegen Recht und Freiheit, 1975; Grosses Bundesverdienstkreuz,

1975; Trotz alledem – deutsche Radikale 1777-1977, 1977; Hotel Bilderberg, 1977; Preussen. Land der unbegrenzten Möglichkeiten, 1979.

Axel Eggebrecht

* 10. Januar 1899 in Leipzig. Besuch des humanistischen Gymnasiums. 1917/18 nahm E. als Soldat am Ersten Weltkrieg teil und wurde in Flandern schwer verwundet. Nach Kriegsende studierte er zwei Jahre Germanistik und Philosophie und arbeitete seit 1921 als Vertreter, Hilfskraft beim Film und Packer. Als Mitglied der KPD, aus der er 1925 wieder austrat, war er zweimal je ein halbes Jahr in Russland. Seit 1925 Mitarbeiter der *Weltbühne*, der *Literarischen WWtund* vieler Zeitungen. Nach der Machtergreifung Hitlers wurde er verhaftet und war einige Zeit im Konzentrationslager. Später wurde ein Berufsverbot über ihn verhängt; er brachte sich schliesslich durch Mitarbeit an Unterhaltungsfilmen durch.

E. war einer der Mitbegründer des NWDR in Hamburg nach 1945. Seit 1949 ist er wieder als freier Schriftsteller tätig. Bis 1973 war er als freier Mitarbeiter ständiger Kommentator im Hörfunk des NDR sowie Leiter des dortigen Nachwuchsstudios.

Veröffentlichungen u.a.:

Katzen, 1927; Leben einer Prinzessin, 1929; Weltliteratur, 1948; Volk ans Gewehr! Eine Berliner Chronik, 1959; Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche, 1975.

Professor Dr. Walter Fabian

* 24. August 1902 in Berlin. Als Gymnasiast Aktivitäten in der Schülerselbstverwaltung im «Bund Entschiedener Schulreformer» und erste journalistische Arbeiten. Von 1920 bis 1925 Studium der Pädagogik, Philosophie und Psychologie an den Universitäten Berlin, Freiburg i. B., Leipzig und Giessen; Promotion zum Dr. phil. Aktives Mitglied in der Studenten-, Friedens- und Arbeiterbewegung. Tätigkeiten als politischer Redakteur, freier Publizist und Lehrer in der Erwachsenenbildung. Ab 1933 illegale Arbeit in Deutschland, unter anderem als Reichsleiter der Sozialistischen Arbeiter Partei. Einer drohenden Verhaftung entzog er sich durch die Flucht in die Tschechoslowakei. In der Folgezeit lebte er als

Emigrant in Frankreich, Nordafrika und der Schweiz. 1937 Ausbürgerung und Aberkennung des Dokortitels.

1957 kehrte F. aus dem Schweizer Exil in die Bundesrepublik zurück und arbeitete u.a. als Chefredakteur der *Gewerkschaftlichen Monatshefte*. Daneben seit 1960 Lehrauftrag für Erwachsenenbildung und außerschulische Jugendbildung, zunächst an der Hochschule für Erziehung und später an der Universität Frankfurt. Seit 1965 Honorarprofessor.

Veröffentlichungen u.a.:

Die Friedensbewegung – Ein Handbuch der Weltfriedensströmungen der Gegenwart, 1922; Die Kriegsschuldfrage, 1925; Klassenkampf um Sachsen, 1930 – Neudruck 1972; Leitartikel bewegen die Welt (Anthologie), 1964; Plädoyers für eine Europäische Sicherheitskonferenz, 1972.

Professor Dr. Ossip Flechtheim

* 5. März 1909 in Nikolajew in Russland. F. wuchs ab 1910 in Deutschland auf. Von 1927 bis 1931 studierte er Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Berlin, Freiburg i. B., Heidelberg, Köln und Paris. Nach der Promotion zum Dr. jr. war er als Referendar tätig, wurde dann aber 1933 aus politischen und «rassischen Gründen» von den Nationalsozialisten entlassen. 1935 wurde er wegen seiner Mitgliedschaft in der illegalen Gruppe «Neu Beginnen» verhaftet. Im gleichen Jahr emigrierte er in die Schweiz. Ab 1939 Dozent und Professor an verschiedenen Hochschulen in den USA.

Von 1946 bis 1947 amtierte er als Sektions- und Bürochef im Amt des US-Hauptanklägers für Kriegsverbrechen in Nürnberg. Seit 1959 Professor für die Wissenschaft von der Politik an der Freien Universität Berlin. Er ist Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte in Berlin.

Veröffentlichungen u.a.:

Hegels Strafrechtstheorie, 1936 (Neuaufgabe 1975); Die KPD in der Weimarer Republik, 1948 (Neuaufgabe 1969,1976); Grundlegung der Politischen Wissenschaft, 1958; Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945 (9 Bde.), 1962; Futurologie – Der Kampf um die Zukunft, 1971; Parteien der

BRD, 1976; Zeitgeschichte und Zukunftspolitik, 1974; Ausblick in die Gegenwart, 1974.

Professor Dr. Eugen Kogon

* 2. Februar 1903 in München. Studium der Nationalökonomie und Soziologie an den Universitäten München, Florenz und Wien. Bereits während seiner Schul- und Studienzeit Pazifist und aktiver Verfechter der Arbeitnehmerinteressen, begann seine politische und publizistische Laufbahn in den Jahren von 1927 bis 1934 in Wien. In dieser Zeit war er Redakteur an der Wochenzeitschrift *Schönere Zukunft* und Berater der Zentralkommission der Christlichen Gewerkschaften. 1937 wurde er wegen antinationalsozialistischer Aktivitäten im Deutschen Reich zweimal in Haft genommen. Am 12. März 1938 erfolgte auf Grund der von der Gestapo mitgebrachten Listen seine endgültige Verhaftung in Wien. Nach langer Gestapohaft wurde er 1939 in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert, dort war er bis zur Befreiung 1945 durch die Alliierten. Ab 1943 war er im aktiven Widerstand innerhalb des Lagers tätig.

Nach der Befreiung aus dem KZ war er zunächst für die Psychological Warfare Division des damaligen Alliierten Hauptquartiers tätig. Seit April 1946 ist er zusammen mit Walter Dirks Herausgeber der Monatsschrift für Kultur und Politik *Frankfurter Hefte*. 1949 erster Präsident der deutschen Europa-Union sowie Vorsitzender des Exekutiv-Komitees des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung. Von 1951 bis zur Emeritierung 1968 lehrte K. als ordentlicher Professor für die Wissenschaft von der Politik an der Technischen Hochschule in Darmstadt. 1967 wurde er zum Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft gewählt.

Veröffentlichungen u.a.:

Der SS-Staat-Das System der deutschen KZ, 1946; Die unvollendete Erneuerung – Deutschland im Kräftefeld, Aufsätze aus zwei Jahrzehnten, 1963; Lenin – Ein biographischer Essay, 1970; Die Stunde der Ingenieure, 1976. Mitherausgeber der Enzyklopädie «Die Grossen der Weltgeschichte».

Fritz Sänger

* 24. Dezember 1901 in Stettin. Nach Beendigung des Schulbesuchs, 1918, ging S. auf das Lehrerseminar nach Pyritzin Pommern und ibernahm gleichzeitig die Redaktion der Zeitschrift *Der Ruf*. 1920 trat er der SPD bei. Nach Ablegung des Examens, 1921, arbeitete er als Lokalredakteur und später politischer Redakteur des *General-Anzeigers für Stettin und die Provinz Pommern*. Von 1927 bis 1933 war er Redakteur der *Preussischen Lehrer-Zeitung*. 1933 wurde er auf Verlangen der Nationalsozialisten entlassen und blieb bis 1935 arbeitslos. Von 1935 bis 1943 war S. Redakteurin der Berliner Redaktion der *Frankfurter Zeitung*. Nach deren Verbot durch das Nazi-Regime arbeitete er als der Berliner Vertreter des *Neuen Wiener Tagblattes*. Seit 1936 hatte S. Kontakte zum deutschen Widerstand und beteiligte sich 1944 an der Planung einer demokratischen Presse, die nach einem erfolgreichen Attentat auf Hitler und dem folgenden Umsturz errichtet werden sollte.

Nach der bedingungslosen Kapitulation, 1945, wurde er von der amerikanischen Besatzungsmacht als Sonderbeauftragter für die ehemals Verfolgten des Nazi-Regimes eingesetzt. 1947 wählten die deutschen Zeitungsverleger S. zum Geschäftsführer und Chefredakteur des Deutschen Pressedienstes (dpd), aus dem später die Deutsche Presseagentur (dpa) entstand. Ständiger Druck der damaligen Regierungsparteien CDU/CSU veranlasste S. 1959 zum Ausscheiden. Von 1961 bis 1969 war S. Mitglied des Deutschen Bundestages.

Veröffentlichungen u.a.:

Handbuch des Deutschen Bundestages, 1949, 1952, 1954, 1957; Soziale Demokratie, Bemerkungen zum Grundsatzprogramm der SPD, 1960; Wahlhandbuch (gemeinsam mit Klaus Liepelt), 1965; Erich Ollenhauer, Reden und Aufsätze (Herausgeber), 1964; Bestandsaufnahme 66, eine Dokumentation, 1966; Politik der Täuschungen, Missbrauch der Presse im Dritten Reich, Weisungen, Informationen, Notizen 1933-1939, 1975; Verborgene Fäden, Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten, 1978.

Vom Kaiserreich bis zum
Neuanfang 1945:
Stationen eines
exemplarischen Lebens

Axel Eggebrecht

Der halbe Weg

Zwischenbilanz einer Epoche

«Eggebrecht berichtet, er interpretiert nicht. Was sein Buch nur um so lesenswerter macht, denn kultur- und soziokritisches Gerede hat man nachgerade genug vernommen. Er gibt zu Protokoll und was aus diesem protokollarischen Konzept hervorgeht, ist schlicht die Verhaltensweise eines anständigen Deutschen.»

Die Zeit

«Wer sich ein Urteil gewinnen will über die ersten fünfzig Jahre dieses zwanzigsten Jahrhunderts, der wird die Erinnerungen von Axel Eggebrecht lesen müssen.»

Frankfurter Allgemeine Zeitung

326 Seiten. Geb.

Rowohlt